

U n t e r r i c h t u n g

durch die Landesregierung

zu dem Beschluss des Landtags vom 21. Januar 1999 zu Drucksache 13/3883
(Plenarprotokoll 13/78, S. 6057)

3. Agenda 21-Programm der Landesregierung 2005
Nachhaltigkeitsstrategie – Perspektiven für Rheinland-Pfalz

Dem Präsidenten des Landtags mit Schreiben des Chefs der Staatskanzlei vom 21. Dezember 2005 übersandt.
Federführend ist die Ministerin für Umwelt und Forsten.

Zielsetzung und Durchführung

Das Land Rheinland-Pfalz verpflichtete sich mit Beschluss des Landtages vom 21. Januar 1999 zur Umsetzung der AGENDA 21 im zweijährigen Turnus¹. Daraufhin wurde das erste AGENDA 21-Programm mit Stand 2000 im Jahr 2001 vorgelegt². Zwei Jahre später legte die Landesregierung unter Federführung des Ministeriums für Umwelt und Forsten das zweite „AGENDA 21-Programm 2002 Rheinland-Pfalz“ vor³. Die Landesregierung entwickelt das Programm mit dem vorliegenden Dokument zu einer systematischen, indikatorengestützten und von der Gesellschaft mitgetragenen Nachhaltigkeitsstrategie weiter. Die Technische Universität Kaiserslautern begleitet diesen Prozess wissenschaftlich und organisatorisch.

Die vorliegende Nachhaltigkeitsstrategie basiert auf der ausgewogenen Berücksichtigung der ökologischen, ökonomischen und sozial-kulturellen Dimension. Es geht nicht um eine statische und vermeintlich präzise Planung der Zukunft, sondern um den Rahmen für ein zukunftsfähiges und attraktives Rheinland-Pfalz. Dazu werden in Kapitel 1 zunächst einige Entwicklungstrends sowie anschließend der Kontext (Kapitel 2) und die Struktur zur Weiterentwicklung (Kapitel 3) aufgezeigt.

Die sich daraus ergebenden „Perspektiven für Rheinland-Pfalz“ (Kapitel 4) bilden das Kernstück der Nachhaltigkeitsstrategie: Auf der Basis der Anforderungen an eine Nachhaltige Entwicklung wird eine Auswahl von bedeutenden Handlungsfelder und zugehörigen Indikatoren getroffen. Zahlreiche Beiträge, Anregungen und Stellungnahmen der Ressorts und der gesellschaftlichen Gruppen (Organisationen und Interessensverbände) wurden hier mit aufgenommen. Es wurden über fünfzig Verbände und Organisationen aus den Bereichen Umwelt, Wirtschaft und Soziales eingeladen. Die Nachhaltigkeitsstrategie wird in einem kontinuierlichen Prozess weiterentwickelt.

¹ *Landtags-Drucksachen 13/2967/3883.*

² *Landtags-Drucksache 13/6735.*

³ *Landtags-Drucksache 14/2051.*

Vorwort

Rheinland-Pfalz bietet eine hohe Lebensqualität für seine Bürgerinnen und Bürger. Damit dies so bleibt, sind in der Gegenwart und in der Zukunft große Herausforderungen zu bestehen. Es gilt, den Wandel in Wirtschaft, Bevölkerungsentwicklung und Ökologie konstruktiv zu gestalten: Die Entwicklung hin zu einer Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft ist eine voraussehbare Tatsache für Rheinland-Pfalz. Daneben stellt der demografische Wandel immense Anforderungen an die öffentliche Versorgung, die sozialen Sicherungssysteme, den Arbeitsmarkt und die gesellschaftliche Solidarität. Der Klimawandel ist ein Beispiel für eine globale Herausforderung, die ganz konkret vor Ort ansetzt. Auch die weltweite Verknappung erschöpflicher Ressourcen wird in letzter Zeit durch steigende Energie- und Rohstoffpreise immer deutlicher erkennbar. Diese Beispiele zeigen nur einen Ausschnitt der Aufgaben für heute und morgen. Die vorliegende Strategie greift diese und weitere bedeutende Herausforderungen einer zukunftsfähigen Entwicklung in Rheinland-Pfalz mit integrierenden Lösungsansätzen auf.

Den Grundstein hierfür legte die Weltgemeinschaft 1992 in Rio de Janeiro mit einem umfangreichen Aktionsprogramm für Umwelt und Entwicklung. Das dort beschlossene Programm „AGENDA 21“ formuliert Maßnahmen und Ziele für eine ökologisch, ökonomisch und sozial gerechte Entwicklung heutiger und zukünftiger Generationen. Unter dem Leitbild „Nachhaltige Entwicklung“ wurde der Agenda-Prozess bewusst als Selbstverpflichtung aufgestellt, da ein solches Vorhaben mit dem herkömmlichen Völkerrecht nicht zu fassen ist. Die Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklung ist ein offener Such- und Lernprozess, der eine ständige und anhaltende Weiterentwicklung erfordert. Die Nachhaltige Entwicklung ist inzwischen zur globalen Vision der Menschen geworden. Sie setzt den Rahmen für die gegenwärtige und zukünftige Gestaltung unserer Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt. Daraus leiten sich wichtige Ziele auch für Rheinland-Pfalz ab. Es geht etwa um die gegenwärtigen Herausforderungen zur Bewältigung der Arbeitslosigkeit, die Behebung sozialer Ungleichgewichte oder auch um einen modernen Umweltschutz.

Zehn Jahre nach Rio de Janeiro hat die Weltgemeinschaft die AGENDA 21 durch einen Implementierungsplan in Johannesburg weiterentwickelt und damit die Vorhaben zur Umsetzung verstärkt. Zahlreiche Staaten, insbesondere in Europa, haben bereits im Vorfeld oder im Anschluss an die Konferenz eine nationale Nachhaltigkeitsstrategie vorgelegt. Eine solche Strategie soll dazu beitragen, die Nachhaltige Entwicklung systematisch umzusetzen. So hat die Bundesregierung im Jahr 2002 die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie „Perspektiven für Deutschland“ veröffentlicht und 2004 fortgeschrieben. Der im August 2005 veröffentlichte „Wegweiser Nachhaltigkeit“ bilanziert schließlich die Regierungspolitik vor dem Hintergrund der Nachhaltigkeitsstrategie. Der Rat für Nachhaltige Entwicklung in Berlin hat im Juni 2005 die Länder aufgefordert, ebenfalls Nachhaltigkeitsstrategien mit konkreten und quantitativen Zielen und Indikatoren zu erstellen.

Rheinland-Pfalz hat die Initiative schon frühzeitig ergriffen: Das Land stellt mit der vorliegenden Nachhaltigkeitsstrategie die eigenen „Perspektiven für Rheinland-Pfalz“ vor, womit sie das 1999 beschlossene AGENDA 21-Programm der Landesregierung auf eine neue Basis stellt: Die „Perspektiven für Rheinland-Pfalz“ geben hierfür einen aktuellen Ausschnitt von wesentlichen Handlungsfeldern wieder. Ausgewählte Indikatoren bilden schließlich die Entwicklung in den Handlungsfeldern ab. Daher liegt ein besonders großes Augenmerk auf der Auswahl geeigneter Indikatoren und der Beschaffung aktueller Zeitreihen. Das

vorliegende 3. Agenda 21 Programm zeigt den zur Zeit verfügbaren Stand auf. Die Zeitreihen konnten dabei nicht in jedem Fall den Stand der allerjüngsten Vergangenheit abbilden.

Die Nachhaltigkeitsstrategie wird auch zukünftig als kontinuierlicher Prozess mit allen relevanten Umwelt-, Wirtschafts- und Sozialpartnern weitergeführt, indem sie auf breiter Basis als Handreichung für eine Nachhaltige Entwicklung in Rheinland-Pfalz kommuniziert und diskutiert wird. Die Landesregierung geht mit der vorliegenden Nachhaltigkeitsstrategie einen wichtigen Schritt nach vorne und lädt alle Akteure zur konstruktiven und offenen Zusammenarbeit ein.

Inhaltsübersicht

Die Nachhaltigkeitsstrategie für Rheinland-Pfalz ist in vier Kapitel gegliedert (siehe Abbildung 1). Zunächst erfolgt eine Bestandsaufnahme, mit welchen allgemeinen wirtschaftlichen, demografischen und ökologischen Tendenzen in den nächsten Jahrzehnten in Rheinland-Pfalz zu rechnen ist. Anschließend soll der Kontext zum von der Weltgemeinschaft beschlossenen Leitbild „Nachhaltige Entwicklung“ aufgezeigt und daraus Rückschlüsse für Rheinland-Pfalz gezogen werden. Danach soll der neue Ansatz für die Umsetzung in Rheinland-Pfalz dargelegt werden. Die Perspektiven bilden schließlich das Kernstück der Nachhaltigkeitsstrategie, indem sie die Handlungsfelder konkret benennen, Indikatoren heranziehen und wichtige Vorhaben in Rheinland-Pfalz vorstellen.

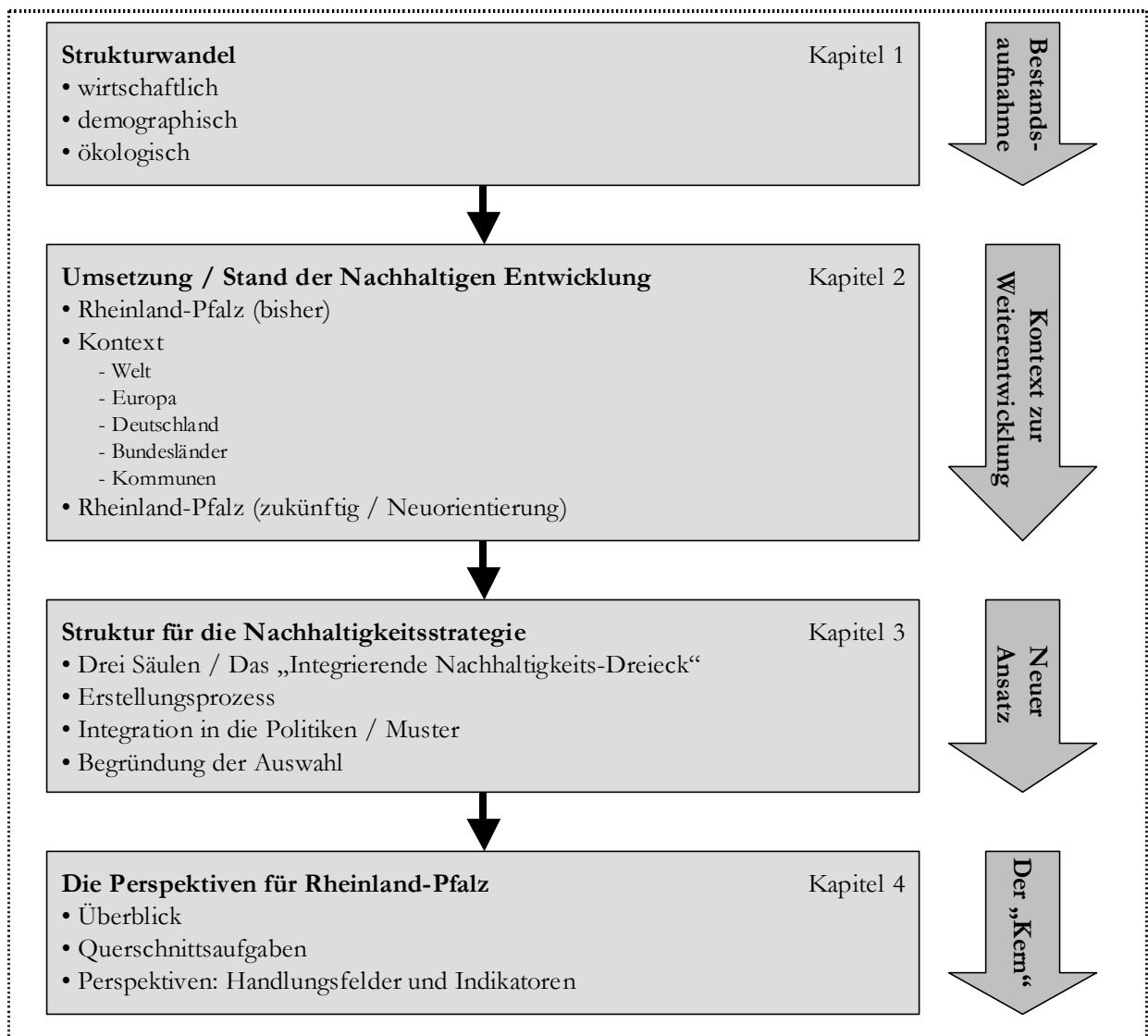


Abbildung 1: Weiterentwicklung des AGENDA 21-Programms zur Nachhaltigkeitsstrategie

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|-----|
| Zielsetzung und Durchführung | ii |
| Vorwort..... | iii |
| Inhaltsübersicht | v |
| Inhaltsverzeichnis | vi |
| 1. Bestandsaufnahme: Strukturwandel in Rheinland-Pfalz..... | 1 |
| 1.1. Dynamischer wirtschaftlicher Strukturwandel | 2 |
| 1.2. Demografischen Wandel gestalten..... | 5 |
| 1.3. Ökologische Verpflichtungen einhalten..... | 9 |
| 2. Die Entwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie Rheinland-Pfalz..... | 13 |
| 2.1. Bisheriges AGENDA 21-Programm des Landes Rheinland-Pfalz | 14 |
| 2.2. Rheinland-Pfalz als Akteur im weltweiten Erstellungsprozess | 18 |
| 2.2.1. Die weltweite Verpflichtung zur Nachhaltigen Entwicklung..... | 18 |
| 2.2.2. Der europäische Rahmen zur Nachhaltigen Entwicklung | 23 |
| 2.2.3. Perspektiven für eine Nachhaltige Entwicklung in Deutschland | 25 |
| 2.2.3.1. Die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung | 25 |
| 2.2.3.2. Kernthemen zur Nachhaltigen Entwicklung in Deutschland aus wissenschaftlicher Sicht | 30 |
| 2.2.4. Die Initiativen für regionale Nachhaltigkeitsstrategien..... | 33 |
| 2.2.5. Die kommunale Umsetzung in Prozessen zur LOKALEN AGENDA 21 in Rheinland-Pfalz | 34 |
| 2.3. Neuorientierung des AGENDA 21-Programms für Rheinland-Pfalz..... | 37 |
| 3. Die neue Struktur des AGENDA 21-Programms: die Nachhaltigkeitsstrategie für Rheinland-Pfalz | 39 |
| 3.1. Integration von Ökologie, Ökonomie und Sozial-Kulturellem für Mensch und Natur..... | 40 |
| 3.2. Erstellungsprozess der Nachhaltigkeitsstrategie | 43 |
| 3.3. Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie auf allen Ebenen..... | 49 |
| 3.3.1. Integration in Regierungshandeln..... | 49 |
| 3.3.2. Integration in Produktions- und Konsummuster..... | 52 |
| 3.3.3. Verankerung auf der kommunalen Ebene..... | 53 |
| 3.4. Handlungsorientierende Auswahl der wesentlichen Perspektiven | 55 |
| 4. Die Perspektiven für Rheinland-Pfalz | 57 |
| 4.1. Struktur der Perspektiven für Rheinland-Pfalz | 60 |
| 4.2. Gesellschaftliche Querschnittsaufgaben in der Nachhaltigkeitsstrategie..... | 66 |
| 4.2.1. Geschlechtergerechtigkeit..... | 66 |
| 4.2.2. Generationensolidarität..... | 69 |
| 4.2.3. Integration benachteiligter Gruppen | 74 |
| 4.3. Die Perspektiven für Rheinland-Pfalz im Detail..... | 77 |

Inhaltsverzeichnis

| | | |
|-----|--|-----|
| A | Natürliche Lebensgrundlagen bewahren..... | 78 |
| A.a | Lebendige Landschaften | 79 |
| A.b | Intakte Umweltmedien..... | 82 |
| A.c | Ressourcennutzung und Klimaschutz..... | 87 |
| B | Ökoeffizientes Wirtschaften fördern..... | 92 |
| B.a | Wirtschaften mit Ressourcen..... | 93 |
| B.b | Regionales Wirtschaften..... | 96 |
| C | Wirtschaftskraft stärken..... | 99 |
| C.a | Wertschöpfung..... | 100 |
| C.b | Produktive Basis..... | 102 |
| C.c | Innovation..... | 104 |
| D | Leistungsfähige Gesellschaft ausbauen | 107 |
| D.a | Bildung und Qualifizierung..... | 108 |
| D.b | Erwerbstätigkeit und Einkommen..... | 113 |
| D.c | Handlungsfähigkeit des Staates | 117 |
| E | Lebenswerte Gesellschaft weiterentwickeln | 121 |
| E.a | Kulturland Rheinland-Pfalz..... | 122 |
| E.b | Sicheres Zusammenleben..... | 125 |
| E.c | Bürgerengagement | 129 |
| F | Gesellschaft und Umwelt integrieren | 133 |
| F.a | Attraktives Lebensumfeld..... | 134 |
| F.b | Naturereignisse bewältigen | 138 |
| G | Internationale Verantwortung tragen | 141 |
| G.a | Internationale Partnerschaften | 142 |
| H | Nachhaltiges Leben führen..... | 145 |
| H.a | Gesundheit..... | 146 |
| H.b | Mobilität | 151 |
| H.c | Siedlungsentwicklung und Wohnen | 154 |
| H.d | Verantwortungsvoll Konsumieren und Produzieren | 159 |
| H.e | Bildung für Nachhaltige Entwicklung..... | 164 |
| | Abkürzungen..... | 169 |

1. Bestandsaufnahme: Strukturwandel in Rheinland-Pfalz

Rheinland-Pfalz möchte die gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen im Sinne der Nachhaltigen Entwicklung gestalten. Dieses Kapitel stellt die wesentlichen Entwicklungslinien vor, die in diesem Rahmen bedeutend sind. Sie lassen sich unter dem Schlagwort „Strukturwandel“ zusammenfassen.

Lange Zeit wurde der Strukturwandel vorwiegend als ökonomisches Phänomen diskutiert, der den vollzogenen Übergang von der Agrar- zur Industrie- und schließlich zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft kennzeichnet. Der Strukturwandel wirkt aber umfassender in vielen Facetten in Wirtschaft, Gesellschaft und Ökologie hin und stellt damit eine bedeutsame Rahmenbedingung für eine Nachhaltige Entwicklung dar.

Rheinland-Pfalz stellt sich den Herausforderungen des Strukturwandels. Auch die anderen Länder, der Bund, Europa und viele Industriestaaten müssen ähnliche Herausforderungen lösen. Viele Entwicklungsländer stehen ebenfalls vor einem tief greifenden Strukturwandel. Herkömmliche Vorstellungen und Lösungsansätze wie immer währendes Wachstum oder die individuelle, uneingeschränkte Umweltnutzung greifen nicht mehr. Die Bürgerinnen und Bürger sind über das Wesen dieses Wandels und die erforderlichen Maßnahmen zu dessen Gestaltung zu informieren. Ebenso sind die Menschen in Rheinland-Pfalz über die Wirksamkeit der ergriffenen Maßnahmen in Kenntnis zu setzen und auf dem Laufenden zu halten.

Die Landesregierung hat mit der Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz (ZIRP) seit 1992 eine hierfür bedeutende Institution geschaffen, um zusammen mit den gesellschaftlichen Gruppen Zukunftsentwicklungen wie den demografischen Wandel zu diskutieren und Lösungsvorschläge zu formulieren.

Die ZIRP beschäftigt sich in diesem Sinne etwa mit den Themen „Bildung und Wirtschaft“, „Unternehmen in der Gesellschaft“, „Visionen“, „Innovationen“, „Kultur“ sowie „Regionalmarketing“.



1.1. *Dynamischer wirtschaftlicher Strukturwandel*

Rheinland-Pfalz stellt sich dem wirtschaftlichen Strukturwandel, der durch eine internationalisierte und auf höherwertige Dienstleistungen ausgerichtete Wirtschaft geprägt ist.

a) *Hohe wirtschaftliche Leistungsfähigkeit*

Rheinland-Pfalz ist durch die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahrzehnte ein wohlhabendes Land, worauf das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Einwohner hinweist. Das BIP ist zwar kein hinreichendes Maß für die gesamtgesellschaftliche Wohlfahrt, aber ein wichtiges Maß für die gesamte wirtschaftliche Wertschöpfung und hat in den letzten Jahren stetig zugenommen. Ein hohes BIP ermöglicht u. a. die von den Bürgerinnen und Bürgern erwünschte staatliche Leistungserbringung. Das betrifft besonders Bereiche wie Bildung und Kultur, Infrastruktur, aber auch den Umweltschutz.

Aufgrund der vielfachen Bedeutung wird das BIP für einige Indikatoren der Perspektiven für Rheinland-Pfalz in Kapitel 4 verwendet. So können Werte der Umweltnutzung, der Haushaltsausgaben oder anderer ökonomischer Größen auf das BIP bezogen werden. Damit kann ein zeitlich aussagekräftiger Fortschritt der Entwicklung abgebildet werden.

b) *Wettbewerbsfähigkeit in offenen Weltmärkten*

Viele Waren- und zunehmend auch Dienstleistungsmärkte sind mittlerweile global ausgerichtet. Der Warenverkehr und das Dienstleistungsangebot haben durch kostengünstige Transporte, Informations- und Kommunikationstechnologien wie auch durch die zunehmende Nachfrage nach höherwertigen Gütern und Dienstleistungen stark zugenommen. So sind die rheinland-pfälzischen Unternehmen nicht mehr nur in den deutschen Wirtschaftsraum eingebunden. Stattdessen müssen sich viele Unternehmen schon seit Jahren dem internationalen Wettbewerb stellen. Diese Zusammenhänge werden in Abbildung 2 deutlich. Der Außenhandel rheinland-pfälzischer Unternehmen findet hauptsächlich mit den europäischen Nachbarländern statt.

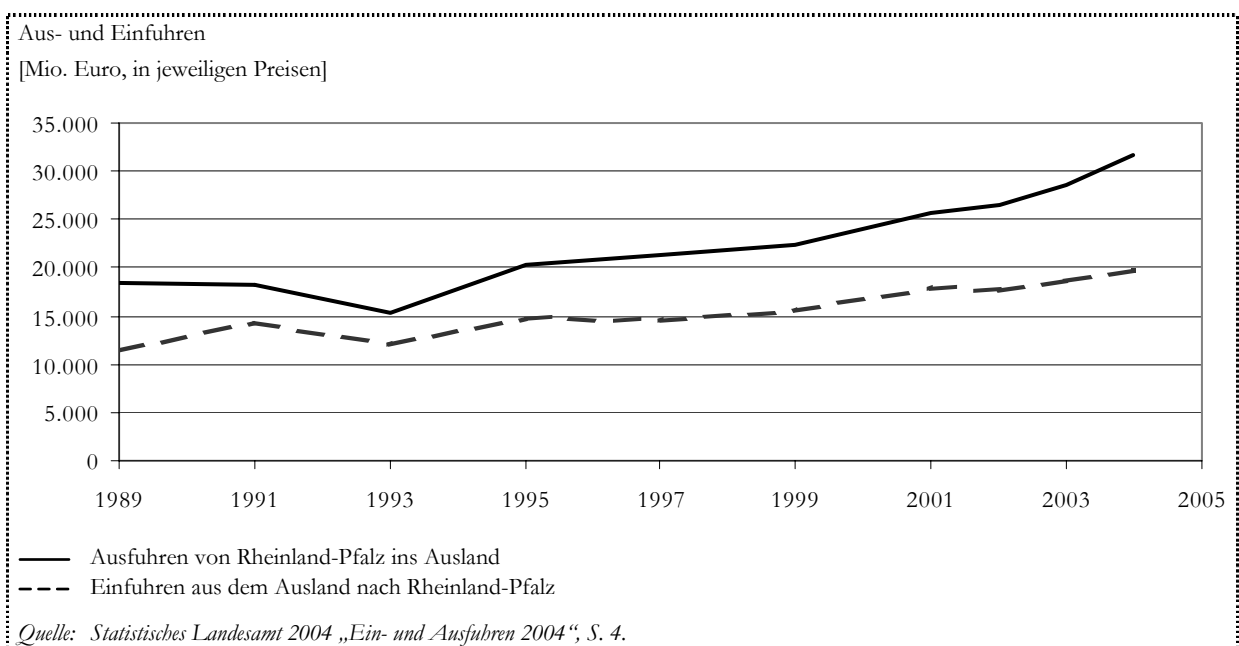


Abbildung 2: Ausfuhren von / Einfuhren nach Rheinland-Pfalz

Die Einbindung in die Weltwirtschaft ist also ein Faktum. Daraus erwachsen für Rheinland-Pfalz große ökonomische Chancen, aber auch Herausforderungen. So sind die neuen Mitgliedstaaten der Europäischen Union attraktive Märkte, etwa im Bereich der Infrastruktur, der hochwertigen Konsumgüter und der Umwelttechnik. Die Nachhaltigkeitsziele für Rheinland-Pfalz sind daher auch auf das Wirtschaften im Ausland anzuwenden. Verantwortungsvolles Handeln endet nicht an der Landesgrenze, sondern bindet die globale Perspektive mit ein.

Gleichzeitig gilt es, die Wirtschaft in den Regionen und Kommunen von Rheinland-Pfalz zu stärken. Dies ist u. a. für die Güter des alltäglichen Bedarfs wie Lebensmittel sinnvoll. Die Besinnung auf „Regionalität“ fördert die örtlichen Wirtschaftskreisläufe und ist somit sozial-ökonomisch sinnvoll.

c) *Höhere Bedeutung der Dienstleistung*

Seit den 70er Jahren nimmt der Anteil des Produzierenden Sektors stetig ab, während der Dienstleistungssektor beständig an Bedeutung gewinnt (siehe Abbildung 3). Analog dazu ist gegenwärtig weniger als jede dritte Stelle direkt im Produzierenden Sektor zu finden, davon der Großteil im Verarbeitenden Gewerbe. Die restlichen Stellen (etwa zwei Drittel aller Stellen) sind im Dienstleistungsbereich angesiedelt. Der erste Sektor bietet nur den allerwenigsten Menschen (unter 3 % der Erwerbstätigen) noch eine direkte Beschäftigung.

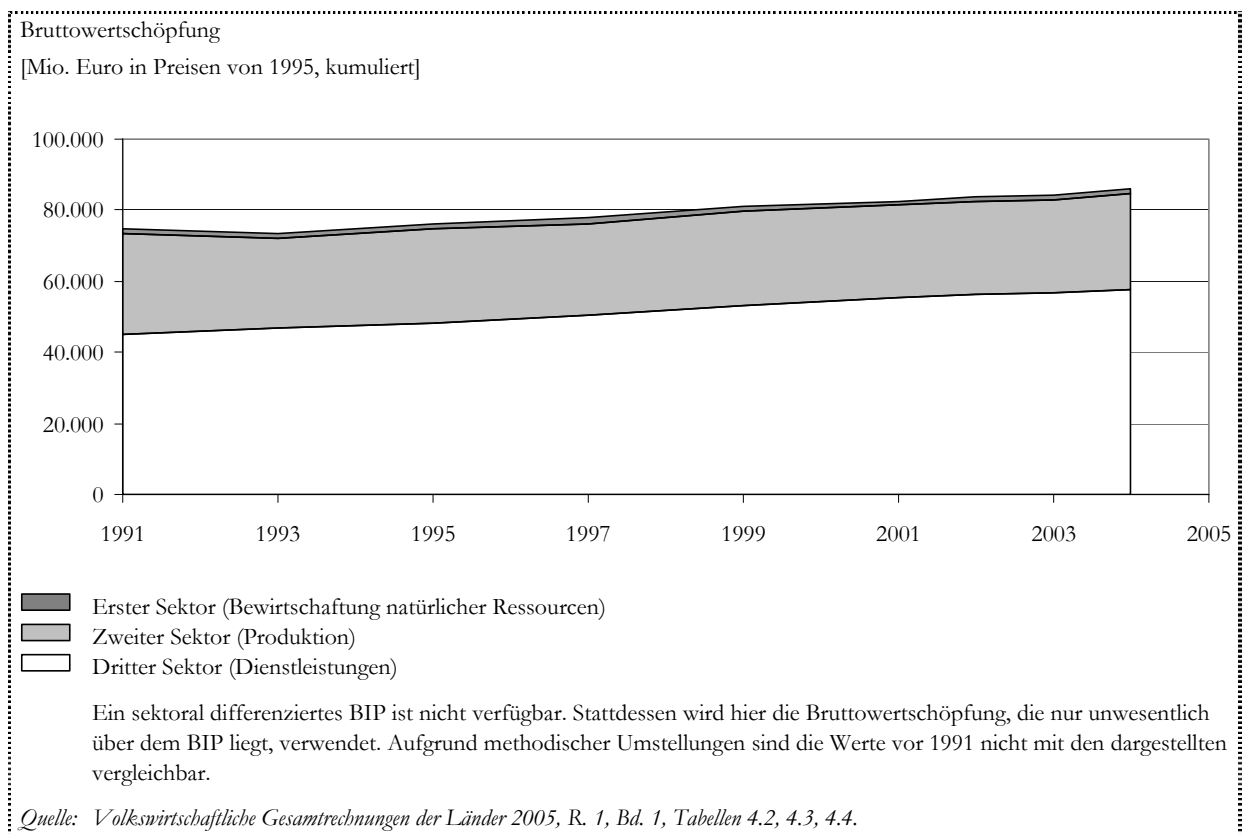


Abbildung 3: Aufteilung der Wertschöpfung in Rheinland-Pfalz

Die einzelnen Wirtschaftssektoren haben heute eine veränderte Bedeutung, wobei sie aber voneinander abhängen und ineinander greifen:

- **Erster Sektor (Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen)**

Die Agrar-, Forst- und Rohstoffwirtschaft sind ein Fundament der Wirtschaft in Rheinland-Pfalz. Sie tragen zwar nur noch einen geringen Anteil (ca. 3 %) zur Wertschöpfung bei, sind aber für die Versorgung der Unternehmen mit Rohstoffen und der Menschen mit Lebensmitteln unentbehrlich. Außer-

dem trägt der erste Sektor stark zur Prägung der Landschaften wie auch der kulturellen Identität bei. Daher ist ein flächendeckender und wirtschaftlich tragfähiger erster Sektor in Rheinland-Pfalz zu sichern.

- **Zweiter Sektor (Produktion)**

Rheinland-Pfalz hat traditionell Schwerpunkte in der Herstellung chemischer und pharmazeutischer Erzeugnisse, im Maschinen- und Fahrzeugbau (Zulieferer) und im Holzverarbeitenden Gewerbe.

Das eher regional und lokal tätige Handwerk beschäftigt ca. ein Fünftel aller Arbeitnehmer und setzt mit diesen jeden fünften Euro in Rheinland-Pfalz um. Damit ist das Handwerk eine wichtige Säule der Wirtschaft.

Ziel ist es, einen wettbewerbsfähigen Produzierenden Sektor zu erhalten.

- **Dritter Sektor (Dienstleistungen)**

Die wissensbasierten Dienstleistungen (u. a. Bildungswesen, Informationsverarbeitung und höherwertige oder Spitzentechnik) sowie unternehmensnahe Dienstleistungen (Beratung, Organisation, Entwicklung) gewinnen zunehmend an Bedeutung.

Es sind also zwei Ziele parallel anzustreben: Erstens ist die Standortattraktivität für die tragenden Wirtschaftsbereiche des ersten sowie des zweiten Sektors zu sichern. Zweitens sind die forschungsintensiven, innovativen Bereiche auszubauen. In einer fortgeschrittenen, aber rohstoffarmen Volkswirtschaft wie Deutschland stellen die Fähigkeiten gut ausgebildeter Menschen die größte ökonomische Ressource dar. Um diese Ressource nach Möglichkeit auszubauen und so das Land wettbewerbsfähig zu halten, bedarf es der Qualifizierung der Bevölkerung und der Investitionen in Forschung und Entwicklung.

1.2. *Demografischen Wandel gestalten*

Die zukünftige Struktur der Bevölkerung wird viele Lebensbereiche in Rheinland-Pfalz stark verändern und ist daher eine wichtige Basis für soziale Aspekte, aber auch für ökonomische und soziale Fragestellungen. Dies gilt im Grunde analog für die anderen Länder. Alle Akteure müssen Lösungen für den zunehmenden Anteil älterer Menschen und den relativen Rückgang jüngerer Menschen sowie den allgemeinen Bevölkerungsrückgang finden. Im folgenden ersten Abschnitt ist die absehbare Bevölkerungsentwicklung dargestellt. Der darauf folgende Abschnitt zeigt die Gestaltungsziele der Landesregierung auf.

a) *Zukünftiger Aufbau der Bevölkerung*

Die Bevölkerung in Deutschland wie auch in Rheinland-Pfalz wächst kaum noch und wird zunehmend älter. In den letzten Jahren rückte diese Erkenntnis verstärkt auf die politische Tagesordnung und in das öffentliche Bewusstsein. Daher hat die Landesregierung die Effekte für Rheinland-Pfalz abschätzen lassen⁴. In Abbildung 4 ist ein Szenario⁵ ersichtlich, worin beide Effekte deutlich werden:

- **Schrumpfungseffekt:** Die Bevölkerungszahl erreicht um das Jahr 2005 herum den Höchststand und nimmt danach ab (oberste Linie). Bis zum Jahr 2015 geht die mittlere Variante des zugrundeliegenden Szenarios von einer Bevölkerungsabnahme um lediglich 2,4 % gegenüber 2000 aus. Bis zum Jahr 2050 könnten aber 17,5 % weniger Menschen als noch im Jahr 2000 leben. Die untere Variante geht hingegen von einer Abnahme um 25,2 % bis 2050 und die obere Variante von einem Rückgang um lediglich 7,8 % aus.

Die Bevölkerungsentwicklung wird in den einzelnen Regionen von Rheinland-Pfalz sehr unterschiedlich sein (siehe Abbildung 5): Einige strukturschwächere Regionen, wie Teile von Hunsrück und Westpfalz, werden voraussichtlich einen beträchtlichen Anteil der Bevölkerung verlieren, während einige östliche Landkreise noch wachsen werden.

Durch die zahlenmäßige und regional ungleiche Schrumpfung müssen v. a. für den ländlichen Raum die bauliche Infrastruktur (u. a. Straßen und Kanalisation) und die sonstige öffentliche Infrastruktur (z. B. Bildung und Kultur) angepasst sowie Konzepte für die Kulturlandschaften (u. a. Erhaltung des Landschaftsbildes) entwickelt werden.

- **Alterungseffekt:** Der Anteil der jungen Menschen (unter 20 Jahren) nimmt aufgrund der geringen Geburtenrate seit 1970 beständig ab (unteres Feld in Abbildung 4). Analog sinkt der Jugendquotient als Verhältnis von jungen Menschen (unter 15 Jahren) zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (20 bis 60-Jährige).

⁴ Siehe *Statistisches Landesamt: „Rheinland-Pfalz 2050“, Bd. 1 (2002) und Bd. 2 (2004)*.

⁵ Allen Varianten des Szenarios liegt eine konstante Geburtenrate von 1,4 Kinder pro Frau zugrunde. Die Varianten unterscheiden sich aber hinsichtlich folgender Annahmen:

- **Mittlere Variante:** Die Lebenserwartung steigt von 1997/99 bis 2050 um 4 Jahre. Das Wanderungssaldo sinkt von 10.000 Personen jährlich (2001) auf 5.000 (2006) und bleibt dann konstant.
- **Untere Variante:** Die Lebenserwartung steigt von 1997/99 bis 2015 um 2 Jahre und bleibt dann konstant. Das Wanderungssaldo sinkt von 10.000 Personen jährlich (2001) auf 0 (2015) und bleibt dann konstant.
- **Obere Variante:** Die Lebenserwartung steigt von 1997/99 bis 2050 um 6 Jahre. Das Wanderungssaldo bleibt konstant bei 10.000 Personen pro Jahr bis 2050.

Gleichzeitig nimmt der Anteil der älteren Menschen (älter als 60 Jahre, oberes Feld) weiter zu. Vor über einem Jahrzehnt gab es in Rheinland-Pfalz bereits eine erhebliche demografische Zäsur: Seitdem kommt auf jeden jüngeren Menschen (unter 20 Jahre) mehr als ein älterer Mensch (über 60 Jahre), was durch die Schnittstelle von Alten- und Jugendquotienten markiert wird.

Die demografische Entwicklung wird große Auswirkungen auch auf die Arbeitswelt und den Arbeitsmarkt der Zukunft haben. Seit 1990 liegt die Anzahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter (hier 20–60 Jahre) auf dem höchsten Niveau mit dem Höchststand Mitte der 90er Jahre, danach sinkt deren Zahl kontinuierlich. Aus dieser Feststellung lässt sich schon heute erheblicher Handlungsbedarf ableiten, der nahezu alle Politikfelder tangiert: Qualifikationsanforderungen, Tätigkeitsfelder und Arbeitsinhalte werden sich ändern, Arbeitszeit-, Arbeitsplatz- und Arbeitsablauforganisation müssen sich auf die Anforderungen und die personellen Bedingungen der Zukunft einstellen. Es werden mehr ältere Menschen aus dem Erwerbsleben ausscheiden als Junge nachrücken. Auch in den rheinland-pfälzischen Betrieben werden die Erwerbstätigen und die Belegschaften altern; es werden zukünftig junge Arbeitskräfte fehlen. Einmal erworbenes Wissen und erworbene Qualifikationen werden schneller nicht mehr mit den wirtschaftlichen Erfordernissen übereinstimmen. Durch den Rückgang zeitnah ausgebildeter junger Erwerbstätiger könnten der Wirtschaft wichtige Innovationsimpulse verloren gehen und der schon jetzt in einigen Unternehmen spürbare Fachkräftemangel könnte weiter verstärkt werden.

Auch die Struktur der Konsumentennachfrage sowie die Anforderungen an Gesundheits-, Mobilitäts- und Betreuungseinrichtungen werden sich aufgrund der demografischen Entwicklung ändern. Dabei ist die ungleiche räumliche Altersverteilung zu berücksichtigen.

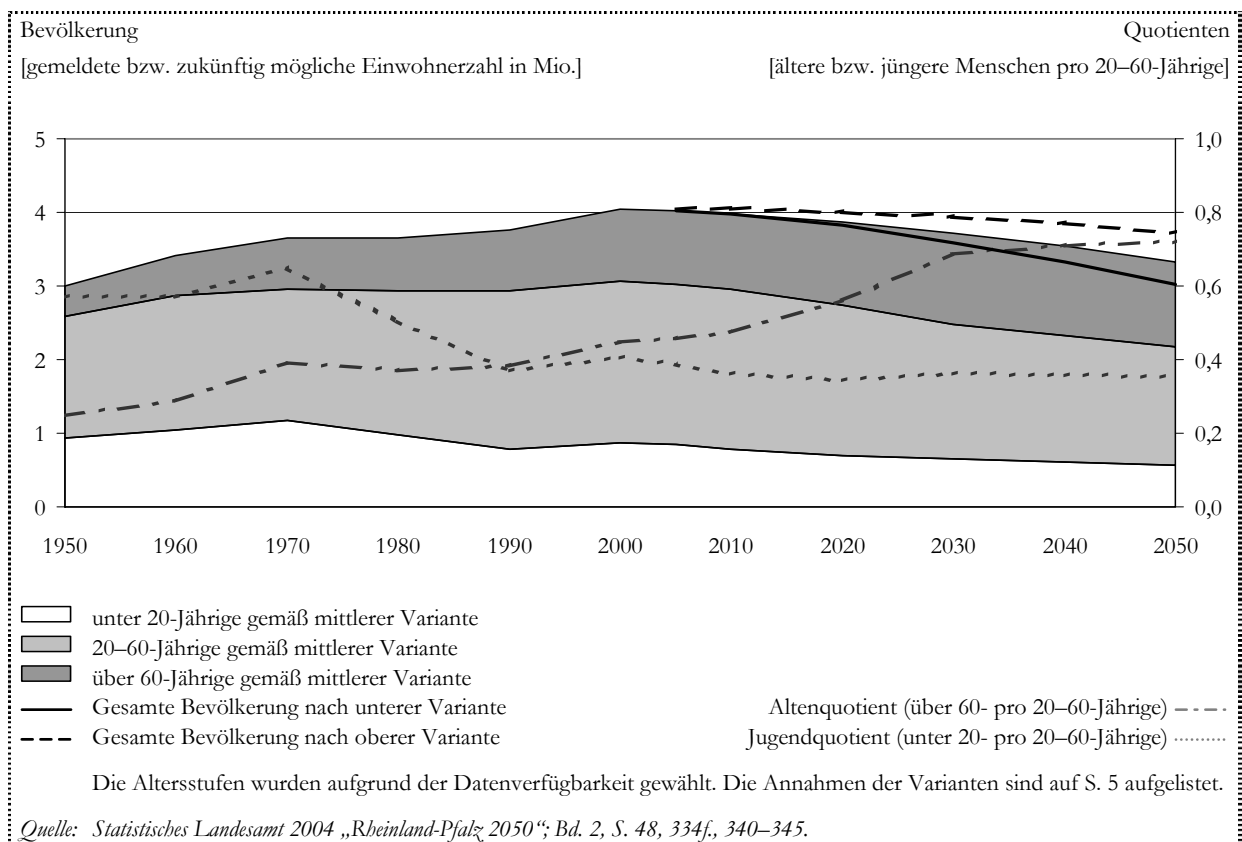


Abbildung 4: Altersmäßige Bevölkerungsentwicklung 1950–2050 in Rheinland-Pfalz

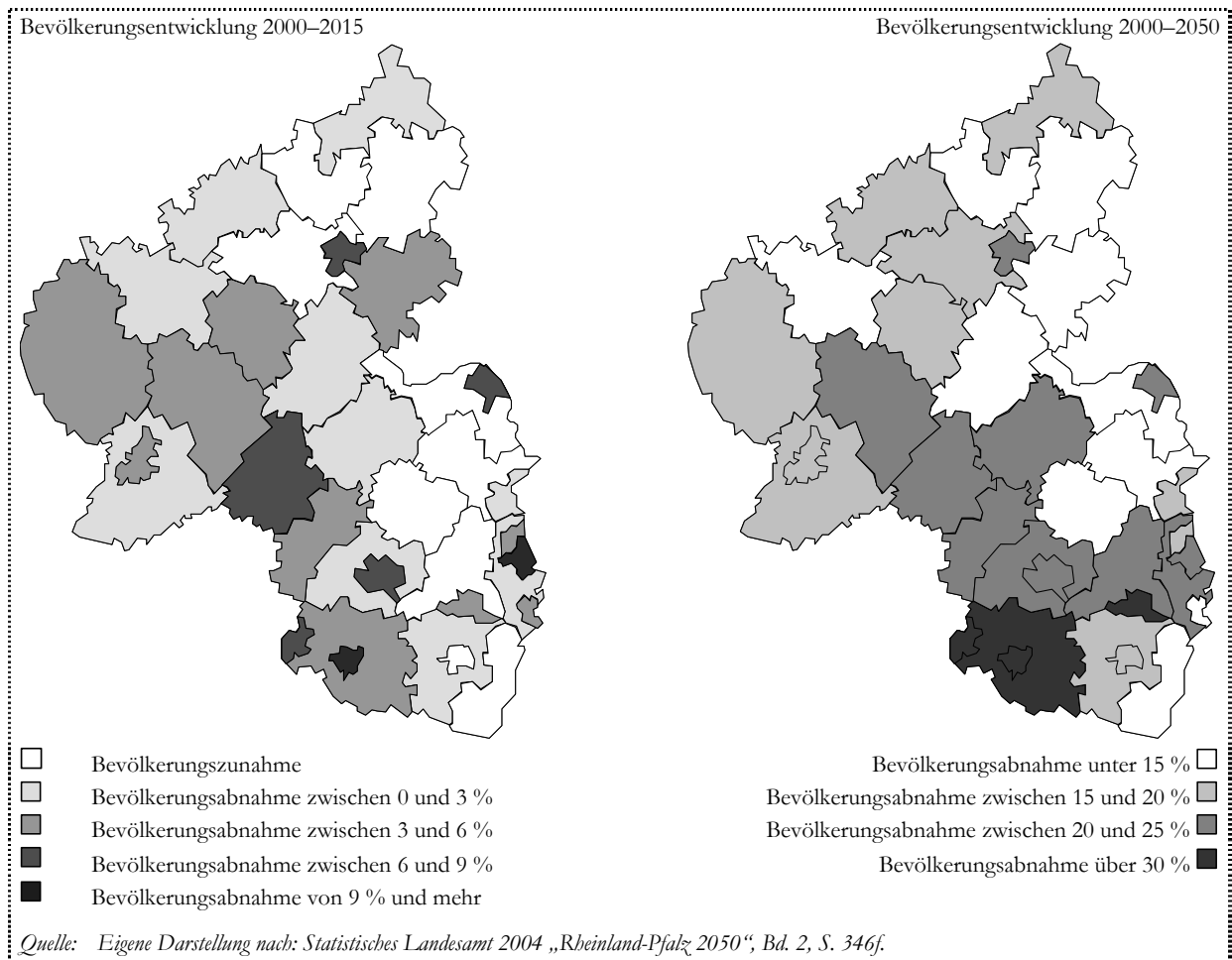


Abbildung 5: Regionale Bevölkerungsentwicklung 2000–2015 und 2000–2050 gemäß mittlerer Variante

b) Landespolitische Gestaltung der demografischen Entwicklung

Die Landesregierung ist bei der positiven Gestaltung des demografischen Wandels auf die Kommunen und alle gesellschaftlichen Gruppen angewiesen. Nur zusammen mit ihnen eröffnen sich langfristige und erfolgreiche Einflussmöglichkeiten auf diese sehr bedeutsame gesellschaftliche Entwicklung.

Im Rahmen eines breiten und notwendigen Diskussionsprozesses hat die Landesregierung fünf politische Handlungsschwerpunkte festgelegt, um die Chancen des demografischen Wandels für Rheinland-Pfalz zu nutzen:

- **Familien stärken**, um die Entscheidung für mehr Kinder zu unterstützen
- **Bildung und Qualifikation** verbessern, um den sich verändernden Notwendigkeiten des Arbeitsmarktes und des gesellschaftlichen Lebens gerecht werden zu können
- **Solidarität der Generationen** fördern, um die unterschiedlichen Fähigkeiten und Erfahrungen füreinander einzubringen
- **Unterstützung der Kommunen**, damit eine erfolgreiche Gestaltung der Auswirkungen des demografischen Wandels vor Ort gelingen kann
- **Integration und Qualifizierung** von Einwanderern verbessern, um sozialen Benachteiligungen entgegenzuwirken und vorhandene Potenziale zu nutzen und zu erschließen

Der zu erwartende demografische Umbruch ist darüber hinaus auch so zu gestalten, dass gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Teilräumen des Landes gesichert werden. Hierfür ist u. a. eine Mindestausstattung an öffentlicher Infrastruktur erforderlich, die in zumutbarer Entfernung in den so genannten „Zentralen Orten“ konzentriert angeboten werden sollte. Die öffentliche Infrastruktur muss auch zukünftig eine angemessene Versorgung, insbesondere im ländlichen Raum, sicherstellen. Um für diese wichtige Aufgabe eine verlässliche Planungsgrundlage zu haben, hat die Landesregierung das Landesentwicklungsprogramm (LEP IV) nach einem ausführlichen Abstimmungsprozess angepasst und neu formuliert.

Wichtige Akzente im landesweiten Diskussionsprozess setzt auch die Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz (ZIRP) mit ihrem Projekt „Zukunftsradar

www.zirp.de
www.zukunftsradar2030.de

2030“. Im Rahmen eines so genannten „Foresight-Prozesses“ erörtern und entwickeln Experten aus den verschiedensten Fachgebieten langfristige Handlungsstrategien für die positive Gestaltung des demografischen Wandels. Im Vordergrund stehen hierbei die Themenbereiche Wirtschafts- und Arbeitswelt, Kommunen und intergeneratives Zusammenleben.

Infolge der Notwendigkeit zur umfassenden Einbindung der demografischen Entwicklung in die Nachhaltigkeitsstrategie werden die relevanten Perspektiven in Kapitel 4 differenziert dargestellt. Dies betrifft u. a. die Handlungsfelder „Erwerbstätigkeit und Einkommen“, „Bildung und Qualifizierung“ sowie die integrativen Querschnittsaufgaben.

1.3. *Ökologische Verpflichtungen einhalten*

Die Erhaltung der Funktionsfähigkeit der Ökosysteme vor Ort und weltweit ist eine existenzielle Basis für eine langfristige wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung. Der Umbau der dafür notwendigen institutionellen und wirtschaftlichen Strukturen wird auch als „ökologischer Strukturwandel“ bezeichnet.

Der Umweltschutz konzentrierte sich in Deutschland wie auch in Rheinland-Pfalz bisher auf Vermeidung und Verringerung der Belastung der unmittelbar wahrnehmbaren Umweltmedien Boden, Wasser und Luft. Heute müssen besonders die globalen Aufgaben im Klima- und Ressourcenschutz wahrgenommen werden⁶.

a) *Intakte Umwelt für Mensch und Natur in Rheinland-Pfalz*

Die bisher erzielten Verbesserungen der Umweltsituation haben viele Bürgerinnen und Bürger über Jahrzehnte hinweg bestätigen können. Dieser Standard ist zu erhalten und auszubauen. Dazu sind die neueren Ziele wie die Verminderung bodennahen Ozons und Feinstaubes zu erreichen. Auch weitere Belastungen der menschlichen Gesundheit und der Ökosysteme durch Schadstoffe sind auf ein verträgliches Maß zu begrenzen. Ebenfalls sollen sowohl die Kultur- als auch die Natur-Landschaften ihren für Land und Mensch prägenden Charakter erhalten und weiterhin Lebensgrundlage für Flora und Fauna sein.

So hängt die Nutzung von Ökosystemen als Quelle von Rohstoffen etc. oder als Senke für Schadstoffe mit der Lebensraumfunktion für Flora und Fauna zusammen. Gerade die weltweit vorhandene Artenvielfalt ist ein Reichtum, den es zu schützen und zu bewahren gilt. Die politischen Akteure sowie die Produzenten und Konsumenten haben großen Einfluss auf eine angemessene Nutzung der Ökosysteme wie z. B. Wälder und Meere oder Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Flächen.

Große Herausforderungen ergeben sich – gerade vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung – für die Inanspruchnahme und Qualität der Flächen. In Abbildung 6 ist dargestellt, für welche Zwecke die Flächen genutzt werden. Fast die Hälfte der Gesamtfläche dient land- und weinbaulichen Zwecken, ein ebenso großer Teil ist mit Wäldern bedeckt. In Rheinland-Pfalz sind Landwirtschaft und Weinbau geprägt von wettbewerbsfähig und zugleich ökologisch verträglich wirtschaftenden Betrieben, einer flächenabhängigen Tierproduktion in den Höhenlagen sowie einer reich strukturierten, abwechslungsreichen Kulturlandschaft.

⁶ Siehe auch Kapitel 2, S. 13ff.

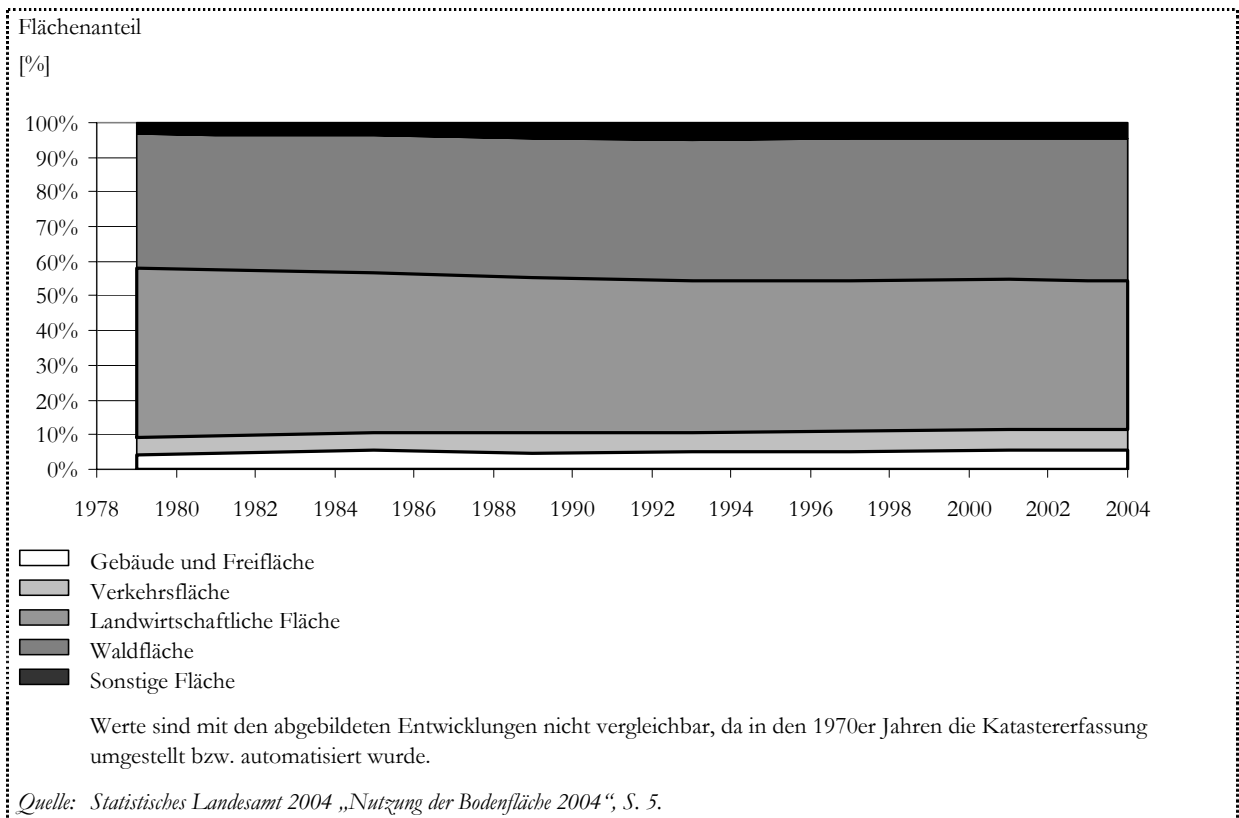


Abbildung 6: Flächenstruktur in Rheinland-Pfalz

In der Nachhaltigkeitsstrategie werden besondere Probleme im Zusammenhang mit der Flächennutzung (Siedlungsentwicklung, Kultur- und Naturlandschaften) aufgezeigt. Damit haben die Flächennutzung oder auch der Flächenzustand eine gewisse Leitfunktion als Indikatoren.

b) Globale Aufgaben im Ressourcen- und Klimaschutz

Zur sichtbaren Erhaltung und Verbesserung des Zustands der Umweltmedien sind globale und langfristige Ziele hinzugekommen. Der klassische Umweltschutz wird so zum Ressourcen- und Klimaschutz erweitert.

Die wirtschaftliche Entwicklung, v. a. im asiatischen Raum, hat die Knappheit der Ressourcen deutlich gemacht. So benötigen die Industrieländer und verstärkt die wachsenden asiatischen Volkswirtschaften stetig mehr Rohstoffe, was zu einem drastischen Anstieg der Weltmarktpreise führt. Durch technischen Fortschritt und ein überlegtes Ressourcen-Management kann mit der Knappheit umgegangen werden. Aber die ökologischen Systeme halten die Einwirkungen und Eingriffe des Menschen nur in begrenztem Maße aus.

Alle entwickelten und sich entwickelnden Staaten sind heute noch in hohem Maße von zunehmend teuren fossilen Energieträgern abhängig. Diese sind aber zum einen genau wie Rohstoffe nur begrenzt verfügbar, sodass eine effiziente und verantwortungsvolle Nutzung dringend geboten ist, zum anderen setzt die Verbrennung fossiler Energieträger Kohlendioxid frei. Der anthropogene Ausstoß dieses Gases und anderer klimarelevanter Gase (z. B. Methan) trägt nach herrschender wissenschaftlicher Meinung wesentlich zum Treibhauseffekt bei. Dieser beeinflusst das komplexe Klimageschehen: die weltweite Durchschnittstemperatur steigt an, regional können aber auch andere Entwicklungen wie vermehrte Stürme, Abkühlungen und veränderte Niederschlagsmuster eintreten.

Das lange Ringen um das Kyoto-Protokoll zeigt die schwierige politische Durchsetzung des Klimaschutzes als zentralen Baustein für eine Nachhaltige Entwicklung auf. Im Februar 2005 konnte das Protokoll endlich in Kraft treten. Gleichzeitig zeichnete sich ab, dass die bisherigen Maßnahmen wesentlich intensiviert werden müssen, um die gesetzten Ziele zu erreichen. Auch Deutschland hat sich zu einer Reduzierung des Ausstoßes klimarelevanter Gase, von denen Kohlendioxid die wichtigste Fraktion bildet, verpflichtet: Die Klimagase sollen zwischen 2008 und 2012 auf 81 % des Wertes von 1990, also um 21 % reduziert werden. Im Jahr 2002 betrug die Verminderung aller Klimagase zusammen bereits 18,5 % und von Kohlendioxid 15 %. Die Verminderung ist etwa zur Hälfte mit der Aufgabe alter Industrieanlagen infolge der Wiedervereinigung zu erklären. Seit Mitte der 90er Jahre stagnieren die Kohlendioxid-Emissionen aber, sodass weitere Anstrengungen für das ambitionierte Ziel nötig sind.

Die Nationalstaaten können die globale Aufgabe zum Klimaschutz jedoch nur gemeinsam meistern. Die entwickelten Volkswirtschaften – so auch Rheinland-Pfalz – müssen als Hauptverursacher klimaschädlicher Emissionen (siehe Abbildung 7) dabei ihrer Führungsrolle im Klimaschutz gerecht werden. Daraus erwachsen auch große Chancen für die Unternehmen in Rheinland-Pfalz, ihre Produktion ressourceneffizient zu gestalten und moderne Technologien für den Weltmarkt zu entwickeln. Gleichfalls ist die gemeinsame Modernisierung alter Kraftwerke, Industrieprozesse etc. nicht nur die Basis für eine sinnvolle wirtschaftliche Zusammenarbeit, sondern auch für eine kosteneffiziente Reduktion der global wirksamen Klimagase. Mit der globalen Partnerschaft wird eine große Wirkung mit vergleichsweise geringen Investitionen erreicht. Gerade in den bevölkerungsreichen und wachsenden Volkswirtschaften Ostasiens besteht ein sehr hohes Potenzial. Dort wird knapp ein Drittel des weltweiten Kohlendioxids mit steigender Tendenz emittiert.

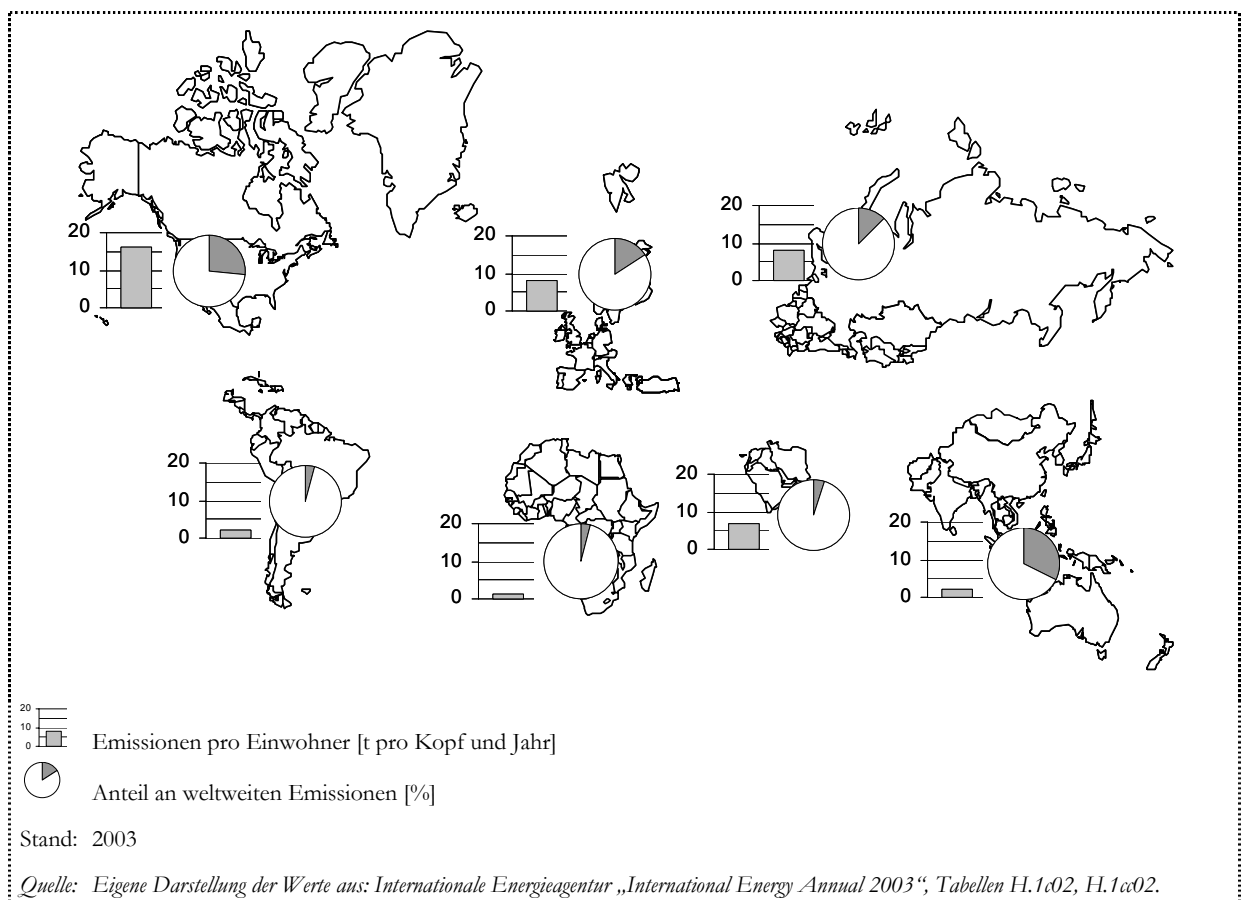


Abbildung 7: Weltweite Verteilung der Kohlendioxid-Emissionen

Der Energieverbrauch nimmt eine Schlüsselrolle für das Klima wie auch für den Ressourcenschutz ein. Die Kohlendioxid-Emissionen sind ein Leitindikator für die globalen ökologischen Herausforderungen. In Abbildung 8 sind die drei großen Herkunftsbereiche ersichtlich, die etwa je ein Drittel zu den gesamten Kohlendioxid-Emissionen in Rheinland-Pfalz beitragen. Die Verbrennung von fossilen Energieträgern ist die größte Emissionsquelle, während die aus Produktionsprozessen entweichenden Emissionen vergleichsweise gering sind (hier exemplarisch der bedeutende Emittent Zement- und Glasindustrie). „Vor der eigenen Haustür“ weisen die Bereiche Individualverkehr und Heizwärme die größten Einsparpotenziale auf. Die Industrie in Rheinland-Pfalz hat hier bereits große Anstrengungen unternommen und wird auch zukünftig durch eine effiziente Leistungserstellung und geeignete Energieträger dazu beitragen müssen.

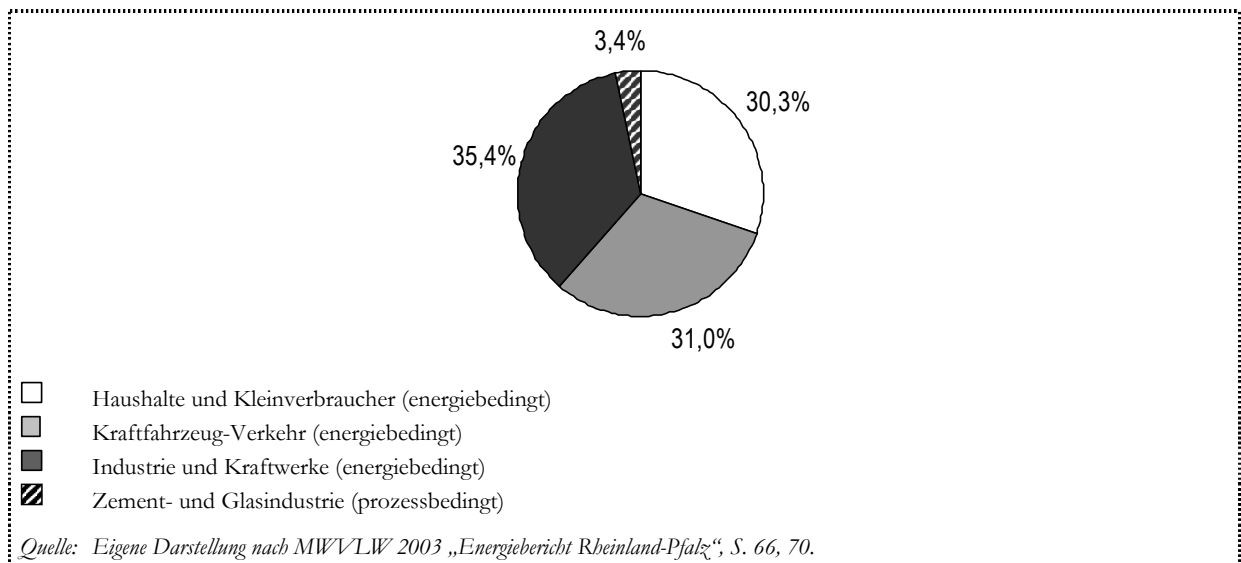


Abbildung 8: Aufteilung der CO₂-Emissionen für das Jahr 2000 in Rheinland-Pfalz

2. Die Entwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie Rheinland-Pfalz

Im vorigen Kapitel wurde zunächst eine Bestandsaufnahme der Entwicklung von Wirtschaft, Bevölkerung und Umweltnutzung durchgeführt. Dieser vorgestellte Strukturwandel fand zum großen Teil bereits vor dem weltweiten AGENDA 21-Prozess statt. Nun kann die Nachhaltigkeitsstrategie einen wichtigen Beitrag zur Gestaltung der wirtschaftlichen, demografischen bzw. sozialen und ökologischen Herausforderungen leisten. Das heißt, dass die Nachhaltige Entwicklung die Vision für einen zukunftsfähigen Pfad zur notwendigen Gestaltung des umfassenden Wandels ist.

In den folgenden Abschnitten wird zusammengetragen, wie die AGENDA 21 auf den verschiedenen politischen Ebenen umgesetzt wird (siehe Abbildung 9). Diese analytische Bestandsaufnahme bildet den Rahmen und liefert Anregungen für die Entwicklung des rheinland-pfälzischen Ansatzes.

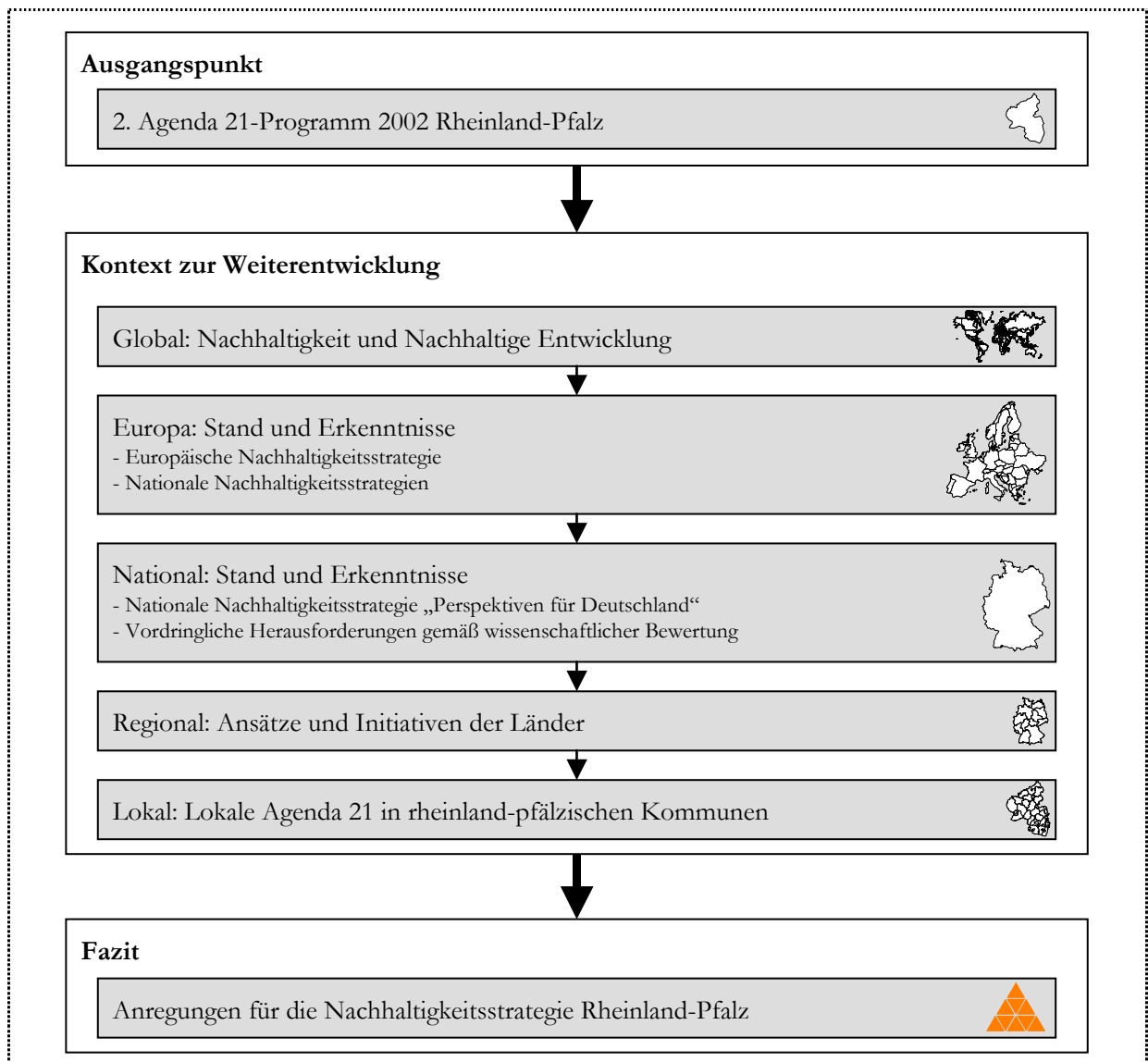


Abbildung 9: Kontext für die Nachhaltigkeitsstrategie Rheinland-Pfalz

2.1. *Bisheriges AGENDA 21-Programm des Landes Rheinland-Pfalz*

Das rheinland-pfälzische Parlament hat 1999 die Umsetzung der AGENDA 21 auf Landesebene beschlossen⁷. Diesem Beschluss gingen mehrere Ansätze und Berichte der Landesregierung sowie gesellschaftlicher Akteure voraus: Im Jahr 1997 erschien zunächst der umfangreiche Umweltbericht des Ministeriums für Umwelt und Forsten. 1998 gab das Ministerium für Umwelt und Forsten dann den Bericht „Nachhaltige Waldbewirtschaftung“ heraus. Ebenso trugen gesellschaftliche Akteure zur Diskussion bei. Beispielsweise legte der BUND Landesverband Rheinland-Pfalz 1996 die Schrift „Zukunftsfähiges Rheinland-Pfalz“ für einen strengen ökologischen Strukturwandel vor.

Schließlich erstellte die Landesregierung das erste „AGENDA 21-Programm 2000 Rheinland-Pfalz“⁸. Bereits zwei Jahre später wurde im Vorfeld der Weltkonferenz für Nachhaltige Entwicklung in



Johannesburg das zweite „AGENDA 21-Programm 2002 Rheinland-Pfalz“ entworfen. Auf der Johannesburg-Konferenz 2002 vertrat Frau Staatsministerin Margit Conrad das Land Rheinland-Pfalz. Im gleichen Jahr zog die Landesregierung mit Kooperationspartnern auf der Konferenz „Nachhaltige Entwicklung nach Johannesburg in Rheinland-Pfalz – wie geht es weiter?“ Bilanz und diskutierte das weitere Vorgehen. Die ersten Antworten sind in das „AGENDA 21-Programm 2002 Rheinland-Pfalz“ eingegangen, das im darauf folgenden Jahr veröffentlicht wurde⁹.

Das Land hat die Verpflichtung zur Nachhaltigen Entwicklung an vielen weiteren Stellen aufgenommen. Die Landeszentrale für Umweltaufklärung (LZU) hat dabei schon sehr früh Nachhaltigkeitsthemen kommuniziert und diese mit einer umfassenden Informations-, Motivations- und Kommunikationskampagne in die rheinland-pfälzischen Kommunen getragen.

www.umdenken.de

a) *Basis des AGENDA 21-Programms Rheinland-Pfalz*

Die Nachhaltige Entwicklung ist im AGENDA 21-Programm 2002 Rheinland-Pfalz von Anfang an als „die Zusammenführung ökonomischer Bedürfnisse, ökologischer Erfordernisse und des sozialen Ausgleichs“ definiert worden. Damit baut die Nachhaltige Entwicklung in Rheinland-Pfalz auf den drei Dimensionen Ökologie, Ökonomie und Soziales auf¹⁰. Dazu begründet das zurückliegende Programm weiterhin:

„Das Nachhaltigkeitsprinzip sichert sowohl die ökonomischen als auch die ökologischen Grundlagen der Menschen in der Gegenwart wie in der Zukunft. Es erkennt die ökonomischen Lebens- und Entwicklungsbedürfnisse der Menschen in ihrer jeweiligen Volkswirtschaft an und bewahrt zugleich die natürlichen Lebensvoraussetzungen. Zu dieser Harmonisierung von Ökologie und Ökonomie tritt ein wesentliches drittes Element hinzu: eine nachhaltige Wirtschaftsweise muss zugleich auch die sozialen und darüber hinaus auch

⁷ Landtags-Drucksachen 13/2967/3883.

⁸ Landtags-Drucksache 13/6735.

⁹ Landtags-Drucksache 14/2051.

¹⁰ Das so genannte „Drei-Säulen-Modell“ hat nach der UNCED 1992 unter den zahlreichen Definitionen zur Nachhaltigen Entwicklung den größten Konsens gefunden. Eine isolierte Betrachtung von Ökologie, Ökonomie und Sozialem wäre nicht zielführend, weswegen nun von ineinanderwirkenden „Dimensionen“ gesprochen wird (siehe Abschnitt 3.1, S. 40).

die kulturellen Bedürfnisse des Menschen erfüllen, wie denn umgekehrt eine Verfehlung des Nachhaltigkeitsprinzips Elend und sozialen Unfrieden herbeiführt. Es ist damit ein realistisches, menschenwürdiges und damit zukunftsfähiges Konzept.“

Hierdurch wird klar, dass der Mensch im Mittelpunkt steht, aber auch die lebensnotwendige und -bereichernde Natur schützen muss. Dieser „anthropozentrische Ansatz“ hat sich in der Politik weltweit und ebenso in Deutschland durchgesetzt. Die Johannesburg-Konferenz hat die existenzielle Bedeutung der Natur erneut unterstrichen¹¹. Auch genießt der Tierschutz seit 8. März 2000 durch Verfassungsänderung in Rheinland-Pfalz die Stellung eines Staatsziels: „*Tiere werden als Mitgeschöpfe geachtet. Sie werden im Rahmen der Gesetze vor vermeidbaren Leiden und Schäden geschützt*“¹². Folgerungen werden u. a. im Tierschutzbericht festgehalten.

Das in Deutschland als „Leitplankenkonzept“ anerkannte System räumt den ökologischen Anforderungen Vorrang ein, wenn begründete Risiken für die Lebensgrundlagen bestehen. Ohnehin hat die weltweite Nachhaltigkeits-Debatte bisher häufig die ökologischen Aspekte fokussiert und beispielsweise durch Umweltpläne verwirklicht. Statt des engen (ökologischen) Fokus sollen im Weiteren alle drei Dimensionen ausgewogen berücksichtigt werden. Das AGENDA 21-Programm beinhaltet bereits eine umfangreiche Sammlung wichtiger Themen und Ziele, die auch die soziale und ökonomische Dimension mit berücksichtigen (siehe Abbildung 10).

¹¹ *Plan of Implementation of the WSSD, Art. 24.*

¹² *Art. 70 Verfassung für Rheinland-Pfalz; siehe auch Art 20a GG.*

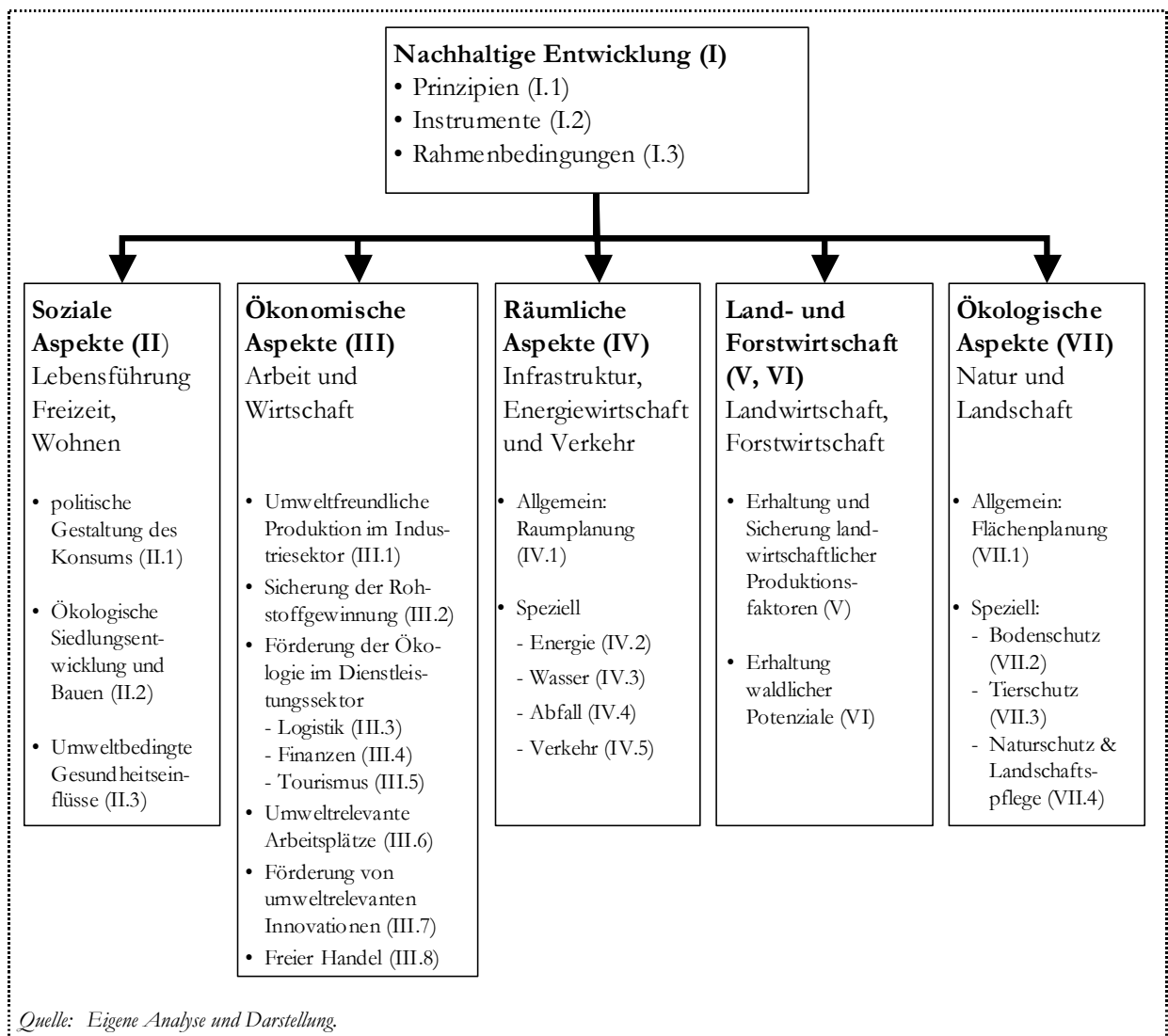


Abbildung 10: Inhalt des zurückliegenden AGENDA 21-Programms 2002 Rheinland-Pfalz

b) Evaluation des AGENDA 21-Programms 2002 Rheinland-Pfalz

Die Begutachtung des vergangenen AGENDA 21-Programms durch die TU Kaiserslautern kam zu dem Schluss, dass es konsistent, fachkundig und sehr umfassend abgefasst wurde. Der Bericht erhielt in der Politik eine breite Anerkennung, gleichzeitig wurde aber auch der Bedarf zur Weiterentwicklung herausgestellt¹³. In der Diskussion bestand ein breiter Konsens, den dritten AGENDA 21-Bericht durch Nachhaltigkeitsindikatoren zu untermauern und zu stützen. Ebenfalls wurde in den Diskussionen empfohlen, die ökologischen, ökonomischen und sozial-kulturellen Dimensionen gleichberechtigt nebeneinander zu berücksichtigen. „Gleichberechtigt“ bedeutet hierbei, dass jedes Anliegen vorurteilsfrei in die Diskussion einfließen soll. Es heißt aber nicht, dass jedes Anliegen letztlich aufgenommen werden muss.

Eine weitergehende Analyse des AGENDA 21-Programms von 2002 durch die TU Kaiserslautern führte zu folgenden Erkenntnissen¹⁴, die in die Weiterentwicklung einfließen sollen:

- Das AGENDA 21-Programm beinhaltet bereits umfassend **ökologisch-relevante** Themen.

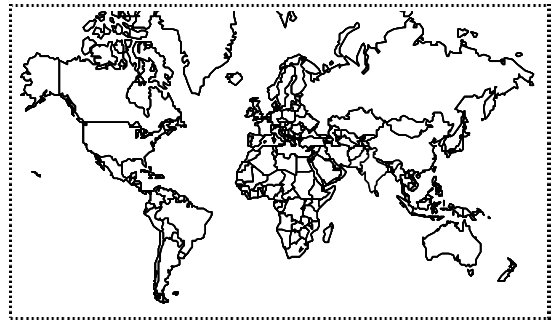
¹³ Siehe *Landtag Rheinland-Pfalz: Plenar-Protokoll 14/61 vom 11.12.2003, S. 4036-4041.*

¹⁴ Siehe auch den hieraus entstandenen Beitrag (Kleine, A.: *Das Integrierende Nachhaltigkeits-Dreieck zur interdisziplinären und systematischen Diskussion der Nachhaltigen Entwicklung; in: UmweltwirtschaftsForum, Jg. 13 (2005 / im Erscheinen), H. 4*) sowie S. 40 dieser Nachhaltigkeitsstrategie.

- Die ausführlich in Rheinland-Pfalz behandelten Themen haben breiten Konsens: Diese werden auch in den anderen Nachhaltigkeitsstrategien häufig genannt.
- Für diese Themen bestehen anwendbare Indikatoren, was bei den anderen Dimensionen nicht durchgängig gegeben ist.
- Die Themen Bildung, Gesundheit und Verbraucherschutz sind stark ökologisch orientiert. Dies steht der allgemeinen Auffassung in den anderen Nachhaltigkeitsstrategien entgegen.
- Die **sozial-kulturellen Themen** werden im Rahmen des AGENDA 21-Programms nur peripher behandelt und deren Fokus weicht von den anderen Strategien ab. Auch ist die Verfügbarkeit von Sozial-Indikatoren derzeit noch nicht befriedigend. Geeignete Indikatoren für kulturelle Aspekte sind noch schlechter verfügbar.
- Die **internationalen** Aspekte des „Nord-Süd-Ausgleichs“ bzw. der „internationalen Verantwortung“ sind in Rheinland-Pfalz bisher kaum vertreten. Die internationalen Partnerschaften des Landes – schwerpunktmäßig mit Ruanda – weisen auf die Wahrnehmung der internationalen Verantwortung hin.

2.2. *Rheinland-Pfalz als Akteur im weltweiten Erstellungsprozess*

Rheinland-Pfalz möchte den Strukturwandel gestalten. Das Leitbild der Nachhaltigen Entwicklung als ganzheitliche Vision gibt die Ziele hierfür vor. Daher soll das bisherige AGENDA 21-Programm der Landesregierung im Kontext der gegenwärtigen Anforderungen und Erfahrungen weiterentwickelt werden.



Die nachfolgenden Ausführungen zeigen die relevanten Aspekte von der globalen bis zur lokalen Ebene auf. Daraus ergeben sich wichtige Ansatzpunkte für das neue Konzept in Abschnitt 2.3.

www.nachhaltigkeit.info

2.2.1. Die weltweite Verpflichtung zur Nachhaltigen Entwicklung

Die „Nachhaltigkeit“ wurde im Zusammenhang mit den befürchteten „Grenzen des Wachstums“ bzw. der Ölkrise stärker im volkswirtschaftlichen Zusammenhang diskutiert. Ebenfalls schärfte die Weltgemeinschaft 1972 in Stockholm mit der „United Nations Conference on the Human Environment“ das Bewusstsein für eine ökologische Nachhaltigkeit. Aus den besorgten Diskussionen entstanden erste wissenschaftliche Vorschläge, welchen Kriterien eine Entwicklung genügen sollte.

Schließlich prägte die „Brundtland-Kommission“¹⁵ 1987 im Diskussionsprozess zu „Umwelt und Entwicklung“ sehr wesentlich das moderne Nachhaltigkeitsprinzip. Ihr Bericht „Unsere Gemeinsame Zukunft“ zielt darauf ab, die Bedürfnisbefriedigung heutiger und zukünftiger Generationen miteinander zu vereinbaren.

Auf dieser Basis konnte die Weltgemeinschaft das Aktionsprogramm „AGENDA 21“ aufstellen. Insbesondere beschlossen die Vereinten Nationen, die AGENDA 21 mit Nachhaltigkeitsstrategien umzusetzen.

a) *Der AGENDA 21-Prozess*

– Rio 1992 –

Der Prozess zur Nachhaltigen Entwicklung wurde mit der „Rio-Konferenz“¹⁶ 1992 (United Nations Conference on Environment and Development, UNCED) bzw. dem Abschlussdokument „AGENDA 21“ (UNCED 1992) auf breiter Basis gestartet. Der AGENDA 21-Prozess soll die verschiedensten gesellschaftlichen Akteure auf allen politischen Ebenen einbinden. Die 40 Kapitel der AGENDA 21 formulieren sowohl für die Industrie- als auch für die Entwicklungsländer zahlreiche Handlungsfelder und nennen entsprechende Ziele und Maßnahmen. Diese umfassen soziale und wirt-

www.iisd.org

¹⁵ Benannt nach „World Commission on Environment and Development“ (WCED). Deutsche Ausgabe des Berichts: *Hanff, V. 1987.*

¹⁶ Auch als „Weltgipfel“ oder „Erdgipfel“ bekannt.

schaftliche Aspekte (Kapitel 2–8), die notwendigen Umweltressourcen (Kapitel 9–22), bedeutende gesellschaftliche Gruppen (Kapitel 23–32) sowie Implementierungsvorschläge (Kapitel 33–40).

Das „Drei-Säulen-Modell“ setzte sich im darauf folgenden Diskussionsprozess bis heute durch. In diesem Modell erhalten die Ökonomie, die Ökologie und das Soziale im Rahmen der Nachhaltigen Entwicklung eine gleichberechtigte Bedeutung. Bisher konzentriert sich die Diskussion jedoch häufig auf die ökologische Säule. Beispielsweise legte das Land Rheinland-Pfalz 1996 zunächst einen ausführlichen Umweltbericht vor. Weltweit und in Rheinland-Pfalz besteht jedoch der Konsens, die Nachhaltige Entwicklung durch die zwei folgenden Elemente zu definieren:

- **Drei-Säulen-Modell:** Die Nachhaltige Entwicklung soll die ökologische, ökonomische und soziale Säule gleichberechtigt einbeziehen.
- **Inter- und intragenerative Gerechtigkeit:** Die Bedürfnisse der heutigen Generation und die der zukünftigen Generationen sind zu achten und gerecht abzuwägen. Diese Gerechtigkeit gilt weltweit und bindet somit die entwicklungspolitischen Aspekte mit ein.

Damit umfasst das Leitbild der Nachhaltigen Entwicklung keine feststehenden oder trivialen Handlungsratschläge, sondern gibt dem AGENDA 21-Prozess eine Orientierung, sodass auf diese Weise die Entwicklung einer Vision als gemeinsame Motivationsgrundlage und als Zielsetzung für die konkrete Umsetzung unterstützt wird. Die AGENDA 21 von 1992 ist hierbei das grundlegende Aktionsprogramm zur Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklung.

– *Johannesburg 2002* –

Zehn Jahre später versammelte sich die Weltgemeinschaft im Jahr 2002 erneut, www.johannesburgsummit.org diesmal in Johannesburg.¹⁷ Dort sollte der eingeleitete AGENDA 21-Prozess fortgeschrieben und die Implementierung in politisches Handeln verstärkt werden. Allerdings sprach die Weltkonferenz kaum neue Themen an, sondern bekräftigte vielmehr die bestehende AGENDA 21. Die Teilnehmer einigten sich auf mehrere entwicklungs- und umweltpolitische Hauptziele:

- Bis 2015 sollen nur noch halb so viele Menschen ohne eine **sanitäre Grundversorgung** und **sauberes Trinkwasser** sein.
- Nachhaltige **Konsum- und Produktionsmuster** sollen über einen Zehn-Jahres-Rahmenplan unterstützt werden. Außerdem sollen wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit gefördert werden, indem u. a. Marktverzerrungen wie Exportsubventionen abgebaut werden.
- Bis 2020 sollen gesundheits- und umweltschädliche Auswirkungen von **Chemikalien** minimiert werden.
- Bis 2010 soll der Verlust an **Biodiversität** deutlich eingeschränkt werden.
- **Erneuerbare Energien** sollen erheblich ausgebaut werden. Deutschland www.renewables2004.de initiierte eine weitergehende Zielsetzung mit gleichgesinnten Staaten. Daraus folgte auch die (Welt-)Konferenz für Erneuerbare Energie „Renewables“ 2004 in Bonn.

¹⁷ World Summit on Sustainable Development, WSSD.

b) Die Einführung nationaler Nachhaltigkeitsstrategien

Die AGENDA 21 weist nationalen Nachhaltigkeitsstrategien eine zentrale Rolle bei der Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklung zu, wobei existierende Ansätze konstruktiv aufgegriffen werden sollen:

„Die Regierungen sollten soweit angebracht in Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen eine nationale Strategie für nachhaltige Entwicklung verabschieden, die unter anderem auf der Umsetzung der Konferenzbeschlüsse aufbaut, insbesondere soweit diese die AGENDA 21 betreffen. Die Strategie sollte von den verschiedenen sektoralen Politiken und Plänen eines Landes im Wirtschafts-, Sozial- und Umweltbereich ausgehen und diese miteinander abstimmen. Die im Rahmen bereits existierender Planungsvorhaben, wie etwa einzelstaatlicher Berichte für die Konferenz, Naturschutzstrategien und Umweltaktionspläne, gewonnenen Erfahrungen sollten umfassend genutzt und in eine von den Ländern gesteuerte Nachhaltigkeitsstrategie eingebunden werden. Zu den Zielen dieser Strategie sollte es gehören, eine sozialverträgliche wirtschaftliche Entwicklung bei gleichzeitiger Schonung der Ressourcenbasis und der Umwelt zum Nutzen künftiger Generationen sicherzustellen. Sie sollte mit möglichst großer Beteiligung entwickelt werden. Außerdem sollte sie von einer genauen Bewertung der aktuellen Situation und aktueller Initiativen ausgehen.“¹⁸.

Die Vereinten Nationen griffen dies mit der Kommission für Nachhaltige Entwicklung¹⁹ auf. Dabei wurde von Anfang an große Aufmerksamkeit auf die Diskussion und Prüfung eines weltweiten Indikatorensatzes in Anlehnung an die AGENDA 21 gelegt²⁰.

Die Vollversammlung der Vereinten Nationen 1997 bestätigte und bekräftigte das Ziel, nationale Nachhaltigkeitsstrategien einzuführen. Schließlich beschleunigte die Weltkonferenz in Johannesburg 2002 die Entwicklung solcher Nachhaltigkeitsstrategien. Zunächst war die Konferenz selbst ein Anlass, Strategien vorzulegen. Darüber hinaus fordert die Johannesburg-Konferenz bis 2005 die Erstellung nationaler Nachhaltigkeitsstrategien, die der ökologischen, ökonomischen und sozialen Dimension gerecht werden²¹. Die europäischen Staaten nehmen bis heute eine Führungsrolle bei der Implementierung von Nachhaltigkeitsstrategien ein (siehe Abbildung 11).

Die Umsetzung nationaler Nachhaltigkeitsstrategien ist aus Expertensicht weiter zu intensivieren²²: Trotz wiederholter Aufforderung und intensivierter Bemühungen, wurden Nachhaltigkeitsstrategien weltweit nur langsam umgesetzt. Viele Strategien haben daher noch Defizite und die ernsthafte, strategische Integration der Ziele ist bislang nur in wenigen Fällen zu erkennen. Zudem sind die Strategien meist recht vage und unverbindlich formuliert, da sie kein stringentes Monitoring mit Indikatoren durchsetzen. Dem politischen Umsetzungsprozess, dem gesellschaftlichen Diskurs und der hierfür nötigen Ressourcenausstattung werden nicht immer genügend Aufmerksamkeit entgegengebracht, ebenso werden die meisten nationalen Nachhaltigkeitsstrategien nur unzureichend auf die lokale Handlungsebene herunter gebrochen. Letztlich bleiben die Strategien allzu häufig ein „Routinepapier“, das kaum zu wesentlichen institutionellen und fiskalischen Veränderungen führt. Insgesamt sind die bisherigen Anstrengungen zu intensivieren, wenn die Nachhaltigkeit nicht nur eine wohlklingende Worthülse bleiben soll.

¹⁸ UNCED 1992, Kapitel 8.7.

¹⁹ Commission on Sustainable Development, CSD.

²⁰ u. a. UNCED 1992, Kapitel 40.

²¹ Plan of Implementation of the WSSD, Art. 162.

²² Bregba u. a. 2004, ix-xiv; Europäische Kommission 2004, S. 19-21.

Diese Erkenntnisse aus der Evaluation der Nachhaltigkeitsstrategien anderer Staaten werden für die rheinland-pfälzische Strategie konstruktiv aufgenommen.

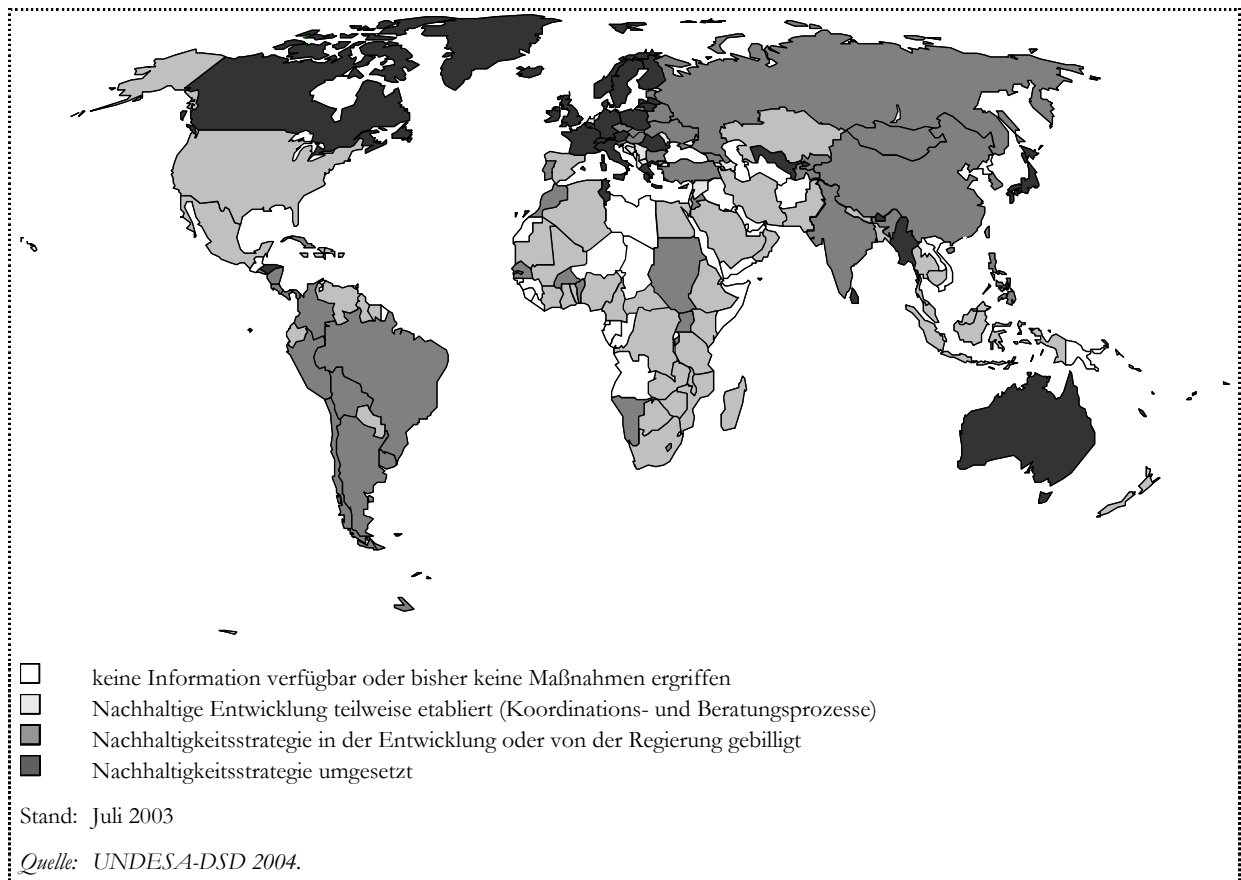


Abbildung 11: Weltweite Verbreitung nationaler Nachhaltigkeitsstrategien, Stand 2003

Die deutsche Bundesregierung legte im Jahr 2002 anlässlich der zweiten Weltkonferenz in Johannesburg die nationale Nachhaltigkeitsstrategie „Perspektiven für Deutschland“ (im Weiteren „NNS“ abgekürzt) vor. Auch Rheinland-Pfalz kam der Verpflichtung zur Nachhaltigen Entwicklung mit dem eigenen AGENDA 21-Programm nach. Die Landesregierung entwickelt dieses umfassende Programm hiermit zu einer Nachhaltigkeitsstrategie weiter. Damit sollen nicht nur die Perspektiven für Rheinland-Pfalz aufgezeigt, sondern auch ein kontinuierlicher Verbesserungsprozess wie in Abbildung 12 angestoßen werden.

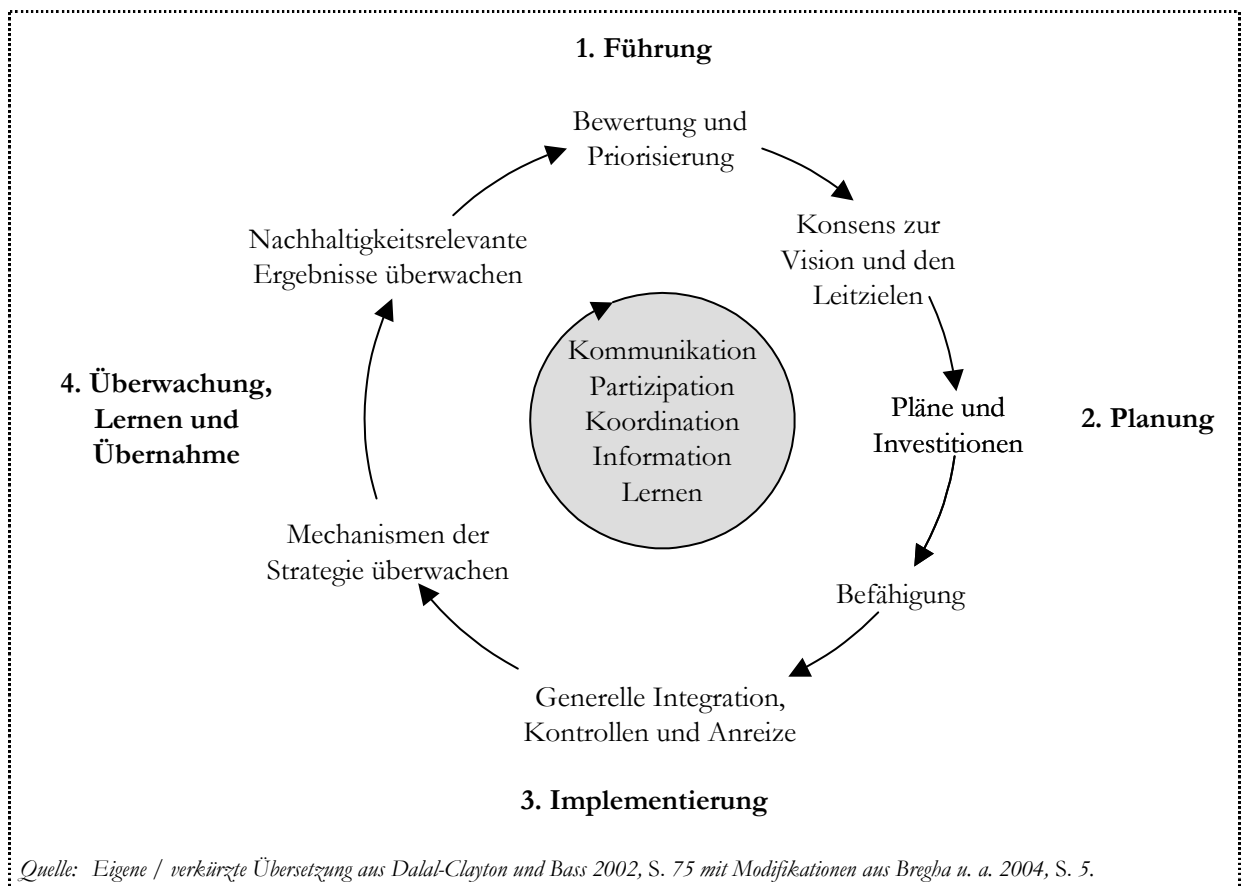


Abbildung 12: Kontinuierliche Verbesserung durch eine Nachhaltigkeitsstrategie

2.2.2. Der europäische Rahmen zur Nachhaltigen Entwicklung

Die Politik der Europäischen Union hat einen starken Einfluss auf Deutschland insgesamt und die Länder im Einzelnen. Dies betrifft besonders die Bereiche Umwelt, Agrar, Verbraucherschutz, Industrie, Dienstleistungen und Innovationen. Die „Perspektiven für Rheinland-Pfalz“ werden an die relevanten, vom Land gestaltbaren Punkte anknüpfen.



Die nachfolgenden Abschnitte zeigen auf, wie die Nachhaltige Entwicklung in der Europäischen Union bzw. den Mitgliedstaaten verankert ist und welche Entwicklungsperspektiven bestehen.

a) *Nachhaltige Entwicklung als politisches Oberziel der Europäischen Union*

Die Europäische Union hat die Nachhaltige Entwicklung als www.europa.eu.int/comm/sustainable/ „ausgewogenen und dauerhaften wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt“ bereits 1992 mit dem *Vertrag von Maastricht, Artikel B-1* aufgenommen. Ebenfalls gaben sich die Europäischen Gemeinschaften im Rahmen des Vertrages von Amsterdam neue Oberziele²³:

- „Aufgabe der Gemeinschaft ist es, [...] in der ganzen Gemeinschaft eine*
- harmonische, ausgewogene und nachhaltige Entwicklung des Wirtschaftslebens,*
 - ein hohes Beschäftigungsniveau und ein hohes Maß an sozialem Schutz,*
 - die Gleichstellung von Männern und Frauen,*
 - ein beständiges, nichtinflationäres Wachstum, einen hohen Grad von Wettbewerbsfähigkeit und Konvergenz der Wirtschaftsleistungen,*
 - ein hohes Maß an Umweltschutz und Verbesserung der Umweltqualität,*
 - die Hebung der Lebenshaltung und der Lebensqualität,*
 - den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt und*
 - die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten zu fördern.“*

Der Lissabon-Prozess von 2000 setzt Ziele speziell für den sozialen und den ökonomischen Bereich. Damit verbindet die Europäische Politik die Vision, Europa innerhalb von zehn Jahren zum „*wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt*“ zu machen. Fünf Jahre später – als die ambitionierten Erwartungen revidiert werden mussten – standen „Wachstum und Beschäftigung“ im Vordergrund. Zwar erkennt die Lissabon-Strategie ebenfalls die drei Nachhaltigkeits-Dimensionen an, die „Nachhaltige Entwicklung“ wird aber eher als umweltpolitischer Teilbeitrag abgehandelt.

Mit dem Cardiff-Prozess des Europäischen Rates von 1998 wurde bereits die Integration der Umwelt in die gesamte Politik der Europäischen Union beschlossen. Ferner setzt die Europäische Nachhaltigkeitsstrategie (ENS) auf Grundlage des Rates von Göteborg 2001 eine vorwiegend ökologiebezogene Basis.

²³ Eigene Auflistung: *Art. 2 Vertrag von Amsterdam.*

Demnach soll die Umwelt(politik) angemessen berücksichtigt und mit den wirtschaftlichen Belangen zusammengeführt werden. Dabei legt die Europäische Union den Fokus auf die drängenden Entwicklungen – von denen einige schon langfristig bedeutend sind. Hierfür setzt die Europäische Union aber bisher nur den Rahmen, ohne konkrete Zielvorgaben zu nennen. Die Mitgliedstaaten sollen die Vorgaben schließlich auf der nationalen Ebene umsetzen und die Ergebnisse an die EU rückkoppeln.

Die folgenden Schwerpunkte erweitern als Querschnittspolitiken die bestehenden Wirtschafts- und Sozialpolitiken der EU:

- Klimawandel
- Umwelt und Gesundheit
- Transport und Landnutzung
- Natur und Biodiversität

Allgemein legt die EU große Aufmerksamkeit auf Wissen und Technologie. Dies wird als zentrale Voraussetzung für eine wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung angesehen. Die „Kohärenzpolitik“ soll die Folgen politischer Vorgaben und Ziele für die Nachhaltige Entwicklung abschätzen und somit abwägen. Die Produktions- und Konsummuster werden ebenfalls als ein bedeutender Stellhebel angesehen.

Ende 2004 fanden die Konsultationen zur Fortschreibung der Europäischen Nachhaltigkeitsstrategie statt.

b) Nachhaltigkeitsstrategien der Mitgliedstaaten der Europäischen Union

Viele Mitgliedstaaten haben die Nachhaltige Entwicklung bereits mit einer nationalen Nachhaltigkeitsstrategie politisch konkretisiert (siehe Abbildung 13). Länder wie Finnland, die Niederlande, Schweden und das Vereinigte Königreich sind dabei Vorreiter gewesen, weil sie etwa die Erfahrungen aus einer vormaligen Umweltstrategie nutzen konnten.

Aus der Analyse europäischer Nachhaltigkeitsstrategien durch die EU-Kommission ist folgendes Fazit zu ziehen²⁴: Bisher setzen die wenigsten Mitgliedstaaten der Europäischen Union Instrumente systematisch ein. Das betrifft insbesondere die Fiskalpolitik, Berichtspflichten der Regierungsressorts und Beziehungs-/Konfliktanalysen zu den drei Nachhaltigkeits-Dimensionen. Daher besteht analog zum kontinuierlichen Verbesserungsprozess (siehe Abbildung 12) ein großes Potenzial für eine ausgewogene und konstruktive Implementierung der Nachhaltigen Entwicklung. Weiterhin ist das Monitoring mit verbindlichen, vergleichbaren und kommunizierbaren Zielsetzungen bzw. Indikatoren als ein sehr wichtiger Bestandteil der Fortschrittskontrolle zu verstärken.

²⁴ Europäische Kommission: *National Sustainable Development Strategies in the European Union – a first analysis by the European Commission; Commission staff working document; o. O.* <<http://europe.eu.int/comm/sustainable/>> (Abruf: 28.04.2004).

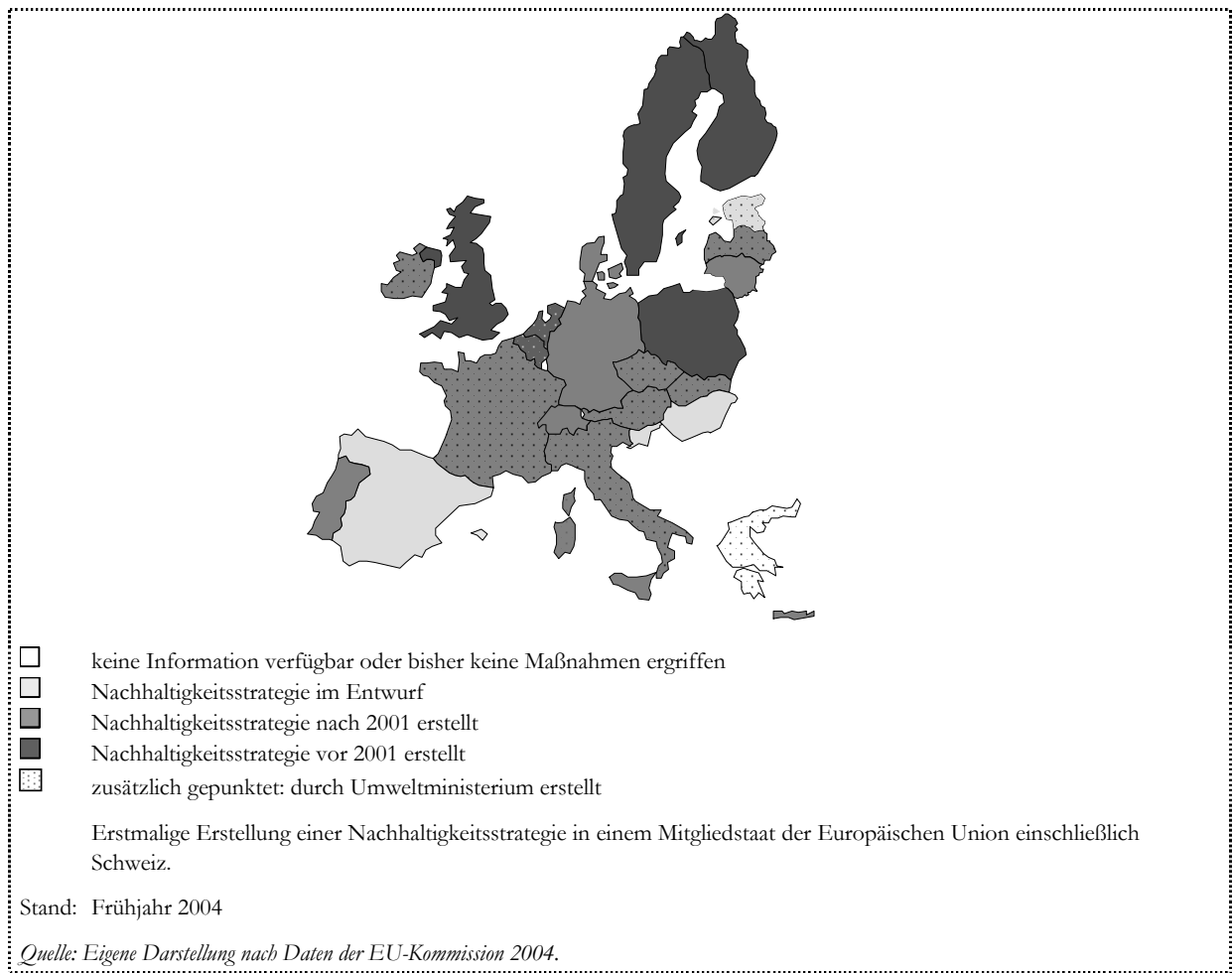


Abbildung 13: Umsetzung von Nachhaltigkeitsstrategien in der Europäischen Union

2.2.3. Perspektiven für eine Nachhaltige Entwicklung in Deutschland

Das Land Rheinland-Pfalz nimmt in der föderalen Struktur Deutschlands eigene Kompetenzen wahr. Damit legt das Land landesspezifische Schwerpunkte und gestaltet die Politik nach den regionalen Erfordernissen. Darüber hinaus ist Rheinland-Pfalz durch Vorgaben des Bundes in Feldern wie Steuer- gesetzgebung oder Sozialversicherung sowie durch die Volkswirtschaft stark in den bundesdeutschen Kontext eingebunden. Infolgedessen sind die Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung und weitere Ansätze auf Bundesebene relevant.



2.2.3.1. Die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung

Die Deutsche Bundesregierung hat zur Johannesburg-Konferenz 2002 ihre Nachhaltigkeitsstrategie „Perspektiven für Deutschland“ formuliert. Damit hat sie den Nachhaltigkeits-Dialog mit den gesellschaftlichen Gruppen auf eine neue Grundlage gestellt. Daraus können wichtige Schlüsse für die rheinland-pfälzische Nachhaltigkeitsstrategie gezogen werden.

www.dialog-nachhaltigkeit.de
www.nachhaltigkeitsrat.de

a) **Erstellung der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie**

Die Bundespolitik hat die Nachhaltige Entwicklung schon seit mehreren Jahren diskutiert. Besonders haben die Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages zum „Schutz des Menschen und der Umwelt“ (1994 und nachfolgend 1998) wie auch andere Enquete-Kommissionen wesentlich zur Diskussion der Nachhaltigen Entwicklung beigetragen. Damit hat die Bundespolitik die intergenerative Verantwortung anerkannt. Die Bundesregierung nimmt die Verpflichtung zum Handeln dementsprechend als oberste Regel in die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie auf:

„Jede Generation muss ihre Aufgaben selbst lösen und darf sie nicht den kommenden Generationen aufbürden. Sie muss zugleich Vorsorge für absehbare zukünftige Belastungen treffen. Das gilt für die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, für die wirtschaftliche Entwicklung sowie den sozialen Zusammenhang und den demographischen Wandel.“²⁵

Die gesellschaftlichen Gruppen werden als wichtige Akteure in den Prozess eingebunden, sollen sich am Dialog beteiligen und eigenverantwortlich zu den Herausforderungen beitragen.

Daneben sind die Produktions- und Konsummuster ein bedeutsamer Ansatzpunkt zur Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklung. Daher werden die Unternehmen und Verbraucher unmissverständlich zu einem entsprechenden Handeln aufgefordert:

„Die Unternehmen tragen für ihre Produktion und ihre Produkte die Verantwortung. Dazu gehört die Information der Verbraucher über gesundheits- und umweltrelevante Eigenschaften der Produkte sowie über nachhaltige Produktionsweisen. Der Verbraucher trägt die Verantwortung für die Auswahl des Produkts und dessen sozial- und ökologisch verträgliche Nutzung.“²⁶

Im Weiteren werden vier „Koordinaten“ bestimmt, um die Dimensionen der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie abzubilden:

- Mit der **Generationengerechtigkeit** sollen die natürlichen, ökonomischen und sozialen Ressourcen langfristig gesichert werden.
- Die **Lebensqualität** der heutigen Generationen soll gemehrt werden. Der Wohlstand umfasst auch die ökologischen Anforderungen und sozialen Bedürfnisse.
- Der **Soziale Zusammenhalt** zielt auf die Behebung gesellschaftlicher Missstände und Chancenungleichheiten ab.
- Schließlich soll die **Internationale Verantwortung** die globale Perspektive, insbesondere der Entwicklungsländer, mit einbeziehen.

Anschließend stellen die „Perspektiven für Deutschland“ den kooperativen Erstellungsprozess und den Dialog mit der Öffentlichkeit heraus. Die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie führt als oberste Handlungsregel ebenfalls das gemeinsame Engagement für Nachhaltige Entwicklung an:

„Bürgerinnen und Bürger, Produzenten und Verbraucher, Wirtschaft und Gewerkschaften, Wissenschaft, Kirchen und Verbände sind mit dem Staat wichtige Akteure nachhaltiger Entwicklung. Sie sollen sich am

²⁵ Deutsche Bundesregierung: Perspektiven für Deutschland – Unsere Strategie für eine nachhaltige Entwicklung; Berlin 2002 <<http://www.nachhaltigkeitsrat.de>> (Abruf: 30.07.2003), S. 50.

²⁶ Ebenda.

öffentlichen Dialog über das Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung beteiligen und sich eigenverantwortlich in ihren Entscheidungen und Maßnahmen an diesen Zielen orientieren.“²⁷

Die Bundesregierung hat die Strategie zunächst durch einen Staatssekretärsausschuss unter dem Vorsitz des Bundeskanzleramts entwickeln und durch den „Rat für Nachhaltige Entwicklung“ begleiten lassen. Sogleich wurden die gesellschaftlichen Gruppen in zwei Dialogphasen beteiligt. Die Beteiligung schloss mit der Überzeugung, dass der Prozess fortgeführt und v. a. umgesetzt werden muss. Es war aber auch klar, dass der Prozess keinesfalls mit der Veröffentlichung der Nachhaltigkeitsstrategie enden dürfe.

Daraufhin stellte die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie für die vier Koordinaten die Handlungsfelder mit 21 Schlüsselindikatoren und quantifizierten Zielen vor (siehe Abbildung 14). Diese Aufstellung ist ein erster Ausgangspunkt für die rheinland-pfälzischen Perspektiven in Kapitel 4. In der zweiten Hälfte der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie werden die Ziele schließlich in Schwerpunkten weiter handlungsweisend konkretisiert. Beispielsweise sind die Schwerpunkte wie klimafreundliche Energieversorgung, umweltfreundliche Mobilität, demografischer Wandel und vier weitere ausführlich dargestellt. Der Fortschrittsbericht 2004 fügte nochmals vier Schwerpunkte (Ältere Menschen, Energieversorgung, Kraftstoffe und Antriebe, Flächeninanspruchnahme) hinzu.

²⁷ *Ebenda.*

Nachhaltigkeitsstrategie
Perspektiven für Rheinland-Pfalz

| Koordinate | Handlungsfelder der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie | Indikator(en) und Zielwerte |
|------------------------------|---|---|
| Generationengerechtigkeit | Ressourcenschonung | <ul style="list-style-type: none"> • Rohstoffproduktivität (1994–2020: +200 %) • Energieproduktivität (1990–2020: +200 %) |
| | Klimaschutz | Treibhausgase nach Kyoto-Protokoll (1990–2010: -10 %) |
| | Erneuerbare Energien | <ul style="list-style-type: none"> • Anteil am Primärenergieverbrauch (2010: 4,2 %) • Anteil am Stromverbrauch (2010: 12,5 %) |
| | Flächeninanspruchnahme | Siedlungs- / Verkehrsfläche (2020: 30 ha/d) |
| | Artenvielfalt | Ausgewählte Vogelarten |
| | Staatsverschuldung | Staatsdefizit (2004: ca. 0 %) |
| | Wirtschaftliche Zukunftsvorsorge | Bruttoanlageinvestitionen pro BIP |
| | Innovation | Ausgaben für Forschung u. Entwicklung (2010: 3 % vom BIP) |
| | Bildung | <ul style="list-style-type: none"> • Ausbildungsabschlüsse 25-Jähriger (2020: 4 % ohne Abschl.) • Studienanfängerquote (2010: 40 %) |
| Lebensqualität | Wirtschaftlicher Wohlstand | BIP pro Einwohner |
| | Mobilität | <ul style="list-style-type: none"> • Verkehrsleistung pro BIP (1999–2020: -5 % im Güter- / -20 % im Personenverkehr) • Anteil des Schienenverkehrs am Güterverkehr (2015: ca. 25 %) |
| | Ernährung | <ul style="list-style-type: none"> • Anteil Öko-Landbau (2020: 20 %) • Stickstoff-Überschuss (2010: 80 kg/ha) |
| | Luftqualität | Schadstoffbelastung (1990–2010: -70 %) |
| | Gesundheit | <ul style="list-style-type: none"> • Vorzeitige Sterblichkeit • Zufriedenheit mit der Gesundheit |
| | Kriminalität | Anzahl der Wohnungseinbrüche (2000–2010: -10 %) |
| Sozialer Zusammenhalt | Beschäftigung | Erwerbstätigenquote (2010: 70 %) |
| | Perspektiven für Familien | Ganztagsbetreuungsplätze für Kinder bis 12 Jahre (2010: 30 %) |
| | Gleichberechtigung | Verhältnis der Bruttojahresverdienste (35–39 Jahre) (2010: 85 %) |
| | Integration von Migrantinnen und Migranten | Ausländische SchülerInnen ohne Hauptschulabschluss (2020: wie deutsche AbgängerInnen) |
| Internationale Verantwortung | Entwicklungszusammenarbeit | Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (2006: 0,33 % vom BIP) |
| | Märkte öffnen | Einfuhren der EU aus Entwicklungsländern |

Quelle: Eigene Zusammenfassung aus: NNS, S. 92–130.

Abbildung 14: Handlungsfelder und Indikatoren der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie „Perspektiven für Deutschland“

b) Schlüsse aus der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie

Aus den Diskussionen zur Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie konnten folgende Schlüsse für die Weiterentwicklung des rheinland-pfälzischen AGENDA 21-Programms gezogen werden:

- Eine Nachhaltigkeitsstrategie soll nicht nur von den politischen und administrativen Institutionen erstellt werden, sondern muss auch öffentlich diskutiert und „**lebenswirklich**“ in den Alltag hineingetragen werden²⁸.
- Die Diskussion muss **strukturierter** als bisher verlaufen. Dazu ist nicht nur das Wechselspiel der drei Dimensionen Ökologie, Ökonomie und Soziales zu berücksichtigen. Es ist auch der strategische Zusammenhang der Argumente, Handlungsfelder, Indikatoren und Ziele handlungsorientierter, kritischer und koordinierter abzubilden²⁹.
- Eine **Querschnittspolitik** ist für eine effektive Umsetzung sinnvoll. Dafür sind auf Landesebene übergreifende Themen wie „demografische Entwicklung“ und „nachhaltiger Konsum“ aufzunehmen³⁰. Ebenfalls sollen die Themen „Mobilität“, „Siedlungsentwicklung“ und „Energieversorgung“ die menschlichen Bedürfnisse stärker berücksichtigen³¹.
- Die widerstreitenden Ansätze zwischen ökologischen Forderungen und ökonomischen Interessen sind möglichst **konstruktiv aufzulösen**. Demzufolge ist eine Lösung für die wachstumskritische Position der umweltorientierten Anspruchsgruppen mit der wettbewerbsorientierten Position der wirtschaftsnahen Verbände zu suchen³². Die Ökoeffizienz bietet hierfür einen notwendigen, wenngleich nicht hinreichenden Ansatz. Daher ist die Diskussion „Effizienz und Suffizienz“ mit den gesellschaftlichen Gruppen weiterhin zu führen. Suffizienz ist hierbei als ein sparsamer Lebensstil zu verstehen, der nicht Verzicht im herkömmlichen Sinne bedeutet, sondern durch die gewählten Alternativen das Leben bereichern soll.
- Eine Strategie darf **soziale Belange** nicht nur nutzenorientiert begründen und darstellen. Stattdessen sind auch andere Themen wie beispielsweise Bildung, Gesundheit und Integration umfassend zu berücksichtigen:

²⁸ Siehe Rat für Nachhaltige Entwicklung: *Am Roten Faden arbeiten – Stellungnahme zum Regierungsentwurf des Fortschrittsbericht 2004*; Berlin 19.07.2004; <<http://www.nachhaltigkeitsrat.de>> (Abruf: 26.07.2004), S. 2-4 / Rat für Nachhaltige Entwicklung: *Schwerpunkte der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie 2004 – Stellungnahme des Rates für Nachhaltige Entwicklung zum Konsultationspapier des Bundeskanzleramtes zum Fortschrittsbericht 2004*; Berlin 01.03.2004; <<http://www.nachhaltigkeitsrat.de>> (Abruf: 09.03.2004), S. 1.

²⁹ Siehe Rat für Nachhaltige Entwicklung: *Schwerpunkte der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie 2004 ...*; a. a. O., S. 1f. / DGB: *Stellungnahme des Deutschen Gewerkschaftsbundes / Bundesvorstand zum Entwurf des ersten Fortschrittsberichts der Bundesregierung zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie*; Berlin 10.08.2004; <<http://www.dgb.de>> (Abruf: 23.08.2004), S. 2f. / BDI: *Stellungnahme des BDI zum Entwurf des Fortschrittsberichts zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung*; Berlin 12.07.2004; <<http://www.bdi.de>> (Abruf: 23.08.2004), S. 1f.

³⁰ Siehe Rat für Nachhaltige Entwicklung: *Am Roten Faden arbeiten ...*, a. a. O., S. 3f. / VÖÖ; VÖW; u. a.: *Heidelberger Erklärung zur Umsetzung und Weiterentwicklung der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie*; in: *Ökologisches Wirtschaften – Spezial „Perspektiven nationaler Nachhaltigkeitsstrategien“*; 2003, H. 3-4 (Spezial); S. 15f. / Zahrt, Angelika: *Drohender Relevanzverlust – Die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie – Perspektiven der Umsetzung und Weiterentwicklung*; in: *Ökologisches Wirtschaften – Spezial „Perspektiven nationaler Nachhaltigkeitsstrategien“*; 2003, H. 3-4 (Spezial); S. 8f.

³¹ Siehe Rat für Nachhaltige Entwicklung: *Schwerpunkte der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie 2004 ...*; a. a. O., S. 4f. / Verbraucherzentrale Bundesverband: *Stellungnahmen zum Konzeptionspapier des Bundeskanzleramtes zum Fortschrittspapier 2004*; Berlin 01.03.2004; <<http://www.vzbv.de>> (Abruf: 05.04.2004), S. 1-5.

³² Siehe exemplarisch: BDI, a. a. O. / VÖÖ, VÖW, a. a. O. / BUND; DNR; NABU: *Erste Stellungnahme zum Fortschrittsbericht 2004 der Bundesregierung zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie*; Berlin 30.06.2004; <www.nachhaltigkeitsdiskurs.de> (Abruf: 26.07.2004).

- So sind **ältere Menschen** nicht auf die Funktion als „Humankapital“ zu beschränken, sondern auch in ihren eigenen Bedürfnissen anzuerkennen. Es sind beispielsweise auch altersgerechte Wohnungen und die Entwicklung entsprechender Formen des Zusammenlebens (z. B. Wohngemeinschaften älterer Menschen) zu berücksichtigen. Weiterhin soll die Infrastruktur für ein bürgerschaftliches Engagement geschaffen werden³³.
- Gerade die **Geschlechtergerechtigkeit** bzw. „Gender Mainstreaming“ ist als umfassende Querschnittsaufgabe aufzunehmen. So sind die relevanten Indikatoren möglichst nach Geschlecht zu unterscheiden sowie an den jeweils unterschiedlichen Lebensrealitäten (z. B. hinsichtlich Ressourcen wie Zeit, Geld, Zugang, Teilhabe etc.) von Frauen und Männern zu orientieren. Dafür ist auch vermehrt die abweichende Risiko- / Problemwahrnehmung von Frauen aufzunehmen sowie die herrschende technik-, wachstums- und nutzungsorientierte Sichtweise kritisch zu überdenken. Das bedeutet auch, dass sich die Geschlechtergerechtigkeit nicht auf die Aktivierung des Erwerbspotenzials von Frauen reduzieren darf³⁴.
- Die Ausführungen der Nachhaltigkeitsstrategie zur **Bildung** sollen über die berufliche Qualifizierung hinaus auch die menschliche Reife bzw. das Sozialkapital beinhalten³⁵. Bildung und Forschung für Nachhaltigkeit sind gezielt zu fördern³⁶.
- Die **quantitativen Zielwerte der NNS** sind ein wesentliches Element zur Ausrichtung und Kommunikation der Politik hinsichtlich der Nachhaltigen Entwicklung³⁷. Unter bestimmten Bedingungen können die Zielvorgaben als Referenzwerte für Rheinland-Pfalz oder zumindest als Ausgangspunkt einer Diskussion herangezogen werden. Hierbei sind aber stets der spezifische Kontext und die politischen Gestaltungsmöglichkeiten des Landes zu berücksichtigen.
Beispielsweise ergibt die rein rechnerische Umsetzung des bundesdeutschen Ziels zur Begrenzung der Neuinanspruchnahme von Flächen für Siedlung und Verkehr auf 30 Hektar pro Tag zwar einen Wert für Rheinland-Pfalz. Demnach müsste Rheinland-Pfalz die tägliche Flächeninanspruchnahme auf 1,7 ha (bezogen auf die Fläche) oder auf knapp 1,5 ha (bezogen auf die Einwohner) bis 2020 reduzieren. Diese Rechnung wäre aber nur gültig, wenn alle Länder den gleichen Bedingungen unterliegen. Da für Rheinland-Pfalz eine andere Ausgangssituation herrscht, können die obigen Werte lediglich einen Impuls für eine eingehende Diskussion im Land geben, dürfen jedoch nicht unbedacht übernommen werden.

2.2.3.2. Kernthemen zur Nachhaltigen Entwicklung in Deutschland aus wissenschaftlicher Sicht

Im Rahmen eines breit angelegten Verbundprojekts der Helmholtz-Gemeinschaft deutscher Forschungszentren konnten wesentliche Nachhaltigkeitsaspekte für Deutschland herausgearbeitet werden. Die zugrunde liegende Systematik löst sich vom Drei-Säulen-Modell und stellt vielmehr ein integratives Konzept auf³⁸:

³³ Siehe Rat für Nachhaltige Entwicklung: *Schwerpunkte der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie 2004 ...*; a. a. O., S. 2f.

³⁴ Siehe Genanet: *Stellungnahme zum Fortschrittsbericht 2004 der Bundesregierung zur Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie*; Genanet – Leitstelle Geschlechtergerechtigkeit und Nachhaltigkeit, Frankfurt <<http://www.genanet.de>> (Abruf: 02.09.2004) / VÖÖ; VÖW: a. a. O., S. 16 / Europäische Kommission: *Strukturindikatoren; Mitteilung der Kommission; Europäische Kommission, Brüssel 16.10.2002; KOM(2002)551endgültig*; <<http://europa.eu.int/comm/environment/eusd>> (Abruf: 31.07.2004), S. 7.

³⁵ Das Schulgesetz von Rheinland-Pfalz bestimmt hierzu in Abschnitt 1, § 1 sinngemäß, dass *Bildung die berufliche Qualifikation fördern soll. Dieser Auftrag ist eingebettet in den Gesamtauftrag, die Anlagen des jungen Menschen, die Erweiterung seiner Fähigkeiten zu fördern, ihn auf die Wahrnehmung von Rechten und Pflichten in Staat und Gesellschaft vorzubereiten und zur Erfüllung von Aufgaben in Staat, Gesellschaft und Beruf befähigen.*“

³⁶ Siehe VÖÖ; VÖW: a. a. O., S. 16 / BUND, DNR und NABU, a. a. O., S. 3f.

³⁷ Siehe Abschnitt 2.2.1, insbesondere S. 20ff.

³⁸ Coenen, Reinhard; Grunwald, Armin (Hrsg.): *Nachhaltigkeitsprobleme in Deutschland – Analyse und Lösungsstrategien*; Berlin 2003 (*Global zukunftsfähige Entwicklung – Perspektiven für Deutschland*, Bd. 5).

- Zuerst ist die **menschliche Existenz** zu sichern. Dies ist eine Forderung zum Schutz der grundlegenden Aspekte menschlichen Daseins wie Gesundheit, Grundversorgung und selbstständiger Existenzsicherung. Ebenso sind die weltweiten Umweltnutzungsmöglichkeiten gerecht zu verteilen und die global herrschenden extremen Einkommens- und Vermögensunterschiede auszugleichen.
- Gleichfalls ist das **gesellschaftliche Produktivpotenzial** zu erhalten. Dieses Potenzial umfasst das Naturkapital genauso wie das Sach-, Human- und Wissenskapital. Umstritten ist aber, ob das Kapital insgesamt oder jede Kapitalart alleine zu sichern und auszubauen ist.
- Schließlich sind die **Entwicklungs- und Handlungsmöglichkeiten** der Gesellschaft zu bewahren. Dazu müssen mehrere Aspekte erfasst werden, insbesondere:
 - die Chancengleichheit in Bildung, Beruf und bei der Information,
 - die Partizipation,
 - die Kultur (dies umfasst das kulturelle Erbe, die Vielfalt der Kultur und die Kulturfunktion der Natur),
 - die sozialen Ressourcen.

Auf Basis dieses integrativen Konzepts konnten 15 Handlungsbereiche für Deutschland ermittelt werden, denen Indikatoren zugeordnet sind (siehe Abbildung 15). Diese werden weiterhin in den vier folgenden Aktivitätsfeldern bedürfnisorientiert zusammengeführt:

- Mobilität und Verkehr
- Wohnen und Bauen
- Ernährung und Landwirtschaft
- Freizeit und Tourismus

| Identifizierte Handlungsfelder für Deutschland | Vorgeschlagene Indikatoren |
|--|---|
| Umweltbezogene Gesundheitsbelastung | <ul style="list-style-type: none"> • (Schwebstaub)-Partikelbelastung (PM 10) • Lärmbelästigung |
| Armut | Armutsquote (gemessen am Einkommen) |
| Globale Einkommensunterschiede | Relation: oberstes / unterstes Quantil |
| Arbeitslosigkeit | Anteil der Arbeitslosen |
| Bildung | Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss |
| Chancengleichheit | Lesefähigkeit – sozioökonomischer Hintergrund |
| Fläche | Zunahme Siedlungs- und Verkehrsfläche |
| Biodiversität | Gefährdete Arten |
| Waldschäden | Relevante Luftschadstoffe |
| Ressourcenknappheit | Verbrauch nicht erneuerbarer Ressourcen |
| Klimawandel | CO ₂ -Emissionen |
| Globale Umweltnutzungsmöglichkeiten | CO ₂ -Emissionen pro Kopf im internationalen Vergleich |
| Gewässer | Gütezustand Fließgewässer > Klasse II |
| Staatsverschuldung | Defizitquote öffentlicher Haushalte |
| Wahrnehmung globaler Verantwortung | <ul style="list-style-type: none"> • Agrarexportsubventionen der EU • Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit |

Quelle: Nach Coenen, Grunwald (Hrsg.): Nachhaltigkeitsprobleme in Deutschland, Berlin 2003, S. 87.

Abbildung 15: Wissenschaftliche Vorschläge zu wichtigen Nachhaltigkeitsdefiziten in Deutschland

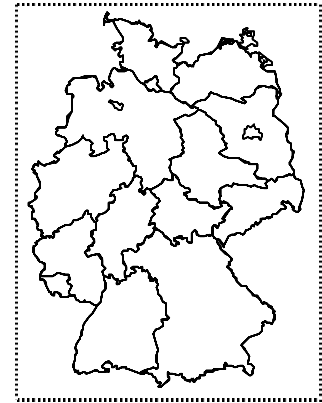
Die obige Zusammenstellung der Defizite stellt eine ausdifferenziert begründete Bewertung der Herausforderungen für Deutschland dar, geeignete Zielwerte werden in der Literatur ausführlich genannt. Einige der vorgestellten Vorschläge werden in der Nachhaltigkeitsstrategie für Rheinland-Pfalz berücksichtigt. Insbesondere finden sich die vier Aktivitätsfelder ähnlich im zentralen Nachhaltigkeitsbereich „Nachhaltiges Leben führen“ in Kapitel 4 wieder.

2.2.4. Die Initiativen für regionale Nachhaltigkeitsstrategien

Die Länder haben die Nachhaltige Entwicklung schon früh in ihre Politik aufgenommen.

Anfangs wurden vorwiegend umweltorientierte Ansätze in Form von Kooperationen oder von weiterführenden Programmen und Plänen gewählt. Daher dominiert – wie sich aus früheren und geplanten Veröffentlichungen ergibt – gegenwärtig noch die ökologische Dimension:

- 1997 die stark umweltbezogene „Bayern AGENDA 21“
- 2000 der „Umweltplan Baden-Württemberg“
- 2002 das Aktionsprogramm „Nachhaltige Entwicklung Bayern – Umweltgerechter Wohlstand für Generationen“
- 2004 das saarländische „Ressortprogramm Umwelt“
- 2005 möchte Mecklenburg-Vorpommern eine „ökologische Nachhaltigkeitsstrategie“ vorstellen.



www.blag-ne.de

Eine umfassende Nachhaltigkeitsstrategie wie sie jetzt von Rheinland-Pfalz verfolgt werden soll, findet man jedoch kaum:

Die Dokumente aus der LOKALEN AGENDA 21 der Stadtstaaten Hamburg, Bremen und Berlin bilden einen nachhaltigkeitsstrategischen Ansatz ab. Darunter ist der Ansatz „Hamburger Entwicklungs-Indikatoren Zukunftsfähigkeit“ (HEINZ) von 2003 besonders erwähnenswert, der durch den bürgerschaftlichen „Zukunftsrat Hamburg“ erstellt wurde.

www.zukunftsrat.de

Schleswig-Holstein hat als erstes Flächenland eine Nachhaltigkeitsstrategie auf der Basis aller drei Nachhaltigkeits-Säulen erstellt. Dazu fasste die Landesregierung Schleswig-Holstein den gesellschaftlichen Diskussionsprozess mit der Nachhaltigkeitsstrategie „Zukunftsfähiges Schleswig-Holstein“ zusammen. Das im Januar 2004 veröffentlichte Dokument knüpft vielfach, v. a. mit den Indikatoren, an die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie an. Die Strategie geht von der gängigen Nachhaltigkeitsdefinition aus, die Bedürfnisbefriedigung intra- und intergenerativ gerecht zu gestalten. Den Dreiklang aus Ökologie, Ökonomie und Sozialem setzt die Nachhaltigkeitsstrategie mit drei entsprechenden Schwerpunktfeldern um, in denen die Ressorts und die gesellschaftlichen Gruppen übergreifend eingebunden werden:

www.umwelt.schleswig-holstein.de

- Im Schwerpunktfeld „**Arbeiten und Produzieren**“ stehen die Wirtschaft und der Arbeitsmarkt im Vordergrund. Ein Ausbau dieser Aspekte soll die gesellschaftliche Existenz sichern und ausbauen.
- Das Feld „**Zusammen Leben**“ fasst soziale Ziele für eine Bürgergesellschaft, Gleichstellung, Integration und Gewaltfreiheit sowie für räumliche Entwicklung, Gesundheit und Kultur zusammen.
- Schließlich befasst sich „**Das Land nutzen**“ mit den ökologisch relevanten Handlungsfeldern wie Landwirtschaft, Naturschutz, Tourismus, Verkehr und Meeresnutzung.

In den drei Feldern werden die Schnittstellen zwischen den drei Säulen thematisiert. Die Nachhaltigkeitsstrategie wird mit fast 40 Indikatoren in strukturierter Form konkretisiert. Diese Anregung zur systematischen Darstellung wurde in Kapitel 4 für Rheinland-Pfalz in Ansätzen aufgenommen.

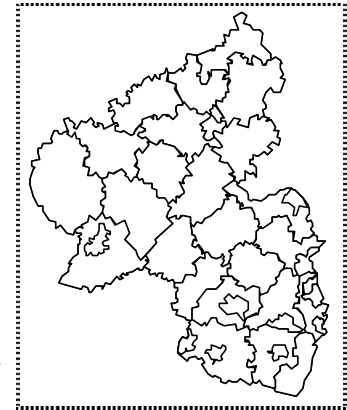
Weiterhin befindet sich Nordrhein-Westfalen mit Unterstützung einer www.agenda21.nrw.de AGENDA 21-Einrichtung seit mehreren Jahren in einem umfassenden Diskussionsprozess. Schließlich wurden erste Dokumente erstellt, in die über 130 Vorschläge, mehr als 50 Agenda-Projekte und fünf Netzwerke eingegangen sind. Die vorige Landesregierung plante, auf dieser Basis eine Nachhaltigkeitsstrategie zu erstellen.

Rheinland-Pfalz ist somit eines der ersten Länder mit einer umfassenden Nachhaltigkeitsstrategie auf Landesebene.

2.2.5. Die kommunale Umsetzung in Prozessen zur LOKALEN AGENDA 21 in Rheinland-Pfalz

Die LOKALE AGENDA 21 ist ein wesentlicher Antriebsfaktor der Nachhaltigen Entwicklung, da diese vor Ort bei den Menschen und den verschiedenen Herausforderungen ansetzt. Dazu stellt die AGENDA 21 in Kapitel 28 fest:

„Kommunen errichten, verwalten und unterhalten die wirtschaftliche, soziale und ökologische Infrastruktur, überwachen den Planungsbedarf, stellen die kommunale Umweltpolitik und kommunale Umweltvorschriften auf und wirken an der Umsetzung der nationalen und regionalen Umweltpolitik mit. Als Politik- und Verwaltungsebene, die den Bürgern am nächsten ist, spielen sie eine entscheidende Rolle dabei, die Öffentlichkeit aufzuklären und zu mobilisieren und im Hinblick auf die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung auf ihre Anliegen einzugehen.“



Daher fordert die AGENDA 21 die Einrichtung von LOKALEN AGENDA 21- www.agenda-service.de Prozessen. Das anfängliche Engagement, das vorwiegend durch Ehrenamtliche und Pioniere getragen wurde, musste erst eine langwierige Anfangsphase überwinden.

Die gegenwärtige Verbreitung ist im ersten Abschnitt dieses Kapitels dargestellt. Daraufhin wird die neue nachhaltigkeitsstrategische Ausrichtung der LOKALEN AGENDA 21 begründet. Abschließend werden indikatorengestützte Ansätze für eine Umsetzung der LOKALEN AGENDA 21 vorgestellt.

a) Die LOKALEN AGENDEN 21 in Rheinland-Pfalz

Mittlerweile existieren in Rheinland-Pfalz zahlreiche beispielhafte und lebendige www.umdenken.de Lokale AGENDA 21-Prozesse. Das Land unterstützt diese bereits seit vielen Jahren über die LZU mit Finanzmitteln, Informationsmaterial und Erfahrungsaustausch. Viele Verbandsgemeinden konnten in den letzten Jahren bereits eigene Aktivitäten entfalten, wobei jede Gemeinde ihren eigenen Weg finden musste. Abbildung 16 stellt die Umsetzung auf Kreisebene dar; darüber hinaus informiert die LZU im Internet detailliert. Hervorzuheben sind etwa die Frauen-Gruppen, die im Rhein-Hunsrück-Kreis, in den Landkreisen Neuwied, Südwestpfalz, in den Verbandsgemeinden Ruwer, Bitburg-Prüm, Rengsdorf und in der Stadt Koblenz aktiv sind.

Das Land unterstützt die Kommunen auch in Zukunft durch Erfahrungsaustausch, Informationen, Fördermittel und Modellprojekte.

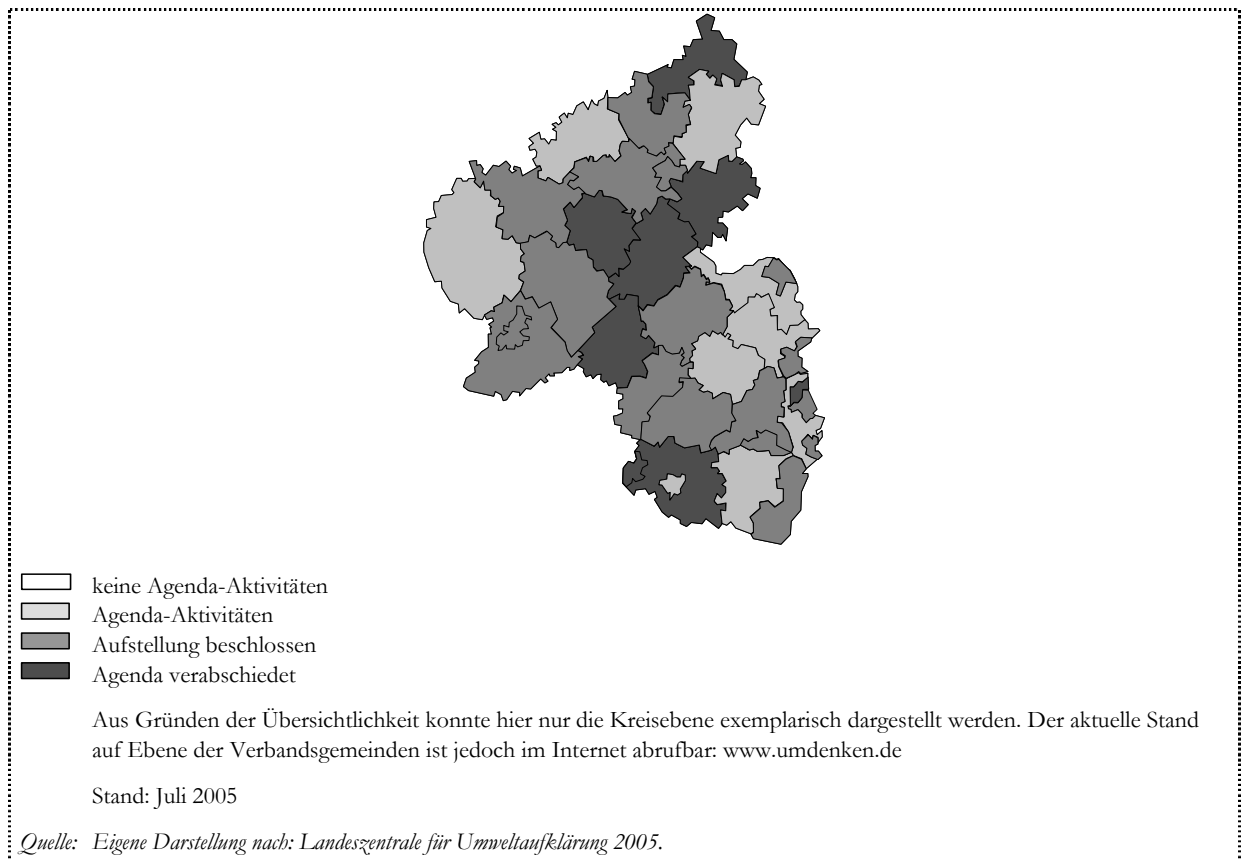


Abbildung 16: Stand der LOKALEN AGENDA 21-Prozesse in Rheinland-Pfalz auf Kreisebene

b) Nachhaltigkeitsstrategie Ausrichtung der LOKALEN AGENDA 21

Die kommunalen Parlamente werden durch das International Council for Local Environmental Initiatives (ICLEI) vertreten. Diese trafen sich 2004 in der dänischen Stadt Aalborg. Dort haben die Vertreter die Lokale AGENDA 21 neu ausgerichtet, um die ökologischen, sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Ziele miteinander in Einklang zu bringen: Die Prozesse sollen auf Visionen bauen, Leitbilder und ein Monitoringsystem entwickeln und diese etwa mit Nachhaltigkeitsberichten implementieren. Damit setzen die Kommunen ein systematisches und kontinuierliches Verbesserungssystem ein, wie es auch von den Vereinten Nationen vorgeschlagen wird³⁹. Um diese Anregung umzusetzen, verstärkt Rheinland-Pfalz die Anstrengungen zur Einführung eines indikatorengestützten Systems in die LOKALE AGENDA 21.

www.iclei-europe.org
www.iclei.org

Ziel ist die möglichst flächendeckende Verabschiedung von LOKALEN AGENDEN 21 und deren Verwirklichung in der Politik und im Alltag. Die Nachhaltigkeitsstrategie für Rheinland-Pfalz strebt den Austausch mit den Aktivitäten vor Ort an. Damit wird die LOKALE AGENDA 21 auch durch die Strategie auf Landesebene gestützt. Die räumliche Differenzierung relevanter Indikatoren der „Perspektiven für Rheinland-Pfalz“ trägt zur angemessenen Berücksichtigung der regional bzw. lokal unterschiedlichen Entwicklungen bei. Die Nachhaltigkeitsstrategie für Rheinland-Pfalz kann im Gegenzug auch von den Erfahrungen, Realisierungen und Zielen der lokalen Prozesse lernen.

³⁹ Siehe Abbildung 12, S. 22.

c) Vorschläge zur indikatorengestützten Umsetzung der LOKALEN AGENDA 21

Seit 2004 erprobt ICLEI im „Projekt 21“ zusammen mit elf rheinland-pfälzischen Gemeinden lokale Nachhaltigkeits-Indikatoren. Das Konzept zielt mit einem kompakten Bündel an Handlungsfeldern und Indikatoren auf die Problembereiche der rheinland-pfälzischen Kommunen ab (siehe Abbildung 17). Dabei werden ökologische Aspekte sowie soziale und wirtschaftliche Ziele behandelt. Die Kommunen können die Indikatoren an ihre eigenen Bedürfnisse anpassen.

| Schutz- güter Be- dürfnisse | Wasser, Boden, Luft | Fläche | Globale Verant- wortung | Chancen- gleichheit | Soziale Infra- struktur |
|--------------------------------------|---|----------------------------------|---|--|---|
| Wohnen | | Flächensparendes Wohnen | Energiesparendes Wohnen | Erschwinglicher Wohnraum für alle | |
| Mobilität | Schadstoffarme individuelle Mobilität | | Klimafreundliche Mobilität | | Zugang zu zentralen Einrichtungen für alle |
| Einkommen | Umweltschonende Produktion | Flächensparende Beschäftigung | | Zugang zu Verant- wortung und Ein- fluss | Zugang zu Ein- kommen für alle |
| Versorgung | Konsum mit geringer Um- weltbelastung | | Konsum ohne Ausbeutung ärmerer Länder | | Höhere Betreuungs- qualität für Kinder und Alte |
| Freizeit und Bildung | | Schutz örtlicher Naturflächen | Energiebewusste Freizeitgestaltung | Integration be- nachteiligter Gruppen | |

Quelle: Eigene Darstellung aus: ICLEI: „Projekt 21“ 2004 (www.iclei-europe.org).

Abbildung 17: Handlungsfelder für die LOKALE AGENDA 21 in Rheinland-Pfalz gemäß ICLEI

Ferner hat die Forschungseinrichtung der Evangelischen Studiengemeinschaft Heidelberg (FEST) im Jahr 2000 ein Projekt zur LOKALEN AGENDA 21 für die Länder Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Thüringen durchgeführt. Der hieraus resultierende Indikatorenkatalog ist mit insgesamt 24 Kern- und 72 Zusatzindikatoren für die vier Rubriken Ökologie, Ökonomie, Soziales und Institutionelles weitaus umfangreicher. Diese Indikatoren sind in die vorbereitenden Analysen eingeflossen und in Kapitel 4 dementsprechend gekennzeichnet.

www.fest-heidelberg.de
www.agendaservice.de

2.3. Neuorientierung des AGENDA 21-Programms für Rheinland-Pfalz

Infolge der bisherigen Erkenntnisse sind die Anforderungen der Nachhaltigkeitsstrategie für Rheinland-Pfalz

- die Nachhaltige Entwicklung **handlungsorientiert** umzusetzen,
- aus Sicht des **Menschen** und seiner Anforderungen sowie in besonderer Verantwortung für die **natürlichen Systeme**
- alle **drei Nachhaltigkeits-Dimensionen** gleichberechtigt zu berücksichtigen und dabei
- die **wesentlichen Ziele** und deren Zusammenhänge kompakt und systematisch darzustellen,
- die Ziele mit möglichst wenigen, höchstens **30 Indikatoren** zu operationalisieren,
- die politischen und gesellschaftlichen Akteure durch **Kooperationen** einzubinden sowie
- **differenzierte und konkrete Umsetzungen** durch die gesellschaftlichen Akteure anzustoßen und zu koordinieren.



Die Handlungsfelder und Indikatoren der Nachhaltigkeitsstrategie sollen generell zustimmungsfähig, objektiv bedeutend und prägnant sein. Die Strategie soll sowohl umfassend und schlüssig sein als auch die besonderen Herausforderungen des Landes Rheinland-Pfalz berücksichtigen. Dafür baut die Nachhaltigkeitsstrategie auf aussagekräftige Indikatoren, zwischen denen auch ein produktives Spannungsfeld bestehen darf. Die Darstellung des Indikatorenverlaufs hilft, die Entwicklung aufzuzeigen und zu kontrollieren sowie klare Ziele und entsprechende Instrumente zu formulieren. Dabei kommt den Indikatoren v. a. eine Signalwirkung zu. Sie sind also nur dann wirksam, wenn sich alle Akteure daran messen lassen, die gewünschte Entwicklung engagiert mitzugestalten⁴⁰.

Die gesellschaftlichen Gruppen und die Öffentlichkeit begleiten die Entwicklung kritisch und konstruktiv. So sollen von der Nachhaltigkeitsstrategie nicht nur wichtige Impulse in die Politik, sondern auch zu den gesellschaftlichen Akteuren ausgehen. Dabei sind die Kommunen besonders wichtig.

Damit soll ein gemeinsamer Such- und Lernprozess angestoßen werden, der die Perspektiven für Rheinland-Pfalz zur Diskussion stellt. Dieser Prozess bildet die Grundlage für eine weitere Entwicklung. Deswegen setzt die Nachhaltigkeitsstrategie ganzheitlich an und geht weit über die häufig isolierte Umweltbetrachtung hinaus. Stattdessen baut die Strategie gleichberechtigt auf den drei Dimensionen Ökologie, Ökonomie und Soziales auf. Folglich soll die Analyse inhaltlich so ausgewogen sein, dass sich die Landesregierung und die gesellschaftlichen Gruppen mit dem Ansatz identifizieren können.

⁴⁰ Die weiteren Aufgaben von Indikatoren werden in Abschnitt 3.4, S. 55ff. erläutert.

3. Die neue Struktur des AGENDA 21-Programms: die Nachhaltigkeitsstrategie für Rheinland-Pfalz

Die Nachhaltigkeitsstrategie für Rheinland-Pfalz folgt den Empfehlungen der voranstehenden Kapitel. So kann die Strategie auf den umfassenden Strukturwandel einwirken, um einen nachhaltigen Pfad zu beschreiten. Dafür fließen die Erkenntnisse von der globalen bis zur lokalen Ebene in die Weiterentwicklung des bestehenden AGENDA 21-Programms der Landesregierung ein. Der Erfolg der Strategie misst sich anhand der Integration in alle Politikfelder, Wirtschafts- und Lebensbereiche. Dafür sind eine authentische Kooperation, ein ausführlicher und transparenter Dialog sowie erfüllbare Zeit- und Sachziele notwendig.

Mit dem neuen Konzept wird die bestehende Nachhaltigkeits-Definition des „alten“ AGENDA 21-Programms effektiver umgesetzt:

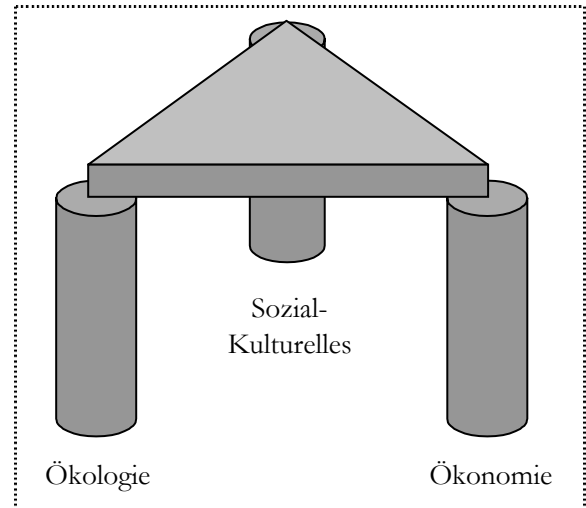
„So soll die Nachhaltigkeitsstrategie auch zukünftig die ökonomischen Bedürfnisse, ökologischen Erfordernisse und den sozialen Ausgleich für heutige und zukünftige Generationen anstreben, aufgreifen und sichern. Die Strategie bindet die ökonomischen Lebens- und Entwicklungsbedürfnisse der Menschen in Rheinland-Pfalz ein. Ebenso werden die natürlichen Lebensvoraussetzungen in Rheinland-Pfalz und als Teil der global bedeutsamen Ökosysteme bewahrt. Zugleich fördert die Nachhaltigkeitsstrategie die Menschen darin, ihre sozialen und kulturellen Bedürfnisse zu erfüllen.“

Das bestehende AGENDA 21-Programm wird zu einer indikatorengestützten Nachhaltigkeitsstrategie weiterentwickelt. Dafür legt das „Integrierende Nachhaltigkeits-Dreieck“ für Ökologie, Ökonomie und Soziales die methodische Grundlage, wobei in Rheinland-Pfalz das Soziale um kulturelle Aspekte erweitert wird.

3.1. *Integration von Ökologie, Ökonomie und Sozial-Kulturellem für Mensch und Natur*

Die ökologischen, ökonomischen und sozial-kulturellen Aspekte sind gerecht miteinander zu vereinbaren, sodass heutige und zukünftige Generationen ihre Bedürfnisse befriedigen können. Dabei handelt der Mensch in seinen gesellschaftlichen und ökonomischen Systemen und soll gleichzeitig die natürlichen Lebensgrundlagen durch gerechte und kluge Nutzung langfristig sichern.

Jede der drei Säulen ist ein wichtiger Bestandteil der gesamten Entwicklung, aber nur alle drei zusammen bilden ein tragfähiges Konstrukt. Dies heißt einerseits, dass jede Fragestellung nach ihren ökologischen, ökonomischen und sozial-kulturellen Aspekten zu beurteilen ist. Andererseits ist durchaus eine Schwerpunktsetzung möglich: Manche nachhaltigkeitsrelevante Themen sind tendenziell ökologisch, andere eher sozial-kulturell und zugleich ökonomisch etc. Diese übergreifenden und doch pointierten Merkmale der nachhaltigkeitsrelevanten Fragestellungen sind im „Integrierenden Nachhaltigkeits-Dreieck“⁴¹ (siehe Abbildung 18) darstellbar.



⁴¹ Diese Systematisierungsmethode wurde im Rahmen des begleitenden Forschungsprojekts an der TU Kaiserslautern entwickelt. Der volkswirtschaftliche Diskussionsbeitrag „Methodischer Ansatz zur Systematisierung von Handlungsfeldern und Indikatoren einer Nachhaltigkeitsstrategie – Das Integrierende Nachhaltigkeits-Dreieck“ – ist elektronisch verfügbar: <http://kluedo.ub.uni-kl.de/volltexte/2005/1802/>.

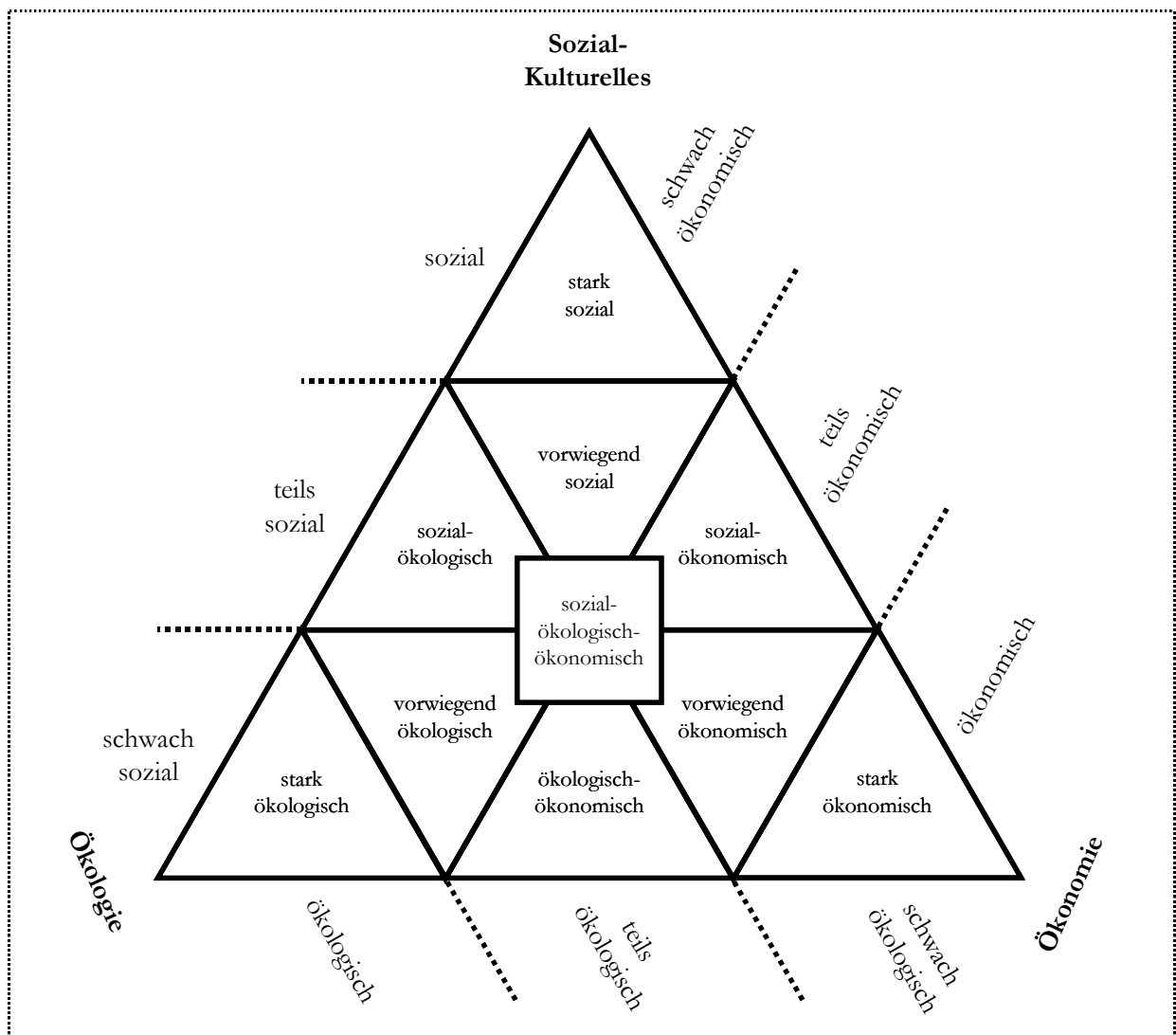


Abbildung 18: Felder im Integrierenden Nachhaltigkeits-Dreieck

Die einzelnen Felder sind wie folgt zu interpretieren:

- Jede **Ecke** steht für eine der Nachhaltigkeits-Dimensionen: Ökologie, Ökonomie und Sozial-Kulturelles. Dies lehnt sich an das frühere Drei-Säulen-Modell an. Ein Feld direkt in der Ecke wird hauptsächlich dieser Dimension zugeschrieben.
- Die Ecken stehen jedoch nicht isoliert voneinander, sondern spannen das **Dreieck** für die verschiedenen Dimensionen der Nachhaltigen Entwicklung auf. Darin hat jedes Feld Bezüge zu allen drei Ecken. Je weiter ein Thema von einer Ecke entfernt ist, desto weniger ist es der jeweiligen Ecke allein zuzuordnen. Drei Grade existieren: starke, teilweise und schwache Zuordnung.
- Die **schwerpunktmäßige Zuordnung** ergibt sich aus der direkten Begründung des Aspekts. So sind ökologische Zustandsindikatoren hauptsächlich in der ökologischen Ecke einzuordnen. Ökoeffizienz hingegen ist bereits per Definition ökonomisch-ökologisch, indem eine ökonomische Leistung ins Verhältnis zur Naturnutzung gestellt wird.
- Die **Felder** stellen also durch die Einordnung im Integrierenden Nachhaltigkeits-Dreieck verschiedene Zusammenhänge dar:
 - Die Felder nahe einer Ecke stehen für eine weitgehend eigenständige Nachhaltigkeits-Forderung der jeweiligen Nachhaltigkeits-Dimension, also wie bisher eine der Nachhaltigkeits-Säulen.

- Die zwischen zwei Ecken stehenden Felder vermitteln zwischen den beiden „Denkweisen“ und zeigen besonders die Schnittstellen auf.
- Schließlich hängt das zentrale Feld mit allen Feldern gleichermaßen zusammen und ist daher ein „Nachhaltigkeits-Feld im besten Sinne“.

Die Systematik des Integrierenden Nachhaltigkeits-Dreiecks unterstützt somit die geordnete Analyse der Zusammenhänge im Wechselspiel von ökologischen, ökonomischen und sozial-kulturellen Ansprüchen. Dabei wird verhindert, dass die Aspekte nur isoliert voneinander betrachtet oder aber zu einem unklaren „Nachhaltigkeits-Brei“ vermischt werden.

Die Diskussionen während des Konsultationsprozesses haben gezeigt, dass die Einordnung nicht trivial ist, sondern hierfür ein systematisches Vorgehen notwendig ist.

3.2. Erstellungsprozess der Nachhaltigkeitsstrategie

In der Abschlussphase des AGENDA 21-Programms für das Jahr 2002 wurde immer deutlicher, dass die Weiterentwicklung zu einer handlungsorientierten und indikatorengestützten Nachhaltigkeitsstrategie geboten ist. Herr Prof. Dr. Michael von Hauff an der TU Kaiserslautern wurde mit der wissenschaftlichen und organisatorischen Begleitung beauftragt, um mit dem Expertenwissen nahtlos an die Erkenntnisse aus der Evaluationsphase anzuknüpfen und die Kooperationsvereinbarung zwischen Landesregierung und Hochschulen umzusetzen. Damit stellt die Landesregierung die sachverständige, innovative und zugleich geordnete Erstellung der Nachhaltigkeitsstrategie sicher. Die Entwürfe wurden in enger Zusammenarbeit mit der Landesregierung weiterentwickelt, später den gesellschaftlichen Gruppen vorgelegt und deren Anregungen in die weiteren Überlegungen einbezogen und nach Möglichkeit berücksichtigt.

Im Folgenden sind die einzelnen Schritte zur Entwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie dargestellt (siehe Abbildung 19).

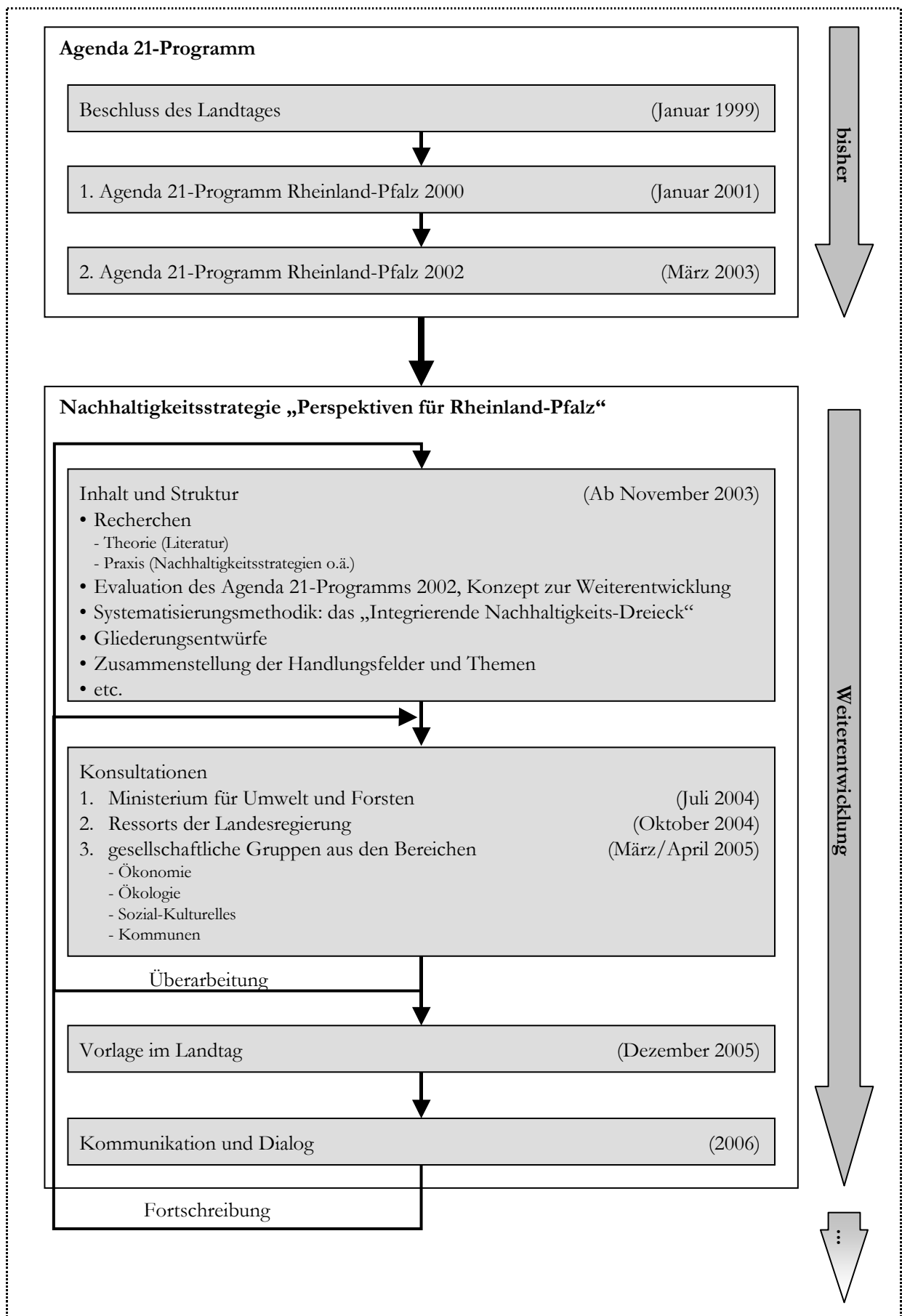


Abbildung 19: Erstellungsprozess der Nachhaltigkeitsstrategie für Rheinland-Pfalz

a) **Inhalts- und Strukturphase**

Ausgangspunkt der neu entwickelten Nachhaltigkeitsstrategie ist das AGENDA 21-Programm 2002 Rheinland-Pfalz, das zunächst eingehend analysiert wurde. Ebenfalls kam der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie als bundesdeutschen Referenz besondere Aufmerksamkeit zu. Auf dieser Basis konnte die erste Zusammenstellung mit gängigen und wichtigen Dokumenten (siehe Abbildung 20) verglichen werden. Eine wissenschaftliche Veröffentlichung gibt diese Ergebnisse im Wesentlichen wieder⁴². Auch wurden aktuelle Studien sowie die neueste Literatur zur Nachhaltigen Entwicklung herangezogen⁴³, woraus die Anforderungen für die Nachhaltigkeitsstrategie aufgestellt werden konnten⁴⁴.

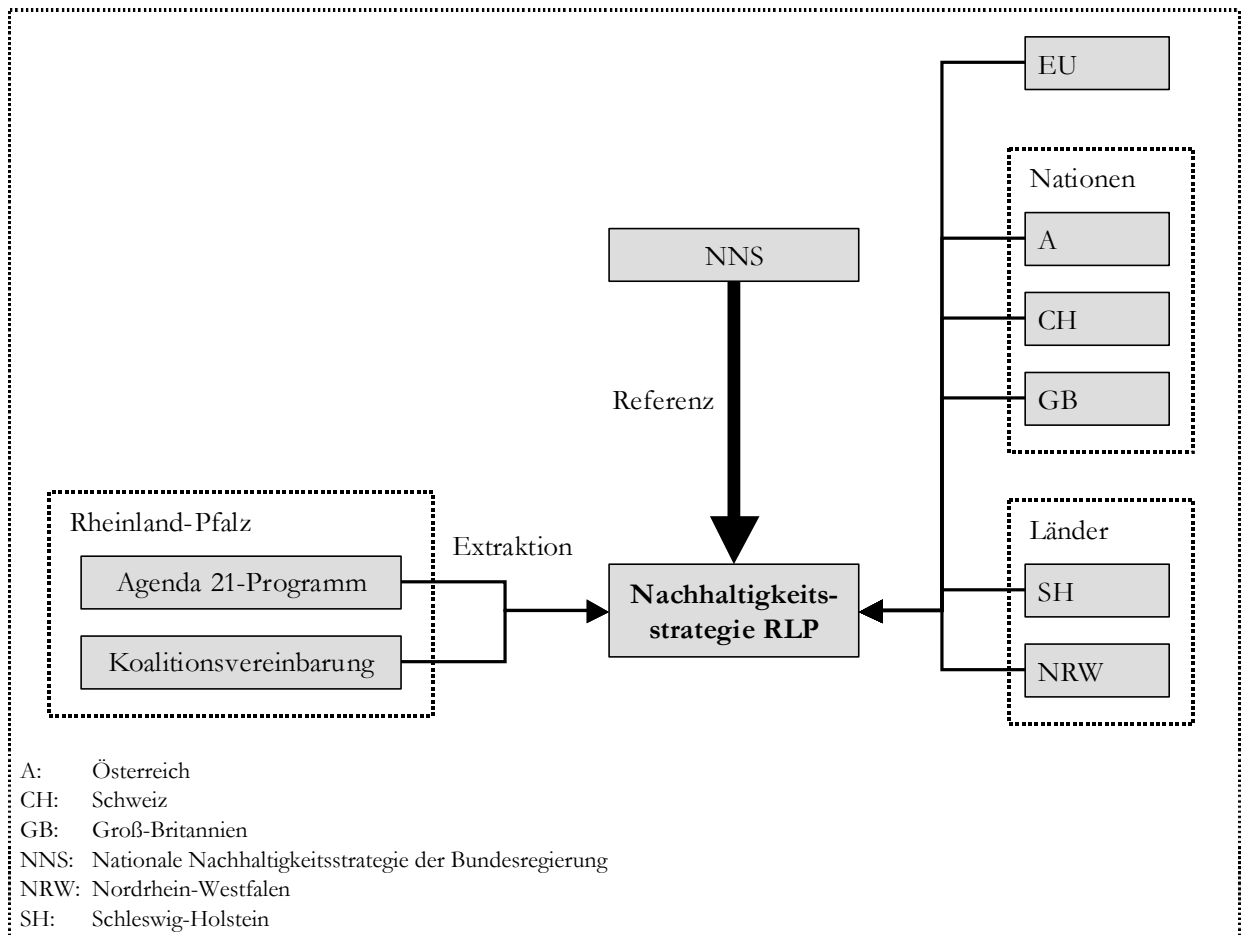


Abbildung 20: Quellen für die Analyse der Handlungsfelder

⁴² Kleine, A.: Das Integrierende Nachhaltigkeits-Dreieck zur interdisziplinären und systematischen Diskussion der Nachhaltigen Entwicklung, in: *UmweltwirtschaftsForum*, Jg. 13 (2005 / im Erscheinen), H. 4.

⁴³ Siehe u. a. Abschnitt 2.2.3.2, S. 30.

⁴⁴ Siehe 2.3, S. 37.

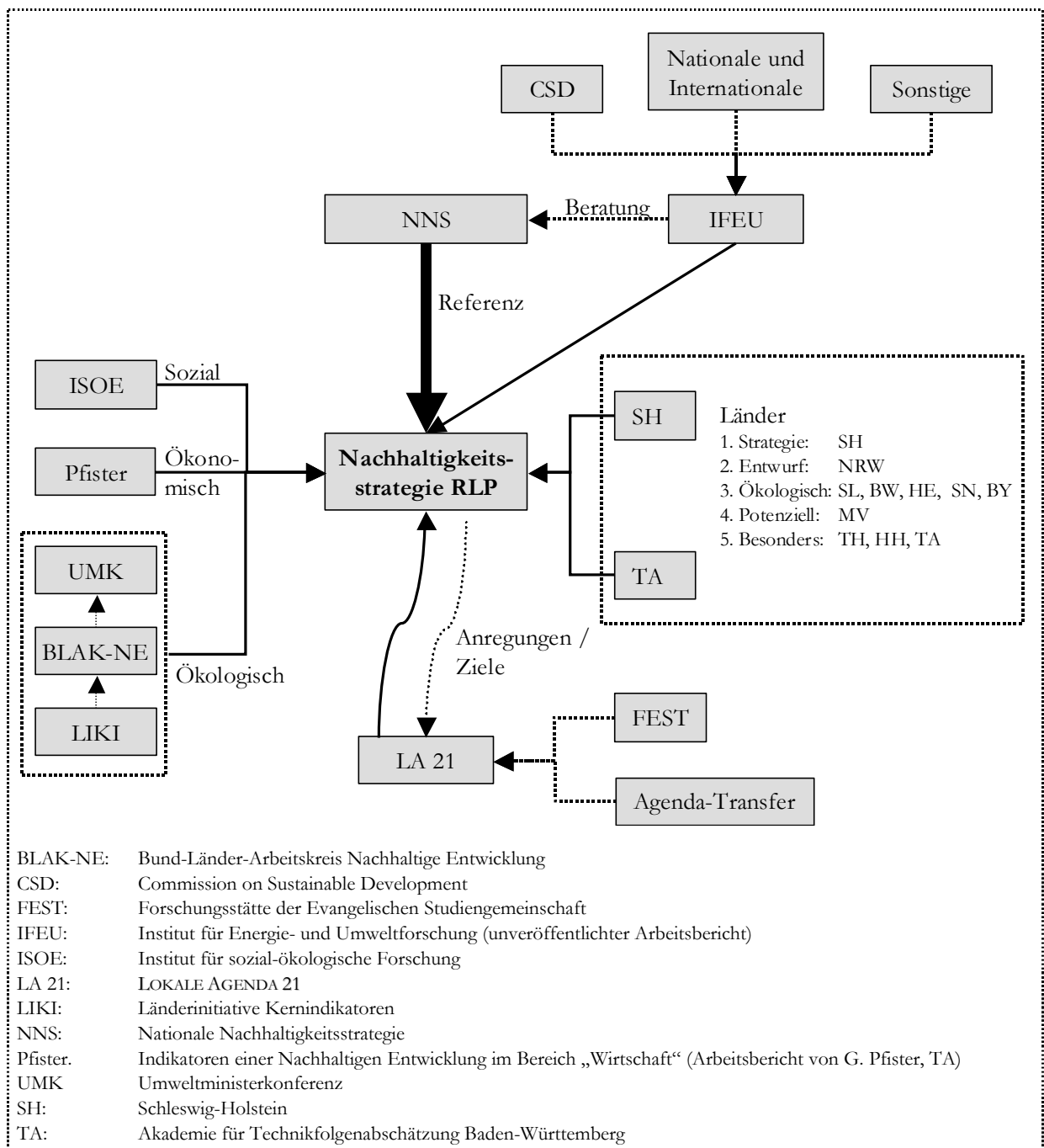


Abbildung 21: Quellen für die Analyse der Indikatoren

Weiterhin wurden die Struktur für die rheinland-pfälzische Nachhaltigkeitsstrategie⁴⁵ und im Speziellen die Kriterien für die Handlungsfelder und Indikatoren⁴⁶ entwickelt. Das „Integrierende Nachhaltigkeits-Dreieck“⁴⁷ half dabei, die Vielzahl der punktuellen Beiträge zu ordnen. Daher hat es als durchgängige Systematisierung eine besondere Bedeutung im Erstellungs- und Diskussionsprozess erhalten.

b) Konsultationsphasen

Die Nachhaltigkeitsstrategie basiert inhaltlich zu großen Teilen auf dem AGENDA 21-Programm 2002 Rheinland-Pfalz. Außerdem konnten die Erfahrungen aus anderen Nachhaltigkeitsstrategien berücksich-

⁴⁵ Siehe Kapitel 3, S. 39.

⁴⁶ Siehe Abschnitt 3.4, S. 55.

⁴⁷ Siehe Abschnitt 3.1, S. 40.

tigt werden. Daher konnten die Konsultationen über Entwürfe diskutieren, die nicht erst von Grund auf erarbeitet werden mussten, was eine zielgerichtete und konstruktive Durchführung ermöglichte. Die Konsultationstreffen dienten gleichzeitig als Kommunikationsmedium und zur Erstellung eines Netzwerks.

Die Konsultationsrunden innerhalb der Landesregierung wurden im Juli und Oktober 2004 im federführenden Ministerium für Umwelt und Forsten durchgeführt. Die Vorschläge dieser beiden Konsultationsrunden wurden ausgewertet und in den weiteren Entwurf für die Nachhaltigkeitsstrategie eingearbeitet. Im Rahmen der dritten Konsultationsrunde im März und April 2005 wurden gesellschaftliche Gruppen (50) gemäß ihrem Schwerpunkt (Ökonomie, Ökologie oder Sozial-Kulturelles) in drei Treffen beteiligt. Die kommunalen Spitzenverbände wurden in einem eigenen Treffen hinzugezogen.

Die zahlreichen Anregungen zeigten:

- Die Teilnehmer aller Konsultationsrunden begrüßten das **Konzept**. Die Systematik mit dem Integrierenden Nachhaltigkeits-Dreieck wurde positiv aufgenommen.
- Viele gesellschaftliche Gruppen wirken in ihren Nachhaltigkeitsaktivitäten auch über ihren eigenen **Schwerpunkt** hinaus in die anderen Bereiche der Nachhaltigen Entwicklung hinein. Manche Teilnehmer wiesen in diesem Sinne nochmals besonders auf die Schnittstellen und den übergreifenden Charakter vieler Themen hin.
- Der **innovative Charakter** der Nachhaltigkeitsstrategie mit seiner umfassenden Beteiligung der gesellschaftlichen Gruppen wird wahrgenommen.
Es bestand stets der Wunsch, eine verständliche und nicht allzu abstrakte Nachhaltigkeitsstrategie zu erstellen.
Es wurde kritisch angemerkt, dass die Nachhaltigkeitsstrategie die vielschichtigen gesellschaftlichen Problemlagen klar und mit der genügenden Sorgfalt ansprechen müsse. Eine starke und eindeutige Anbindung an eine klare und angemessene Nachhaltigkeitsdefinition sowie zugehörige Ziele sei notwendig.
- Die **inhaltlichen und fachlichen Beiträge** wurden zum großen Teil in die Nachhaltigkeitsstrategie aufgenommen.
Gleichfalls mussten stets die Perspektiven für Rheinland-Pfalz fokussiert werden. Allzu allgemeine Vorhaben, die etwa über die Gestaltungsmöglichkeiten des Landes hinausgehen, konnten nicht eingearbeitet werden.
- Die Einordnung der **Handlungsfelder und Indikatoren** im Integrierenden Nachhaltigkeits-Dreieck wurde intensiv diskutiert. Stichworte waren Anzahl, Art und Differenzierungsmöglichkeiten der Nachhaltigkeitsindikatoren
- Die kommunalen Spitzenverbände unterstrichen nochmals die Bedeutung der **Kommunen** im Rahmen der Nachhaltigen Entwicklung:
 - Dafür seien die **Gestaltungsmöglichkeiten** vor Ort mit geordnetem Finanzsystem, kommunaler Selbstverwaltung und geregelter öffentlicher Daseinsvorsorge zu gewährleisten. Diese Hinweise zeigen auf, dass eine Nachhaltigkeitsstrategie auf allen Ebenen eine funktionsfähige politische Struktur benötigt.
 - Konkret sahen die kommunalen Spitzenverbände besonders **nachhaltigkeitsrelevante Themen** im „Wald“ und in den „Landschaften“, da die Kommunen einen großen Teil der Flächen besitzen. So wird die Zertifizierung von Forstprodukten unterstützt, aber auch ein tragfähiges Konzept für die Unterhaltung und Bewirtschaftung von Ausgleichsflächen gewünscht. Des Weiteren sind die grundsätzlichen Ziele des Hochwasserschutzes näher zu benennen.

- Aus dem Wirtschaftsbereich wurde angeregt, die **Standortattraktivität** mit vor allem sozial-kulturellen und ökonomischen Faktoren zu verbinden.
- Aus dem ökologischen Bereich wurde **Regionalität** als wichtiges Thema einer Nachhaltigen Entwicklung betont. Lokale Wirtschafts- und Lebensmuster seien damit zu stärken. Das eher technische Handlungsfeld „Ökoeffizienz“ sei so zu ergänzen.

Viele der oben stehenden Anregungen wurden bereits in die vorliegende Nachhaltigkeitsstrategie eingearbeitet. Andere können jedoch erst im Rahmen der Fortschreibung angemessen diskutiert und berücksichtigt werden.

c) *Kommunikations- und Dialogphase*

Die Nachhaltigkeitsstrategie wird nach ihrer Vorlage im Landtag weiter diskutiert und fortentwickelt. Sie kann nur dann Wirkung entfalten, wenn sie als übergeordnete Referenz, mit der sich Rheinland-Pfalz den verschiedenen Herausforderungen stellt, akzeptiert wird. Es soll deutlich werden, dass die Nachhaltigkeitsstrategie einen Mehrwert statt lästige Pflicht bietet. Alle Akteure sind eingeladen, das Handeln anhand der Ziele zu überprüfen und konstruktiv an der Umsetzung mitzuwirken. Die Akteure können dazu beispielsweise eigene Nachhaltigkeits-Programme erstellen, in denen die Nachhaltigkeitsstrategie weiter konkretisiert wird.

Die Nachhaltigkeitsstrategie soll breit in die Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Verbände wie auch in die privaten Haushalte hinein kommuniziert werden. Mit der Kommunikation wird auch der Dialog eingeleitet, um den offenen Such- und Lernprozess fortzuführen. Die Antworten und Vorschläge werden aufgenommen, verarbeitet und beantwortet. Dafür wird eigens eine zielgruppenorientierte Dialogstruktur aufgebaut.

Der Dialog mündet in einen zusammenfassenden und ausblickenden Fortschrittsbericht. Auf dieser Basis wird die nächste Nachhaltigkeitsstrategie bzw. das nächste AGENDA 21-Programm erstellt und wiederum in einen offenen Konsultations- und Dialogprozess gebracht.

3.3. Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie auf allen Ebenen

Die Nachhaltige Entwicklung in Rheinland-Pfalz ist als ein gemeinsamer Prozess von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft aufgestellt. Die relevanten Akteure wie z. B. Ministerien, Verbände, Unternehmen und engagierte Einzelpersonen, spielen eine entscheidende Rolle, ob und wie stark die Nachhaltigkeitsstrategie lebt. Letztlich zeigt sich der Erfolg aber im Alltag auf allen Ebenen:

„Das Nachhaltigkeitsprinzip ist [...] ein Entscheidungsprinzip für jedermann. Es bedeutet, Entscheidungen zu Hause, am Arbeitsplatz oder in den Bildungs- und Forschungsstätten mit Umsicht und Weitsicht zu treffen. In die Entscheidungsprozesse sollen die Beachtung der Neben- und Spätfolgen mit einfließen. Ressourcenverbrauch und Umweltbelastung können hierdurch nicht verhindert, aber auf ein sinnvolles Maß zurückgeführt werden.“⁴⁸

Damit wird in Rheinland-Pfalz der bedeutsame Aspekt der Partizipation gemäß der von der Weltgemeinschaft beschlossenen AGENDA 21 verwirklicht. Mit den Kapiteln 23 bis 32 stellt der dritte von vier AGENDA 21-Abschnitten allgemein die Bedeutung der Akteure heraus. Kapitel 27 befasst sich eigens mit der „Stärkung der Rolle nichtstaatlicher Organisationen – Partner für eine Nachhaltige Entwicklung“.

Infolge der hohen Bedeutung der Partizipation werden die rechtlich verfassten Entscheidungsträger die Kooperation und Kommunikation als Basis einer Politik für Nachhaltige Entwicklung aufnehmen, ohne aber die eigene Verantwortung abzugeben. Die Einbindung der gesellschaftlichen Entscheidungsträger auf Landes- und lokaler Ebene umfasst u. a. die Industrieverbände, Verbraucherorganisationen, Arbeitnehmervertretungen, Umweltverbände, Sozialverbände und Kirchen. Dabei kann das Land auf zahlreiche Kooperationsvereinbarungen mit Kammern und Verbänden bauen: Handwerkskammern, Industrie- und Handelskammern, Architektenkammer, Ingenieurskammer, Sparkassen- und Giroverband, Hochschulen, Bundeswehr.

Im Folgenden werden drei Integrationsaspekte ausführlicher dargestellt. An diesen Stellen der Landespolitik, der Wirtschaftsstrukturen und der lokalen Akteure wird die Realisierung der Nachhaltigen Entwicklung ganz wesentlich entschieden.

3.3.1. Integration in Regierungshandeln

Das bisherige AGENDA 21-Programm Rheinland-Pfalz hat die Grundlage für die Nachhaltigkeit als politisches Entscheidungsprinzip bereitet. Darauf kann die vorliegende Nachhaltigkeitsstrategie aufbauen, um die Nachhaltige Entwicklung in Kooperation mit den gesellschaftlichen Akteuren noch effektiver in das Handeln der Landesregierung einzuflechten:

„Das Nachhaltigkeitsprinzip beansprucht [...], Grundprinzip politischer Entscheidungsprozesse in allen Sektoren zu sein oder zu werden. Fachpolitiker, die sich an volkswirtschaftlichen Erfordernissen und Herausforderungen orientieren, verhindern soziale und ökologische Probleme bereits beim Entstehen. Alle

⁴⁸ AGENDA 21-Programm 2002 Rheinland-Pfalz, S. 13.

*staatlichen Planungen, Normsetzungen, Förderprogramme und Beschaffungen müssen sich folglich daran messen lassen, inwieweit sie nachhaltige Entwicklung begünstigen oder behindern.*⁴⁹

Die Landesregierung nimmt dabei eine besondere Rolle ein, da ihr Handeln nach außen und nach innen wirkt: So beeinflusst sie zum einen das Bewusstsein durch Information, Beratung und vorbildliches Verhalten, sie vollzieht rechtliche Rahmenbedingungen oder sie initiiert und unterstützt Dritte. Hierbei ermöglichen gerade einfache und effiziente Verwaltungsverfahren zügige und kostengünstige Investitionen für eine Nachhaltige Entwicklung. Zum anderen bündelt die Landesregierung den Fachverstand, grenzt Zuständigkeiten klar ab und konzentriert staatliche Tätigkeiten auf das Wesentliche. Damit werden transparente und effiziente Strukturen geschaffen. Die Modernisierung der Verwaltung soll für diese Vorhaben als Chance genutzt werden.

Rheinland-Pfalz wird die Nachhaltige Entwicklung aber nicht einzig durch die eigene Nachhaltigkeitsstrategie realisieren können. Vieles ist nur zusammen mit Europa und dem Bund umzusetzen. Viele Themenfelder unterliegen zudem eigenen gesellschaftlichen Dynamiken. Dennoch kann eine Landespolitik, die kohärent mit den Zielen der Nachhaltigen Entwicklung ist, einen bedeutenden Beitrag leisten. Die Europäische Union setzt die Politikkohärenz beispielsweise mit dem Cardiff-Prozess um. Ebenso kann Rheinland-Pfalz die Politik ganzheitlich durch staatliche Vorgaben, Gesetze, Abgaben und Zuschüsse sowie durch Beschaffungs-/Förderrichtlinien oder Berichterstattung beeinflussen.

a) Gesetzgebung

Das Land trägt mit einer nachhaltigkeitskonformen Gesetzgebung in vielen Bereichen wesentlich zur Durchsetzung der gewünschten Entwicklung ein. Dazu können auch die Folgen der Gesetze abgeschätzt werden, wozu etwa die Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer das „Landesgesetz zur nachhaltigen Entwicklung von Natur und Landschaft“ (Landesnaturenschutzgesetz, LNatSchG) überprüft hat.

Beispielsweise bekennt sich das Land Rheinland-Pfalz nachdrücklich zum Gender Mainstreaming⁵⁰. Mit Beschluss vom 14. November 2000 hat sich die Landesregierung verpflichtet, grundsätzlich die Auswirkungen des politischen Handelns auf Männer und Frauen zu überprüfen.

Die Gleichstellung ist in und für Rheinland-Pfalz durchgreifend verankert:

„Die Gleichstellung von Frau und Mann ist durchgängiges Leitprinzip und soll bei allen politischen, normgebenden und verwaltenden Maßnahmen der Landesregierung, der Ministerien, der Staatskanzlei und der Landesvertretung gefördert werden.“⁵¹

Seitdem wurden in den Ressorts Verfahren und Maßnahmen zur Umsetzung von Gender Mainstreaming entwickelt. Die folgenden Prüfkriterien zum Gender Mainstreaming dienen als Hilfestellung in der Praxis, besonders bei Gesetzentwürfen und sonstigen Ministerratsvorlagen⁵²:

⁴⁹ *Ebenda.*

⁵⁰ Siehe auch S. 66ff.

⁵¹ *Gemeinsame Geschäftsordnung der Landesregierung sowie für die Ministerien, die Staatskanzlei und die Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund und der Europäischen Union (GGO), § 1 Abs. 3 Satz 1.*

⁵² *§ 1 Abs. 3 Satz 2 und Anhang 1 GGO.*

- Sind Frauen unter- oder **überrepräsentiert**?
- Sind die Lebens- und Arbeits**bedingungen**, Bedürfnisse und Interessen beider Geschlechter unterschiedlich?
- Ist die **Verteilung** wichtiger Ressourcen zwischen Frauen und Männern unterschiedlich? Zu den Ressourcen zählen u. a. Zeit, Raum, Geld, Bildung, Beruf und berufliche Laufbahn, neue Technologien, Gesundheitsversorgung, Wohnverhältnisse, Transportmöglichkeiten sowie Freizeitverhalten.
- Ist die Verteilung oder Inanspruchnahme von **Mitteln** unterschiedlich?
- Besteht eine besondere **Betroffenheit**, etwa bei Gewalt?
- Beeinflussen **Normen und Werte** die Geschlechterrollen?

Das Gender Mainstreaming wurde seitdem in verschiedene Gesetze – z. B. in das seit Juli 2004 gültige Hochschulgesetz, in das Schulgesetz sowie in das Landesmediengesetz – integriert.

b) Beschaffungs- und Förderrichtlinien

Die Verwaltung gestaltet auf der Grundlage von Gesetzen und Verwaltungsvorschriften die Beschaffung von Gebrauchs- und Verbrauchsgütern. Außerdem sind zahlreiche öffentliche Einrichtungen zu bewirtschaften. Durch diese Aufgaben der Öffentlichen Hand kann das Land ganz wesentlich die Nachhaltige Entwicklung umsetzen, indem etwa angemessene Kriterien im Sinne der Nachhaltigkeitsstrategie zugrunde gelegt werden. Trotz knapper Finanzmittel können beispielsweise Wärme oder Strom durch Contracting ökonomisch eingespart werden.

Das Land entwickelt ebenso Förderrichtlinien, in der die Nachhaltige Entwicklung durch entsprechende Kriterien angemessen und umfassend im Sinne der drei Dimensionen berücksichtigt wird:

- Es werden u. a. **bauliche Vorhaben** mit den Zielen der Nachhaltigkeitsstrategie abgestimmt, indem (Zuwendungs-)Bescheide in geeigneten Fällen u. a. mit einschlägigen Nebenbestimmungen versehen werden. Folgende Beispiele können genannt werden:
 - Baumaßnahmen sollen die barrierefreie Gestaltung beachten.
 - In Förderprojekten sind die Planungshilfen „Umweltschutz im Bauwesen“ und „Planungshilfe energiesparendes Bauen“ einzubinden.
 - Bei großen Bauvorhaben und in anderen geeigneten Fällen wird auf die Einrichtung einer Betriebskindertagesstätte hingewirkt.
 - In Bewilligungsbescheiden, insbesondere bei Investitionszuschüssen, ist die illegale Beschäftigung auszuschließen.
 - Das finanzielle Engagement des Landes ist durch grundbuchliche Absicherungen oder Berichts- und Genehmigungspflichten zu schützen.
 - Die soziale Wohnraumförderung bezieht den Baubestand verstärkt ein. Der Wunsch nach einer eigenen Wohnung wird in der Hälfte aller Fälle ohne Neubau im Bestand verwirklicht.
 - Seit Jahren begünstigt die Modernisierungsförderung die Verbesserung des Bestands mit dem Ziel der Einsparung von Energie durch Austausch der Fenster und Wärmedämmung der Fassaden
- Folgende Förderrichtlinien wirken beispielsweise in den Bereich der **Mobilität** ein:
 - Verwaltungsvorschriften für den Öffentlichen und den Schienen-Nahverkehr. Dies schließt Verkehrs- und Tarifkordinationen, Versorgung verkehrsschwacher Räume und moderne Nahverkehrsfahrzeuge ein.
 - Die Verwaltungsvorschrift „Förderung des kommunalen Straßenbaus“ dient der Verbesserung der Mobilität und der infrastrukturellen Versorgung auch in den ländlichen Räumen.
 - Einschlägige Verwaltungsvorschriften fordern umweltfreundliche Dienstfahrzeuge.

- Für die **Forschung** wird zunächst geprüft, ob die Förderung ökonomisch sinnvoll ist, und ob ein öffentliches Interesse an der Verwirklichung besteht. Weiterhin werden die Effekte auf Ressourceneinsparung, technologische Wettbewerbsfähigkeit sowie auf Arbeitsplätze bewertet. Den Schlüsseltechnologien (u. a. Energie- und Umwelttechnik) wird dabei ein Vorrang eingeräumt. Mit der Investitions- und Strukturbank (ISB) fördert das Land Erfolg versprechende Entwicklungen in der Wirtschaft, indem Wagniskapital bereitgestellt und die Eigenkapitalquote verbessert wird. Mit den folgenden Transferstellen werden die technologische Erneuerung und besonders die Ressourcenproduktivität gefördert:
 - Abfall/Abwasser (TU Kaiserslautern)
 - Recycling (TU Kaiserslautern)
 - elektromagnetische / Umwelt-Verträglichkeit (TU Kaiserslautern)
 - Recycling- / Umwelttechnologien (FH Trier – Umwelt-Campus Birkenfeld)
 - Erneuerbare Energien (FH Bingen)

c) Abgestimmte Berichterstattung

Die Berichte und Pläne der einzelnen Ressorts sollen möglichst an diese Nachhaltigkeitsstrategie anknüpfen. Die vorgestellten Perspektiven in Form von Zielen, Indikatoren und Maßnahmen sind Ausgangspunkt für detailliertere und fachspezifische Auslegungen sowie ein fortlaufendes Monitoring der Arbeit der Landesregierung. Fachdokument wie beispielsweise der Raumordnungsbericht konkretisieren bereits die Nachhaltige Entwicklung. Fortgeschriebene oder neu aufgelegte Berichte der verschiedenen Ressorts sollten in jedem Fall unter der Maßgabe der Nachhaltigen Entwicklung erstellt werden bzw. an die Nachhaltigkeitsstrategie anknüpfen. Dabei sollen die Berichte und Pläne darauf Antwort geben, inwieweit sie zum Leitbild und den einzelnen Zielen beitragen.

3.3.2. Integration in Produktions- und Konsummuster

Das Wirtschaftssystem ist ein bedeutsames Feld für die Durchsetzung der Nachhaltigen Entwicklung. Es umfasst die Erstellung von Produkten und Dienstleistungen genauso wie den Konsum. Dabei darf sich eine nachhaltige Wirtschaftsweise nicht auf Nischenprodukte beschränken, sondern soll langfristig alle Produktions- und Konsummuster erfassen. Ein „ökologischer Strukturwandel“ zielt dementsprechend auf den Umbau der ökonomischen und institutionellen Strukturen ab.

Die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie hat der verantwortungsvollen Konsum- und Wirtschaftsweise bereits eine zentrale Rolle zugeschrieben⁵³. Im AGENDA 21-Programm 2002 Rheinland-Pfalz findet sich dies ähnlich wieder:

„Das Nachhaltigkeitsprinzip beansprucht, Grundprinzip der sozialen Marktwirtschaft zu sein oder zu werden. Eine Marktwirtschaft mit sozialem oder ökologischem Anspruch hat Eigen- und Zukunftsverantwortung zuzuordnen und dadurch die Politik der Beseitigung oder Reparatur sozialer, gesundheitlicher und ökologischer Schäden entbehrlich zu machen.“⁵⁴

⁵³ Siehe 2.2.3, S. 25ff.

⁵⁴ AGENDA 21-Programm 2002 Rheinland-Pfalz, S. 13.

Ebenso haben die AGENDA 21 in Kapitel 4 und die Johannesburg-Konferenz auf die hohe Bedeutung dieses Themas hingewiesen. Infolgedessen wird es auch in den Perspektiven als zentrales Feld berücksichtigt⁵⁵.

Die Gestaltung angemessener Preise und Anreize, die insbesondere auch die negativen ökologischen und sozialen Auswirkungen beinhalten, kann vorwiegend auf nationaler und europäischer Ebene verwirklicht werden. Das Land wird sich aber nach Möglichkeit dafür einsetzen, das Bewusstsein für Nachhaltige Entwicklung zu bilden und entsprechende Konsum-/Produktionsmuster zu fördern. Hier motiviert u. a. die LZU mit einer Informations- und Kommunikationskampagne zum sparsamen und verantwortlichen Konsum. Entwicklungspolitische Gruppen informieren über fairen Handel. Die Verbraucherzentralen nehmen durch ihre intensive und breite Beratungs- und Aufklärungsarbeit zu vielen Fragen der privaten Lebensgestaltung eine zentrale Rolle ein.

Ein Ansatzpunkt für die neuen Produktions- und Konsummuster ist ein ressourcenschonender Lebensstil. Diese Lebensweise, die häufig als „Suffizienz“ umschrieben wird, bietet mit einer höheren Aufmerksamkeit für die Lebensqualität eine Alternative zum Verzicht. Dabei spielen die Bereiche „Siedlungsentwicklung“, „Mobilität“ und „Ernährung“ eine Schlüsselrolle für die Einsparung von Energie und Materialien. Zu diesen Bereichen kann jeder einzelne Mensch mit seinen Konsumententscheidungen und -gewohnheiten beitragen. Daher sind auch eingefahrene Ernährungs- und Konsumgewohnheiten deutlich zu hinterfragen: Tiere sollen nicht nur als Lieferanten von Fleisch und Rohstoffen dienen, sondern als Teil der Natur und mit ihrem Eigenwert gesehen werden.

Eine höhere Effizienz der eingesetzten Energien und Rohstoffe sowie anderer Umweltressourcen ergänzt die neuen Produktions- und Konsummuster. Dafür ist die Ökoeffizienz-Analyse in Rheinland-Pfalz ein gutes Beispiel: Mit diesem Instrument werden Produkte und Verfahren über den gesamten Lebenszyklus, von der Herstellung über die Verarbeitung und die Nutzung bis zur Entsorgung bewertet, sodass die ökologisch und zugleich ökonomisch vorteilhaftesten Optionen bestimmt und verfolgt werden können. Somit können die Unternehmen einen Beitrag zu ihrer Verantwortung leisten, die bereits in der AGENDA 21, Kapitel 30 dargelegt wurde.

3.3.3. Verankerung auf der kommunalen Ebene

Die Kommunen sind besonders wichtige Akteure für die Nachhaltige Entwicklung. Sie sind die direkte Schnittstelle zu den Bürgerinnen und Bürgern und ihren Bedürfnissen. Dazu stellt die AGENDA 21, Kapitel 28 bereits fest:

„Kommunen errichten, verwalten und unterhalten die wirtschaftliche, soziale und ökologische Infrastruktur, überwachen den Planungsbedarf, stellen die kommunale Umweltpolitik und kommunale Umweltvorschriften auf und wirken an der Umsetzung der nationalen und regionalen Umweltpolitik mit. Als Politik- und Verwaltungsebene, die den Bürgern am nächsten ist, spielen sie eine entscheidende Rolle dabei, die Öffentlichkeit aufzuklären und zu mobilisieren und im Hinblick auf die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung auf ihre Anliegen einzugehen.“

Die „kommunale Daseinsvorsorge“ ist in Deutschland und damit auch in Rheinland-Pfalz eine ganz wesentliche Aufgabe, die vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und der Finanzlage

⁵⁵ Siehe in den Perspektiven für Rheinland-Pfalz auf S. 159ff.

gesichert, aber auch weiterentwickelt werden muss. Bedeutende kommunale Aufgabenbereiche sind hierbei beispielsweise technische Ver- und Entsorgung (Wasser, Energie und Abfall), Wohnqualität, Kultur, Partizipation und Gewerbeansiedlung. Die Kommunen sind darüber hinaus bedeutende Arbeitgeber und haben großen Einfluss auf das Betreiben öffentlicher Einrichtungen. Der Rahmen für eine landesweit abgestimmte Entwicklung wird dabei durch das Landesentwicklungsprogramm gesetzt. Dazu stellt das AGENDA 21-Programm 2002 Rheinland-Pfalz bereits fest: „*Nachhaltige Stadtentwicklung ist der Inbegriff moderner kommunaler Selbstverwaltung*“⁵⁶

Dies geschieht bereits auf breiter Basis auch mit den LOKALEN AGENDEN 21⁵⁷. Die Nachhaltigkeitsstrategie bietet hierfür Schnittstellen wie das Bürgerengagement, die Kulturförderung oder die Siedlungsentwicklung an. Die Konsultationsrunde mit den kommunalen Spitzenverbänden lieferte dazu wertvolle Hinweise⁵⁸.

⁵⁶ AGENDA 21-Programm 2002 Rheinland-Pfalz, S. 19.

⁵⁷ Siehe ab S. 34ff.

⁵⁸ Siehe S. 46ff.

3.4. *Handlungsorientierende Auswahl der wesentlichen Perspektiven*

Die AGENDA 21 ist zweifelsohne die weltweite Basis für die Nachhaltigkeits-Politiken. Sie ist aber aufgrund der Fülle an Ausführungen nicht immer „greifbar“. Daher wurde bei der Weiterentwicklung des AGENDA 21-Programms 2002 Rheinland-Pfalz zur Nachhaltigkeitsstrategie ganz besonders auf die effektive Umsetzbarkeit geachtet. Die Nachhaltigkeitsstrategie setzt bewusst Schwerpunkte und legt den Fokus auf die wesentlichen Fragestellungen für die Nachhaltige Entwicklung.

Dabei sind sowohl die Anforderungen und Ziele speziell des Landes Rheinland-Pfalz als auch die allgemeinen Erkenntnisse zu Nachhaltigkeitsstrategien eingebunden. Die Herausforderung besteht darin, ein schlüssiges und zielorientiertes Konzept zu erstellen. Stets ist die Forderung nach Detailreichtum und Vollständigkeit mit dem strategischen Fokus abzuwägen. Daher begründet der nachfolgende Abschnitt das allgemeine Vorgehen für das Zusammentragen von Handlungsfeldern und Indikatoren. Danach werden die Kriterien für die Handlungsfelder und Indikatoren benannt.

Für die Nachhaltigkeitsstrategie für Rheinland-Pfalz wurden viele der in Abschnitt 2.2 aufgeführten Strategien analysiert. Aus diesen kristallisierte sich bereits ein Bündel an Handlungsfeldern und Indikatoren heraus. Weiterhin konnte der Abgleich mit dem AGENDA 21-Programm 2002 Rheinland-Pfalz⁵⁹ und mit der wissenschaftlichen Literatur⁶⁰ weitere Themen qualifizieren. Die ausgewählten Ziele, Handlungsfelder und Indikatoren zeichnen sich dadurch aus, dass sie für das Land Rheinland-Pfalz bedeutend und greifbar sind.

Die Handlungsfelder spiegeln eine möglichst repräsentative und inhaltlich sinnvolle Zusammenstellung der Perspektiven für Rheinland-Pfalz wider. Aus der Nachhaltigkeitsstrategie leitet sich daher kein Anspruch oder Auftrag ab, die Nachhaltige Entwicklung sei genau so umzusetzen. Die vereinbarte Struktur ist lediglich ein erster Ansatz für den weiteren Lern- und Suchprozess.

Die in dieser Nachhaltigkeitsstrategie verwendeten Indikatoren haben ebenfalls nur eine repräsentative Funktion. Für die Indikatoren sind die Auswahlkriterien allerdings wesentlich konkreter, da hierzu bereits viele Vorarbeiten geleistet wurden:

www.europa.eu.int/comm/eurostat/sustainabledevelopment
www.indikatoren-portal.net

- Die Indikatoren sollen die drei folgenden Funktionen erfüllen, um die Problematik der Nachhaltigen Entwicklung auf verdichtete und zugleich verständliche Weise angemessen **abzubilden**⁶¹:
 - **Planungsfunktion:** Der dringlichste Handlungsbedarf kann aufgezeigt und Maßnahmen können abgeleitet werden.
 - **Kontrollfunktion:** Im Zeitablauf ist eine Überprüfung der geplanten Ziele möglich.
 - **Kommunikationsfunktion:** Jeder Experte und interessierte Laie soll die Entwicklungen nachvollziehen können.

⁵⁹ Siehe S. 16ff.

⁶⁰ Siehe u. a. Abschnitt 2.2.3.2, S. 30.

⁶¹ In Anlehnung an: Renn, León, Clar: *Nachhaltige Entwicklung in Baden Württemberg – Statusbericht 2000 – Langfassung (Arbeitsbericht der TA-Akademie, Nr. 173)*, Stuttgart 2000, S. 9, 14.

- Weiterhin sollen die Indikatoren – wie schon im AGENDA 21-Programm 2002 dargestellt – die folgenden **Anforderungen** erfüllen⁶².
 - Sie sollen für Rheinland-Pfalz **relevant** sein. Das heißt, dass sie ein thematisch bedeutsames Handlungsfeld abbilden und dass die Landespolitik einen begründeten Gestaltungseinfluss ausüben kann.
 - Sie sollen über den Zeitraum von mindestens fünf Jahren **quantifizierbar** sein. Die Datenverfügbarkeit ist ein unabdingbares Kriterium und oftmals der „Flaschenhals“ möglicher Indikatoren.
 - Das zu entwickelnde Indikatorensystem für das Land Rheinland-Pfalz soll möglichst **kompatibel** zu anderen Systemen sein. Dazu sind Beziehungen zur Bundes- und kommunalen Ebene zu beachten sowie andere Nachhaltigkeitsstrategien auf deutscher Landesebene zu berücksichtigen.

Indikatoren sind ein bevorzugtes Instrument der heutigen Politik. Dabei haben sie eine Signalwirkung und werden von der Öffentlichkeit kontrolliert, honoriert oder sanktioniert. Somit sind Indikatoren ein kooperativer bzw. „weicher“ Ansatz, der keinesfalls eine vollständige und exakte Steuerung bieten kann. Infolgedessen sind Indikatoren als richtungsweisende, quantifizierbare Messgrößen für übergeordnete Ziele der Politik zu verstehen, die durch Fachpolitiken, -programme und genauere Analysen ergänzt werden müssen. Indikatoren sind dabei Instrumente, die in der laufenden Fortschreibung der Nachhaltigkeitsstrategie modifiziert und ersetzt werden können. Dies steht für den stetigen Such- und Lernprozess, der gewisse Spiel- und Entwicklungsräume einräumt.

⁶² In enger Anlehnung an: *ebenda*.

4. Die Perspektiven für Rheinland-Pfalz

Ziel der Nachhaltigkeitsstrategie für Rheinland-Pfalz ist, die Herausforderungen im Spannungsfeld zwischen Ökologie, Ökonomie und Sozial-Kulturellem abzuwägen und handlungsorientiert einzuordnen. Damit möchte das Land Rheinland-Pfalz das Leitbild Nachhaltiger Entwicklung konkret ausgestalten und in die Tat umsetzen. Dieses Kapitel ist daher der Kern der Nachhaltigkeitsstrategie (siehe Abbildung 22): Zunächst werden die Nachhaltigkeitsbereiche mit den zugehörigen Handlungsfeldern und Indikatoren im Überblick dargestellt. Dann folgen die so genannten Querschnittsaufgaben, die übergreifend auf mehrere Handlungsfelder wirken. Schließlich sind die Perspektiven nach den Nachhaltigkeitsbereichen und darin nach den Handlungsfeldern aufgeführt. Für jedes Handlungsfeld werden die Bedeutung, die wichtigsten Partner, die Zielsetzung und die zugehörigen Indikatoren aufgeführt. Jedes Handlungsfeld schließt mit einer exemplarischen Auflistung von Beispielen und Vorhaben, die als „Leuchttürme“ für die Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklung in Rheinland-Pfalz gelten können.

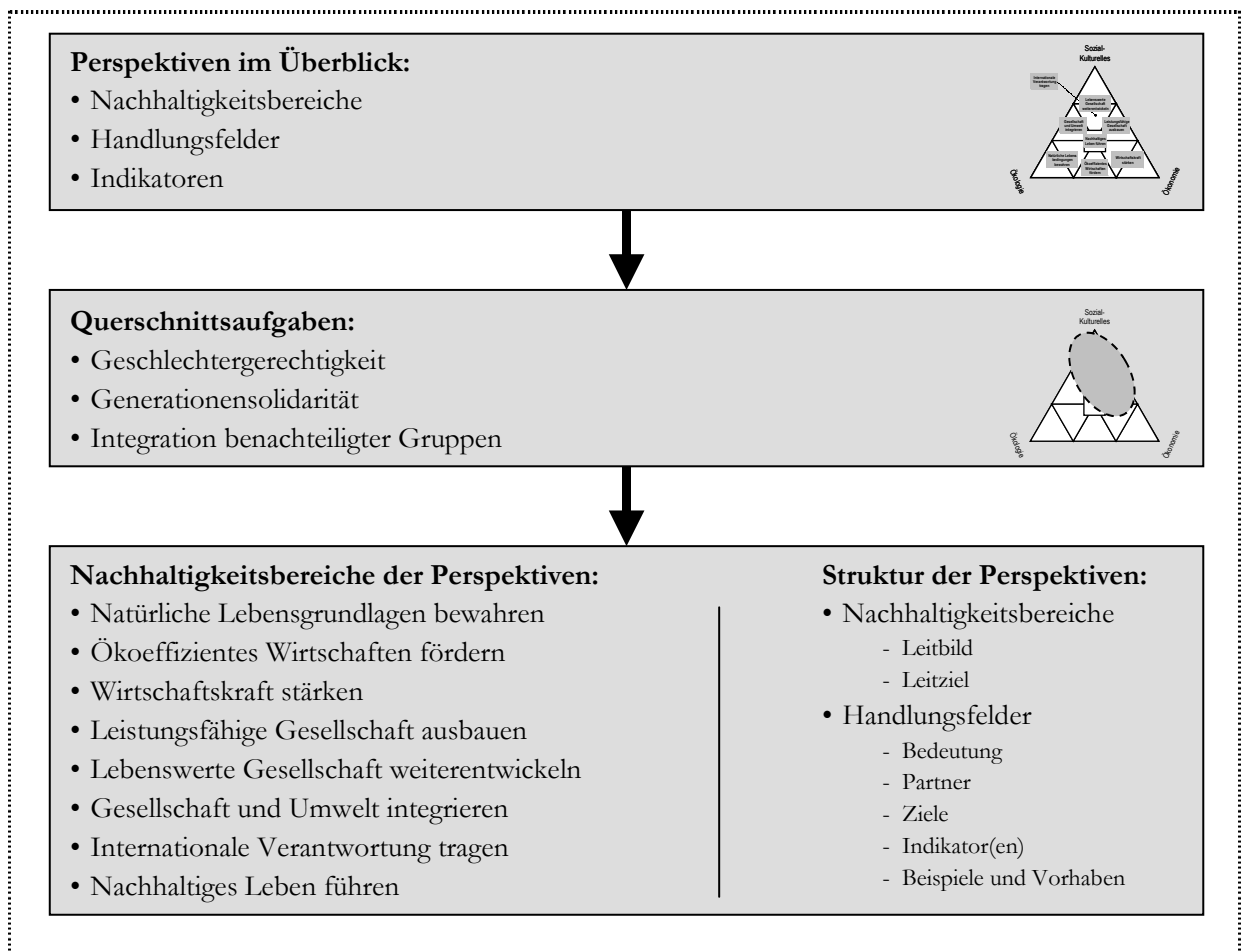


Abbildung 22: Der Kern der Nachhaltigkeitsstrategie – die Perspektiven

Fokus und Umfang dieses Kapitels

Die in diesem Kapitel aufgeführten Ziele und Inhalte geben die gegenwärtigen Schwerpunkte für eine Nachhaltige Entwicklung in Rheinland-Pfalz wieder. Sie erheben jedoch nicht den Anspruch auf Vollständigkeit. Auch sind deren Effekte bzw. der tatsächliche Beitrag für die Nachhaltigkeitsziele nicht abschließend zu bestimmen. Vielmehr verdeutlichen die aufgeführten Beispiele und Vorhaben die Bemühungen um eine Nachhaltige Entwicklung als offenen Such- und Lernprozess.

Die aufgelisteten Beispiele und Vorhaben bilden einen Einstieg in das Denken und Handeln für die Nachhaltige Entwicklung: Viele der Beiträge weisen als „Leuchttürme“ den Weg für die ökologische, ökonomische und sozial-kulturelle Entwicklung in Rheinland-Pfalz. Bei Erfolgssaussicht sollen diese konsequent und zielgenau umgesetzt werden und damit als Vorbild für eine breitere Umsetzung dienen. Dabei sind sowohl die vielen kleinen als auch die größeren Projekte wichtig.

Eine bisher umweltmedienbezogene oder an Abteilungen orientierte Betrachtung wird aufgegeben. Stattdessen werden Handlungsfelder verwendet, die größere Wirkungsbereiche abbilden. Beispielsweise haben die Waldwirtschaft und ihre angegliederten Bereiche wie das Holzverarbeitende Gewerbe vielfältige Bezüge zur Nachhaltigen Entwicklung. Daher ist ein eigenständiges Handlungsfeld ungeeignet. Stattdessen wird der Bereich „Forsten“ in übergreifende Handlungsfelder eingebettet. Andere Themen wie die Landwirtschaft finden ebenso breite Beachtung durch eine geeignete Einbindung in die gewählten Handlungsfelder. Der nachfolgende Exkurs verdeutlicht am Beispiel der Forstwirtschaft dieses allgemeine Vorgehen zu den „Perspektiven für Rheinland-Pfalz“:

Die Forstwirtschaft als besonders Beispiel für die Nachhaltige Entwicklung

Die nachhaltige Bewirtschaftung wurde erstmalig in der Forstwirtschaft des 18. Jahrhunderts festgeschrieben, um der übermäßigen Abholzung der Wälder entgegenzuwirken. Daraus resultierte die populäre Nachhaltigkeitsregel, nicht mehr zu ernten als nachwachsen kann.

Die planmäßige Bewirtschaftung von Wäldern wurde aber auch schon früher und in einem viel größeren Kontext umgesetzt. So erlaubte etwa der genossenschaftliche „Hauberg“ – wie er im Siegerland vorzufinden war – über mehrere Jahrhunderte hinweg bis zur Industrialisierung eine dauerhafte und umfassende Bewirtschaftung von Niederwäldern auf kargem Boden.⁶³

Auch heute wird die umfassende Bedeutung des Waldes für die verschiedenen Funktionsbereiche von Umwelt und Gesellschaft deutlich. Beispielsweise wurde die „Walderklärung“ 1992 in Rio de Janeiro verabschiedet, und mit Kapitel 11 der AGENDA 21 die „Bekämpfung der Entwaldung“ thematisiert. Schließlich gibt die 1998 vom Ministerium für Umwelt und Forsten herausgegebene Schrift „Nachhaltige Waldbewirtschaftung – Nachhaltigkeitsbericht“ einen lohnenden Einblick in die Umsetzung des forstlichen Nachhaltigkeitsgedankens in Rheinland-Pfalz. Die Ausrichtung am dauerhaften Gemeinwohl ist ebenso mit dem Leitbild des Landesforstens verankert:

„Oberziel der Forstwirtschaft in Rheinland-Pfalz ist der höchstmögliche gesellschaftliche Gesamtnutzen dieser Leistungen, sowohl für die heutige Gesellschaft als auch für zukünftige Generationen“⁶⁴.

⁶³ Nachzulesen in Rottländer, E.: *Ein historisches Beispiel nachhaltigen Wirtschaftens – Siegerländer Haubergswirtschaft*; in: Tübingen, Deutsches Institut für Fernstudienforschung an der Universität Tübingen (Hrsg.): *Veränderung von Böden durch anthropogene Einflüsse*; Berlin u. a. 1997; S. 475-500.

⁶⁴ MUF 1997: „Leitbild der Landesforstverwaltung Rheinland-Pfalz“.

Eine multifunktional betriebene Waldbewirtschaftung dient diesem Oberziel, weil sie auf dem Nachhaltigkeitsbegriff aufbaut, der in der heutigen Zeit in umfassender ökologischer, sozial geprägter und ökonomischer Weise verstanden wird. Alle Funktionen des Waldes werden auf großer Fläche gleichzeitig berücksichtigt und in ein optimales Verhältnis zueinander gesetzt, wobei aufgrund örtlicher Gegebenheiten Schwerpunkte durchaus möglich sind. Dieser Ansatz erlaubt in einzigartiger Weise, die Gemeinwohl-funktionen und die erwerbswirtschaftlichen Funktionen der Wälder zu integrieren.

Die Umsetzung der multifunktionalen Forstwirtschaft in den Wäldern von Rheinland-Pfalz erfolgt mit den Methoden des naturnahen Waldbaus, die ökonomische und ökologische Vorteile vereinen. Landesforsten hat den naturnahen Waldbau im Land seit vielen Jahren vorangetrieben, was zu einem gewaltigen Umbau der Waldbestände – weg von problematischen Monokulturen hin zu stabilen, standortgerechten und reaktionsfähigen Waldbeständen – geführt hat. Damit machen die Waldbesitzer im Land die Wälder ökologisch fit für Herausforderungen, wie z. B. sich ändernde Umweltbedingungen oder Klimaextreme, und können trotzdem den wichtigsten nachwachsenden, CO-neutralen Rohstoff nutzen: nämlich Holz. Für die ökonomische Bedeutung hat eine Clusterstudie zur „Forst- Holz- und Papierwirtschaft in Rheinland-Pfalz“ ergeben, dass das holzverarbeitende Gewerbe vergleichsweise stark ausgeprägt ist. So arbeiten im Cluster Forst, Holz und Papierwirtschaft mehr als 50.000 Menschen; die Wertschöpfung je Festmeter Holz ist mit 3.300 € höher als in den anderen Bundesländern und zehnmal so hoch wie im "Holzland" Schweden.

Inwieweit in den letzten Jahren der multifunktionelle Ansatz die Entwicklung von Wald und Forstwirtschaft in Rheinland-Pfalz geprägt hat, zeigt die zweite Bundeswaldinventur eindrucksvoll. So hat die Waldfläche seit 1987, dem Jahr der ersten Bundeswaldinventur, um mehr als 20.000 ha zugenommen⁶⁵. Rheinland-Pfalz verkörpert mit einem Waldanteil von 42,1 % das walddreichste Land in der Bundesrepublik. Der Anteil der Mischwälder ist um 17 % auf 79 % angestiegen. Rheinland-Pfalz hat mit 56 % den höchsten Laubwaldanteil aller Bundesländer und liegt mit einer Fläche von rund 140.000 ha Eichenwald ebenfalls an der Spitze. Zu diesen hohen Werten tragen die 100.000 ha Niederwald ganz wesentlich bei.

Die Perspektiven für Rheinland-Pfalz stellen die Bedeutung der Forstwirtschaft dadurch heraus, indem die verschiedenen Funktionen und Herausforderungen an den relevanten Stellen dieses Kapitels aufgegriffen werden. Es gilt u. a.,

- den Wald als Lebensraum zu bewahren (siehe S. 79ff.),
- die kumulierten Umweltschäden langfristig auf ein verträgliches Maß zurückführen (siehe S. 82ff.),
- Holz als umweltfreundlichen und klimafreundlichen Energieträger verstärkt zu nutzen (siehe S. 87ff.),
- heimisches Holz stärker zu vermarkten (siehe S. 96ff.),
- den Wald als Ort von Erholung und Naturerfahrung zu nutzen (siehe S. 133ff.),
- die forstliche Bewirtschaftung und den Konsum von Forstprodukten an den Zielen der Nachhaltigen Entwicklung auszurichten (siehe S. 159ff.) sowie
- die Bildung für eine Nachhaltige Entwicklung mit Hilfe des Forstens zu verdeutlichen (siehe S. 164).

⁶⁵ Siehe auch die Flächenstruktur auf S. 10.

4.1. Struktur der Perspektiven für Rheinland-Pfalz

Die Perspektiven für Rheinland-Pfalz sind systematisch im Integrierenden Nachhaltigkeits-Dreieck eingeordnet und werden in jedem Bereich in Handlungsfelder und Indikatoren gegliedert:

a) Nachhaltigkeitsbereiche im Integrierenden Nachhaltigkeits-Dreieck

Die Nachhaltigkeitsbereiche fassen Felder des Integrierenden Nachhaltigkeits-Dreiecks zusammen und bilden somit übergreifende Areale der Nachhaltigen Entwicklung ab. In Abbildung 23 sind alle Nachhaltigkeitsbereiche für Rheinland-Pfalz eingetragen.

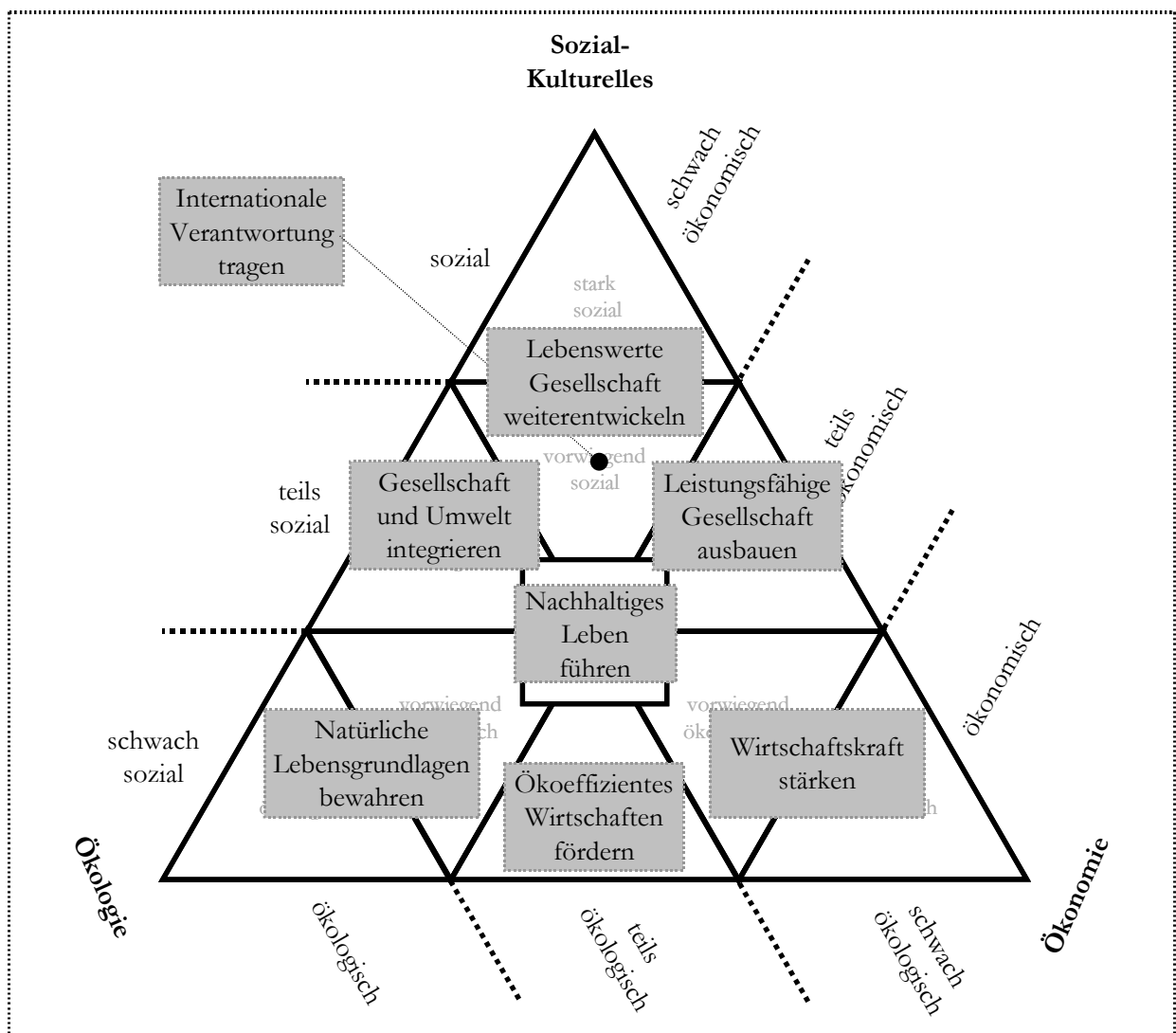
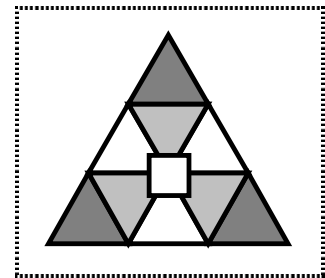


Abbildung 23: Nachhaltigkeitsbereiche im Integrierenden Nachhaltigkeits-Dreieck

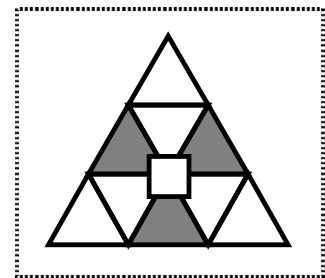
Die oben zusammengestellten Nachhaltigkeitsbereiche sind gemäß Abschnitt 3.1 wie folgt zu interpretieren:

- Die folgenden Nachhaltigkeitsbereiche sind den drei **Eck-Feldern** des Dreiecks zugeordnet: „Natürliche Lebensgrundlagen bewahren“, „Wirtschaftskraft stärken“ und „Lebenswerte Gesellschaft weiterentwickeln“. Ihre Ausrichtung ist jeweils ökologisch, ökonomisch oder sozial-kulturell. Analog nehmen die Diskussionen mit den Ressorts und den gesellschaftlichen Gruppen häufig ihren Ausgangspunkt in einer der Ecken, gehen aber auch darüber hinaus. In den Ecken wird ebenfalls deutlich, dass es abgegrenzte Zielsetzungen gibt, die als ökologische, ökonomische oder sozial-kulturelle Nachhaltigkeit gelten können. Dies steht für die vormals übliche Säulen-Konzeption der Nachhaltigen Entwicklung. Es ist aber wichtig, dass die Dimensionen nicht isoliert voneinander betrachtet werden. Beispielsweise soll die Ökonomie schließlich auch Grundsätze der Naturverträglichkeit oder der sozialen und kulturellen Verantwortung strukturell einbinden.

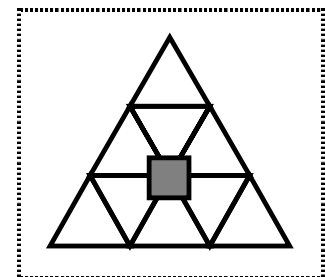


Ferner zielt der Nachhaltigkeitsbereich „Internationale Verantwortung tragen“ über die Landesgrenzen hinweg auf die globale Perspektive ab.

- Die drei Nachhaltigkeitsbereiche, die **zwischen zwei Ecken** stehen, zeigen wichtige Querverbindungen auf, indem sie zwei verschiedene Bereiche des Dreiecks zusammenführen. So werden z. B. die Nachhaltigkeitsbereiche „Leistungsfähige Gesellschaft ausbauen“ und „Ökoeffizientes Wirtschaften fördern“ durch den Effizienz-Gedanken getragen, natürliche und soziale Ressourcen auch mit wirtschaftlichen Zielen zu hinterlegen. Der Bereich zwischen Ökologie und Sozial-Kulturellem – „Gesellschaft und Umwelt integrieren“ – weist hingegen auf die essenzielle Beziehung zwischen Mensch und Natur hin.



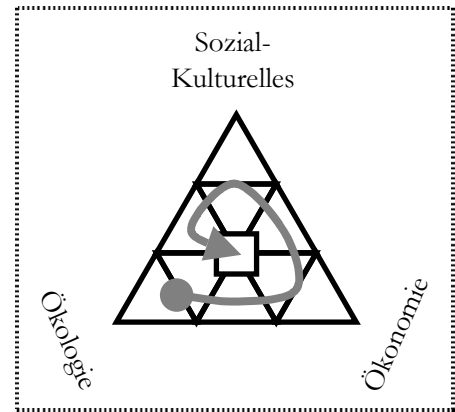
- Der **zentrale Nachhaltigkeitsbereich** „Nachhaltiges Leben führen“ in der Mitte des Dreiecks greift das integrative Verständnis von Nachhaltiger Entwicklung auf, demnach alle Dimensionen zusammen betrachtet werden müssen. Hier finden sich diejenigen Handlungsfelder wieder, die allgemein als die übergreifenden „Nachhaltigkeits-Bedürfnisse“ angesehen werden. Zu diesen Bedürfnissen zählen Mobilität, Wohnen, Gesundheit, Ernährung und Sicherung der sonstigen materiellen Lebensgrundlagen, Freizeit und Bildung. Damit stellt der zentrale Nachhaltigkeitsbereich die Bürgerinnen und Bürger als Akteur ganz besonders in den Mittelpunkt: Dies zeigt, dass eine effektive Nachhaltigkeitsstrategie die Mithilfe der Menschen benötigt. Die Nachhaltigkeitsstrategie steht und fällt mit der Umsetzung im Alltag.



b) **Übersicht zu den Nachhaltigkeitsbereichen,
Handlungsfeldern und Indikatoren**

Die gewählte Reihenfolge der Nachhaltigkeitsbereiche folgt der Chronologie zur Diskussion der Nachhaltigen Entwicklung, womit aber keine bestimmte Priorität wiedergegeben wird:

- Die **Umweltnutzung** stand bisher im Vordergrund politischer Nachhaltigkeitsaktivitäten. Beispielsweise nimmt das bisherige AGENDA 21-Programm Rheinland-Pfalz seinen Ausgangspunkt in der Ökologie.
- Das **Wirtschaften** wurde in den Diskussionen der letzten Jahre im Zusammenhang mit der Ökologie bereits stark thematisiert.
- Für den dritten Aspekt, das **Sozial-Kulturelle**, entstand im Rahmen der Diskussionen zur Nachhaltigen Entwicklung erst vor wenigen Jahren eine Definition. Diese war viel umfassender zu formulieren als mit ökologischen und wirtschaftlichen Ansätzen.
- Letztlich wird im zentralen, mittleren Feld des Nachhaltigkeits-Dreiecks ein **integratives Verständnis** von Nachhaltiger Entwicklung umgesetzt. Alle drei Ecken sind etwa zu gleichen Teilen daran beteiligt.



Die Handlungsfelder konkretisieren die Nachhaltigkeitsbereiche um thematisch zusammenhängende Aspekte und bilden damit übergreifende Thematiken ab, die sich von herkömmlichen institutionellen Abgrenzungen (z. B. Ressorts und Referate) lösen. Mit der gewählten Struktur wird die gemeinsame Ausrichtung auf die Perspektiven für eine Nachhaltige Entwicklung unterstrichen.

Die nachfolgenden Ausführungen in Kapitel 4 stellen den gegenwärtigen Stand der Einschätzungen von Verantwortlichen in Ministerien, Verbänden, kirchlichen Organisationen und anderen Gruppen der Gesellschaft dar. Dazu werden die einzelnen Nachhaltigkeitsbereiche mit insgesamt 22 Handlungsfeldern und 33 zugeordneten Indikatoren konkretisiert (siehe Abbildung 24). Die Reihenfolge gibt auch hier keine Prioritäten wieder.

| Nachh.-bereich | Handlungsfeld | Indikator(en) | Seite |
|------------------------------|-----------------------------------|---|-------|
| Natürliche Lebensgrundlagen | Lebendige Landschaften | Bestandsentwicklung ausgewählter Arten | 79 |
| | Intakte Umweltmedien | <ul style="list-style-type: none"> • Ökologischer und chemischer Zustand von Fließgewässern _r • Luftqualitätsindex • Waldzustand _r | 82 |
| | Ressourcennutzung und Klimaschutz | <ul style="list-style-type: none"> • CO₂-Emissionen pro Einwohner • Anteil erneuerbarer Energien | 87 |
| Ökoeffizientes Wirtschaften | Wirtschaften mit Ressourcen | Ressourcenproduktivität | 93 |
| | Regionales Wirtschaften | Landwirtschaftlich genutzte Fläche _r | 96 |
| Wirtschaftskraft | Wertschöpfung | Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen _r | 100 |
| | Produktive Basis | Bruttoinvestitionsquote | 102 |
| | Innovation | Ausgabenquote für Forschung und Entwicklung | 104 |
| Leistungsfähige Gesellschaft | Bildung und Qualifizierung | <ul style="list-style-type: none"> • Bildungsabschlüsse 25-Jähriger _{g, k} • Bildungsausgabenquote | 108 |
| | Erwerbstätigkeit und Einkommen | <ul style="list-style-type: none"> • Erwerbstätigenquote _{g, a, r} • Unterstützungsquote _{g, k, a, r} | 113 |
| | Handlungsfähigkeit des Staates | <ul style="list-style-type: none"> • Finanzierungssaldo • Ausgewählte Ausgabenquoten | 117 |
| Lebenswerte Gesellschaft | Kulturland Rheinland-Pfalz | Ausgabenquote für Kultur | 122 |
| | Sicheres Zusammenleben | Gemeldete und aufgeklärte Straftaten | 125 |
| | Bürgerengagement | Freiwillig engagierte Menschen _g | 129 |
| Gesellschaft und Umwelt | Attraktives Lebensumfeld | <ul style="list-style-type: none"> • Erholungsflächen in verstädterten Räumen • Zufriedenheit mit dem Wohnumfeld | 133 |
| | Naturereignisse bewältigen | Hochwasserschadenspotenzial _r | 138 |
| Internationale Verantwortung | Internationale Partnerschaften | Kooperationen mit Ruanda | 142 |

| | | | |
|-----------------------|---|---|-----|
| Nachhaltiges Leben | Gesundheit | <ul style="list-style-type: none"> • Vorzeitige Sterblichkeit _g • Übergewichtige Kinder und junge Erwachsene _{g, a} | 146 |
| | Mobilität | <ul style="list-style-type: none"> • Kohlendioxid-Emissionen des Verkehrs • Lärmbelästigung | 151 |
| | Siedlungsentwicklung und Wohnen | <ul style="list-style-type: none"> • Flächeninanspruchnahme für Siedlung und Verkehr _r • Infrastrukturelle Versorgung _r | 154 |
| | Verantwortungsvoll Konsumieren und Produzieren | <ul style="list-style-type: none"> • Kohlendioxid-Emissionen privater Haushalte und Kleinverbraucher • Unternehmen und Körperschaften mit Audit | 158 |
| | Bildung für Nachhaltige Entwicklung | Schulen für Nachhaltige Entwicklung | 164 |

Differenzierung möglich oder sinnvoll:
 g: nach Geschlecht
 k: nach (sozial-kulturellem) Kontext
 a: nach Alter
 r: nach Raum

Abbildung 24: Handlungsfelder und Indikatoren der Nachhaltigkeitsstrategie für Rheinland-Pfalz

Die besonderen Herausforderungen des Strukturwandels⁶⁶ wie auch der gesellschaftlichen Querschnittsaufgaben⁶⁷ fließen in die Verwendung und Differenzierung relevanter Indikatoren ein. In diesem Zusammenhang werden die folgenden Indikatoren oder Indikatorenbestandteile häufig verwendet:

- Die Herausforderungen des Sozialen erfordern **personenbezogene** Indikatoren sowie eine weitgehende Differenzierung. So sind in der Aufstellung viele soziale und sozial-ökonomische Indikatoren gemäß der Kennzeichnung in der Tabellenlegende nach Geschlecht, sozial-kulturellem Kontext (z. B. Migrationshintergrund) oder Alter differenziert⁶⁸.
- Ebenfalls wurde das **raumplanerische Ziel**, gleichwertige Lebensverhältnisse in den verschiedenen Räumen anzustreben, eingearbeitet. Damit wird u. a. der demografischen Entwicklung Rechnung getragen, die sich räumlich unterschiedlich auswirken wird.
 - Dazu unterscheiden die mit „r“ markierten Indikatoren nach räumlichen Kriterien und stellen die Entwicklung möglichst in **Karten** auf Kreisebene dar. Hierbei konnte häufig auf Vorarbeiten der Landesregierung und der nachgeordneten Behörden zurückgegriffen werden.
 - Die Angaben zu **Flächennutzung** oder **-zustand** des Landes geben erste Hinweise auf Entwicklungen im Raum. Daher werden flächenbezogene Indikatoren mehrmals verwendet.
- Das **Bruttoinlandsprodukt** ist ein allgemein anerkannter Wirtschaftsindikator. Außerdem können andere Indikatoren sinnvoll mit der Bezugsgröße BIP kombiniert werden. Beispielsweise sind hiermit Effizienzindikatoren sowie die Budgetverwendung der erwirtschafteten Werte darstellbar.

⁶⁶ Siehe Kapitel 1, S. 1ff.

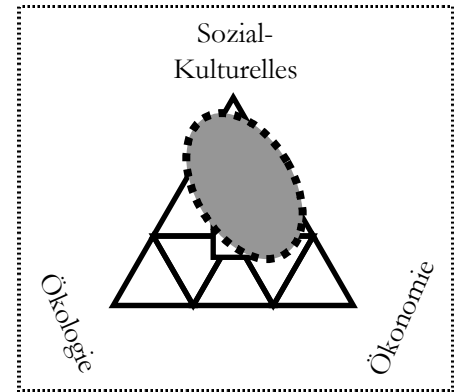
⁶⁷ Siehe Abschnitt 4.2, S. 66ff.

⁶⁸ Darauf geht Abschnitt 4.2, S. 66ff. vertieft ein.

- Die **Kohlendioxid-Emissionen** können mehrere Ziele, in denen Energieressourcen relevant sind, abbilden. Dabei wird mit diesem Indikator zunächst nur die globale ökologische Einwirkung gemessen. Es sind aber auch Rückschlüsse auf technische und verhaltensbezogene Energieeinsparungen wie auch auf die Substitution fossiler Energieträger möglich.

4.2. *Gesellschaftliche Querschnittsaufgaben in der Nachhaltigkeitsstrategie*

Sozialpolitische Ziele zeichnen sich dadurch aus, dass sie eher bereichsübergreifend wirken und daher zumeist nicht als „harte Themen“ zu fassen sind. Manche volkswirtschaftlich bedeutsamen Grundbedürfnisse wie Gesundheit, Wohnen oder Versorgung / Erwerbstätigkeit können noch vergleichsweise gut abgebildet und beschrieben werden. Weitergehende Bedürfnisse und Aufgaben zu Integration, Solidarität und Gerechtigkeit sind jedoch Ziele, die nur bedingt mit herkömmlichen Indikatoren darzustellen sind. Sie berücksichtigen als Querschnittsaufgaben vorwiegend die sozial-kulturell relevanten Felder und teilweise das zentrale Feld des integrierenden Nachhaltigkeits-Dreiecks.



Daher werden die relevanten Handlungsfelder und Indikatoren entsprechend differenziert formuliert, um den Querschnittsaufgaben gerecht zu werden⁶⁹. Wichtige sozialpolitische Handlungsfelder – z. B. Armut einschließlich sozial benachteiligter Gruppen, berufliche Integration von Menschen mit Behinderungen, Integration älterer Menschen sowie der Bereich „Familie“ – werden somit zum großen Teil in den Querschnittsaufgabe dargestellt und später durchgehend in den verschiedenen Handlungsfeldern aufgegriffen. Darüber hinaus bildet die räumliche Verteilung (möglichst auf Kreisebene) die Sicherstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse ab.

In den folgenden Abschnitten sind die drei Querschnittsaufgaben ausführlich dargestellt. Abschnitt 4.2.1 beinhaltet das gerechte Verhältnis zwischen Frauen und Männern, Abschnitt 4.2.2 die Herausforderungen für das Zusammenleben der Generationen sowie Abschnitt 4.2.3 die Einbindung sozial benachteiligter Gruppen. Die aufgelisteten Beispiele und Projekte orientieren sich am letzten Aufzählungspunkt des Schemas auf S. 77f.

4.2.1. **Geschlechtergerechtigkeit**

Die Geschlechtergerechtigkeit ist auf allen politischen Ebenen verankert⁷⁰. Damit befasst sich die AGENDA 21 eigens in Kapitel 24 „Globale Maßnahmen im Hinblick auf die Teilhabe der Frau an einer nachhaltigen, gerechten Entwicklung“. Zudem wird Geschlechtergerechtigkeit seit der Weltfrauenkonferenz 1995 weltweit mit „Gender Mainstreaming“ umgesetzt: Alle wirtschaftlichen und politischen Entscheidungsprozesse sollen Frauen und Männer aktiv einbinden und Chancengleichheit gewährleisten. Dabei werden mit dem sozialen Geschlecht (engl. „Gender“) die unterschiedlichen Bedürfnisse und

⁶⁹ Die Europäischen Strukturindikatoren zum Lissabon-Prozess differenzieren beispielsweise geeignete Indikatoren nach Geschlecht (Europäische Kommission 2002, S. 7). Siehe auch die Unterrichtung zur „Gleichstellung von Frauen und Männern ...“ (Landtags-Drucksache 14/1827), S. 8f.

⁷⁰ Art. 3 Abs. 1 Grundgesetz; Art. 17 Abs. 3 Verfassung für Rheinland-Pfalz; Art. 2 Abs. 3 Europäischer Vertrag von Amsterdam 1997. Die Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung verweist ebenfalls auf die „gleichberechtigte Teilhabe von Männern und Frauen“ (Deutsche Bundesregierung 2002, a. a. O., S. 84).

Problemlagen von Frauen und Männern im jeweiligen gesellschaftlich-kulturellen Zusammenhang erfasst. Frauenbelange sind damit ausdrücklich als eine zentrale Querschnittsaufgabe beschrieben, die alle Politikbereiche umfasst. Denn die gesellschaftliche Entwicklung misst sich gerade an der Geschlechtergerechtigkeit.

Das Gender Mainstreaming spricht beide (sozialen) Geschlechter an. Besondere Aufmerksamkeit gilt zunächst den Belangen von Frauen:

- Frauen sind bedeutende **Akteure** für die Nachhaltige Entwicklung. So www.net-part.rlp.de haben sich nach 1992 zahlreiche LOKALE AGENDA 21-Frauengruppen gebildet. Diese haben insbesondere zu den Bereichen „Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt“, „Verbesserung der Mobilität aus Frauensicht“, „Erhaltung von Traditionen im sozialen und kulturellen Umfeld“ Arbeitskreise eingerichtet.

Der Prozess des „Einmischens“ wurde unterschiedlich initiiert. Entweder wurde er über die Gleichstellungsbeauftragten eingeleitet oder die Gruppen gründeten sich außerhalb einer Verwaltungsstruktur. Das Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend bietet Starthilfe bei der Initiierung neuer Gruppen sowie Unterstützung bei der Durchführung von Workshops oder Seminaren an.

- Die **Lebensstile und -wirklichkeiten** von Frauen werden in vielen Bereichen nur unangemessen berücksichtigt. Dies zeigt sich z. B. in der unterschiedlichen gesellschaftlichen Wahrnehmung von bezahlter und unbezahlter Arbeit. Außerdem verdienen Frauen zumeist wesentlich weniger als Männer und haben häufig eine geringere eigenständige Alterssicherung. Frauen sind am Arbeitsplatz, im Ehrenamt oder in Gremien kaum in Führungspositionen vertreten. Weiterhin ist die Vereinbarkeit von Familie, Freizeit und Beruf zu verbessern. Daher zielt die Frauenförderung darauf ab, Benachteiligungen von Frauen gegenüber Männern auszugleichen.

Frauen nehmen häufig besondere Verantwortung für ihre Familien wahr, was sich in den alltäglichen Fragen u. a. der Bildung, Ernährung und des Konsums zeigt. Damit können Frauen stark zur Umsetzung eines Lebensstils beitragen, der mit den Zielen einer Nachhaltigen Entwicklung konform ist.

Im Rahmen des Gender Mainstreamings wird der Blick auf beide Geschlechter und auf die geschlechtsspezifischen Strukturen der Gesellschaft gerichtet. Infolgedessen besteht die große Herausforderung darin, beide Geschlechter zur fairen und angemessenen Lebensgestaltung zu befähigen und zu motivieren.

Das Land Rheinland-Pfalz bekennt sich nachdrücklich zum Gender Mainstreaming und zu dessen Umsetzung⁷¹. Die Notwendigkeit wird durch die demografische Entwicklung verstärkt, da der Arbeitsmarkt vermehrt qualifizierte Frauen anfordern wird und gleichzeitig die Familien entlastet werden sollen. Ein höherer Anteil von Frauen in Führungspositionen, politischen Ämtern und Gremien ist für die geschlechtergerechte Gestaltung unerlässlich. Anzustreben ist ein Anteil von 40 % und mehr, da sich im Führungsstil und bei Entscheidungen auch die Lebenserfahrungen und die Lebenswirklichkeit von Frauen niederschlagen und diese prägen.

Allerdings sind dabei die politischen Gestaltungsmöglichkeiten zu beachten. So kann Rheinland-Pfalz nur begrenzt die fiskalische Steuerung auf der Bundesebene beeinflussen.

⁷¹ Siehe S. 50ff.

Gender Mainstreaming soll umfassend als Querschnittsaufgabe in der Nachhaltigkeitsstrategie für Rheinland-Pfalz umgesetzt werden. Daher werden einige Indikatorenverläufe nach dem Geschlecht differenziert dargestellt. Die nachfolgenden Vorhaben zeigen die Bedeutung exemplarisch auf:

Beispiele und Vorhaben:

| |
|--|
| <p>Mentorinnenprojekt „Mehr Frauen in die Politik – Politikerinnen fördern den Nachwuchs“ (seit 2002 verstärkt auf kommunaler Ebene):</p> <p>Durch Gesprächsforen und Workshops sollen Frauen bei ihrer Entscheidung sich politisch zu engagieren gezielt unterstützt werden. Mit Unterstützung von Politikerinnen fanden landesweit Veranstaltungen statt. Für das Projekt wurde von den Gleichstellungsbeauftragten in Kooperation ein eigener Flyer mit dem Titel „Die Politik der Zukunft ist eine Politik mit mehr Frauen“ hergestellt.</p> <p>Partner: MBFJ, LAG, Frauenverbände www.mehr-frauen-in-die-politik.rlp.de</p> |
| <p>Geschlechtergerechte Planung:</p> <p>Bildung eines Kompetenznetzwerkes, in dem Projekte zugunsten einer geschlechtergerechten Blickweise betreut werden. Dazu wurden bereits umgesetzte Projekte auf ihre soziale Bandbreite untersucht um zukünftig die Bedürfnisse aller sozialen Gruppen berücksichtigen zu können.</p> <p>Partner: MBFJ, ISM, FM, LAG, FrauenMitPlan e. V., Planungsgemeinschaften Rheinpfalz und Westpfalz</p> |
| <p>„Gender-Mainstreaming“ im Sport (seit 2002):</p> <p>Der Landessportbund verpflichtet sich durch die Satzung, die Chancengleichheit von Männern und Frauen weiter voranzutreiben. Insbesondere verpflichtet er sich, nach dem Prinzip des Gender Mainstreaming zu handeln. Das bedeutet, bei allen Planungs-, Entscheidungs-, und Umsetzungsprozessen die jeweils spezifische Situation von Frauen und Männern ausdrücklich zu beachten.</p> <p>Partner: LSB, Sportvereine www.lsb-rlp.de</p> |
| <p>Frauen engagieren sich in Planung und Politik:</p> <p>LandFrauen engagieren sich in Planung und Politik (Runde Tische mit Politikerinnen, frauenpolitische Sitzungen, etc.) und suchen den aktiven Austausch miteinander. Auf Veranstaltungen machen sie sich gegenseitig fit, um Verantwortung als politische Entscheidungsträgerinnen zu übernehmen. Die LandFrauenverbände verfolgen das Ziel, den Anteil der Frauen in den Räten und Parlamenten zu erhöhen, damit die Interessen und Belange der Frauen und Familien eine stärkere Bedeutung in der Politik erhalten.</p> <p>Partner: Landfrauen www.e-grade.net</p> |
| <p>Managementtraining für Haushalt und Beruf:</p> <p>Die LandFrauen bieten Arbeitskreise zur Stärkung von Managementkompetenz an. Zielgruppe für die Schulungsmaßnahmen sind insbesondere Unternehmerinnen, Existenzgründerinnen und Frauen, die sich ein umfangreiches ökonomisches Wissen aneignen möchten. Die Arbeitskreise sollen ein landesweites, flächendeckendes Netzwerk bilden und das Angebot der LandFrauenverbände vor Ort bereichern.</p> <p>Partner: Landfrauen www.e-grade.net</p> |
| <p>Ada-Lovelace (seit 1998):</p> <p>Ziel ist es, Mädchen so früh wie möglich auf technisch-naturwissenschaftliche Studiengänge zu verweisen, in denen sich ihnen neben größeren Entscheidungsspielräumen auch bessere Verdienst- sowie Aufstiegsmöglichkeiten eröffnen. Bereits den Schülerinnen in den Schulen müssen zusätzliche Informationen und Motivationen sowie Ermutigung zuteil werden, damit sie sich zutrauen, dieses Neuland zu betreten. Studentinnen der entsprechenden Studiengänge suchen die Schülerinnen in der Schule auf, um dort im kleinen Kreis Interessen zu wecken und Ängste zu entkräften; anschließend werden die Schülerinnen zu „Tagen der offenen Tür“ in die Hochschulen eingeladen, an denen die Labors für die jungen Besucherinnen geöffnet und „Technik zum Anfassen“ präsentiert wird.</p> <p>Partner: MBFJ, MWWFK, MASFG, Universitäten, Schulen www.ada-lovelace.com</p> |

Leitlinien von Frauen (veröffentlicht 2002):

Leitlinien für die Umsetzung des Nachhaltigkeitsgedanken bei explizierter Beteiligung von Frauen: Frauenkompetenz anerkennen, Rahmenbedingungen schaffen, Umweltbewusstsein stärken, Beschäftigung und Arbeit ermöglichen, Ausländerinnen und Aussiedlerinnen fördern, Gewalt gegen Frauen verhindern, Konflikte bewältigen, zur Geschlechtergerechtigkeit erziehen, geschlechtergerechte Sprache anwenden, Gender-Mainstreaming etablieren.

Partner: RHK

Girls'Day – Mädchen Zukunftstag (2002 bis 2008):

Das Projekt Girls'Day – Mädchen-Zukunftstag bietet Schülerinnen Einblick in Berufsfelder, die Mädchen im Prozess der Berufsorientierung nur selten in Betracht ziehen. In erster Linie bieten technische Unternehmen und Abteilungen, sowie Hochschulen, Forschungszentren und ähnliche Einrichtungen am Girls'Day Veranstaltungen für Mädchen an. Anhand von praktischen Beispielen erleben die Teilnehmerinnen in Laboren, Büros, Werkstätten und Redaktionsräumen, wie interessant und spannend diese Arbeit sein kann. Durch persönliche Gespräche mit Beschäftigten können die Mädchen ihren Erfahrungs- und Orientierungshorizont erweitern und einen steigenden Anteil junger Frauen in technischen und technikhnen Berufen zu erreichen.

Partner: MBFJ, regionale Arbeitskreise, Unternehmen, Schulen

www.girls-day.de

4.2.2. Generationensolidarität

Der demografische Wandel stellt das Zusammenleben der Generationen in allen Lebensbereichen vor neue Herausforderungen. In diesem Kontext wird auch die Stärkung bürgerschaftlichen und nachbarschaftlichen Engagements immer bedeutender. Damit ist die Generationensolidarität nicht nur ein Gebot des gesellschaftlichen Zusammenhalts, sondern auch ein wichtiges Entwicklungspotenzial.

Ein übergreifendes Ziel der Landesregierung ist die Barrierefreiheit⁷², die auch im Rahmen der Generationensolidarität von großer Bedeutung ist: Hindernisse für alte wie auch für behinderte und sonstige mobilitätseingeschränkte Menschen, z. B. Familien mit Kleinkindern, sollen abgebaut werden. Gebäude, Verkehrsanlagen und Verkehrsmittel sollen barrierefrei zugänglich sein. Ebenso sollen technische Gebrauchsgegenstände, Systeme der Informationsverarbeitung, akustische und visuelle Informationsquellen, Kommunikationseinrichtungen sowie alle sonstigen gestalteten Lebensbereiche ohne Barrieren nutzbar sein.

Es stellen sich insbesondere die folgenden Zukunftsaufgaben:

a) *Zusammenleben der Generationen*

Die Solidarität zwischen den Generationen ist zu stärken. Dafür ist es notwendig, in der Öffentlichkeit für ein differenziertes Bild der Beziehungen und Verhältnisse zwischen den Generationen zu sorgen; in diesem Zusammenhang muss auch das zum Teil negative Bild von der älteren Generation und deren Bedeutung für die Gesellschaft gründlich revidiert werden. Stattdessen müssen die Beiträge älterer Menschen besondere Anerkennung verdienen. Ältere Menschen repräsentieren mit ihrem Erfahrungswissen und ihren Kompetenzen ein wichtiges Potenzial für das Zusammenleben in der Gesellschaft. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung bekommt insbesondere das bürgerschaftliche Engagement älterer Menschen einen hohen Stellenwert.

Für die Einbindung älterer Menschen in die Gesellschaft und die Wahrnehmung ihrer Bedürfnisse sind mehrere Bereiche relevant:

⁷² Siehe Art. 64 Verfassung für Rheinland-Pfalz.

- **Förderung des Aktivitätspotenzials älterer Menschen**

Die Zunahme von Ressourcen und Kompetenzen älterer Menschen sowie das nicht unerhebliche Ausmaß an freier Zeit wird eine Erhöhung ihrer Aktivitätspotenziale nach sich ziehen, was auch der Gesellschaft insgesamt zugute kommt. Produktives Leben im Alter bedeutet, Verantwortung für sich selbst und für andere zu übernehmen; die Teilhabe älterer Menschen an gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Prozessen muss ernst genommen werden. Das heißt auch, dass ältere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihre Erfahrungen und Kenntnisse in den Arbeitsmarkt einbringen können. Dies wird v. a. mit den Perspektiven zur Erwerbsfähigkeit⁷³ abgebildet.

- **Förderung innovativer Formen des Miteinanders der Generationen**

Das Miteinander der Generationen kann durch themen- und projektorientierte Maßnahmen gefördert werden. Durch die Selbstorganisation und die Partizipation älterer Menschen an der Bürgergesellschaft können ihre Ressourcen stärker nutzbar werden, etwa im Rahmen der Pflege und Nachbarschaftshilfe, von Tauschbörsen und Freiwilligenagenturen. Die Politik – insbesondere vor Ort – ist gefordert, geeignete Rahmenbedingungen für solche Projekte und Maßnahmen zu schaffen. Innovative Formen werden u. a. mit dem Ehrenamt⁷⁴ abgebildet.

- **Altersgerechte Lebenswelten schaffen**

Solidarität umfasst hier die besonderen Bedürfnisse nicht nur der älteren Generation. Dabei meint „altersgerechte Lebenswelten“ die öffentlichen und individuellen Lebensräume, die den Bedürfnissen aller Generationen besser gerecht werden; angesichts der Zunahme des Anteils älterer Menschen an der Bevölkerung bedarf es gerade in diesem Bereich großer Anstrengungen. Im Einzelnen geht es zum einen um Maßnahmen, die im weiten Sinne auf die Barrierefreiheit abzielen. Es geht aber auch um neue altersgerechte Wohnformen mit der Prämisse „ambulant vor stationär“, die älteren Menschen ein möglichst langes eigenständiges Wohnen ermöglichen. Hierzu gehört die Entwicklung entsprechender Formen des Zusammenlebens (z. B. Wohngemeinschaften älterer Menschen). Zudem ist die öffentliche Infrastruktur so zu gestalten, dass sie wohnortnah und mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen ist.

b) *Kinder- und Familienfreundlichkeit*

Kinder haben das Recht darauf, sich eine eigene Meinung zu bilden, diese frei zu äußern und haben einen Anspruch darauf, dass ihre Meinung in den sie berührenden Angelegenheiten berücksichtigt wird. Kinder haben das Recht auf das erreichbare Höchstmaß an Gesundheit, ein Recht auf Schutz, Bildung und Förderung ihrer Entwicklung. Bei allen Maßnahmen, die Kinder betreffen, ist ihr Wohl vorrangig zu berücksichtigen. Mit der Ratifizierung der Kinderrechts-Konvention 1992 der Vereinten Nationen hat die Bundesrepublik diese Staatsverpflichtung anerkannt.

Jugendliche können ihre ganz besonderen Fähigkeiten, Initiativen und Sichtweisen in Entscheidungsprozesse einbringen. Die Beteiligung stärkt die Handlungskompetenz von Mädchen und Jungen: Kontakt- und Kommunikationsfähigkeit werden erweitert; ihre Fähigkeit zur aktiven Konfliktbewältigung im Rahmen von Aushandlungsprozessen wird entwickelt. Die Kinder und Jugendlichen erfahren auch, dass ihre Bedürfnisse ernst genommen werden und dass sie in ihrer Stadt oder Ortsgemeinde etwas bewirken

⁷³ Siehe S. 113ff.

⁷⁴ Siehe S. 129ff.

können. Dadurch erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, dass Kinder und Jugendliche sich auch als Erwachsene aktiv an der Gestaltung des Gemeinwesens beteiligen. Die Vereinten Nationen organisierten 2002 schließlich einen Kinderweltgipfel.

Die kinder- und familienfreundliche Ausgestaltung aller gesellschaftlichen Bereiche ist weichenstellend für die Entwicklung der Gesellschaft. Dabei ist die Familie – unabhängig von der Lebensform – der Entwicklungsraum für Kinder. Die Erziehung legt die Basis für das spätere Leben. Ebenso ist die Absicherung von Kindern bzw. der Eltern eine wichtige Herausforderung, was v. a. bei jungen, einkommensschwachen Familien oder Familien mit Migrationshintergrund besonders relevant ist.

Daher ist das Ziel „Kinderfreundliches Rheinland-Pfalz“ in Rheinland-Pfalz Orientierung und Querschnittsaufgabe für das ganze Land. Mit der Fortschreibung des gleichnamigen Aktionsprogramms hat sich die Landesregierung im Januar 2004 diesem Ziel erneut verpflichtet. Rheinland-Pfalz ist also ein Land, in dem Kinder- und Familienfreundlichkeit wesentlicher Maßstab für alle politischen Entscheidungen sind. Dies macht die Familien- und Kinderfreundlichkeitsprüfung deutlich, die seit 2004 für alle Gesetze, Verordnungen und politischen Entscheidungen verbindlich ist.

Die Landesregierung möchte die Rahmenbedingungen für Familien verbessern www.vivafamilia.de und Familien in Zukunft noch wirksamer bei ihren Aufgaben unterstützen. Gerade in einer älter werdenden, von Umbrüchen gekennzeichneten Gesellschaft wird das, was Familien leisten, immer wichtiger. Partnerschaft leben, Kinder zu selbstbewussten Persönlichkeiten erziehen, Beruf und Familie verbinden, Angehörige pflegen sind Beispiele zur Verdeutlichung des individuellen und gesellschaftlichen Wertes von Familie. Dementsprechend hat die Landesregierung Anfang 2005 die Initiative „Viva Familie“ gestartet, womit sie folgende Ziele verfolgt (siehe hierzu auch die Beispiele und Vorhaben):

- **Familienkompetenz stärken**

Die Landesregierung setzt einen Schwerpunkt darin, die Eltern- und Familienkompetenz unter Mitwirkung unterschiedlichster gesellschaftlicher Gruppen, Professionen und Einrichtungen zu stärken.

- **Gesundheit für Kinder und Familien verbessern**

Die körperliche und seelische Gesundheit der Kinder ist für Familien eine wesentliche Voraussetzung für ein zufriedenes, glückliches Leben. Ziel ist es, die Gesundheit von Kindern und Familien durch vorbeugende Maßnahmen, Gesundheitsförderung und umfassende Information weiter zu verbessern.

- **Arbeit und Ausbildung für junge Menschen schaffen**

Ein besonderes Anliegen der Jugendlichen und ihrer Familien wie auch ein zentrales gesellschaftliches Ziel ist, dass junge Menschen in Rheinland-Pfalz zuversichtlich in ihre berufliche und private Zukunft blicken können.

- **Familienbewusste Arbeitswelt fördern**

Zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie gehören familienbewusste Arbeitsbedingungen.

- **Hilfen für Familien in Notlagen bereitstellen**

Trotz vielfältiger staatlicher Unterstützungs- und Ausgleichsleistungen befinden sich nicht wenige Familien in wirtschaftlichen Notlagen. Die Landesregierung sieht sich hier in der besonderen Verantwortung, gezielt zu helfen.

Es bestehen noch viele weitere Ansatzpunkte zur Schaffung eines kinder- und familienfreundlichen Rheinland-Pfalz. Hierfür sind die Stärkung des Bildungswesens sowie die Entwicklung kindgerechter

Wohnumfelder zu nennen. In diesem Kontext ist eine qualitativ und quantitativ gute Kinderbetreuung von zentraler Bedeutung, z. B. im Rahmen von ganztägigen Einrichtungen der Jugendhilfe, aber auch durch die Schaffung von Ganztagsschulangeboten. Um besonders die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter zu verbessern, sind unterschiedliche Akteurinnen und Akteure gefragt:

- **Unternehmen**, die strategische Entscheidungen treffen und z. B. mehr qualifizierte Teilzeitarbeit für Männer und Frauen anbieten,
- **Tarifpartner**, die mit ihren Entscheidungen über die Bedingungen der Erwerbsarbeit die Zukunft der Arbeit mitgestalten,
- **Eltern** und Menschen mit Kinderwunsch, die Mut und Zuversicht einbringen sowie
- die **Politik** durch die Gestaltung kinder- und familienfreundlicher Rahmenbedingungen.

Die nachfolgenden Vorhaben geben einen weiteren Ausschnitt aus den zahlreichen guten Beispielen wieder:

| |
|---|
| <p>Initiativen der Landesregierung „Aktionsprogramm kinderfreundliches Rheinland-Pfalz“ :</p> <p>Demokratische Beteiligung von klein auf – in diesem Sinne hat die Landesregierung am 04. Juli 1995 das Aktionsprogramm „Kinderfreundliches Rheinland-Pfalz“ beschlossen. Arbeitsschwerpunkt bei der Umsetzung des Projekts ist die „Partizipation von Kindern“ im Sinne von Politik mit Kindern und nicht nur „für“ Kinder. Es stehen jedes Jahr zusätzlich ca. 500.000 Euro im Haushalt zur Verfügung, mit dem Projekte finanziert und gefördert werden, die konkrete Beiträge zur strukturellen Verbesserung der unmittelbaren Lebenswelten von Kindern leisten.</p> <p>Partner: MBFJ www.jugend.rlp.de</p> |
| <p>Spielleitplanung – Ein Weg zur kinderfreundlichen Gemeinde und Stadt:</p> <p>Spielleitplanung zielt auf eine kind- und jugendgerechte Planung und Entwicklung des kommunalen Raumes unter direkter Beteiligung von Mädchen und Jungen. Durch die Beteiligung der Kinder und Jugendlichen in allen Planungs- und Umsetzungsphasen werden sie in der Ausübung ihrer Rechte und auch Pflichten unterstützt und gestärkt. Eine fachbereichsübergreifende Planung unter konsequenter Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ermöglicht den Erhalt, die Sicherung und die Neuschaffung geeigneter Flächen und Räume für Spiel, Erlebnis, Aufenthalt und Bewegung. Das Verfahren der Spielleitplanung wurde in den vergangenen Jahren in sieben Modellgemeinden (Bodenheim, Duchroth, Hergenfeld, Marienthal, Neuwied, Waldböckelheim und Weinsheim) erprobt und erfolgreich durchgeführt.</p> <p>Partner: MBFJ, MUF www.spielleitplanung.de</p> |
| <p>Kinderstadtpläne:</p> <p>In Zusammenarbeit mit allen Grundschulen vor Ort zeigen Schülerinnen und Schüler aus ihrer Sicht spezielle Treffpunkte (Drachenwiesen, Rodelberge, Kletterbäume) sowie Gefahrenstellen im Straßenverkehr auf. Diese wurden in einen Stadtplan eingezeichnet. Die Entstehung von Kinderstadtplänen ist u. a. im Magazin „Kinderstadtpläne: Ein imageträchtiges Produkt für ihre Stadt oder Gemeinde“ nachzulesen.</p> <p>Partner: MBFJ www.kinderfreizeitkarten.de</p> |
| <p>Beispiele der Landesregierung zur Stärkung der Familienkompetenz:</p> <p>Der intensive Kontakt von Hebammen zu Familien soll verstärkt genutzt werden, um schon sehr früh mit Familien in Verbindung zu treten und jungen Eltern praktische Information und Hilfestellung anzubieten. Ein speziell auf die erste Phase nach der Geburt eines Kindes ausgerichtetes Elternkursprogramm soll Eltern die Orientierung in ihrer neuen Rolle und den Weg zu familienrelevanten Einrichtungen erleichtern. Familien, die Angehörige pflegen, werden verstärkt bei ihrer Arbeit unterstützt, beispielsweise durch einen Informationskoffer, der einen „Familienpflegeratgeber“ mit Notfallkarte und eine CD-ROM für die häusliche Pflege von Menschen mit einer Demenzerkrankung enthält.</p> <p>Partner: MASFG www.vivafamilia.de / www.menschen-pflegen.de</p> |

Beispiel der Landesregierung zur Verbesserung der Gesundheit für Kinder und Familien:

Mit der ehrenamtlichen Internetbörse „Gesucht? Gefunden!“ wird Familien praxisnah und bedarfsgerecht die Möglichkeit geboten, per Internetklick eine Fachfrau oder einen Fachmann zu den unterschiedlichsten Gesundheitsthemen ausfindig zu machen und für Termine vor Ort zu buchen.

Partner: MASFG

www.vivafamilia.de

Beispiele der Landesregierung zur Schaffung von Arbeit, Ausbildung und Weiterbildung für junge Menschen:

Die Landesregierung hat vielfältige Initiativen und Projekte gestartet, die die Qualifizierungsmöglichkeiten und Beschäftigungschancen der Jugendlichen verbessern. Gebündelt werden die Programme und Projekte am „Ovalen Tisch für Ausbildung“ des Ministerpräsidenten Kurt Beck sowie in der Kampagne „Jugend in Arbeit“, mit der das MASFG seine Aktivitäten für Jugendliche noch einmal verstärkt. In den über 150 Projekten dieser Kampagne werden jährlich deutlich mehr als 10.000 Jugendliche erreicht. Aus Mitteln des Landes und des Europäischen Sozialfonds stehen dafür jährlich rund 10 Millionen Euro zur Verfügung. Hinzu kommen Elemente für Jugendliche im Rahmen der Arbeitsmarktinitiative „Neue Chancen: 6.000 plus für Jung und Alt“.

Die Landesregierung stellt darüber hinaus umfangreiche Hilfen zur Schaffung von Ausbildungsplätzen zur Verfügung: Zu nennen sind in diesem Zusammenhang verschiedene Programme wie das Darlehensprogramm bei der ISB, das Zuschussprogramm gemeinsam mit der BASF, die Förderung der Verbundausbildung und die Förderung der Ausbildungsstellenakquisitoren. Darüber hinaus werden Maßnahmen zur Verbesserung der Ausbildungsfähigkeit von Jugendlichen und Initiativen, um über Bedarf ausgebildete Jugendliche in Arbeit zu bringen, durchgeführt. Im Bereich „Qualifizierung zur Selbständigkeit“ wird die Weiterbildung zum Meister gefördert.

Partner: MASFG, MWVLW

www.masfg.rlp.de; www.mwvlw.rlp.de

Beispiel der Landesregierung zur Förderung der familienfreundlichen Arbeitswelt:

Im Rahmen der Initiative „Viva Familia“ unterstützt das MASFG Unternehmen, die ihre Personalpolitik familienfreundlicher gestalten. Dazu gehören zum Beispiel flexible Arbeitszeitmodelle, Telearbeit, Jobsharing oder Betriebskindergärten. Es werden auch Unternehmen gefördert, die ihr individuelles Konzept für Familienfreundlichkeit mit Hilfe des von der gemeinnützigen Hertie-Stiftung initiierten Auditverfahrens „Beruf und Familie“ weiterentwickeln wollen. Generell übernimmt das MASFG die Hälfte der Kosten des Auditverfahrens, bei kleineren Betrieben mit weniger als 25 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sogar die vollen Kosten.

Partner: MASFG

www.vivafamilia.de

Beispiele der Landesregierung zur Bereitstellung von Hilfen für Familien in Notlagen:

Die Landesstiftung „Familie in Not – Rheinland-Pfalz“ bietet Familien in außergewöhnlichen Notlagen schnelle und unbürokratische Hilfe. Mit der Familienferien-Sonderaktion konnte allein im Jahr 2005 über 130 einkommensschwachen Familien ein kostenloser Urlaub in Familienferienstätten und familienfreundlichen Jugendherbergen ermöglicht werden.

Partner: MASFG

www.vivafamilia.de

Initiative „Menschen pflegen“:

Mit der Initiative „Menschen pflegen“ möchte die Ministerin für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit Malu Dreyer die Situation der pflegebedürftigen und der pflegenden Menschen in Rheinland-Pfalz nachhaltig verbessern. Die Initiative basiert auf folgenden sechs Säulen, die gleichzeitig die Arbeitsschwerpunkte der Initiative darstellen:

- Mehr Qualität in der Pflege
- Eine bedarfsgerechte Anzahl qualifizierter Fachkräfte in der Pflege
- Bessere Hilfen für Menschen mit Demenzerkrankungen
- Mehr Unterstützung für Familien und soziale Netzwerke in der Pflege
- Mehr Information und Mitsprache für pflegebedürftige Menschen und deren Angehörige
- Nachhaltige Sicherung einer finanzierbaren und wirtschaftlichen Pflege und Pflegeausbildung

Partner: MASFG

www.menschen-pflegen.de

Audit Beruf & Familie (ab 2005):

Das Audit Beruf & Familie® – entwickelt auf Initiative und im Auftrag der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung – ist ein Managementinstrument zur Förderung der familienbewussten Personalpolitik, bei dem nicht nur bereits umgesetzte Maßnahmen begutachtet, sondern auch das betriebsindividuelle Entwicklungspotenzial aufgezeigt und weiterführende Zielvorgaben festgelegt werden.

Nach dem MASFG und dem MUF wurde zwischenzeitlich einer Reihe weiterer Ministerien das Grundzertifikat verliehen. Es ist geplant alle Ministerien mit dem Audit zertifizieren zu lassen. Dies wäre in Deutschland ein bisher einmaliger Beitrag einer Landesregierung in Wahrnehmung ihrer Vorbildfunktion.

www.beruf-und-familie.de

Lokale Bündnisse für Familien:

Die Einrichtung einer „Servicestelle für lokale Bündnisse“ unter dem Dach der Landeszentrale für Gesundheitsförderung hat zum Ziel, den lokalen Bezug aller familienpolitischen Aktivitäten der Landesregierung zu verstärken. Familien soll dort geholfen werden, wo sie leben und wohnen, wo Kinder aufwachsen, pflegebedürftige Angehörige betreut und Beruf und Familie miteinander vereinbart werden. Dabei soll die Servicestelle örtlichen Initiativen helfen, kreative Ideen und Handlungsmöglichkeiten zu den verschiedensten Anliegen von Familien besser entwickeln und realisieren zu können.

Partner: MASFG, LZG

www.lokale-buendnisse-rlp.de

„Nummer gegen Kummer“ Elterntelefon, Kinder- und Jugendtelefon (seit 1998):

Das Projekt „Nummer gegen Kummer“ bietet ein gebührenfreies Beratungsangebot für Kinder und Jugendliche. Gesprächspartner für die Kinder und Jugendlichen sind ca. 300 ehrenamtliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die in Gesprächsführung und Entwicklungspsychologie geschult sind. Im Jahr 2004 wurden in Rheinland-Pfalz 121.310 Gespräche geführt, von denen 30.873 Beratungsgespräche im engeren Sinne waren.

Partner: DKSB KL-KUS / LD-SÜW / MZ

www.kinderschutzbund-rlp.de

Aktuelles aus dem Elterncafé – Spiel- und Bildungsangebote für Kleinkinder und ihre Eltern (seit November 2004):

Sprechstunden für Eltern mit Kleinkindern, in denen interessante Einrichtungen vorgestellt werden und Fragen rund um die Erziehung erörtert werden können. Dazu bietet das Elterncafé die Möglichkeit zum Informationsaustausch und ein Kleiderladen Gelegenheit zum Kauf oder Tauschen gut erhaltener Kleidung.

Partner: DKSB KL-KUS

www.kinderschutzbund-rlp.de

4.2.3. Integration benachteiligter Gruppen

Die Unterstützung benachteiligter Menschen ist ein ganz wesentliches Ziel gesellschaftlicher Solidarität und damit der Sozialpolitik. Menschen mit Migrationshintergrund, mit langjähriger sozialer Desintegration oder in besonderen Lebenslagen sollen unterstützt und gefördert werden. Der „Armut- und Reichtumsbericht“ der Landesregierung ist hierfür ein wichtiges Dokument.⁷⁵ Gesellschaftliche Gruppen haben daran mitgewirkt und stellen ein eigenes Kapitel vor. Darin legen sie ihre Erfahrungen dar und veranschaulichen die zu behebenden Probleme.

„Armut“ ist im Rahmen der Integration benachteiligter Menschen ein zentrales, aber komplexes Feld mit mehreren Faktoren:

- Durch die Hilfe zum Lebensunterhalt, die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie die Grundsicherung für Arbeit Suchende muss fast niemand in „**absoluter Armut**“ – also mit erheblichen Defiziten in der Befriedigung der Grundbedürfnisse – leben. Rheinland-Pfalz setzt sich für entsprechende Hilfe-Strukturen für Menschen in extremer Armut wie z. B. Wohnungslose, Straßenkinder oder Ausländerinnen und Ausländer ohne Aufenthaltsgenehmigung ein.
- Weitaus bedeutender ist die „**relative Armut**“. Dies bedeutet eine unzureichende Erfüllung der sozialen und kulturellen Standards, weil etwa die Handlungsspielräume der Betroffenen eingeschränkt und deren gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen sind. Hier wirken viele Faktoren ein, sodass Armut als komplexes Problem zu verstehen ist. So sind nicht nur geringes Einkommen und Vermögen, sondern auch schlechte Verhältnisse in Bildung, Erwerbstätigkeit, Gesundheit, Wohnen, Familie und Sozialstrukturen ausschlaggebend. Die gesamte Lage wirkt sich wiederum negativ auf das Selbstwertgefühl und weitere Entwicklungsmöglichkeiten aus. Armut bedeutet soziale Ausgrenzung und kann daher nicht hingenommen werden.

⁷⁵ Landtags-Drucksache 14/3284.

In den letzten Jahrzehnten sind allerdings auch positive Entwicklungen zu verzeichnen. Die „Altersarmut“ konnte in den letzten Jahren wesentlich verringert werden. Ebenfalls wird die Hilfe zum Lebensunterhalt in Rheinland-Pfalz im bundesweiten Vergleich selten beansprucht. Auch hat Rheinland-Pfalz Fortschritte bei der Integration von Menschen mit Behinderungen aufzuweisen, sodass nicht einmal mehr jeder vierte behinderte Mensch arbeitslos ist.

Die Überwindung von Armut ist weiterhin ein wichtiges Thema, zumal viele bedürftige Menschen nur zeitweise von staatlicher Hilfe abhängig sind. Hierzu zählen v. a. junge Familien mit kleinen Kindern oder Menschen in anderen vorübergehenden Lebenslagen. Besonders Kinder und Jugendliche, deren Situation meist stark mit der Lebenslage der Eltern zusammenhängt, sind vor Armut zu schützen. Hierfür ist ein breites Feld an Maßnahmen notwendig, die über die Beseitigung des Geldmangels bzw. die Ermöglichung des eigenständigen Erwerbs des Lebensunterhaltes hinausgehen. So sind soziale Kontakte und Kompetenzen, Bildungschancen und Gesundheitsförderung wichtige Ansatzpunkte für die Förderung von Familien.

Menschen mit Migrationshintergrund benötigen vergleichsweise häufig Hilfe, wobei ihre oftmals geringe Qualifizierung und die dadurch stärkere Gefährdung für Arbeitslosigkeit von besonderer Bedeutung sind. Dieser Personengruppe muss zukünftig eine größere Aufmerksamkeit entgegengebracht werden. Dafür sind eigens Lösungsansätze zu finden, die der besonderen Situation und dem kulturellen Hintergrund der Migrantinnen und Migranten gerecht werden.

Die Benachteiligung von Menschen wird im Alltag – also in Beruf und Schule, beim Wohnen etc. – sichtbar. Diese Situation ist gerade vor dem Hintergrund der ab Seite 5 dargestellten Herausforderungen wie der demografischen Entwicklung bedenklich. Gleichfalls ist die Integration benachteiligter Menschen wichtig, um langfristige Sozialkosten zu vermeiden. Daher geht die Nachhaltigkeitsstrategie in den Ausführungen zu „Bildung und Qualifizierung“⁷⁶ und zu „Erwerbstätigkeit und Einkommen“⁷⁷ auf die betroffenen Bevölkerungsgruppen ein.

Folgende Vorhaben zeigen beispielhaft die gezielte Unterstützung der benachteiligten Gruppen auf:

Gemeinschaftsinitiative EQUAL – Projekt Trier „Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit im Handwerk“

(Januar 2002 bis Juni 2005):

Erschließung von Arbeitsplätzen für Benachteiligte und Minderung von Diskriminierung und Ungleichheiten auf dem ersten Arbeitsmarkt. Dabei werden für ältere ArbeitnehmerInnen im Handwerk, Alleinerziehende, Beschäftigte mit niedrigem Qualifizierungsniveau und AusländerInnen Kurse entwickelt und angeboten. Die Beschäftigungsfähigkeit von Problemgruppen wird erhöht und Beschäftigungspotenziale im Handwerk werden erschlossen und besetzt.

Partner: HWK Trier

www.umweltzentrum-trier.de

Integration durch Sport (permanente Maßnahme, seit 1990):

Das Programm „Integration durch Sport“ hat unter Federführung der Sportjugend und des Landessportbundes Rheinland-Pfalz zum Ziel, in erster Linie Aussiedler, aber auch Ausländer und sozial benachteiligte Deutsche zu integrieren. Mit der Erweiterung des Programms soll Akzeptanz, gegenseitiges Kennen lernen und der Abbau von Fremdenfeindlichkeit erreicht werden. Ziel der Arbeit ist es, durch definierte Programmmodule benachteiligte Familien der Zielgruppe mit dem bundesdeutschen Sport, den Vereinsstrukturen und vor allem dem Freizeitsport in seinen vielfältigen Formen bekannt zu machen.

Partner: DSB, SJ, LSB, Sportvereine, Jugendämter, Jugendhäuser, Schule, Wohlfahrtsverbände

www.integration-durch-sport.de

⁷⁶ Siehe S. 108ff.

⁷⁷ Siehe S. 113ff.

Integrationsfachdienste für schwerbehinderte Menschen:

Die Integrationsfachdienste sind Anlauf- und Beratungsstellen für Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber und für besonders betroffene schwerbehinderte Menschen, die Arbeit suchen oder beschäftigt sind. Für das Angebot der Dienste, einschließlich ihrer Steuerung und Finanzierung, sind jetzt die Integrationsämter verantwortlich.

Partner: MASFG

www.masfg.rlp.de

Landessonderprogramm für schwerbehinderte Menschen:

Nach dem Landessonderprogramm zum Abbau der Arbeitslosigkeit schwerbehinderter Menschen erhalten Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber bei der Einstellung bestimmter besonders betroffener schwerbehinderter Menschen unter Einbeziehung der Leistungen der Arbeitsverwaltung Zuschüsse bis zu 100 Prozent des Arbeitsentgeltes. Seit dem 1. Januar 2002 werden in bestimmten Fällen auch Integrationsprämien in Höhe von 3.000 Euro gezahlt. Nach dem Programm haben über 3.000 arbeitslose schwerbehinderte Menschen eine Beschäftigung erhalten.

Partner: MASFG

www.masfg.rlp.de

InPact – Kompetenz für die multikulturelle Arbeitswelt:

Menschen mit Migrationshintergrund sehen sich weiterhin vielfältigen Benachteiligungen im Hinblick auf Bildungschancen und berufliche Perspektiven sowie einer fehlenden Chancengleichheit im Arbeitsalltag gegenüber. Vor diesem Hintergrund will InPact in verschiedenen Handlungsfeldern zur Stärkung des Problembewusstseins von Schlüsselpersonen in der Arbeitswelt beitragen sowie Wissen und Kompetenzen zu Fragen der beruflichen Integration und Gleichstellung von Menschen mit Migrationshintergrund vermitteln. Die Projektangebote umfassen: Trainings für Personal der beruflichen Bildung, Fortbildungen für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus der MigrantInnenarbeit zu arbeitsmarktpolitischen Themen, Ausbildung von MigrantInnen zur Durchführung muttersprachlicher Elterninformationsveranstaltungen zu Schule, Ausbildung, Beruf, Beratung von Betrieben und Verwaltungen zur Förderung der Chancengleichheit von MigrantInnen, Tagungen und Workshops zu zentralen Themen in der Schnittstelle von Migration und Arbeitswelt.

www.inpact-rlp.de

4.3. Die Perspektiven für Rheinland-Pfalz im Detail

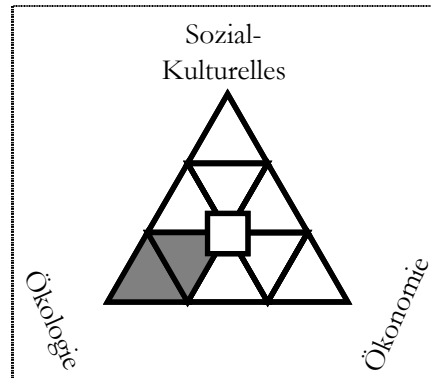
Die folgenden Abschnitte gehen vom übergreifenden Leitbild Nachhaltiger Entwicklung aus und stellen die verschiedenen Nachhaltigkeitsbereiche gemäß dem Integrierenden Nachhaltigkeits-Dreieck dar. Dabei umfasst jeder Nachhaltigkeitsbereich ein verständliches Leitbild, handlungsweisende Leitziele und die wesentlichen Handlungsfelder. Jedes der Handlungsfelder ist sodann einheitlich nach folgendem Schema gegliedert:

- Die Rubrik **Bedeutung** ordnet das Handlungsfeld in das Integrierende Nachhaltigkeits-Dreieck ein und stellt die Bezüge zum AGENDA 21-Prozess her. Diese Rubrik ist frei von aktueller politischer Programmatik, um das Handlungsfeld auf eine dauerhafte und breit anerkannte Basis zu stellen. Die Bedeutung wird durch die langfristige Wichtigkeit für die Nachhaltige Entwicklung in Rheinland-Pfalz konkretisiert.
- Anschließend werden unter der Rubrik **„Partner“** diejenigen genannt, die an der Umsetzung des jeweiligen Handlungsfeldes besonders beteiligt sind. Hierzu gehören die Ressorts und nachgeordneten Behörden der Landesregierung sowie die gesellschaftlichen Gruppen. Die Gesellschaft wird dabei durch die wichtigsten Verbände und Organisationen vertreten. Im Fortschreibungsprozess der Nachhaltigkeitsstrategie können sich die Partner weiter einbringen.
- Das **Ziel** zeigt daraufhin das richtungsweisende und gemeinsame Bestreben der Partner für das jeweilige Handlungsfeld auf. Dieses Ziel ist als gemeinsame, handlungsweisende Motivation aufzufassen.
- Ausgewählte **Indikatoren** sollen den Fortschritt auf dem Weg zu ganz konkreten Zielen abbilden. Die Indikatoren sind dafür wie folgt strukturiert:
 - Die **Referenzen** verweisen auf Quellen, die den Indikator analog verwenden. Damit soll eine möglichst hohe Vergleichbarkeit der Dokumente untereinander gewährleistet werden. Die Abkürzungen stehen für folgende Dokumente:
NNS: Nationale Nachhaltigkeitsstrategie „Perspektiven für Deutschland“, 2002
SH: Nachhaltigkeitsstrategie „Zukunftsfähiges Schleswig-Holstein“, 2004
TA: Technikfolgenakademie: „Nachhaltige Entwicklung in Baden-Württemberg“, 2000
UMK: Ökologische Kernindikatoren gemäß Beschluss der Umweltministerkonferenz, Mai 2005
LA21: Agenda-Transfer: Gemeinsam empfohlene Indikatoren zur kommunalen Nachhaltigkeit, 2003 bzw. FEST Heidelberg: Indikatoren zur LOKALEN AGENDA 21, 2002
 - Die **Beschreibung** umfasst den Erklärungsbeitrag und die Problemstellung für die Nachhaltige Entwicklung, methodische Aspekte sowie Grenzen und Kritik.
 - Der zeitliche **Verlauf** des Indikators wird zunächst qualitativ erörtert. Dann stellt ein Diagramm die quantitative Entwicklung zusammen mit etwaigen Zielsetzungen und Vergleichswerten (Bundesebene, Einzelaspekte, etc.) dar.
 - Anschließend wird in der **Bewertung** der Indikatorenverlauf diskutiert.
- Abschließend wird in jedem Handlungsfeld eine Auswahl wichtiger abgeschlossener, laufender und geplanter **Beispiele und Vorhaben** vorgestellt. Daran lässt sich zum einen erkennen, ob das Handlungsfeld für eine Nachhaltige Entwicklung genügend realisiert wird. Zum anderen kann dann später zurückverfolgt werden, inwieweit die Partner einen Beitrag zur Nachhaltigen Entwicklung geleistet haben. Diese sind als besonders herausragende Beispiele, als „Leuchttürme“ zu verstehen. Sie sollen zeigen, wie Rheinland-Pfalz auch in Zukunft mit gutem Beispiel vorangehen kann. Die Beispiele und Vorhaben können im vorliegenden Dokument nur verkürzt wiedergegeben werden, sie sollen in erster Linie einen Überblick verschaffen.

Nachhaltigkeitsbereich:

A Natürliche Lebensgrundlagen bewahren

Leitbild: Die Natur ist die lebensnotwendige Grundlage der menschlichen Existenz. Sie zu schützen ist nicht nur eine ethische Aufgabe, sondern auch eine wirtschaftliche, soziale und kulturelle Notwendigkeit. So ist die Natur einerseits Quelle für Ressourcen, Identität und Ästhetik. Andererseits benötigt der Mensch die Natur als Senke für Reststoffe.



Leitziel: Die langfristige Wirtschaftsentwicklung und die sozialen Lebensbedingungen sollen sich an den natürlichen Lebensgrundlagen orientieren. Sie sind miteinander so in Einklang zu bringen, dass künftige Generationen in ihrer Entwicklung nicht durch früher getroffene Weichenstellungen beeinträchtigt werden. Damit trägt der Naturschutz zur Nachhaltigen Entwicklung des Landes bei.

Das Land Rheinland-Pfalz tritt dafür ein, die Entnahme erneuerbarer Ressourcen langfristig auf die Regenerationsrate zu beschränken und der Knappheit erschöpflicher Ressourcen vorzubeugen. Weiterhin soll die Aufnahmefähigkeit der Natur beachtet und das Risiko der Überlastung verringert werden. In begründeten Notlagen muss die natürliche Lebensgrundlage Vorrang vor ökonomischen und sozialen Ansprüchen erhalten.

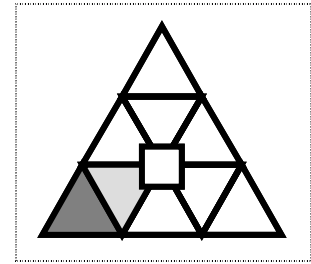
Handlungsfelder: - Lebendige Landschaften
- Intakte Umweltmedien
- Ressourcennutzung und Klimaschutz

www.umweltatlas-rlp.de
www.udk.rlp.de

Handlungsfeld:

A.a Lebendige Landschaften

Bedeutung: Menschen prägen Landschaften, wie auch die Landschaften den Menschen prägen. Dabei sind der Land- und der Weinbau, die Wälder und die Flusslandschaften sowie Abbaustätten besonders relevant. Die Vielfalt der Arten in Flora und Fauna zeigt zum einen die Qualität der Lebensräume. Diese sind fast immer durch Bewirtschaftung kultiviert oder durch Abbau natürlicher Vorkommen gestaltet. Gerade die landwirtschaftlich und weinbaulich genutzten Flächen sind ein wichtiger Lebens- und Kulturraum. Ebenso übernehmen Wälder nicht nur wichtige Filter- und Puffer-, sondern auch Lebensraumfunktionen. Die „Walderklärung“, die im Rahmen der Rio-Konferenz erstellt wurde, und Kapitel 11 der AGENDA 21 unterstreichen nochmals die Bedeutung der Wälder.



Der Artenschutz ist aus Respekt vor der Natur geboten, aber auch als „genetische Datenbank“ eine unersetzliche Ressource. Daher ist die Verpflichtung zur Erhaltung der Biodiversität in internationalen Übereinkünften (Biodiversitätskonvention der Rio-Konferenz) festgelegt.

Dieses Handlungsfeld ist für Rheinland-Pfalz bedeutend, da der größte Teil der Landesfläche aus einzigartigen Kultur- und Naturlandschaften besteht. Große Teile der Flächen sind überdies in Öffentlicher Hand, sodass hier direkte Einflussmöglichkeiten bestehen.

Partner: MUF, LUWG, NABU, BUND, Bundeswehr, MWVLW, Landwirtschaftsverbände, LWK, Umweltstiftung

Ziel: Die Lebensräume sind so zu gestalten, dass Pflanzen und Tiere in ihren Lebensgemeinschaften sowie in ihrer Vielfalt gesichert sind und sich entwickeln können. Bedrohte Tier- und Pflanzenarten sind besonders zu schützen. Die für den Biotop- und Artenschutz bedeutsamen Flächen bedürfen der Betreuung und Pflege. Naturerfahrungs- und Naturerlebnismöglichkeiten sind zu erhalten und zu entwickeln.

www.naturschutz.rlp.de

Der Naturschutz baut die Verknüpfung mit ökonomischen und sozial-kulturellen Aspekten weiter aus und führt die diskursiven Kommunikations- und Dialogprozesse fort: „Gute Lösungen im Naturschutz leben von Inhalt, Wirksamkeit und Akzeptanz“. Dies schließt eine moderne öffentliche Organisationsstruktur, den Leitsatz „Schützen durch Nützen“, das Ehrenamt und die Umsetzung europäischer Richtlinien wie „Natura 2000“ ein.

Der Wald soll Lebensraum für einen reichen Bestand an Pflanzen und Tieren bieten. Die Wälder sollen also allumfassend funktionsfähig bleiben. Die Umsetzung dieses Prinzips der multifunktionalen Forstwirtschaft in den Wäldern – d. h., optimale Leistung von Schutz- und Erholungsaufgaben im Verbund mit der Erzeugung von wertvollem, starkem Holz – erfolgt mit den Methoden der naturnahen Waldbewirtschaftung. Auf diese Weise werden eine ökologische Waldentwicklung sowie der Aufbau biologisch gesunder, in Struktur und Arteninventar vielfältiger und damit reaktionsfähiger Waldökosysteme als eine Voraussetzung für die Erhaltung und Förderung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes erreicht. Zu den Grundsätzen des naturnahen Waldbaus zählen der Biotop- und Artenschutz durch Erhaltung alter Bäume, Baumgruppen, Belassen von Totholzanteilen und der Schutz bzw. die Förderung seltener Florenelemente.

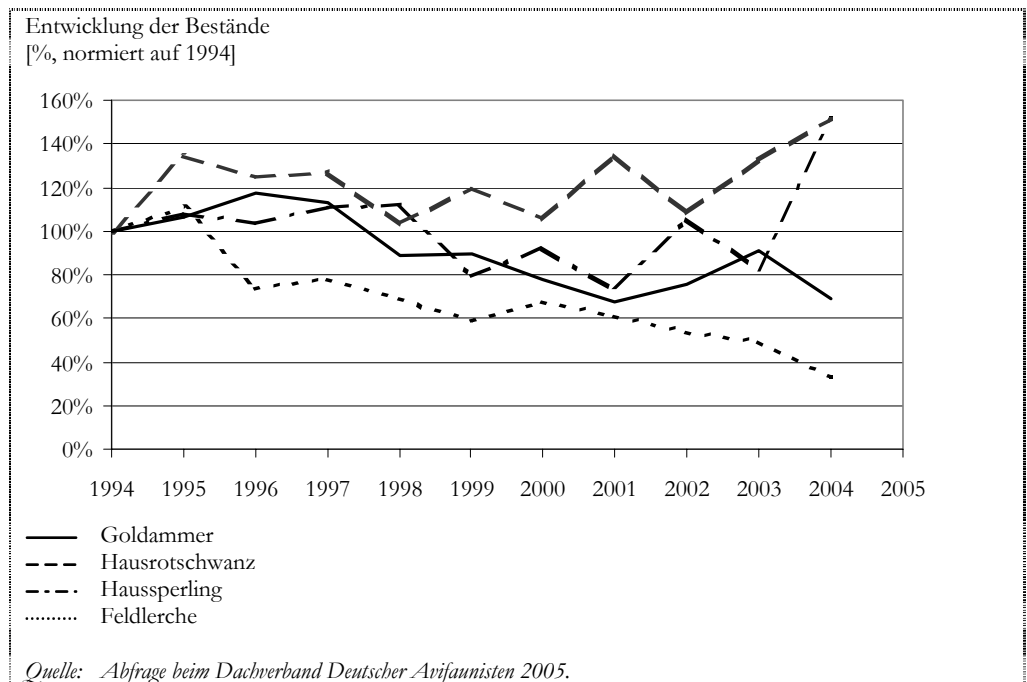
Indikator: Bestandsentwicklung ausgewählter Arten

Referenz: NNS, UMK, SH, ähnlich: TA

Beschreibung: Die Bestände bestimmter Brutvögel spiegeln den Zustand typischer Natursysteme – also der „Normallandschaft“ – wider. Die Auswahl soll eine repräsentative Darstellung gestatten, ohne dass Bestandsmaßnahmen den Indikator verfälschen. Daher werden häufigere Arten gewählt, die im Rahmen des DDA-Monitoringprogramms „Häufige Arten“ beobachtet werden. Der Index ergibt sich gemäß UMK aus der gewichteten Summe der Bestände in den vier Lebensraumtypen. Gegenwärtig sind jedoch für Rheinland-Pfalz nur die Bestandsdaten von vier ausgewählten Arten in genügender Qualität verfügbar. Diese werden zunächst einzeln dargestellt, da ein zusammengefasster Index bei dieser Datenlage noch nicht sinnvoll scheint. Später ist die Auswertung durch Zielwerte zu verbessern, indem die Zielabweichung jeder einzelnen Vogelart bewertet wird.

www.vogelmonitoring.de

Verlauf: Die unterschiedliche Entwicklung der vier darstellbaren Vogelarten seit Mitte der 90er Jahre zeigt auf, dass die gemessenen Bestände von Hausrotschwanz und Haussperling variieren, aber stabil bleiben. Die gemessenen Bestände von Goldammer und Feldlerche hingegen sinken seit 1994 tendenziell.



Bewertung: Aufgrund der jetzigen Datenverfügbarkeit konnte der Index noch nicht vollständig berechnet werden. Es fehlen die Vergleiche mit früheren Jahren und die Zielwerte für die einzelnen Vogelarten. Es ist aber zu erwarten, dass die Bestandsabschätzungen durch neu aufgelegte Monitoringprogramm – etwa des Dachverbandes Deutscher Avifaunisten (DAA) – umfangreicher und verlässlicher werden.

Beispiele und Vorhaben:

Wildtierinformationssystem der Länder Deutschlands – WILD (seit 2003):

Zur Bewertung oder zur Risiko-Analyse von Tier- und Pflanzenpopulationen sollen bundesweit einheitlich und langfristig Wildtierarten erfasst werden. Mit dieser soliden Datengrundlage können Einschätzungen über die Populationsdichten und -entwicklungen in Referenzgebieten und flächendeckend vorgenommen werden. Diese sind dann frei von Modellvorstellungen oder von vordergründigen Plausibilitäten abgeleiteten Horrorszenarien über ein mögliches Artensterben.

Partner: LJV; DJV, Uni Trier

www.ljv-rlp.de

Das Mögliche Tun (DMT) (2001 bis 2006):

Das Projekt „Das Mögliche Tun“ wird die Rolle von Prädatoren und lebensraumverbessernden Maßnahmen auf Niederwildbestände (Hase, Fasan, Rebhuhn) untersucht. Zunächst wurde die Bejagung der Prädatoren Fuchs, Dachs, Elster und Rabenkrähe optiert und koordiniert und auf angekauften oder gepachteten Flächen der Lebensraum für die Niederwildbestände verbessert. Ziel dieses Projektes ist es, die entscheidenden Faktoren für die Bestandsentwicklung der Niederwildarten zu ermitteln und zu versuchen Maßnahmen aufzuzeigen um diese zu beeinflussen.

Partner: LJV, MUF, Landesforsten

www.ljv-rlp.de

Erhaltung von Lebensraum für die freilebende Tierwelt (seit 1975):

Dem durch die Veränderung in der Landbewirtschaftung zu beobachtenden Rückgang der Niederwildbestände (Hase, Fasan, Rebhuhn) soll entgegen gewirkt werden. Hecken, Feldgehölze, einzelne Bäume und sonstige Strukturen sind aus ökonomischen Gründen immer seltener auf Ackerflächen anzutreffen. Unterstützt mit Mitteln der Stiftung Natur und Umwelt Rheinland Pfalz, kauft der Landesjagdverband Rheinland-Pfalz e. V. hauptsächlich Ackerflächen und erhält die vorhanden Strukturen bzw. schafft neue Strukturen wie Feldholzinseln, Hecken und ähnliches.

Partner: LJV

www.ljv-rlp.de

Sandbiotope und Streuobstwiesen um Weisenheim am Sand (seit 1988):

Ziel ist die Erhaltung einer traditionellen Kulturlandschaft im Oberrheingraben an der Schnittstelle zum intensivsten Beregnungs-Gemüsebau der Vorderpfalz. Aufgrund der sandigen Böden und des warmen Klimas haben sich spezielle Lebensgemeinschaften entwickelt, die durch Pflege und Nutzung erhalten werden sollen.

Partner: BUND, SNU

www.bund-rlp.de

Förderprogramm umweltschonende Landbewirtschaftung (FUL, seit 1994):

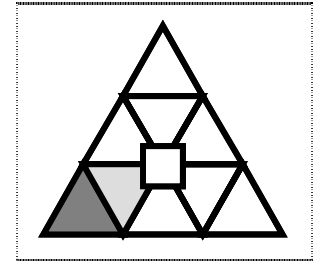
FUL bietet in allen landwirtschaftlichen Produktionsbereichen die Möglichkeit, Umweltleistungen, die über eine ordnungsgemäße Landbewirtschaftung hinausgehen, angemessen zu honorieren. Das Programm soll durch umweltschonende, kontrollierbare Produktionsverfahren insbesondere zum Umweltschutz, aber auch zu einer spürbaren Marktlastung bei Überschussprodukten beitragen. Diese Ziele sollen vor allem erreicht werden über eine Einschränkung des Dünge- und Pflanzenschutzmitteleinsatzes, eine Absenkung des Viehbesatzes und eine bodenschonende Anbautechnik. Damit kommt die Landesregierung auch den Wünschen einer wachsenden Zahl von Verbrauchern entgegen, die Wert auf umweltverträglich erzeugte Produkte legen.

Handlungsfeld:

A.b Intakte Umweltmedien

Bedeutung: Ökosysteme benötigen die intakten Umweltmedien Wasser, Luft und Boden:

- **Wasser** ist eine essenzielle Lebensquelle für Flora, Fauna und Menschen. Nach erfolgreichen Umweltschutz-Bemühungen im Abwasserbereich stehen heute diffuse Schadstoffquellen im Fokus des Gewässerschutzes.
- Die Luft ist ein lebensnotwendiges Medium, es werden aber auch viele Schadstoffe auf dem **Luftpfad** übertragen. Luftschadstoffe beeinflussen sowohl Ökosysteme (v. a. den Wald) als auch die Gesundheit des Menschen. Daher ist die Luftreinhaltung eine klassische Aufgabe des Umweltschutzes.
- Schließlich hat der **Boden** wichtige Funktionen (Filterung, Speicherung, Pufferung) und ist hinsichtlich der Schadstoffeinträge, der Nutzung oder Erosion als nur bedingt erneuerbare Ressource anzusehen. Durch die ungeminderte Flächeinanspruchnahme⁷⁸ erfolgt zumeist auch ein unwiederbringlicher Verlust an Bodenfunktionen.



Dieses Handlungsfeld ist für Rheinland-Pfalz bedeutend, da das Land in Zusammenarbeit mit dem Bund, den anderen Ländern und europäischen Mitgliedsstaaten umweltpolitische Maßnahmen ergreifen kann.

Partner: MUF, LUWG, LGB, MWVLW

Ziel: Da Rheinland-Pfalz kein wasserarmes Land ist, soll vorrangig die Wasserqualität gesichert werden. Daher bekennt sich das Land zur Verantwortung für die Gewässer und zur raschen Umsetzung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie, die ein besonderes Beispiel zum dauerhaften Gewässerschutz darstellt. Die Landwirtschaft wird in der weiteren Umstellung auf ökologisch verträgliche Methoden unterstützt, sodass insbesondere die diffusen Einträge von Stickstoffen und Pflanzenschutzmitteln vermindert werden. Die Nutzung der Wasserressourcen soll auch weiterhin unterhalb der Grundwasserneubildung liegen und sich an den jeweiligen Qualitätsanforderungen orientieren. Auch im Bereich des Umweltmediums Luft sind weitere Maßnahmen nötig. Zwar konnte die Luftreinhaltung in Bezug auf die klassischen Schadstoffe in den letzten Jahrzehnten große Erfolge verzeichnen. Aber zur sicheren Vermeidung schädlicher Ozonkonzentrationen sind noch komplexe Aufgaben zu lösen. Die Feinstaubbelastungen aus Verkehr und Industrie sollen den europäischen Vorgaben entsprechen. Ziel ist es, die Luftqualität in den besonders belasteten Verdichtungsräumen des Landes zu überwachen und planmäßig zu verbessern. Der Boden ist weiterhin zu schützen. Dazu zählen die Verhinderung von Erosion, gezielte Schutzkalkungen und die Lösung punktueller Altlastenfälle. Der Wald spielt hier eine Referenzfunktion, da die Funktionsfähigkeit dieses Ökosystems dem Nachhaltigkeitsgedanken besonders verpflichtet ist. Aber auch andere Flächennutzungen, wie die Landwirtschaft und der Rohstoffabbau, müssen sich an den Zielen einer Nachhaltigen Entwicklung orientieren. Zusammenhängende Naturraumpotenziale sind möglichst zu erhalten.

⁷⁸ Siehe S. 154ff.

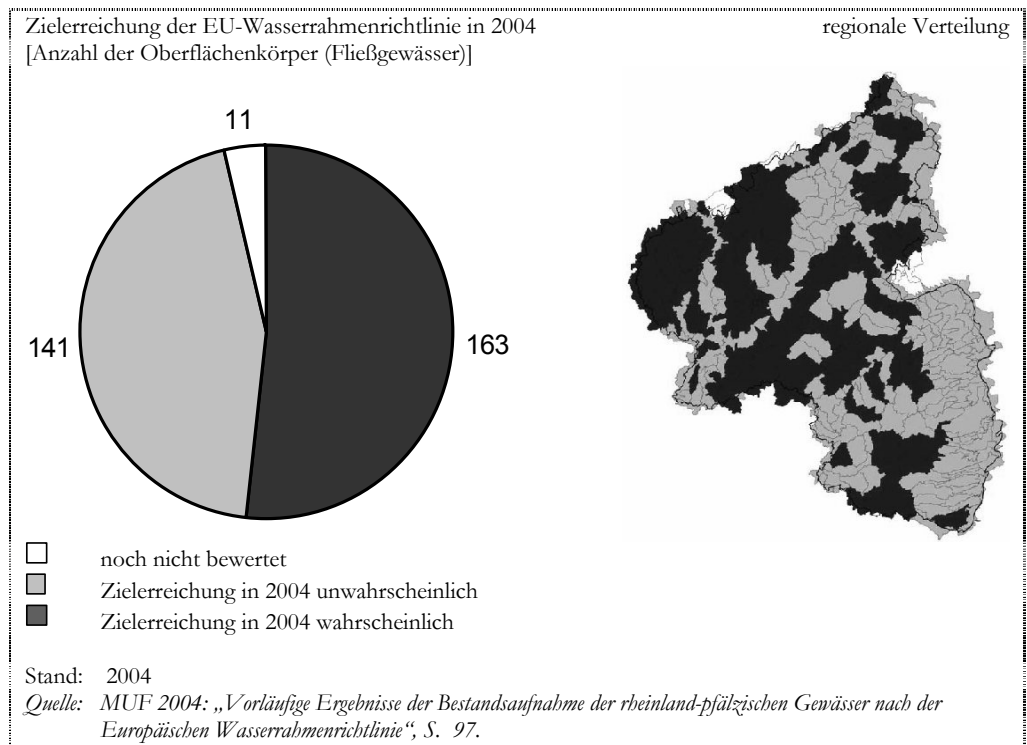
Indikator 1: Ökologischer und chemischer Zustand von Fließgewässern

Referenz: UMK, TA, LA21

www.wasser.rlp.de
www.wrrl.rlp.de

Beschreibung: Bisher wurde der Gewässerzustand vorwiegend mit der biologischen Qualität von Gewässern abgebildet. Dazu werden u. a. die sauerstoffzehrenden Abbauprozesse gemessen. Hierzu trägt der überschüssige Stickstoff aus der Landwirtschaft einen großen Teil bei. Der Gütezustand hängt darüber hinaus vom Eintrag der adsorbierbaren halogenhaltigen Organverbindungen (AOX) ab. Der Anteil der Fließgewässer mit Gütezustand 2 (gering belastet) und besser steht bundeseinheitlich als Indikator zur Verfügung. Dieser wird mindestens im fünfjährigen Turnus erhoben.
Der Indikator wird an die neuen Bedingungen gemäß EU-Wasserrahmenrichtlinie angepasst. Dafür müssen Oberflächengewässer viel umfassender sowohl den „guten ökologischen Zustand“ (biologische, gewässer-morphologische und chemisch-physikalische Beschaffenheit) als auch den „guten chemischen Zustand“ erreichen. Die vorläufige Auswertung misst, wie viele Fließgewässer bereits gegenwärtig diese Ziele erreichen würden.

Verlauf: Derzeit würden mehr als die Hälfte aller Fließgewässer bereits die EU-Wasserrahmenrichtlinie erfüllen.



Bewertung: Die Qualität der Fließgewässer hat ein hohes Niveau erreicht. Dies konnte durch den flächendeckenden Einsatz von Kläranlagen, Umweltvorschriften sowie den technischen Fortschritt erreicht werden. Darüber hinaus haben die im Rahmen der Aktion Blau seit 1995 durchgeführten Maßnahmen zu erheblichen Verbesserungen des ökologischen Zustands der Gewässer geführt.
Für die Zukunft ist mit einer weiteren Verbesserung zu rechnen. Das Land Rheinland-Pfalz geht davon aus, dass bereits mehr als jeder zweite untersuchte Fließwasserkörper die Anforderungen der EU-Wasserrahmenrichtlinie erfüllt. Die übrigen sind zum Teil stark verändert, weshalb die Herstellung einer naturverträglichen Gewässerstruktur weiter zu verfolgen ist.

Indikator 2: Luftqualitätsindex

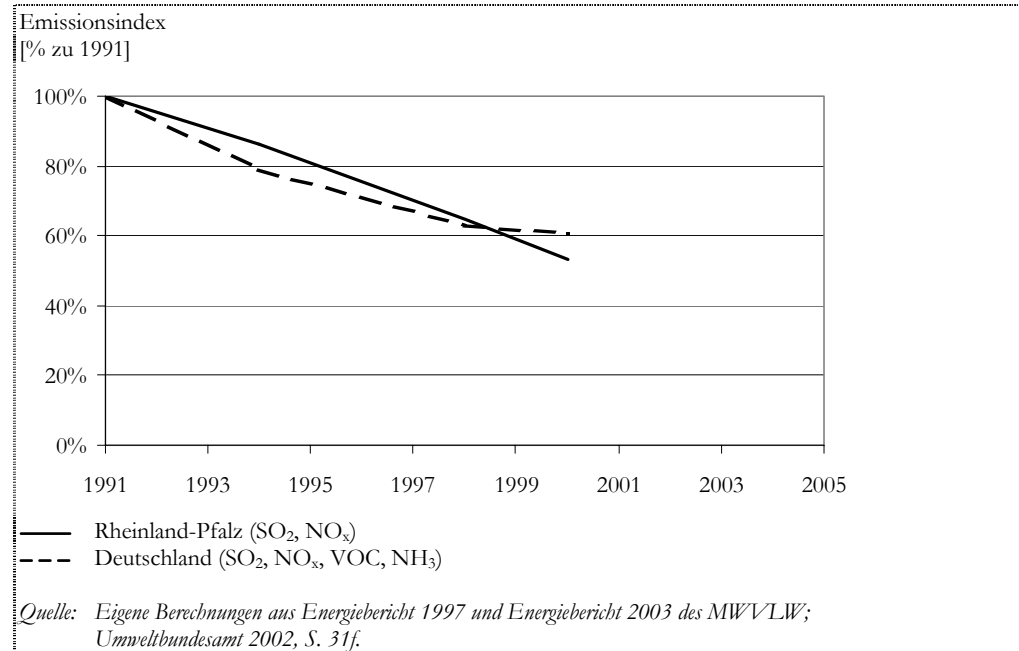
Referenz: NNS, UMK, TA, LA21

www.luft-rlp.de
www.eper.de

Beschreibung: Die klassischen Luftschadstoffe (SO_x, NO_x, CO etc.) konnten in der Vergangenheit bereits stark vermindert werden. Dennoch besteht auch hier und bei weiteren Schadstoffen (z. B. Partikeln) Handlungsbedarf, da die menschliche Gesundheit und die Ökosysteme auch aktuell noch geschädigt werden.

Der Luftqualitätsindex ist die aus diversen Luftschadstoffen zusammengesetzte Maßzahl, deren genaue Parameter derzeit noch von einer Expertengruppe bestimmt werden. Die stetig steigenden Anforderungen der EU begleiten die methodische und statistische Entwicklung des Indikators.

Verlauf: Die Emissionen der klassischen Luftschadstoffe (Stickoxide, Schwefeldioxid) nehmen weiterhin stetig ab.



Bewertung: Die Reduzierung der klassischen Luftschadstoffe hat nach vielen Jahren intensiver Anstrengungen ein akzeptables Niveau erreicht. Diese Qualität soll noch weiter verbessert werden. Die beiden Problembereiche Ozonbelastung und Feinstpartikel sind weiter zu verfolgen. Dazu sollen u. a. die Vorläuferstoffe des Ozons (organische Verbindungen, Stickoxide) weiter vermindert werden. Hierfür ist der Bereich Mobilität besonders wichtig.

Indikator 3: Waldzustand

Referenz: UMK, TA, SH

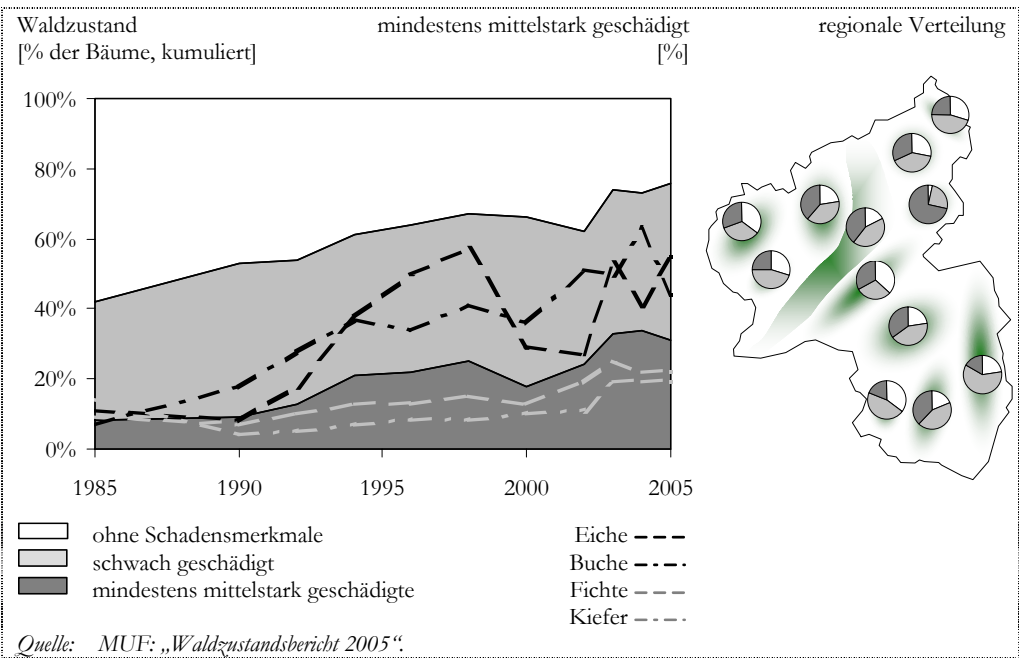
www.wald.rlp.de

Beschreibung: Der Vitalitätszustand des Waldes wird von vielen natürlichen wie auch anthropogenen Faktoren beeinflusst. Dabei spielen die jahrzehntelangen Schadstoffeinträge, aber auch Faktoren, wie extreme Witterung und biotische Schaderreger eine Rolle. Gemessen wird der Zustand der Bäume durch Betrachtung des Kronenzustandes und anschließende Einordnung in eine von vier Schadensstufen von 0 (ohne sichtbare Schäden) bis 4 (abgestorben). Die Schadstufe 2 (mittelstark geschädigt) und höher gilt im Kontext des Waldzustands als problematisch.

Verlauf: Für die gesamte Waldfläche von Rheinland-Pfalz über alle Baumarten und Altersstufen ergibt sich in 2005 folgendes Ergebnis:

- 24 % der Stichprobenbäume erscheinen ohne sichtbare Schadmerkmale (Stufe 0),
- 45 % der Stichprobenbäume sind schwach geschädigt (Stufe 1),
- 31 % der Stichprobenbäume zeigen deutliche Schäden (Stufen 2 bis 4)

Besonders die Laubbäume (Buche, Eiche) wiesen in den letzten zehn Jahren eine hohe Schadensquote auf.



Bewertung: Insgesamt sind die Waldökosysteme durch die aktuelle und vorangegangene Luftschadstoffbelastung empfindlicher gegen Witterungsextreme und andere natürliche Stresseinflüsse. Schließlich hat die außergewöhnlich warme und trockene Witterung in der Vegetationsperiode 2003 die Waldbäume geschwächt und Massenvermehrungen von waldschädigenden Insekten ausgelöst.

Etliche Maßnahmen auf Landes- und Bundesebene haben dazu beigetragen, dass in der Luftreinhaltung und damit bei der Minderung der Schadstoffeinträge in den letzten zwei Jahrzehnten beachtliche Erfolge erzielt worden sind. Die beachtlichen Erfolge in der Minderung der Emissionen spiegeln sich allerdings bisher nur beschränkt im Vitalitätszustand der rheinland-pfälzischen Wälder wider. Dies beruht darauf, dass auf Grund der Kumulierung der Schadstoffeinträge in den Böden, diese – trotz deutlich rückläufiger Immissionen – die Vitalität der Wälder noch viele Jahre weiterhin schädigen werden: Die aktuellen Säure- und Stickstoffeinträge in die Waldböden liegen aber immer noch oberhalb der tragbaren Belastungsgrenzen. Ziel der Umweltpolitik ist es daher, die Maßnahmen zur Emissionsminderung in den als kritisch erkannten Bereichen zielgerichtet weiter fortzusetzen. Im Hinblick auf den Wald sind es besonders die Stickstoffverbindungen, die weiter reduziert werden müssen.

Beispiele und Vorhaben:

Broschüre „Schutzwürdige und schutzbedürftige Böden von Rheinland-Pfalz“:

Der Bericht liefert erstmalig flächendeckende Basisinformationen zu natürlichen Funktionen, Archivfunktionen sowie der landwirtschaftlichen Nutzungsfunktion der rheinland-pfälzischen Böden bis zum Übersichtsmaßstab 1:50.000. Um den Grad der Schutzwürdigkeit und Schutzbedürftigkeit der Böden zu beschreiben, wurde auf einfach handhabbare und allgemein anerkannte Methoden zur Bewertung der einzelnen Bodenfunktionen zurückgegriffen. Allen mit Bodenschutz befassten Personen steht damit eine fundierte Informationsgrundlage mit einem ausführlichen Kartenwerk zur Darstellung der einzelnen, bewerteten Bodenfunktionen zur Verfügung. Die Kenntnis der Bodenfunktionen selbst sowie ebenfalls in der Broschüre enthaltene allgemeine Hinweise für ein bodengerechtes Handeln sollen dazu beitragen, in planungsrelevanten Aufgaben eine Stärkung des Bodenschutzes und eine sorgsame, nachhaltige Inanspruchnahme von Böden zu erreichen.

Partner: MUF, LUWG, LGB

Heimische Laubbaumarten im Waldaufbau

Die Waldökosystemforschung hat gezeigt, dass die verstärkte Beteiligung von heimischen Laubbaumarten am Waldaufbau zu einer Verbesserung der bodenchemischen und bodenökologischen Verhältnisse führt. Laubbaumarten, insbesondere die Buche, nehmen basische Nährstoffe besser als die Nadelbaumarten aus dem Boden auf, erschließen auch tiefere Bodenhorizonte und intensivieren so die Nährstoffkreisläufe. Daher wurde und wird der Anteil der Laubbaumarten in den rheinland-pfälzischen Wäldern erhöht. Dies wird durch frühzeitige Vorausverjüngung (sog. Voranbau, Pflanzung) von Laubbäumen in bestehenden Nadelbaumbeständen und durch Naturverjüngung erreicht. Auch die Übernahme und die waldbauliche Einbindung von natürlich ankommenden Pionierbaumarten, wie der Birke, der Kirsche, der Aspe, der Weidenarten und einer Vielzahl von Straucharten, spielen eine wichtige Rolle. Diese Baumarten zeichnen sich durch ihre leicht zersetzbare Streu aus, wodurch das Bodenleben und die Freisetzung der in den Blättern gespeicherten Nährstoffe gefördert wird. Zudem verbessern diese Baumarten die Waldstruktur und das Waldinnenklima.

Partner: Landesforsten

Stabilisierung der Waldökosysteme durch forstliche Maßnahmen

Zum Schutz der Waldböden vor fortschreitender Versauerung sind in Rheinland-Pfalz seit Mitte der 80er Jahre mehr als 500.000 ha Waldfläche erstmalig, und etwa 82.000 ha Waldfläche wiederholt überwiegend mit Dolomit vom Hubschrauber aus gekalkt worden. Damit sind gegenwärtig mehr als 4/5 der versauerungsgefährdeten Waldfläche des Landes vor weiterer Versauerung geschützt.

Langjährige Untersuchungen belegen, dass Bodenschutzkalkungen

- eine lang anhaltende Pufferung der über die Luftschadstoffdeposition eingetragenen Säuren,
- eine langsame, aber nachhaltige Verbesserung der Magnesiumversorgung,
- eine Anregung der biologischen Aktivität und damit eine Unterstützung beim Aufbau von Mineralbodenhumus sowie
- eine Verbesserung der Lebensbedingungen für Wurzeln und Bodenlebewesen bewirken.

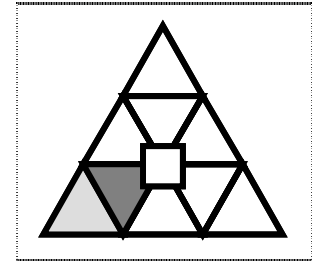
Die Bodenschutzkalkung trägt somit zur Sicherung der Artenvielfalt und zur Stabilität der Waldökosysteme bei.

Partner: Landesforsten

Handlungsfeld:

A.c Ressourcennutzung und Klimaschutz

Bedeutung: Fast alle Energieanwendungen bzw. -umwandlungsprozesse basieren traditionell auf fossilen Energieträgern. Diese sind jedoch nur begrenzt verfügbar und setzen bei ihrer Verbrennung Kohlendioxid frei. Dieses beeinflusst als wichtiges Treibhausgas den weltweiten Klimawandel. Dadurch werden unbeteiligte, v. a. sich entwickelnde Staaten, übermäßig belastet. In Rio 1992 wurde die Bedeutung des Klimaschutzes mit der Klimarahmenkonvention unterlegt. Von einer Reduzierung der Kohlendioxid-Emissionen wird daher eine Verbesserung der Klimabedingungen erwartet. Die Verminderung des Ressourcenverbrauchs und die Steigerung der Stoffkreisläufe sind aus ökologischer Sicht ebenso notwendig. Dadurch können die begrenzten Ressourcen geschont, die damit resultierenden Emissionen gesenkt werden und den bei Knappheit steigenden Rohstoffpreisen kann vorgebeugt werden.



Dieses Handlungsfeld ist für Rheinland-Pfalz bedeutend, da das Land genauso wie die anderen Länder einen Beitrag für den Klimaschutz leisten muss.

Partner: MWVLW, MUF, EOR, HWKs, MWWFK, FM, IfaS, SAM

Ziel: Rheinland-Pfalz wird seinen Beitrag zur Umsetzung der 1997 auf der Weltklimakonferenz in Kyoto vereinbarten Klimaschutzziele leisten. Das Wissen um die Endlichkeit der fossilen Energieträger und deren Umweltauswirkungen auf das Klima infolge ihrer Verbrennung muss für Rheinland-Pfalz Verpflichtung zum vorsorgenden Handeln sein.

Die rheinland-pfälzische Umweltpolitik sieht es als eine wichtige Aufgabe an, die beginnende Verknappung von Öl und Erdgas bewusst zu machen, die Energieerzeugung und -verwendung entsprechend zu gestalten und innovative Technologien zu fördern. Die Landesregierung Rheinland-Pfalz wird daher Energieträger und -nutzung mit niedrigem Treibhauspotenzial unterstützen. Sie verfolgt insbesondere die Nutzung erneuerbarer Energien aus Biomasse und Sonnenenergie sowie der Geothermie für eine sichere, wettbewerbsfähige, umweltverträgliche und generationengerechte Energieversorgung. In diesem Sinne gewinnt die Wohnraumbeheizung mit nachwachsenden Rohstoffen (Biogas oder Holz, etwa in Form von Hackschnitzeln oder Pellets) bei der Erneuerung von Heizungsanlagen Förderpriorität. Zur Verminderung der CO₂-Emissionen ist auch stets der Energieverbrauch zu verringern.

Beim Ressourcenverbrauch kennzeichnen Abfallberge die Entwicklung der Wohlstandsgesellschaft, was keine Referenz für die Zukunft sein kann. Es gilt der Leitsatz „Vermeidung vor Verwertung vor Beseitigung“. Zwar ist die Deponieknappheit mittlerweile behoben, da gemäß europäischer Vorgabe keine unbehandelten Abfälle mehr deponiert werden dürfen. Wo aber eine Beseitigung von Abfällen nötig ist, sollen die Deponien optimal ausgelastet werden. Bei organischen Abfällen wird die Vergärung besonders forciert. Das Land führt die ökologisch hochwertige und ökonomisch effiziente Entsorgung von Sonderabfällen durch die Sonderabfall-Management-Gesellschaft (SAM) fort.

Das Land möchte die Wälder als erneuerbare und klimafreundliche Ressourcenquelle so nutzen, wie es das historische Nachhaltigkeitsprinzip fordert: Es darf nur soviel eingeschlagen werden, wie nachwächst. Bei der Bewirtschaftung gilt zudem der forstliche Grundsatz: die stoffliche Verwertung hat Vorrang vor der energetischen Nutzung, sofern vergleichbare Deckungsbeiträge erwirtschaftet werden. Insgesamt kann die stoffliche und energetische Nutzung von hochwertigen Holzsortimenten bzw. Rohholz gesteigert werden, da derzeit die Potenziale nicht vollständig genutzt werden.

Das Land wird bei der Entwicklungszusammenarbeit mit Schwellen- und Entwicklungsländern besonderen Wert auf klimafreundliche Anlagen und Modernisierungen legen. Es wird aber auch seine Anstrengungen, energiesparende Maßnahmen im eigenen Land durch Förderung anzureizen, verstärken. Das Land unterstützt in diesem Sinne auch Forschungsprojekte, die sich mit der Frage der besseren Ressourcennutzung und der Schadstoffreduzierung zum Klimaschutz befassen.

Indikator 1: Kohlendioxid-Emissionen pro Einwohner

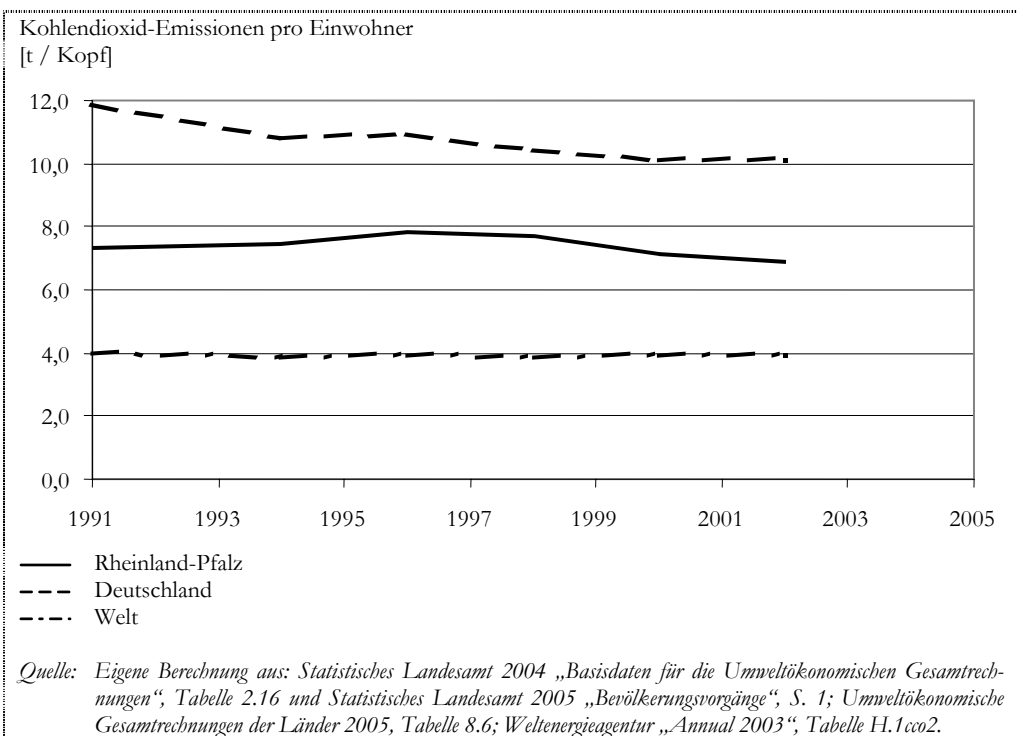
Referenz: UMK, SH, TA, LA21 (ähnlich: NNS)

Beschreibung: Kohlendioxid-Emissionen machen den größten Teil der anthropogenen, für den Treibhauseffekt verantwortlich gemachten Klimagase aus. Diese Gase sind gemäß internationaler Verpflichtungen und der daraus erwachsenden regionalen und sektoralen Verpflichtungen zu vermindern. Kohlendioxid ist darüber hinaus ein Indikator des Verbrauchs erschöpflicher Mineralenergieträger.

Gemessen werden die Kohlendioxid-Emissionen, die bei Energieanwendungen in Rheinland-Pfalz entstehen. Diese werden auf die Einwohnerzahl bezogen, um besonders den internationalen Vergleich zu ermöglichen.

Es ist zu beachten, dass die so genannten „importierten Kohlendioxid-Emissionen“ nicht enthalten sind. Damit ist der eingeführte Strom oder die für importierte Güter und Dienstleistungen aufgewandte Energie nicht berücksichtigt.

Verlauf: Die Kohlendioxid-Emissionen befanden sich bis Ende der 90er Jahre auf einem konstanten und sinken seitdem leicht.



Bewertung: Die spezifischen Kohlendioxid-Emissionen liegen auf einem Niveau mit sinkender Tendenz. Das Niveau liegt in Rheinland-Pfalz wegen der vergleichsweise kleinen Kraftwerksleistung Pfalz merklich unter dem Bundesdurchschnitt und – wie für Industrieländer typisch – oberhalb des weltweiten Durchschnitts.

Die Bundesregierung hat sich selbst das Ziel gesetzt, die Kohlendioxid-Emissionen von 1990 bis 2005 um 25 % zu senken. Dieses Ziel konnte teilweise erreicht werden, besonders die Stilllegung und Modernisierung veralteter Anlagen in den neuen Ländern machte die Hälfte der Emissions-Reduktion aus. In den alten Ländern wie Rheinland-Pfalz war die Reduktion allerdings nicht allzu stark ausgeprägt. Eine wesentliche Reduktion der Kohlendioxid-Emissionen ist nur sehr langfristig zu erwarten, da der ökologische Strukturwandel über viele Jahre konsequent verfolgt werden muss.

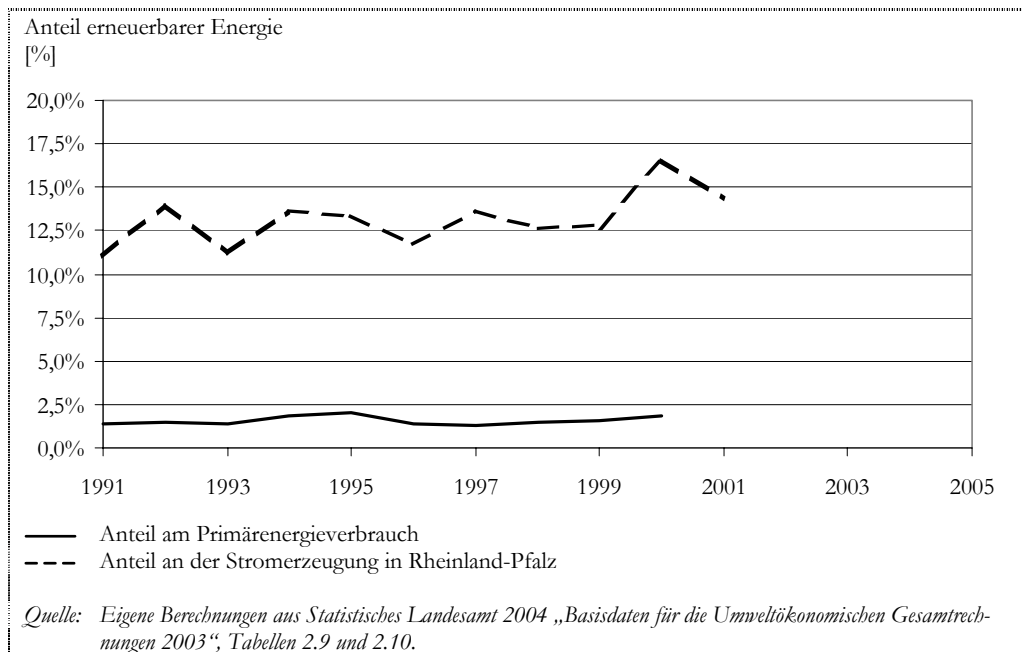
Ein besonders hohes Potenzial ist noch im Verkehrs- und im Haushaltssektor vorhanden. Im Bereich der Stromerzeugung hat Rheinland-Pfalz außer vergleichsweise klimafreundlichen Gaskraftwerken kaum fossil befeuerte Großanlagen, sodass hier keine Reduktionspotenziale stehen. Auch bei gemeinsamen Entwicklungsmaßnahmen – wie z. B. die Modernisierung veralteter Kraftwerke in Entwicklungsländern – besteht ein großes Einsparpotenzial zu einem vergleichsweise niedrigen Aufwand.

Indikator 2: Anteil erneuerbarer Energien

Referenz:
 - Primärenergieanteil: NNS, UMK
 - Endenergieanteil: NNS, SH, LA21

Beschreibung: Erneuerbare Energien tragen nicht nur zur energetischen Selbstversorgung und lokalen Wertschöpfung bei. Auch sind sie erheblich klimafreundlicher und ressourcenschonender als der Einsatz fossiler Energiequellen. Deshalb sollen u. a. Biomasse, Sonne, Wind und Abfall langfristig einen erheblichen Anteil der eingesetzten Primärenergie bereitstellen. Beim Endenergieverbrauch ist zu beachten, dass Rheinland-Pfalz lediglich ein Viertel des verbrauchten Stroms selbst erzeugt. Zu diesen in Rheinland-Pfalz verfügbaren Energieträgern zählen insbesondere Wind, Biomasse und Wasser sowie langfristig Geothermie und Sonnenenergie. Dazu weist der Indikator den Anteil der erneuerbaren Energien am rheinland-pfälzischen Primärenergieverbrauch bzw. an der in Rheinland-Pfalz erzeugten elektrischen Energie aus.

Verlauf: Der Anteil regenerativ erzeugten Stroms nimmt stetig zu, ist allerdings noch recht gering. Erst in den letzten Jahren ab ca. 2000 ist aufgrund der Windkraft mit einem stark positiven Trend zu rechnen. Der Anteil erneuerbarer Primärenergieträger ist noch relativ gering und betrug bis im Jahr 2000 ca. 2 %.



Bewertung: Die Landesregierung hat das Ziel gesetzt, bis 2010 insgesamt 12,5 % des Stromverbrauchs und dann analog zur Bundesregierung 4,2 % des Primärenergieverbrauchs mit erneuerbaren Energien zu bestreiten. Die Entwicklung beim regenerativ erzeugten Strom ist recht positiv, allerdings importiert Rheinland-Pfalz weitaus größere Menge konventionellen Stroms. Daher ist der Anteil des Stroms aus erneuerbaren Quellen in Rheinland-Pfalz verglichen mit der Bundesebene hoch. Der Anteil betrug 2000 bereits 20 %. Verglichen damit sieht die Bundesregierung einen Anteil regenerativer Stromerzeugung von 12,5 % bis 2010 vor, wofür die Energieerzeugungsstruktur ganz wesentlich umzubauen ist.

Besondere Potenziale bestehen bei der Biomasse (u. a. Vergärung und Holz) und der Geothermie. Rheinland-Pfalz hat hierfür mit der Biomasse aus Land- und Holzwirtschaft gute Voraussetzungen, sodass die Zielsetzung plausibel ist. Laut Biomasse-Studie können in Rheinland-Pfalz bis zu 13 % des Energieverbrauchs durch erneuerbare Energieträger gedeckt werden. Von Siedlungs- und Gewerbeabfall sind jedoch nur geringe Beiträge zu erwarten, da die hygienische Beseitigung im Vordergrund steht. Die Bewertung des Indikators ist infolge der Entwicklung hin zum Zielwert abwartend positiv. Neuere Daten werden die Entwicklung wahrscheinlich unterstützen.

www.biomasse-rlp.de

Beispiele und Vorhaben:

Biomassestudie Rheinland-Pfalz:

Ziel dieser Studie war u. a. die Ermittlung der rheinland-pfälzischen Potenziale zur Nutzung von Biomasse als erneuerbarer Energieträger. Weitere Arbeitsgebiete der Studie lagen in der Ermittlung der vorhandenen Technologien, die auf Grund der unterschiedlichen Ausprägungen von Biomassen (fest, feucht, flüssig) und deren häufig dezentralem Anfall sehr vielfältig sind. Die Studie zeigt durch zahlreiche Beispiele und Kenndaten die umfangreichen Möglichkeiten für rheinland-pfälzische Regionen auf.

Partner: IfaS

www.biomasse-rlp.de

Qualifizierung und Beratung: Stoffstrommanagement in Kommunen:

Im Rahmen des Projektes werden 12 rheinland-pfälzische Kommunen in regionalem Stoffstrommanagement geschult und bei der Identifikation, Formulierung und Umsetzung konkreter Projekte beraten. Ziel ist insbesondere die Schaffung eines regionalen Mehrwerts durch die Aktivierung lokaler Potenziale. Die Projekte reichen dabei von der Konzeptionierung von Nahwärmenetzen, über die Planung von Photovoltaikanlagen bis hin zu Konzepten zur alternativen Verwertung von Klärschlämmen.

Partner: IfaS

www.ifas.umwelt-campus.de

Zero-Emission-Village Weilerbach (seit März 2001; Weiterführung in anderen Verbandsgemeinden):

Nachweis der Umsetzbarkeit einer CO₂-neutralen Energieversorgung aus regionalen Ressourcen und anschließende praktische Umsetzung in Weilerbach. Hauptziel einer solchen Strategie ist es, durch die Optimierung der Stoffströme klimaschädliche CO₂ Emissionen zu vermeiden. Mit der praktischen Umsetzung wurde bereits begonnen und durch den Bau von Anlagen zur Energieerzeugung und -verteilung (Nahwärmenetze, Windkraftanlagen, Photovoltaikanlagen, etc.) und Investitionen in Energiesparmaßnahmen (Gebäudedämmung, energieeffiziente Geräte, etc.) wurden bereits über 18 Mio. Euro von private Investoren in der Verbandsgemeinde investiert.

Partner: IfaS

www.ifas.umwelt-campus.de

Wind- und Biopark im Hunsrücker Morbach:

Die Nutzung und Kombination von Windenergie, Sonnenenergie und energetischer Biomassenutzung in einem Themenpark kann in der geplanten Größenordnung zu einem einzigartigen, umweltfreundlichen Energieprojekt in Europa werden. Neben der Ansiedlung von Anlagen und Techniken der Energiegewinnung aus erneuerbaren Energien sollen auch Gewerbebetriebe angesiedelt werden, die nachwachsende Rohstoffe nutzen, Anlagen zur Nutzung regenerativer Energien produzieren, umweltfreundliche Produkte aus der Region herstellen oder Synergieeffekte zu bestehenden Anlagen nutzen (Wärmenutzung, Erzeugung biogener Abfälle, die energetisch nutzbar sind etc.).

www.morbach.de

Effiziente Energienutzung in Wohngebäuden:

Durch Erfassung und Analyse des energetischen Zustandes von Gebäuden sollen Energieeinspareffekte und das Schonen der fossilen Energieträger durch Umrüstung veralteter Heizungsanlagen, die nicht mehr dem Stand der Technik entsprechen, erreicht werden. Grundlage sind die schärferen Grenzwerte für Abgasverluste nach der 1. BImSchV (Verordnung über Kleinfeuerungsanlagen).

Partner: HWKs, Schornsteinfegerinnung, Sparkassenverband, TSB, MUF

Aufbau eines virtuellen Kraftwerks aus dezentralen KWK-Anlagen (2004 bis 2006):

Anlagen mit Kraft-Wärme-Kopplung eignen sich besonders zur dezentralen Versorgung mit Strom und Wärme. Mit einem „virtuellen Kraftwerk“ werden die einzelnen Energieanlagen steuerungstechnisch zusammengefasst. Damit können die Stromnetze gegen Schwankungen bei der Stromerzeugung stabilisiert werden.

Partner: MUF, TSB

Brennstoffzellen:

Das Kompetenzzentrum für Brennstoffzellen an der FH Bingen und das Kompetenzzentrum „Fuel Cell Rheinland-Pfalz“ arbeiten eng auf dem Gebiet der Entwicklung von Brennstoffzellen, Brennstoffzellen-Komponenten und vollständigen Systemen zusammen. Hier werden Hochtemperatur-Brennstoffzellen in Bingen und Membran-Brennstoffzellen in Trier entwickelt.

Partner: MWWFK, FH, Trier, FH Bingen

Energieberatungen:

Die Verbrauchzentrale bietet insbesondere in den ländlichen Regionen eine kostenlose Energieberatung. Es werden auch Vorträge zu den Themen Solarenergie, Energiesparen, Niedrigenergiehaus und Altbausanierung angeboten.

Partner: VZ

www.verbraucherzentrale-rlp.de

Holzenergienutzung in Rheinland-Pfalz:

Die Entwicklung der letzten Jahre hat dazu geführt, dass in Rheinland-Pfalz nach einer Erhebung des Umweltcampus Birkenfeld über 200 kleinere und größere Biomasse-Anlagen in Betrieb sind. Neben Biogasanlagen, die für die Landwirtschaft von wachsendem Interesse sind, spielt in einem Land wie Rheinland-Pfalz die Holzenergie eine besondere Rolle. Neben Resthölzern aus der Sägeindustrie und holzhaltiger Biomasse aus der Landschaft (Straßen-, Schienen-, Gewässerbegleitgrün, Hecken, Feldgehölze, etc.) wird Waldholz aus der Forstwirtschaft zur energetischen Nutzung eingesetzt. Dabei kommen insbesondere das Industrieholz sowie das sog. Waldrestholz (z. B. Kronenholz), das stofflich nicht verwertet wird, in Betracht. Es wird die Strategie verfolgt, die Umsetzung regionaler Holzheizanlagen im ländlichen Raum mit einem kleinen bis mittleren Leistungsbereich sowie kleine Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen voran zu bringen. Ziel der Strategie ist die verstärkte Umsetzung von Holzenergieprojekten im Wettbewerb mit anderen Energieträgern wie Erdgas oder Erdöl. Holzheizanlagen mit einem kleinen Leistungsbereich bieten dem Waldbesitzer den höchsten Deckungsbeitrag und sind hinsichtlich der Logistik, den Vertragspflichten und dem möglichen Holzaufkommen am besten umzusetzen.

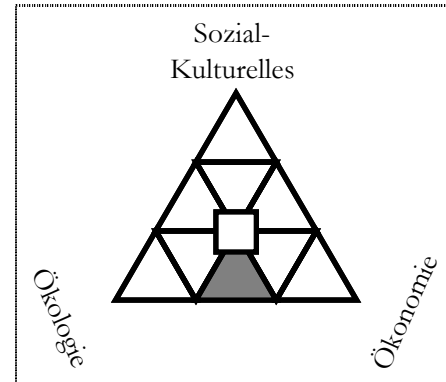
Nachhaltigkeitsbereich:

B Ökoeffizientes Wirtschaften fördern

Leitbild:

Wirtschaften bedeutet, Ressourcen wie Arbeit und Produktionsanlagen effizient einzusetzen. Dies gilt im Rahmen der Nachhaltigen Entwicklung ebenso für die Ressourcen in Form von Rohstoffen und Energieträgern (ganz besonders die fossilen). Deren Nutzung ist erschöpflich oder an andere Kapazitätsgrenzen gebunden.

Der effiziente Ressourceneinsatz senkt die Kosten und die Importabhängigkeiten und greift dem langfristigen Strukturwandel vor. Gleichzeitig wird die Ressourcenbasis geschont und Emission von vornherein vermieden. Ökoeffizientes Wirtschaften führt insgesamt zu positiven Beschäftigungseffekten.



Leitziel:

Die Landesregierung setzt sich im Rahmen des Amsterdamer Vertrags von 1999 die Ziele, bürokratische Hindernisse für Deregulierung abzubauen, einen vermeintlichen ökologischen Subventionswettbewerb zu verhindern, den selbstbewussten Verbraucher zu unterstützen sowie das Selbstinteresse der Unternehmen für Umweltstandards zu nutzen. Mit marktwirtschaftlichen Instrumenten im Umweltschutz sollen also Effektivität und Effizienz verbessert werden. Dabei werden Freiräume für eigenverantwortliches, kooperatives Handeln eröffnet.

Das Land strebt an, die Ökoeffizienz wesentlich zu steigern, um die Wertschöpfung noch stärker als bisher vom natürlichen Ressourcenverbrauch zu entkoppeln. Ökoeffizienz ist das Zeichen für Fortschritt in einer modernen Gesellschaft. Dazu setzt das Land einen Förderrahmen, der die Anreize zur Ökoeffizienz erheblich steigert und die Barrieren abbaut.

Das regionale Wirtschaften gehört untrennbar zum ökoeffizienten Wirtschaften, da es die heimische Wirtschaft stärkt und gleichzeitig die Umwelnutzung vermindert. Damit sollen lokale Ressourcenkreisläufe aufgebaut werden, die v. a. den kleinen und mittleren Unternehmen sowie den land- und waldbaulichen Betrieben Perspektiven bietet. Das regionale Wirtschaften soll gleichfalls das Bewusstsein für die Naturnutzung fördern und somit den Ressourcenverbrauch vermindern.

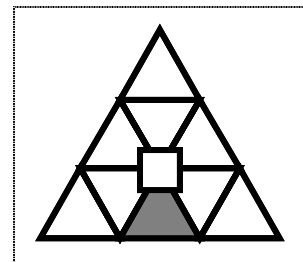
Handlungsfelder: - Wirtschaften mit Ressourcen

- Regionales Wirtschaften

Handlungsfeld:

B.a Wirtschaften mit Ressourcen

Bedeutung: Energie ist für unzählige Prozesse in Industrie / Gewerbe, Verkehr und Haushalt unerlässlich. Damit werden u. a. Produkte hergestellt, Dienstleistungen bereitgestellt oder Bedürfnisse wie Mobilität und Versorgung mit Wärme befriedigt. Der Bedarf an Energie ist in allen Industrieländern insgesamt recht hoch und wird zumeist mit importierten fossilen, also erschöpflichen Energieträgern bedient. Für die Wirtschaft bestehen langfristig immense Potenziale in der Entwicklung energieeffizienter Produktionsprozesse und v. a. im Angebot energetisch effizienter Produkte.



Rohstoffe sind ein essenzieller Produktionsfaktor. Gegenwärtige Produktionsweisen und das gesamte Produktionsniveau benötigen mehr natürliche Ressourcen als notwendig.

Dieses Handlungsfeld ist für Rheinland-Pfalz bedeutend, da noch immense wirtschaftliche Einsparpotenziale bestehen. Der Abbau mineralischer Ressourcen ist für Rheinland-Pfalz (v. a. in Westertal, Eifel und Pfalz), aber auch bundesweit ein bedeutender Wirtschaftsfaktor.

Partner: MWVLW, MUF, EOR, HWK, IHK, SAM, BASF, FM, MWWFK

Ziel: Der effiziente Einsatz der Energie ist eine Win-Win-Situation für Wirtschaft und Umwelt. Allerdings ist ein Kontext aus finanziellen, organisatorischen und technischen Anreizen für die anfänglichen Investitionen in die Effizienzmaßnahmen notwendig. Daher werden die Partner die Anstrengungen für eine Umsetzung der energetischen Ökoeffizienz verstärken. Dies schließt sowohl die Unternehmen als auch die Konsumenten sowie die gezielte Forschung ein. Integrierte Technologien sollen zukünftig eine ökobilanzielle Verbesserung zu geringeren Kosten besorgen.

Die Verminderung der Ressourcenverbräuche erfordert die kombinierte Anstrengung aus stark gesteigerter Effizienz, Kreislaufwirtschaft, Substitution von erschöpflichen Ressourcen, Nutzung von erneuerbaren Ressourcen innerhalb der Regenerationsgrenzen und Verminderung unnötiger Verbräuche. Das komplexe Zusammenwirken dieser Faktoren wird das Land durch Wertstoffkreisläufe, Beratung, Forschung etc. gezielt umsetzen.

Das Land strebt den Interessensausgleich zwischen ökologischen und (sozial-) ökonomischen Zielen an. Wo eine Verminderung nicht möglich ist, soll die Versorgung langfristig gesichert werden. Dies betrifft in Rheinland-Pfalz v. a. die Ausweisung von Abbaustätten mineralischer Rohstoffe.

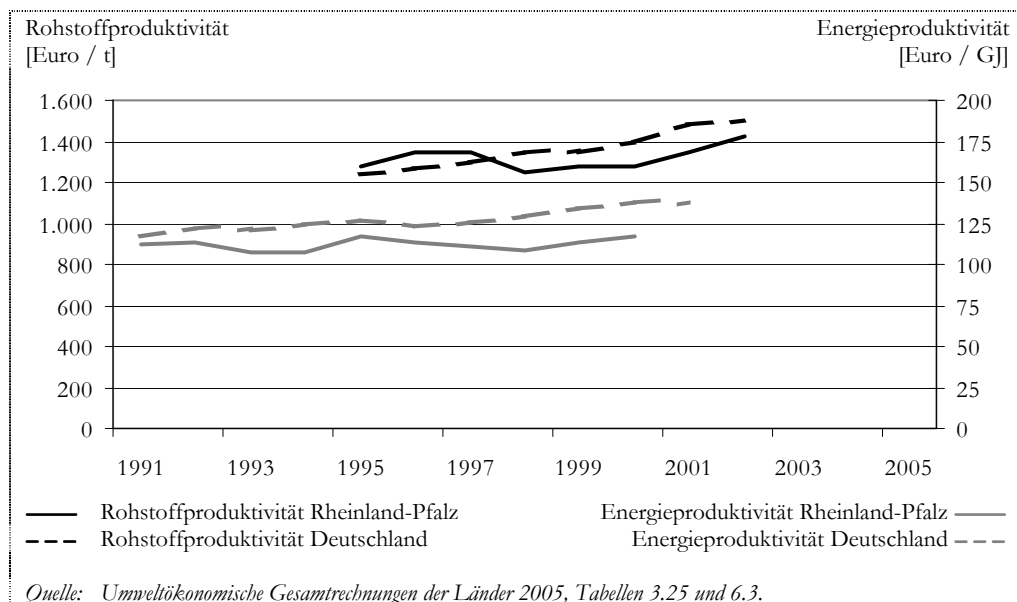
Indikator: Ressourcenproduktivität

Kataloge: NNS, UMK, (teils: TA, SH)

Beschreibung: Die sichere Versorgung mit Energie ist für moderne Volkswirtschaften wie Rheinland-Pfalz überlebenswichtig. Die Versorgung hängt vom begrenzten Vorrat, den Bezugsmöglichkeiten und den Kosten ab. Darüber hinaus ist die Gewinnung, Verarbeitung und Nutzung der herkömmlichen fossilen Energieträger mit der Emission von Schadstoffen verbunden. Die Steigerung der Energieproduktivität zur Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch wird bereits seit einigen Jahren in Deutschland verfolgt. Bei der Produktion von Gütern sind ebenso Rohstoffe nötig. Dabei gilt zu berücksichtigen, dass die natürlichen Ressourcen zumeist begrenzt sind. Die Bereitstellung, Veredelung und Weiterverarbeitung von Rohstoffen Energie, Wasser etc. ist hierbei notwendig. Schließlich sind viele Produkte nach ihrer Nutzung zu entsorgen. Bisher konnte in Deutschland bereits eine schwache Entkopplung von Rohstoffverbrauch und Wirtschaftswachstum erreicht werden.

Die Ressourcenproduktivität ist ein Maß für die volkswirtschaftliche Effizienz des Energieeinsatzes bzw. der insgesamt eingesetzten nicht erneuerbaren Rohstoffe. Diese Produktivität ist das Verhältnis der eingesetzten Primärenergie, bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt.

Verlauf: Seit 1995 steigt die Rohstoffproduktivität in Rheinland-Pfalz mäßig und liegt nur knapp unter dem Bundesdurchschnitt. Die Energieproduktivität in Rheinland-Pfalz stagniert seit 1991 und liegt ebenfalls knapp unter dem Bundesdurchschnitt.



Bewertung: Neuere Daten werden den weiteren Verlauf noch klarer darstellen. Vor dem Hintergrund der Ziele der Bundesregierung, die Ressourcenproduktivität von 1995 bis 2020 zu verdoppeln und langfristig zu vervierfachen, ist die bisherige Entwicklung noch zu intensivieren. Eine Steigerung der Energieproduktivität war bis 2001 nicht zu beobachten. Allerdings können neuere Daten darüber Aufschluss geben, ob die verstärkten Maßnahmen der letzten Jahre positive Effekte zeigen. Ein Vergleich der beiden Produktivitäten mit den Werten anderer Länder oder ganz Deutschlands sind bedingt möglich. Da die Wirtschaftsstruktur unterschiedlich ist, können die Werte regional sehr stark variieren. Ferner ist zu beachten, dass ein erheblicher Teil der eingesetzten Ressourcen und Energie „importiert“ wurde, also außerhalb von Rheinland-Pfalz stattfand. Daher ist zukünftig auch zu bewerten, wie hoch dieser Anteil ist und ob eine positive Entwicklung in Rheinland-Pfalz vielmehr auf Produktionsverlagerung / -aufgabe ressourcenintensiver Prozesse zurückzuführen ist.

Beispiele und Vorhaben:

Öko-Check im Sportverein Rheinland-Pfalz (1. Stufe 2001 bis 2003; 2. Stufe 2004 bis 2007):

Sportvereinen wird die Möglichkeit gegeben, ihre Anlagen auf Kostensenkungspotenziale im Energie-, Wasser- und Abfallbereich zu untersuchen und sich bei konkreten Maßnahmen beraten zu lassen. Ziel ist die Verknüpfung ökologischer und ökonomischer Aspekte bei der Modernisierung, Sanierung oder dem Neubau von Sportstätten sowie die Erweiterung der Beratungsleistung, die Umsetzung von modellhaften Contracting Projekten, die Evaluierung des Erfolges und die Aufstellung eines allgemeingültigen Finanzierungskonzeptes auf Contracting Basis.

Partner: LSB, SNU, LZU

www.oeko-check-im-sportverein.de

Energie-Check-Plus:

In 34 Kirchengemeinden wurden Einspar- und Effizienzpotenziale beim Verbrauch von Energie, Wasser und Abfall ermittelt und Vorschläge zur Ressourcen- und Kosteneinsparung aufgezeigt. Von den beauftragten Ingenieuren konnten häufig schon vor Ort wertvolle Tipps zur effizienteren Nutzung gegeben werden. Die schriftlichen Ergebnisse der Bestandsaufnahme und der Einsparpotenziale stehen auch anderen Gemeinden zur Verfügung.

Partner: Ev. Kirche

www.frieden-umwelt-pfalz.de

Umweltmanagement "Grüner Gockel":

Das Projekt „Grüner Gockel“ ist eine für Kirchengemeinden entwickelte Form des Umweltmanagements auf den Grundlagen der EU-Verordnung „emas“. Die Kirchengemeinde bildet ein Umweltteam, das Schöpfungsleitlinien erstellt und eine Bestandsaufnahme macht. Unterstützt wird das Umweltteam von einer Auditorengruppe bzw. einem Auditor, die bei der Ausarbeitung eines Umweltprogramms behilflich sind.

Partner: Ev. Kirche

www.frieden-umwelt-pfalz.de

Hochgedämmte Bauweise und gesundes Wohnumfeld – Schulungen für die Baugewerke (Juli 2003 bis Sept.2005):

In diesem Projekt werden zum einen Seminare entwickelt, die Handwerkern Theorie und vor allem die praktische Umsetzung der korrekten Bauausführung von energetisch sanierten Altbauten und hochgedämmten Neubauten vermittelt. Zum anderen werden „best and worst practice“ Beispiele sowie Informationen rund um das Projektthema gesammelt und der Öffentlichkeit unter der bereits bestehenden Datenbank www.energies-tour-rlp.de zugänglich gemacht.

Partner: ZUA, HWKs

www.energies-tour-rlp.de

Effiziente Energienutzung in Industrieanlagen:

Erreichen von Energieeinspareffekten durch den Einsatz fortschrittlicher Technik in industriellen Prozessen und Anlagen. Verringerung des Ausstoßes von CO₂ sowie der Emission von Luftschadstoffen.

Partner: MWVLW, MUF, EOR, TSB

www.industrie-energie.de

PIUS (ProduktionsIntegrierter UmweltSchutz):

PIUS steht für eine ökonomisch und ökologisch effiziente Unternehmensführung. Mit weniger Ressourcenverbrauch, weniger Wasser- und Energieverbrauch, weniger Abfall, weniger Abwasser und weniger Emissionen wird nachhaltig, zukunftsfähig und kostensparend produziert und die vorhandenen Einsparpotenziale optimal genutzt.

Partner: SAM

www.pius-info.de

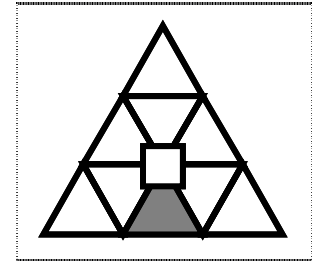
Handlungsfeld:

B.b Regionales Wirtschaften

Bedeutung: Das Regionale Wirtschaften zielt auf die Einbindung von lokalen Öko- und Wirtschaftssystemen ab.

Die Bewirtschaftung von Flächen dient der Sicherung einer als ästhetisch empfundenen Kulturlandschaft, der Erhaltung natürlicher Lebensgrundlagen und der Ernährung. Die Produktion und Verteilung von Lebensmitteln bedingen einen großen Teil der (energetischen) Aufwendungen, bieten aber auch einen großen wirtschaftlichen Aktivitätsbereich.

Gleichermaßen können Unternehmen durch regionales Wirtschaften mit heimischen Energieträgern und Rohstoffen Märkte erschließen. Daran wirken v. a. landwirtschaftliche und handwerkliche Betriebe sowie der Mittelstand mit.



Dieses Handlungsfeld ist für Rheinland-Pfalz bedeutend, da Landwirtschaft und Weinbau wie auch die Forstwirtschaft und das holzverarbeitende Gewerbe tragende Pfeiler der ländlichen Räume sind.

Partner: MWVLW, MUF, LGB, DLRs, IfaS

Ziel: Es sind die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Landwirtschaft und Weinbau als wettbewerbsfähige, flächendeckende und marktorientierte Wirtschaftsformen erhalten bleiben bzw. weiterentwickelt werden. Der Strukturwandel aufgrund der ökonomischen Bedingungen und ökologischen Anforderungen wie auch der „Europäischen Agenda 2000“ ist zu bewältigen. Daneben sind bürokratische Vorgänge abzubauen, ohne Umweltwirkungen und günstige Produktionsbedingungen einzubüßen und weiterhin umweltschonende landwirtschaftliche Erzeugungspraktiken auch in Zukunft verstärkt zu fördern.

Daher ist es ein wesentliches Ziel der rheinland-pfälzischen Agrarpolitik, hochwertige Nahrungsmittel zu erzeugen, erneuerbare Energien bereitzustellen, die Kulturlandschaft zu pflegen und zu erhalten und damit die ländlichen Räume attraktiv und lebenswert zu gestalten. Die Inanspruchnahme land- und weinbaulich genutzter Flächen für andere Verwendungen ist zu reduzieren. Insbesondere bei Kompensationsmaßnahmen für Eingriffe in Natur- und Landschaft sind alternative Möglichkeiten verstärkt zu nutzen, bei denen die landwirtschaftliche Bewirtschaftung erhalten bleibt. Hilfestellung beim Flächenmanagement bietet die landwirtschaftliche Bodenordnung. Zusätzliche Erwerbszweige, die den Erhalt von Betrieben stützen und die kulturelle Identität bewahren helfen, werden insbesondere von Frauen betrieben. Vor diesem Hintergrund sollen Fördermöglichkeiten Diversifikationsbereiche mit einschließen. Die regionale Vermarktung erschließt zusätzliche Einkommensquellen und schafft eine Verbindung zwischen Konsumenten und Produzenten. Weiterhin sind wichtige Vorleistungen insbesondere für den Tourismus zu erbringen, der in Rheinland-Pfalz an Bedeutung gewinnt.

Das holzverarbeitende Gewerbe kann die Potenziale heimischen Holzes in größerem Maßstab nutzen. Stoffstromanalysen sind begleitend als Instrument auf breiter Basis umzusetzen, um die Potenziale aus Biomasse und Abfällen zu erschließen.

In einem landwirtschaftlich und forstwirtschaftlich geprägten Land wie Rheinland-Pfalz kommt der Biomassenutzung eine besondere Bedeutung zu. Die wertschöpfende Nutzung von Biomasse voranzubringen ist deshalb ein besonderes Anliegen der Landesregierung. Dieses Potenzial soll systematisch und zielgerichtet genutzt werden.

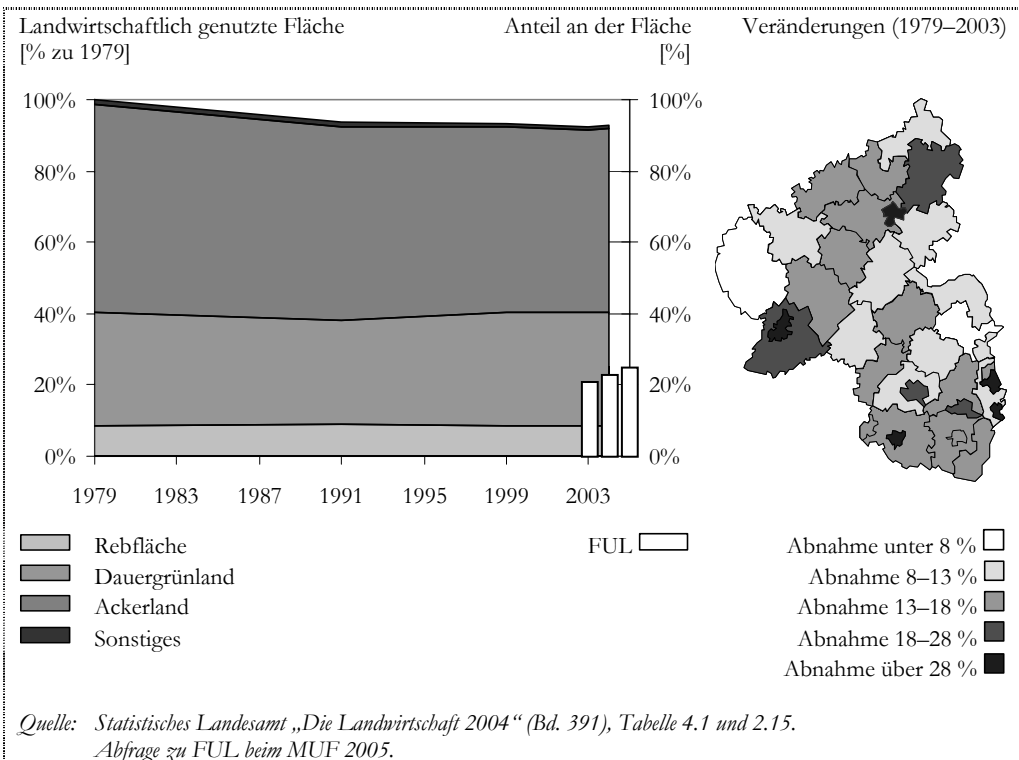
Indikator: Landwirtschaftlich genutzte Fläche

Referenz: NNS, UMK, SH, AMK

Beschreibung: Der Rückgang der landwirtschaftlich genutzten Fläche ist ein Anzeichen dafür, dass die positive Wirkung der Flächennutzung sowohl für ökonomische, ökologische und soziale Aspekte immer schwerer erreichbar erscheint. Darüber hinaus erfolgen eine fortlaufend stärkere Flächeninanspruchnahme besonders für Naturschutzzwecke sowie Ausgleichsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Verwirklichung von Planungen Dritter.

Der Indikator bildet ab, wie sich die land- und weinbaulich genutzte Fläche entwickelt. Dabei werden auch besonders umweltverträgliche Bewirtschaftungsformen wie das Förderprogramm Umweltschonende Landwirtschaft (FUL) abgebildet.

Verlauf: Die landwirtschaftliche Fläche nahm in den letzten 25 Jahren beständig ab. Im November 2005 wurden rund 25 % der Flächen durch das Förderprogramm umweltschonende Landwirtschaft abgedeckt. Besonders in den städtischen Gebieten hat die Flächennutzung stark abgenommen.



Bewertung: Die Entwicklung ist zum einen auf fremde Nutzungsansprüche wie Siedlungen, aber teilweise auch auf die fehlende wirtschaftliche Perspektive zurückzuführen. Die Erschließung anderer Erzeugnissen wie Biomasse kann dem Trend, landwirtschaftlich genutzte Flächen für andere Zwecke in Anspruch zu nehmen, zukünftig entgegenwirken. Trotzdem ist eine wesentliche Trendumkehr in naher Zukunft nicht zu erwarten, da auch die Marktfähigkeit bzw. der Subventionierungsbedarf von Alternativen wie Biomasse stets kritisch zu prüfen ist. Unabhängig davon ist eine Sicherung der abwechslungsreichen, ländlichen Räume anzustreben. Der Ackerbau und die Grünlandbewirtschaftung in Rheinland-Pfalz sind durch eine extensive Bewirtschaftung mit niedriger Viehdichte geprägt und damit umweltgerecht. Ferner deckt das Förderprogramm Umweltschonende Landbewirtschaftung (FUL) große Bereiche der landwirtschaftlich genutzten Fläche ab, wodurch ökologische Aspekte besonders berücksichtigt werden.

Beispiele und Vorhaben:

Regionale Saffherstellung:

Es werden im Lohnverfahren und für die eigene Vermarktung verschiedene Früchte gekeltert und abgefüllt. Hierdurch haben die Streuobstbauern eine Möglichkeit, eigene Säfte in der Region zu vermarkten, womit die Streuobstbestände gesichert werden und neue Anlagen erstellt werden können.

Partner: NABU

www.nabu.de

Anbeißen – Leckerer aus der Region:

Das Projekt „Anbeißen – Leckerer aus der Region“ will die Vermarktung regionaler Produkte fördern. Angefangen bei „Wildwochen“ auf der Speisekarte bis hin zu Apfelsaft von Streuobstwiesen.

Partner: NaturFreunde

www.naturfreunde-rlp.de

„Heimat schmeckt“ e. V.:

Dieser Zusammenschluss von über 30 landwirtschaftlichen Direktvermarktern, Gastronomen und lebensmittelverarbeitenden Betrieben in der Region Mayen-Koblenz ist aus der Arbeitsgruppe „Regionale Vermarktung“ entstanden, die sich 1998 gebildet hat, um das Verbrauchervertrauen in heimische Produkte und damit die finanzielle Situation in der heimischen Landwirtschaft zu stärken. Die IUB-Initiative hat sich verselbstständigt und wird seit April 2004 als Verein weitergeführt.

Partner: Kreis Mayen-Koblenz

Landfrauen als Botschafterinnen für Agrarprodukte (ab 2000):

Landfrauen treten in den Erzeuger-Verbraucher-Dialog. Im Herbst 2004 wurde eine Schulungsreihe gestartet, um Landfrauen zu Botschafterinnen für Agrarprodukte auszubilden. In Zukunft sollen sie auch verstärkt in der Akquisition von neuen Wirtschafts- und Handelspartnern eingesetzt werden

Partner: Landfrauen

www.e-grade.net

Interessengemeinschaft Landideen – schenken und genießen e. V.:

Das Angebot der Interessengemeinschaft erstreckt sich auf die kooperative Vermarktung von Produkten, die Frauen im ländlichen Raum selbst hergestellt haben und die Qualifizierung ihrer Mitglieder, Landideenprodukte werden über ein Ladengeschäft in Grundheim in Rheinhessen und über Stände auf Märkten und Messen vermarktet

Partner: Landfrauen

www.e-grade.net

Charta für Holz:

Die Regierungsparteien auf Bundesebene haben im Oktober 2002 die „Charta für Holz“ verabschiedet. Ziel der Charta ist es, im Verbund mit der Wirtschaft und den Verbänden den Verbrauch von einheimischem Holz innerhalb der nächsten zehn Jahre um 20 Prozent zu steigern. Die in der Charta formulierten Teilziele beinhalten u.a. als Vorgabe, die Nachfrage nach heimischem Holz zu steigern und somit Holzmobilisierungspotentiale zu schaffen. Dieses Teilziel soll durch folgende Maßnahmen erreicht werden:

- Öffentliches Bekenntnis zu Holz und Holzprodukten.
- Bestehende Hemmnisse abbauen und zukünftige verhindern
- Verwendung von Holz aus nachhaltiger Waldbewirtschaftung
- Imageverbesserung von Holz und Holznutzung

Rheinland-Pfalz unterstützt uneingeschränkt die in der „Charta für Holz“ formulierten Zielsetzungen. Mit einem jährlichen Rohholzaufkommen von über drei Millionen Festmetern erzeugt die rheinland-pfälzische Forstwirtschaft rechnerisch genauso viel Holz, wie die Holzbranche im Land verbraucht. Auf diese Weise erbringen die Forstbetriebe in Rheinland-Pfalz einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der heimischen Wirtschaft. Das Holzverarbeitende Gewerbe stellt das Kernstück des rheinland-pfälzischen Forst-, Holz- und Papier-Sektors dar. Im Jahr 2002 dominierte es mit dem Holzgewerbe, dem Papiergewerbe, dem Verlags- und Druckgewerbe sowie der Herstellung von Möbeln zu 90 Prozent den Forst-, Holz- und Papier-Sektor. Betrachtet man das Holzverarbeitende Gewerbe im Vergleich zum gesamten verarbeitenden Gewerbe im Land, so gehört es zu den drei größten Wirtschaftszweigen.

Partner: Landesforsten

Nachhaltigkeitsbereich:

C Wirtschaftskraft stärken

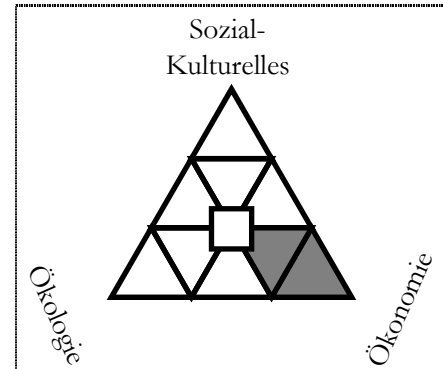
Leitbild: Das marktwirtschaftliche Prinzip hat sich als die effizienteste Wirtschaftsform herauskristallisiert. Dabei geht es um die optimale Zuteilung und Nutzung knapper Ressourcen wie Arbeitskräften, Maschinen, Rohstoffen und Energie. Die Unternehmen produzieren Güter und Dienstleistungen, die zur Bedürfnisbefriedigung und zur Erhaltung bzw. Verbesserung des Lebensstandards beitragen.

Leitziel: Die rheinland-pfälzischen Unternehmen stellen sich dem Wettbewerb auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene. Die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen hängt auch von den staatlichen Rahmenbedingungen ab, die beständig zu optimieren sind.

Durch eine Integration der ökologisch und sozial relevanten Nachhaltigkeitsziele können sich die Unternehmen auf langfristige Trends wie steigende Ressourcenpreise, Nachfrage nach höherwertigen Gütern und Dienstleistungen sowie den Bedarf an qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vorbereiten.

Eine diversifizierte Unternehmensstruktur soll die wirtschaftliche Tätigkeit auch zukünftig auf eine sichere Basis stellen. Der gezielte Ausbau von Schlüsselbranchen stärkt die wirtschaftliche Entwicklung von Rheinland-Pfalz.

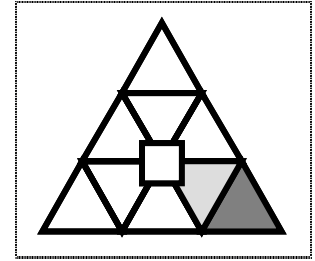
Handlungsfelder: - Wertschöpfung
- Produktive Basis
- Innovation



Handlungsfeld:

C.a Wertschöpfung

Bedeutung: Die Wertschöpfung ist der erwirtschaftete Mehrwert, der zu einer Steigerung des Lebensstandards beiträgt. In einem rohstoffarmen Land mit tendenziell sinkender Bevölkerung und einer international ausgerichteten Volkswirtschaft hängt die zukünftige Wertschöpfung vor allem vom Humankapital und vom Investitionsverhalten der Unternehmen ab.



Dieses Handlungsfeld ist für Rheinland-Pfalz bedeutend, da die Wertschöpfung vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und der weltwirtschaftlichen Einflüsse langfristig zu sichern ist.

Partner: MWVLW

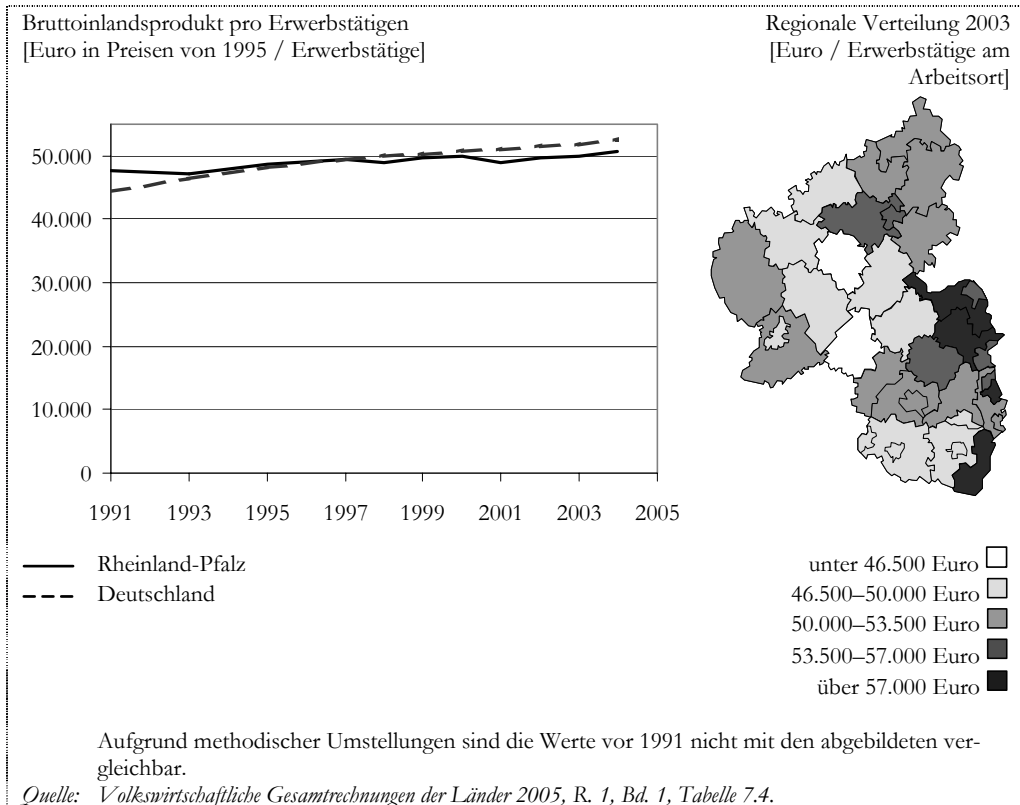
Ziel: Das Wertschöpfungspotenzial ist zu sichern und auszubauen. Dabei sind v.a. die Investitionsfähigkeit und das Humankapital zu fördern. Die Modernisierung der Verwaltung soll Unternehmen effektiv entlasten, wozu koordinierte Maßnahmen zu treffen sind. Die bisher erfolgreiche Konversion militärischer Einrichtungen soll auf hohem Niveau fortgeführt werden, um damit den Strukturwandel gezielt voranzubringen.

Indikator: Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen

Referenz: ähnlich: NNS, TA, SH

Beschreibung: Das Bruttoinlandsprodukt ist das traditionelle Maß für das Produktionsergebnis eines Landes. Es errechnet sich als Summe aller im Inland erzeugten Güter und Dienstleistungen abzüglich der Vorleistungen. Der Vergleich des BIP je Erwerbstätigen (Arbeitsort) erlaubt Rückschlüsse auf die Produktivität und damit auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines Landes. Allerdings ist der Indikator kein hinreichendes Maß für Wohlfahrt, da ökologische Auswirkungen und soziale Ungleichheit nicht abgebildet werden.

Verlauf: Die Produktivität steigt stetig, aber mäßig. Im bundesdeutschen Vergleich liegt Rheinland-Pfalz im Mittelfeld.

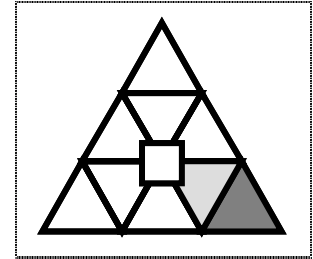


Bewertung: Die Produktivität in Rheinland-Pfalz befindet sich auf einem mittleren Niveau. Das mittlerweile etwas höhere Niveau des Bundesdurchschnitts ist u.a. auf den raschen Produktivitätszuwachs in den neuen Ländern zurückzuführen. Das bereits hohe Produktivitätsniveau in Rheinland-Pfalz wie auch in Deutschland insgesamt ist langfristig ausbaufähig. Hohe Steigerungsraten sind aber nicht zu erwarten, da fortschrittliche Volkswirtschaften das hohe Niveau beharrlicher ausbauen müssen als aufstrebende Staaten. Hinzu kommt der ständige Produktivitätsfortschritt durch den technischen Fortschritt.

Handlungsfeld:

C.b Produktive Basis

Bedeutung: Anlagen, Maschinen, Bauten und sonstige Sachinvestitionen sind für die Produktion von Gütern und für die Erstellung von Dienstleistungen unerlässlich. Außerdem ist die Investitionstätigkeit ein wichtiger Teil der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Der Kapitalstock bildet einen volkswirtschaftlichen Vermögenswert.



Dieses Handlungsfeld ist für Rheinland-Pfalz bedeutend, da das Land und die Kommunen langfristig die Standortattraktivität für Unternehmen beeinflussen können.

Partner: MWVLW

Ziel: Die Landesregierung wird ihre Anstrengungen zur Modernisierung der Wirtschaft und des Wirtschaftsstandorts Rheinland-Pfalz vor dem Hintergrund der Globalisierung der Märkte und der neuen Technologien fortführen und intensivieren.

Besonders der Mittelstand – einschließlich Handwerk – ist in seiner wirtschaftlichen Handlungsfähigkeit zu fördern, indem Investitionsbarrieren beseitigt werden. Das Anlagevermögen ist ständig zu modernisieren, um damit Produktivitätssteigerungen zu sichern. Diesem Ziel dient auch die Förderung von Unternehmensgründungen.

Mit der Investitionstätigkeit ist die breite und diversifizierte Unternehmensstruktur zu sichern.

Indikator Bruttoinvestitionsquote

Referenz: NNS (ähnlich: TA)

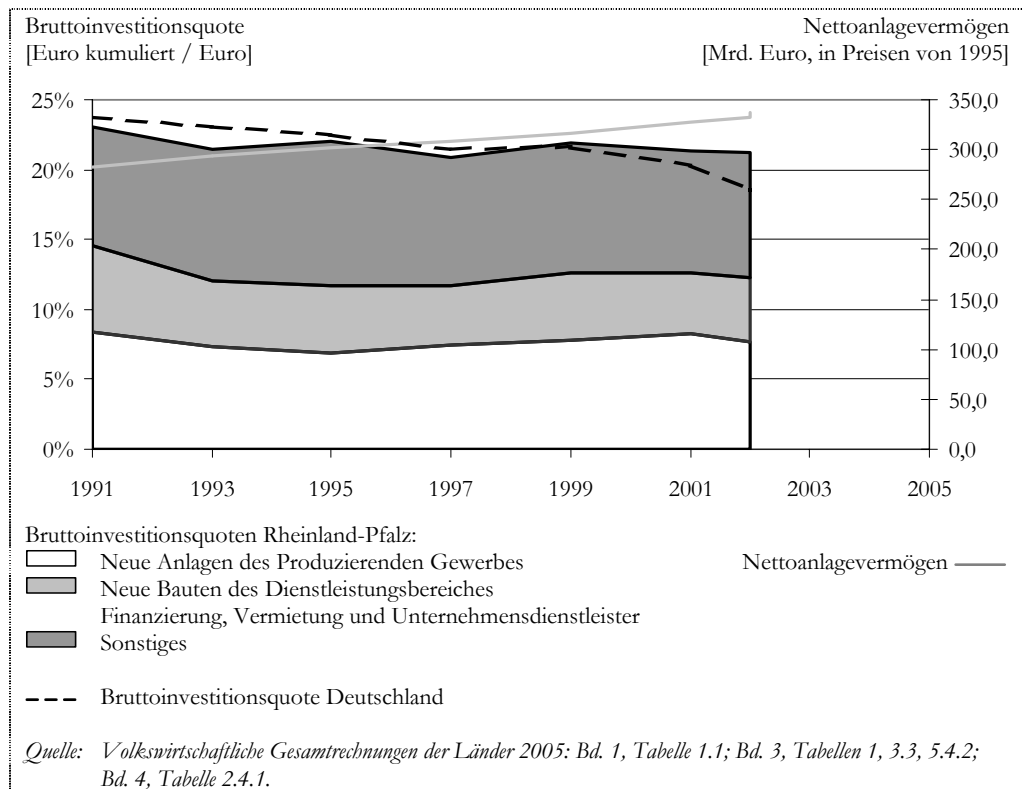
Beschreibung: Investitionen tragen zur nachhaltigen Sicherung des Wohlstandes bei. Die Bruttoanlageinvestitionen, die die Summe der Investitionen in neue Anlagen sowie den Saldo aus dem Kauf und Verkauf von gebrauchten Anlagen darstellen, sind ein wichtiger Bestandteil des Bruttoinlandsprodukts. Als Anlagen gelten Bauten, Ausrüstungen, immaterielle Anlagen wie z. B. Rechte und Software, die länger als ein Jahr wiederholt oder dauerhaft in der Produktion eingesetzt werden.

Ein wichtiger wirtschaftlicher Indikator ist die Bruttoinvestitionsquote als Verhältnis der Bruttoinvestitionen zum Bruttoinlandsprodukt. Damit wird abgebildet, welcher Anteil der volkswirtschaftlich geschöpften Werte wieder investiert wird.

Im Gegensatz zum Bruttoanlagevermögen werden beim Nettoanlagevermögen die Wertverluste (Abschreibungen) abgezogen. Im nachfolgenden Diagramm wird das Nettoanlagevermögen in Preisen von 1995 dargestellt, um den Aufbau des Vermögens im zeitlichen Ablauf vergleichen zu können.

Verlauf: Die Bruttoanlageinvestitionen des produzierenden Gewerbes tragen etwas mehr als ein Viertel zu den gesamten Bruttoanlageinvestitionen bei. Auf den Dienstleistungssektor entfallen durch die erstellten Bauten sogar ein Drittel der gesamten Bruttoanlageinvestitionen. Die Bruttoinvestitionsquote von Rheinland-Pfalz liegt seit 1991 im Bundesdurchschnitt und seit 1999 sogar etwas darüber.

Das Nettoanlagevermögen steigt kontinuierlich an. Das Produzierende Gewerbe macht ca. ein Zehntel des Vermögens aus, das aber in absoluten Zahlen annähernd konstant bleibt (ca. 60 % Ausrüstungen und sonstige Anlagen; ca. 40 % Bauten).



Bewertung: Die Bruttoanlageinvestitionen befinden sich auf einem konstant hohen Niveau, was für eine rege Investitionstätigkeit in Rheinland-Pfalz spricht.

Die Steigerung des Nettoanlagevermögens ist positiv zu werten, da hiermit langfristig der Kapitalstock erweitert wird. Dieser Kapitalstock ist eine Voraussetzung für Einkommen und Beschäftigung in der Zukunft. Daher ist ein Absinken der Investitionen in Anlagen zu verhindern.

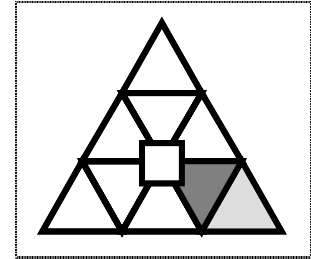
Handlungsfeld:

C.c Innovation

Bedeutung: Die zukünftige Wirtschaftskraft hängt wesentlich von der Innovationsintensität ab. Damit ist primär die Einführung neuer Technologien gemeint, die zukunftsweisend sind und/oder die Wettbewerbsposition rheinland-pfälzischer Unternehmen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen stärken. Innovationen sind das Ergebnis technischen Fortschritts.

Als Beispiel kann hier die Biotechnologie genannt werden, die gemäß

AGENDA 21, Artikel 16 einen hohen Stellenwert für Lebensmittel, Medikamente und integrierten Umweltschutz hat. Biotechnologien weisen häufig eine bessere Ökoeffizienz auf.



Dieses Handlungsfeld ist für Rheinland-Pfalz bedeutend, da das Land durch die wissenschaftlichen Einrichtungen und die Standortpolitik auf die zukunftsweisenden Bereiche hinwirken kann.

Partner: ISB, MWVLW, MWWFK

Ziel: Das Land wird die Bereitstellung von Finanzkapital durch geeignete Finanzierungsinstrumente unterstützen. Dadurch können die Kreditlücken im Mittelstand verringert sowie innovative Vorhaben in den Bereichen der Schlüsseltechnologien unterstützt werden.

Zudem sind Forschung und Entwicklung (FuE) ein zentraler Motor und Innovationsschub für eine umweltgerechte wirtschaftliche Entwicklung in Rheinland-Pfalz. Insbesondere werden die Schlüsselbranchen Umwelt- und Energietechnik sowie die Biotechnologie gefördert. Die spezifischen Stärken in den Bereichen Chemie, Pharma, Biotechnologie, aber auch in der Informatik, den Mikro- und Nanotechnologien sowie in den Optischen Technologien sind zu nutzen und auszubauen. Ein spezielles Feld für Innovation ist der Pflanzenschutz im Weinbau sowie im Acker- und Gartenbau. Kaiserslautern ist ein bedeutender Standort für Informationstechniken und Ludwigshafen für Chemie.

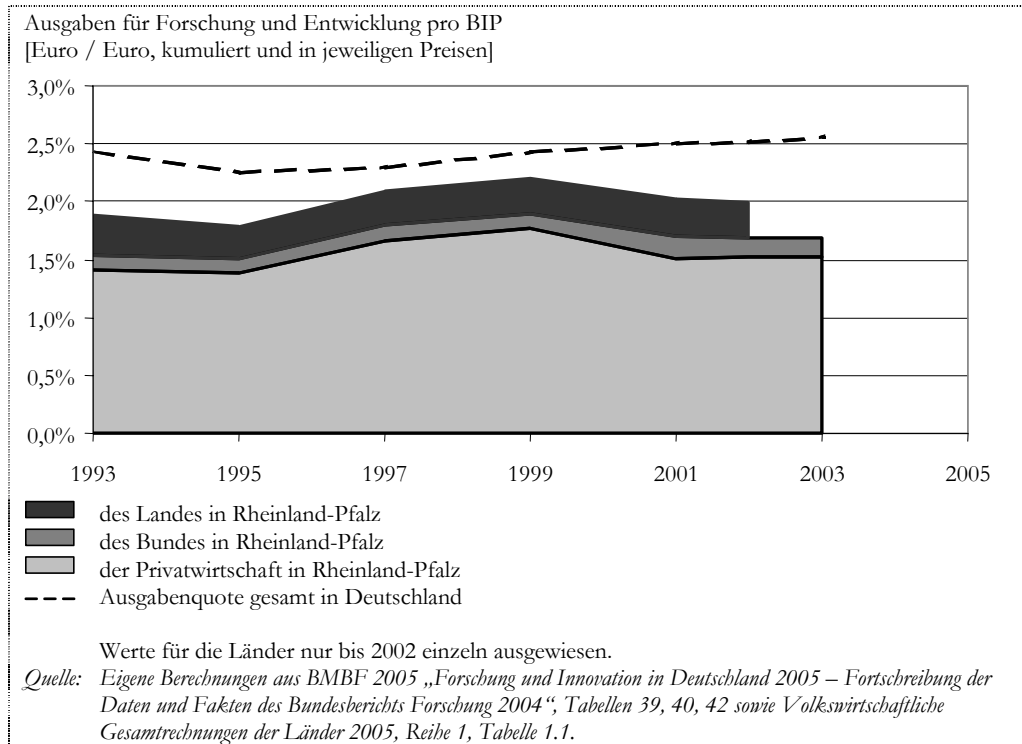
Um den Wissenschaftsstandort Rheinland-Pfalz in den nächsten Jahren weiter auszubauen und in seiner internationalen Wettbewerbsfähigkeit zu unterstützen, stellt das Land seinen Hochschulen und Forschungseinrichtungen von 2005 bis 2009 insgesamt 125 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung. Das Hochschulprogramm "Wissen schafft Zukunft" soll einerseits dazu beitragen, die Grundausrüstung der Hochschulen weiter zu verbessern, andererseits Profilbildung und Spitzenförderung der Hochschulen zu stärken. Darüber hinaus gibt es im Programm Neue Technologien, Umwelt und Förderung der interdisziplinären Forschung Fördermöglichkeiten für Hochschulen in Rheinland-Pfalz. Das rheinland-pfälzische Forschungsprofil soll auch zukünftig über eine breite Basisförderung verfügen und weiterhin gezielt zukunftsorientierte und innovative Forschungsgebiete unterstützen. Dafür wird an den vier Universitäten, sieben Fachhochschulen sowie jeweils zwei Instituten der Fraunhofer-Gesellschaft und der Max-Planck-Gesellschaft zukunftsweisende Forschung betrieben. Weitere Forschungseinrichtungen betreiben anwendungsorientierte Forschung und setzen einen Schwerpunkt auch auf den Bereich des Technologietransfers.

Indikator: Ausgabenquote für Forschung und Entwicklung

Referenz: NNS, SH (ähnlich: TA)

Beschreibung: Forschung und Entwicklung (FuE) bringen betriebliche Kompetenzen, Patente, Technologien etc. hervor. Diese Innovationen verschaffen der rheinland-pfälzischen Volkswirtschaft einen Wettbewerbsvorteil im (inter-)nationalen Wettbewerb. Besonders spielen ressourceneffiziente Innovationen eine Schlüsselrolle für die Nachhaltige Entwicklung.
Die Ausgaben für FuE pro Bruttoinlandsprodukt messen den Investitionsanteil für Forschung und Entwicklung. Die Ausgaben sind nach Wirtschaft und öffentlichem Sektor zu unterscheiden.

Verlauf: Die Ausgaben für FuE stiegen von 1993 bis 1999, dann nahmen die Ausgaben der Privatwirtschaft leicht ab. Das Niveau der gesamten Ausgaben in Deutschland liegt ca. 0,5 %-Punkte über der rheinland-pfälzischen Quote.



Bewertung: Die Bundesregierung hat sich das Ziel gesetzt, dass 3 % des BIP bis zum Jahr 2010 in Forschung und Entwicklung fließen sollen. Gemessen hieran können die FuE-Ausgaben in Rheinland-Pfalz noch gesteigert werden.

Es sind jedoch neuere statistische Daten abzuwarten, um eine abschließende Bewertung vornehmen zu können. Möglicherweise hat die Investitionszurückhaltung deutscher Unternehmen in den letzten Jahren zu einer nur geringen Entwicklung der FuE-Ausgaben geführt. Für die Zukunft ist den Innovationen die nötige Bedeutung zuzuweisen. So hat haben Bund und Länder 2005 einen Pakt für Forschung und Innovation geschlossen, der festlegt, dass die Forschungsorganisation in den kommenden 5 Jahren ihr Budget um mindestens 3 % steigern können. Die Länder finanzieren hierbei etwa 50 % der Mittel mit Ausnahme der Förderung der Fraunhofergesellschaft und der Helmholtzgesellschaft, die vorrangig vom Bund finanziert wird.

www.img-rlp.de
www.isb.rlp.de

Beispiele und Vorhaben:

Förderung des Wissenschaftsstandorts durch die Landesregierung

Um den Wissenschaftsstandort Rheinland-Pfalz in den nächsten Jahren weiter auszubauen und in seiner internationalen Wettbewerbsfähigkeit zu unterstützen, stellt das Land seinen Hochschulen und Forschungseinrichtungen von 2005 bis 2009 insgesamt 125 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung. Das Hochschulprogramm „Wissen schafft Zukunft“ fördert u. a. die Profilbildungen, Spitzenleistungen sowie Nachwuchswissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Darüber hinaus gibt es im Programm „Neue Technologien, Umwelt und Förderung der interdisziplinären Forschung“ Fördermöglichkeiten für Hochschulen in Rheinland-Pfalz.

Partner: MWVFK

Transferstellen:

Das Land unterstützt den Technologietransfer mit entsprechenden Einrichtungen:

- Kompetenzzentrum Brennstoffzellen
- FH Trier, Umweltcampus Birkenfeld
- FH Bingen

Partner: ISB, MWVLW, MWVFK

Oberheingraben, Referenzregion für Geothermie:

Ziel ist es, die Geothermie in Deutschland zur Wettbewerbsreife und in die Wirtschaftlichkeit zu entwickeln. Zu diesem Zweck soll Rheinland-Pfalz eine Vorreiterfunktion übernehmen, um in den Bereichen Standortfindung, Energiegewinnung und Anlagenbetrieb Technologiekompetenz im Lande anzusiedeln, zu bündeln und zu vernetzen. Es sollen die Chancen, die diese Technologien im Hinblick auf regionale Wertschöpfung und Schaffung neuer Arbeitsplätze bieten, umfassend genutzt und einen beträchtlichen Beitrag zum Klimaschutz geleistet werden.

Partner: Unternehmen

BAUteam Mainz – kostengünstig und qualitätsbewusst Bauen durch neue Organisations- und Kooperationsformen für Planer und Handwerker (seit 1999):

Veränderte Rahmenbedingungen beim Bauen stellen Architekten und Ingenieure, Handwerker und Baugewerbe vor neue Herausforderungen. Komplettangebote für fertige Haussysteme und ein umfassender Vorfertigungsgrad verstärken den Wettbewerbsdruck, ohne immer die nötige Transparenz und Sorgfalt in Planung und Bauausführung zu gewährleisten. Mit dem BAUteam-Modell soll eine Partizipation der Projekt- und Baubeteiligten in entscheidenden Phasen des Bausehens ermöglicht werden.

Eine partnerschaftliche Kooperation, mehr Transparenz, eine einfachere Prozessgestaltung sollen Planungs- und Realisierungszeiten verkürzen helfen und damit Kosten sparen. Durch die Herstellung lokaler Wertschöpfungsketten wird die Wettbewerbsfähigkeit von Planern und Handwerkern gestärkt und es wird wieder mehr Spielraum für regionale Ideen und Lösungskonzepte ermöglicht. Entstehende Entwicklungspotentiale sollen einen zentralen Nutzen stiften: mehr Haushalte sollen zu tragbaren Kosten Wohneigentum erwerben können.

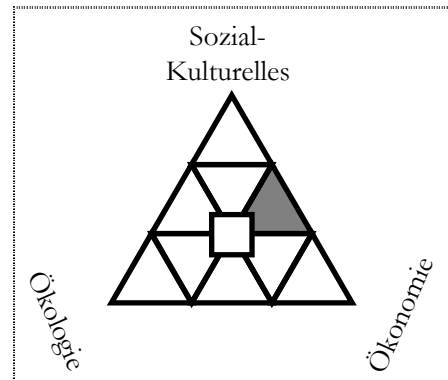
Partner: AK, Baugewerbeverband, HWK Rheinhessen, Stadt Mainz, MWVLW; GenoBaulandConsult

Nachhaltigkeitsbereich:

D Leistungsfähige Gesellschaft ausbauen

Leitbild:

Die sozial-ökonomischen Aspekte der Nachhaltigen Entwicklung betreffen die klassischen Bereiche der Wohlfahrt einer Gesellschaft. Diese umfassen das Potenzial und den Einsatz der Menschen, der Unternehmen und der Politik für die gemeinsame Aufgabe: eine Gesellschaft sichern und ausbauen, in der die Handlungsmöglichkeiten sinnvoll und gerecht genutzt werden.



Leitziel:

Jeder Akteur setzt sich mit seinen Fähigkeiten dafür ein, die dauerhafte Leistungsfähigkeit in Erwerb, Beruf und staatlichem Handeln zu sichern. Dies bedeutet, berufliche Kompetenzen zu entwickeln und einzubringen sowie den späteren Generationen keine übermäßigen und langfristig unproduktiven Schulden aufzubürden.

Die Integration benachteiligter Menschen in den Arbeitsmarkt sowie eine familienfreundliche, generationen- und geschlechtergerechte Struktur nehmen eine zentrale Rolle für die ökonomische und soziale Entwicklung ein.

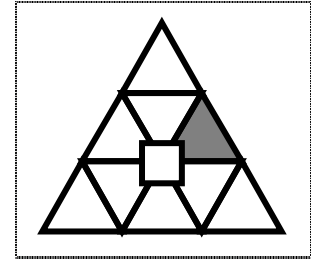
Handlungsfelder:

- Bildung und Qualifizierung
- Erwerbstätigkeit und Einkommen
- Handlungsfähigkeit des Staates

Handlungsfeld:

D.a Bildung und Qualifizierung

Bedeutung: Bildung zielt auf die persönliche Entfaltung des Menschen verbunden mit der Ermöglichung und Beauftragung zur Mitgestaltung der Gesellschaft. Als solche ist Bildung eine Investition in den Menschen. Sie bildet ein wichtiges Grundelement Nachhaltiger Entwicklung, indem auch die soziale und kulturelle Teilhabe gesichert werden. Für den Bereich der beruflichen Qualifizierung wird durch Bildung die Fähigkeit des Einzelnen zur beruflichen Teilhabe gesichert. Der internationale Wettbewerb, die sich kontinuierlich verändernden und steigenden Anforderungen an die Erwerbstätigen sowie der demografische Wandel erfordern zunehmend qualifizierte Fach- und Führungskräfte.



Dieses Handlungsfeld ist für Rheinland-Pfalz bedeutend, da Bildung eine ständige Grundaufgabe in Landeskompetenz ist.

Partner: MBFJ, MWVFK, MWVLW, MASFG, VHS, Wirtschaft, Schulen, Bildungsträger, Gewerkschaften

Ziel: Die Landesregierung wird in Zukunft den Schul- und den Hochschulbereich intensiv weiter fördern. Im Hochschulbereich umfasst diese Förderung die Stärkung der Eigenverantwortung, der internationalen Mobilität sowie die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in Wissenschaft und Forschung auf allen Ebenen. Der Anteil junger Frauen in naturwissenschaftlich-technischen Berufen und Studiengängen ist zu erhöhen. Das Hochschulstudium soll unabhängig vom Einkommen möglich sein und bleiben.

„Gute Schule machen“ heißt vor allem, die jungen Menschen bei der Entwicklung ihrer Potenziale zu unterstützen. Im Mittelpunkt guter Schule stehen die einzelnen Schülerinnen und Schüler. Eine zentrale Rolle spielt hierbei ein Unterricht, der auf den Kompetenzerwerb der jungen Menschen ausgerichtet ist, der soziale, fachliche, methodische und personale Kompetenzenentwicklung gleichermaßen anstrebt. Die Sicherung der Unterrichtsversorgung auf hohem Niveau ist und bleibt hierbei eine wichtige Aufgabe der Schulpolitik. Darüber hinaus hat das MBFJ ein Ausbauprogramm „Ganztagsschule“ und das Programm „Zukunftschance Kinder – Bildung von Anfang an“ aufgelegt und erhebliche finanzielle Mittel bereit gestellt.

Gute Schule fördert insbesondere auch gezielt die Leistungsschwächeren sowie die Leistungsstarken. Junge Menschen mit Migrationshintergrund sind besonders stark zu unterstützen. Durch gezielte Fördermaßnahmen bereits in den ersten Lebensjahren sollen die Bildungschancen verbessert werden.

Maßnahmen der beruflichen Qualifizierung – sei es in Form der Erstausbildung, der kontinuierlichen Weiterqualifizierung, einer Fortbildung oder Umschulung oder in Form berufspraktischer Erfahrungen und theoretischer Qualifizierungselemente – sind Elemente der rheinland-pfälzischen Arbeitsmarktpolitik. Bei diesen Bestandteilen geht es darum, Jugendliche zu qualifizieren und ihnen damit beste Chancen für ihre Zukunft einzuräumen, Arbeitslosigkeit zu vermeiden und zu bekämpfen sowie arbeitslose Menschen wieder ins Erwerbsleben einzugliedern. Die berufliche Qualifizierung arbeitsloser Menschen zur Verbesserung ihrer Chancen auf Teilhabe am Arbeitsmarkt ist ein wichtiger Schwerpunkt.

Zukunftsfähige Qualifizierungsstrategien und die Unterstützung an Übergängen und Statuspassagen (z. B. Schule-Ausbildung-Beruf, Arbeitslosigkeit-Erwerbsleben) sind unerlässliche Bestandteile zur Verbesserung der Chancen arbeitsloser Menschen auf Teilhabe am Arbeitsmarkt. Ebenso ist die begleitende Elternarbeit oder die Bereitstellung perspektivvoller Beschäftigungs- und Arbeitsmöglichkeiten essenziell für die Teilhabe.

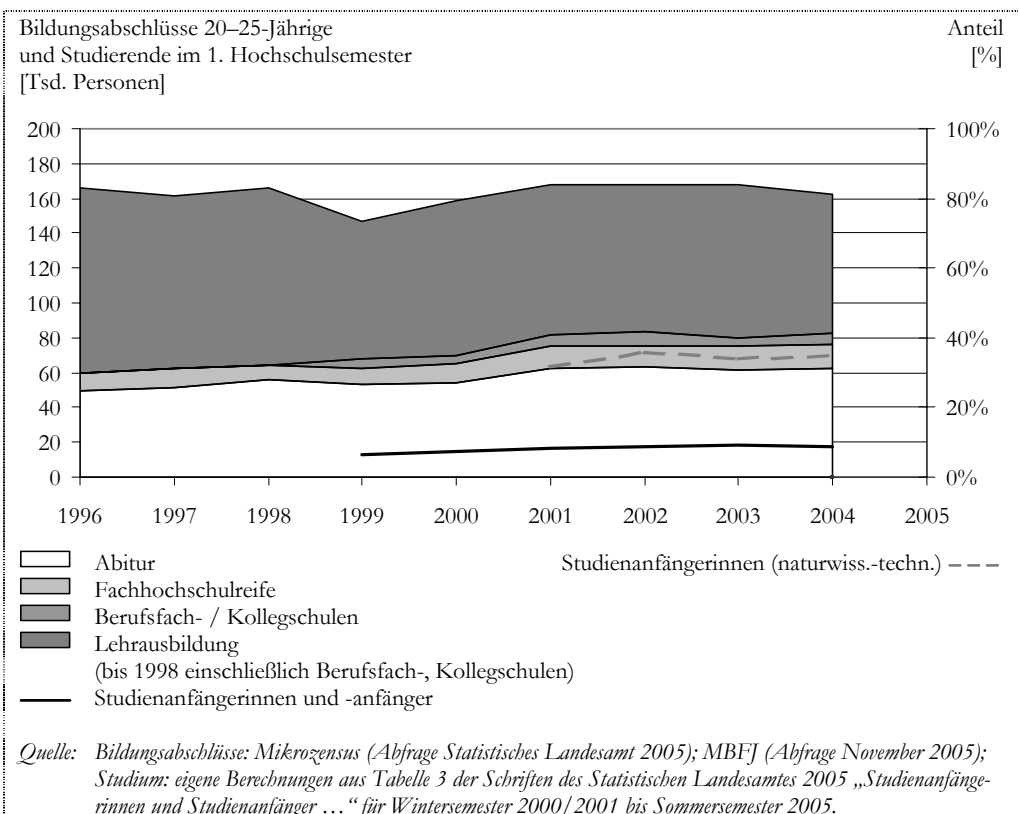
Indikator 1: Bildungsabschlüsse 25-Jähriger

Referenz: NNS (ähnlich: SH, TA, LA21)

Beschreibung: Qualifizierte Fachkräfte sind eine wichtige Ressource der deutschen wie auch der rheinland-pfälzischen Volkswirtschaft: Durch ein allgemein höheres Bildungsniveau tragen Erwerbstätige den neuen volkswirtschaftlichen Anforderungen Rechnung. Dabei erhöhen frühzeitige Bildungsabschlüsse die Effizienz und Attraktivität des Bildungssystems. Gerade der erste Schulabschluss ist eine wichtige Bedingung für Arbeitsmarkt und Lebensgestaltung.

Gemessen werden die Bildungsabschlüsse der 25-Jährigen, um die effiziente Erreichung eines hohen Bildungsniveaus darzustellen. Die Studienanfängerinnen (Anteil in naturwissenschaftlich-technischen Studiengängen ist gesondert ausgewiesen) und Studienanfänger im 1. Hochschulsemester bilden die Entscheidung für ein Hochschulstudium ab.

Verlauf: Etwa 1/3 aller 20- bis 25-Jährigen haben das Abitur. Dieser Anteil erhöhte sich seit 1996. Der Anteil der jungen Erwachsenen mit Lehrausbildung sank nur leicht. Die Zahl der Menschen, die ein Studium in Rheinland-Pfalz beginnen, stieg in den letzten Jahren und betrug im Jahr 2004 fast 18.000. In den naturwissenschaftlichen und technischen Studiengängen beträgt seit dem Jahr 2002 der Anteil der Frauen unter den Studierenden im 1. Hochschulsemester ca. ein Drittel.



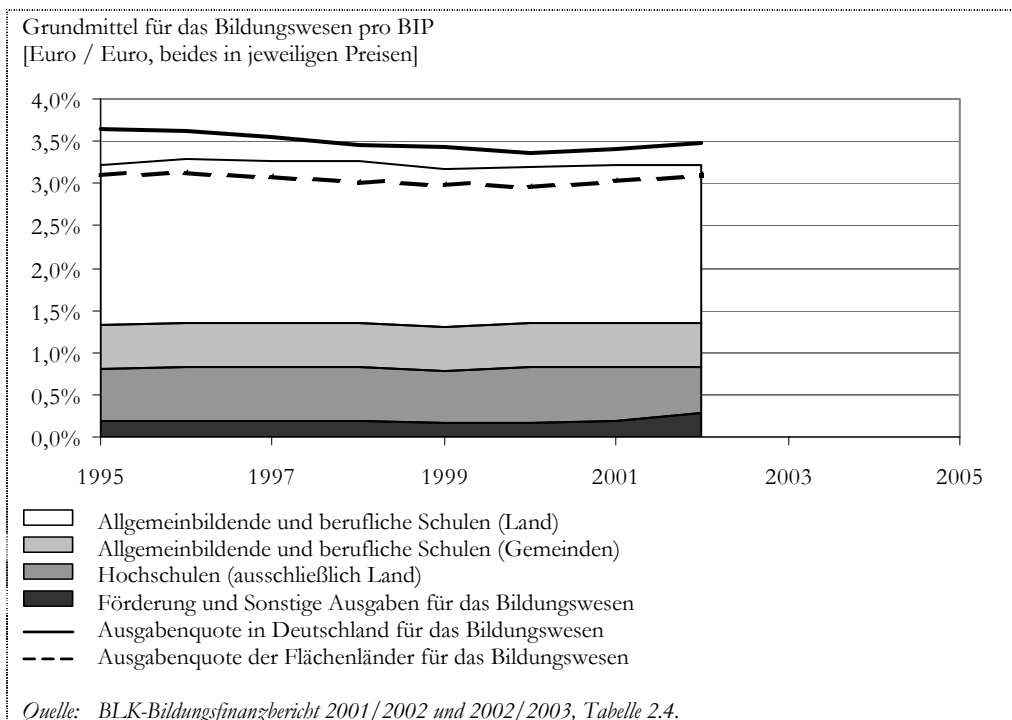
Bewertung: Die Qualifizierung der Absolventinnen und Absolventen liegt in Rheinland-Pfalz auf einem guten Niveau, das aber noch ausbaufähig ist. Dafür ist die Qualifizierung der Hochschulabsolventen auch weiterhin zu steigern. Insbesondere hat die Landesregierung das Ziel gesetzt, den Frauenanteil in zukunftsorientierten Berufen bis 2010 zu steigern. Bildungsferne Schichten sind auf den höheren Qualifikationsstufen noch immer weit unterrepräsentiert und deshalb zu aktivieren. Ferner hat die Landesregierung das Ziel gesetzt, den Anteil der Menschen ohne Studium oder Ausbildung auf 8 %, bis 2020 gar auf 4 % zu reduzieren. Mädchen und junge Frauen sind im Ausbildungsbereich unterrepräsentiert. Auffällig ist auch, dass Mädchen sich bis heute überproportional häufig für so genannte „weibliche“ Berufsfelder und kaum für neue Berufe, wie z. B. im Informationstechnik-Bereich entscheiden. Jedoch ist die Berufswahl der Jungen ebenfalls einseitig geprägt; die Mehrzahl der Jungen entscheidet sich auch heute noch für „männliche“ Berufsfelder.

Indikator 2: Bildungsausgabenquote

Referenz: –

Beschreibung: Die Bildung ist wesentliches Element der individuellen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung.
Die Bildungsausgabenquote misst, wie viel die Öffentliche Hand bezogen auf das BIP in das Bildungswesen investiert. Darin sind die Kategorien „Ausgaben für Allgemeinbildende und berufliche Schulen“, „Ausgaben für Hochschulen“, die „Förderung von Schülern, Studenten und dgl.“ sowie „sonstige Ausgaben des Bildungswesens“ enthalten.

Verlauf: Die Bildungsausgabenquote ist von 1995 bis 2002 konstant geblieben und lag über der Quote der Flächenländer, aber noch unterhalb des Bundesdurchschnitts. Das Land weist unter allen Geldgebern den höchsten Anteil an den Ausgaben für das Bildungswesen, v.a. für die Allgemeinbildenden und beruflichen Schulen, auf.



Bewertung: Durch ambitionierte Programme wie „Wissen schafft Zukunft“, das Ausbauprogramm „Ganztagsschule“ und das Programm „Zukunftschance Kinder – Bildung von Anfang an“ wird eine weitere Qualitätsentwicklung im Hochschulbereich, sowie im schulischen und frühkindlichen Bereich unterstützt.
Die internationalen Vergleichstests haben das öffentliche Bewusstsein auf die Ergebnisse von schulischen Bildungsprozessen gelenkt und eine verstärkte bildungspolitische Diskussion um schulische Qualität ange-regt.

Sie leisten einen Beitrag zur Qualitätsentwicklung, indem sie Stärken und Schwächen benennen und Hinweise für qualitätssteigernde Maßnahmen geben. Und sie leisten einen Beitrag zur Qualitätssicherung, indem sie in regelmäßigen Abständen Rückmeldung zur Qualitätsentwicklung in ausgewiesenen Bereichen geben.

Aufgrund der demografischen Entwicklung wird die Zahl der Schüler www.zirp4you.de zukünftig sinken. Die Qualifikationsanforderungen werden jedoch steigen, sodass ein Sinken der Bildungsausgabenquote nicht zu rechtfertigen wäre.

Beispiele und Vorhaben:

Facharbeitermangel in Handwerk und Mittelstand (Feb. 2002 bis Dez. 2004):

Durch das Angebot zum Erwerb kostenloser Zusatzqualifikationen konnten von der Arbeitslosigkeit bedrohte Arbeitnehmer, Berufsrückkehrerinnen und ältere Arbeitnehmer sich den aktuellen Bedürfnissen ihrer Betriebe anpassen. Mit dieser Maßnahme wirkt das Projekt dem Facharbeitermangel im Handwerk entgegen und damit zur nachhaltigen Sicherung des Arbeitsmarktes in Rheinland-Pfalz.

Partner: HWK Trier, UdH

www.umweltzentrum-trier.de

Arbeitsgemeinschaften Naturwissenschaften und Technik (seit 2002; weiterführend):

Die „Arbeitsgemeinschaft Naturwissenschaften und Technik“ ist eine Sammlung von rund 200 Arbeitsblättern mit Schülerexperimenten in den Fächern Chemie, Biologie und Physik/Technik, die im Internet als Download abrufbar sind. Die Experimentsammlung richtet sich an Schüler der Klassen 5 bis 10 an allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen. Neben einem besseren Verständnis für Naturwissenschaften sollen die Arbeitsgemeinschaften dazu beitragen, die Akzeptanz von Naturwissenschaften bei Kindern und Jugendlichen zu erhöhen.

Partner: BASF, Chemieverbände RLP, Schulen

www.chemie-rp.de

Lehrerwochenendseminare (seit 2000):

Mit den Lehrerwochenendseminaren schaffen die Chemieverbände Rheinland-Pfalz eine Dialog- und Lehrerplattform, auf der Lehrer den Kontakt mit der Industrie, den Verbänden und untereinander intensivieren können. Es werden Betriebsbesichtigungen organisiert und in vier Infoforen über aktuelle Chemiethemata und Berufsperspektiven in der Chemiebranche informiert.

Partner: Chemieverbände RLP

www.chemie-rp.de

Wissen schafft Zukunft:

Das Land stellt seinen Hochschulen und Forschungseinrichtungen von 2005 bis 2009 insgesamt 125 Millionen Euro zur Verfügung. Damit soll der Wissenschaftsstandort in den nächsten Jahren weiter ausgebaut und seine internationale Wettbewerbsfähigkeit unterstützt werden. Das Hochschulprogramm „Wissen schafft Zukunft“ fördert u.a. die Profilbildung, Spitzenleistungen sowie Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler.

Ziele sind:

- Grundausstattung der Hochschulen verbessern
- Studienplatzangebot qualitativ und quantitativ verbessern
- Studiengänge reformieren
- Studienzeiten verkürzen
- duale Studiengänge an Fachhochschulen
- Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses ausbauen (Kinder-Uni, Schnupper- und Ferienkurse für Schülerinnen und Schüler)

Darüber hinaus gibt es im Programm „Neue Technologien, Umwelt und Förderung der interdisziplinären Forschung“ Fördermöglichkeiten für Hochschulen in Rheinland-Pfalz.

Partner: MWVFK

Ganztagschule in Rheinland-Pfalz:

Die Landesregierung hat sich zu einem bundesweit einmaligen Ausbauprogramm für die Ganztagschulen entschlossen, das Bildungssituationen junger Menschen verbessert. Dies belegen die bisher durchgeführten wissenschaftlichen Untersuchungen, u.a. auch die drei Studien des POLIS-Instituts: Eltern melden zurück, dass die Ganztagschule Schülerinnen und Schüler beim Lernen unterstützt, Hausaufgabenhilfen sehr nützlich sind und Kinder und Jugendliche individuell gefördert werden können. Familienerziehung und Berufstätigkeit können besser vereinbart werden, der Erziehungsauftrag der Eltern wird gestärkt.

Auch Lehrkräfte und die Schülerinnen und Schüler selbst sind vom Ganztagschulangebot überzeugt: Beide stellen sogar eine Leistungsverbesserung fest, wie sich aus dem Forschungsbericht der Universität Mainz ergibt. Die positiven Erfahrungen mit der Ganztagschule gründen vor allem auf der breiten Angebotspalette, die von Kindern und Jugendlichen entsprechend ihren Bedürfnissen genutzt werden kann. Dazu gehören u.a. Angebote zur Sprachförderung, Begabungs- und Talentförderung, Leseförderung, Förderung des Sozialverhaltens, Förderung der Fremdsprachenkompetenz, aber auch zur Förderung des Ernährungsverhaltens und die Gesundheitserziehung.

Partner: MBFJ

Zukunftschance Kinder – Bildung von Anfang an:

Rheinland-Pfalz ist ein kinderfreundliches Land. Das Programm „Zukunftschance Kinder – Bildung von Anfang an“ ist eine Offensive, die das Bildungs- und Betreuungsangebot im vorschulischen Bereich Schritt für Schritt erweitert und besondere Akzente bei der frühen Förderung von Kindern setzt.

Durch das neue Konzept sollen Kinder früher gefördert, zugleich soziale Benachteiligungen bei den Bildungschancen abgebaut und vor allem junge Familien gezielt unterstützt werden.

Fünf Pluspunkte für Kinder und Familien, für Chancengleichheit und Förderung vereint das Programm „Zukunftschance Kinder – Bildung von Anfang an“:

- Ausbau der Betreuungsangebote für unter Dreijährige
- Öffnung des Kindergartens für Zweijährige und Rechtsanspruch ab 2010
- Letztes Kindergartenjahr für alle – Beitragsfreiheit für Eltern
- 8-Millionen-Programm für Sprachförderung und Schulvorbereitung
- Verbesserung des Übergangs vom Kindergarten in die Schule

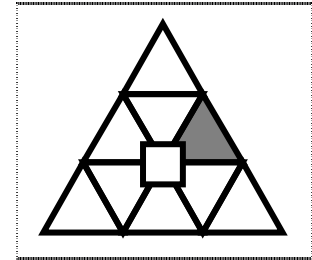
Damit legt das Land Rheinland-Pfalz ein Gesamtkonzept vor, das die bisherigen Landesinitiativen ergänzt, Schritt für Schritt aufeinander aufbaut, Kinder optimal fördert, Eltern in ihrer Erziehungsverantwortung unterstützt und Kommunen und Träger in die Lage versetzt, ihren Beitrag zu einem kinderfreundlichen Rheinland-Pfalz leisten zu können. Das Land stellt hierfür erhebliche finanzielle Mittel zur Verfügung, die sich aufwachsend bis zum Jahr 2010 auf 60 Millionen Euro zusätzlich belaufen.

Partner: MBFJ

Handlungsfeld:

D.b Erwerbstätigkeit und Einkommen

Bedeutung: Erwerbstätigkeit ist eine zentrale Voraussetzung für Wertschöpfung und für eine positive wirtschaftliche und regionale Entwicklung; gleichzeitig bestimmt sie die beruflichen und persönlichen Perspektiven der Bürgerinnen und Bürger und ist somit entscheidend für ein selbstbestimmtes Handeln der Individuen. Der eigenständige Erwerb des Lebensunterhalts sichert die Existenz und ermöglicht Entwicklung und Entfaltung. Aber auch die Wirtschaft, Gesellschaft und die sozialen Sicherungssysteme sind auf den produktiven Einsatz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer angewiesen.



Die Integration in den Arbeitsmarkt ist außerdem ein bedeutendes Instrument zur Umsetzung sozialpolitischer Ziele. Insbesondere bei Frauen, Familien, älteren oder schwerbehinderten Menschen, Migrantinnen und Migranten besteht derzeit ein großes Potenzial wie auch die Notwendigkeit für eine angemessene Einbindung in die Arbeitswelt. Die demografische Entwicklung wird den Bedarf an Erwerbspersonen über die jetzige Situation hinaus verstärken.

Dieses Handlungsfeld ist für Rheinland-Pfalz bedeutend, da neben vielen anderen Politikfeldern (Wirtschafts-, Förder- und Standortpolitik, Familien- und Jugendpolitik usw.) vor allem auch die Sozialpolitik und die Arbeitsmarktpolitik mit ihren Partnern in Gesellschaft und Wirtschaft durch Projekte und Initiativen einen wichtigen Beitrag hierzu leisten kann.

Partner: MWVLW, MASFG, MBEJ, FM, LZG, LSJV, LIGA, Gewerkschaften, Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände, Kommunen, Arbeitsgemeinschaften nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch, Agenturen für Arbeit, Bildungsträger, Kirchen

Ziel: Arbeit und Ausbildung sind durch Innovation, wirtschaftliches Wachstum und dauerhafte Entwicklung zu schaffen. Der beste Schutz vor Arbeitslosigkeit ist die Qualifizierung: Arbeit muss sich lohnen.

In erster Linie gilt es, das Augenmerk auf die Aktivierung des bislang nicht genutzten Erwerbspotenzials zu legen: Im internationalen Vergleich bedeutet dies vor allem, das Erwerbspersonenpotenzial von Frauen sowie Migrantinnen und Migranten stärker zu aktivieren sowie einen längeren Verbleib älterer Beschäftigter im Erwerbsleben zu gewährleisten. Es bedeutet aber auch die Aktivierung arbeitsloser Personen und der so genannten „Stillen Reserve“ sowie die Nachqualifizierung von Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung oder mit am Arbeitsmarkt schlecht verwertbaren Qualifikationen. Vor diesem Hintergrund werden auch verstärkte Bildungsanstrengungen, insbesondere im Bereich der beruflichen Bildung, notwendig sein und das Prinzip des lebenslangen Lernens wird noch stärker als bislang an Bedeutung gewinnen. Auch die Beschäftigung schwerbehinderter Menschen ist eine wichtige Voraussetzung für deren Integration in Beruf und Gesellschaft; ungeachtet der bisherigen Erfolge geht es auch künftig darum, die Zahl der arbeitslosen schwerbehinderten Menschen weiter zu senken.

Daher müssen Arbeitszeit-, Arbeitsplatz- und Arbeitsablauforganisation sich mit neuen Modellen auf die Anforderungen und personellen Bedingungen der Zukunft einstellen. Rheinland-Pfalz wird in Zukunft mit besonderem Nachdruck im Rahmen seiner Möglichkeiten Entwicklungen anstoßen und unterstützen, die zu einem besseren Klima sowie zu günstigeren Gestaltungsbedingungen in der Arbeitswelt für Familien führen.

Die Verbesserung der Situation von Frauen am Arbeitsmarkt ist erklärtes Ziel in Rheinland-Pfalz, sodass bei den Erwerbs- und Einkommensmöglichkeiten eine Chancengleichheit anzustreben ist. Dies betrifft die ausreichende Berufsausübung zur Existenzsicherung, die gerechte Bezahlung sowie Vertretung in Führungspositionen. Beiden Geschlechtern ist die Ausübung der Erwerbstätigkeit zu ermöglichen.

Indikator 1: Erwerbstätigenquote

Referenz: NNS, SH

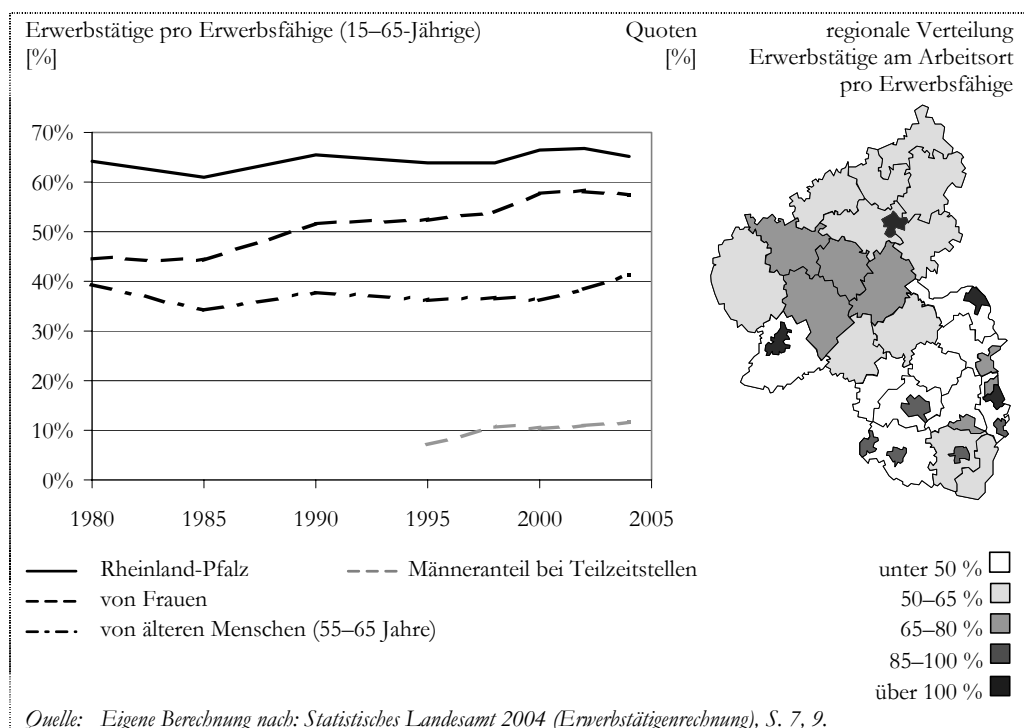
Beschreibung: Die Erwerbstätigkeit ist eine wichtige Voraussetzung für die Befriedigung von Grundbedürfnissen und daher gegenwärtig eine große Herausforderung. Außerdem ist der ökonomische Nutzungsgrad des Humankapitals zu berücksichtigen.

Die Erwerbstätigenquote bildet hierzu das Verhältnis aller Erwerbstätigen im Verhältnis zu den Personen im erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 65 Jahren) ab.

Die Erwerbstätigenquote wird auch durch die Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik auf Bundesebene beeinflusst. Der Indikator ist aber ein wichtiger sozialökonomischer Zustandsindikator, der auf Landesebene durch gute Rahmenbedingungen sowie durch Qualifizierungen, Integrationspolitik etc. langfristig beeinflusst werden kann.

Verlauf: Die Erwerbstätigenquote bewegt sich seit Jahren auf einem hohen Niveau, das knapp am Bundesdurchschnitt liegt. Auch die Erwerbstätigenquote der Frauen und der älteren Menschen nahm in den letzten Jahren zu.

Viele Erwerbstätige haben ihren Arbeitsort in den Städten, was Pendlerströme aus den Umlandgemeinden verursacht.



Bewertung: Rheinland-Pfalz hat eine hohe und stabile Erwerbsbeteiligung. Diese liegt nur knapp unter dem Ziel der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie, bis 2010 70 % zu erreichen. Damit korrespondiert eine relativ niedrige Erwerbslosenquote, die nur zwei andere Länder unterbietet. Der Erwerbsanteil der älteren Erwerbsfähigen und von Frauen kann noch weiter erhöht werden, was auch vor dem Hintergrund des demografischen Wandels geboten ist.

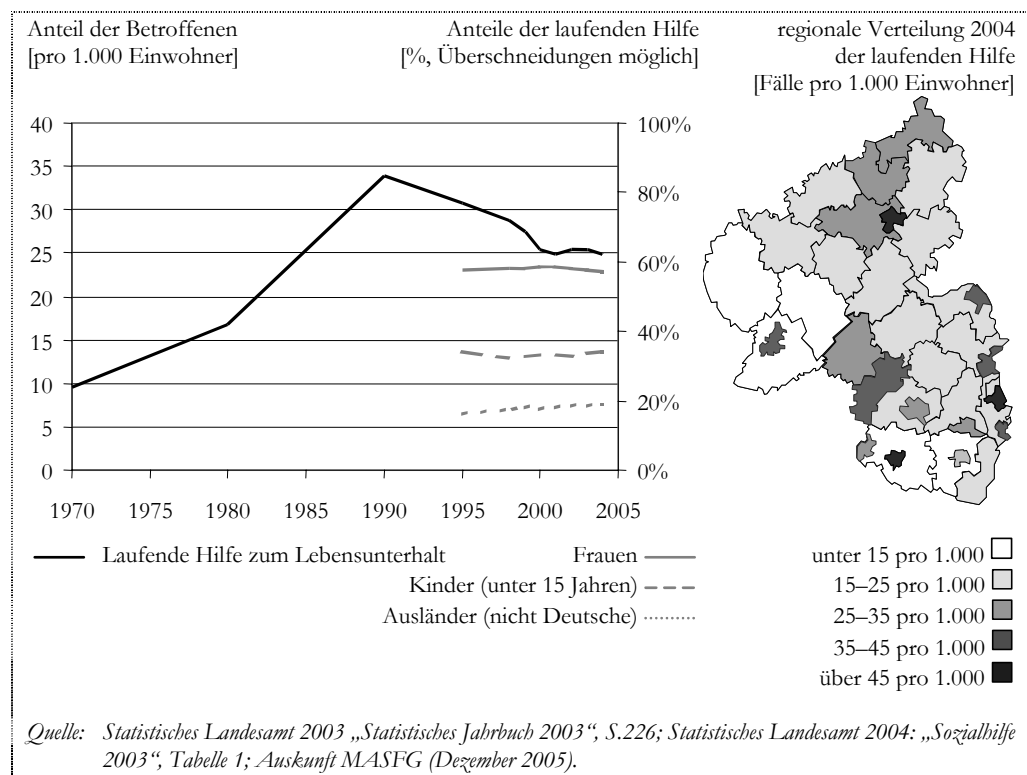
Rheinland-Pfalz hat als eines von sechs Ländern die Arbeitslosigkeit schwerbehinderter Menschen von 1999 bis 2005 abgebaut. Mit einer Reduktion um über 20 % liegt das Land bundesweit an dritter Stelle. Die Zahl der schwerbehinderten Arbeitslosen zu senken, ist weiterhin eine Verpflichtung für Rheinland-Pfalz.

Indikator 2: Unterstützungsquote

Referenz: TA, LA21, (ähnlich: SH)

Beschreibung: Der selbstständige Erwerb des Lebensunterhalts ist ein fundamentales sozio-ökonomisches Ziel. Hilfen zum Lebensunterhalt hingegen deuten auf berufliche und soziale Desintegration, finanzielle Armut oder auch fehlende Unterstützung zur Bewältigung der Alltagsaufgaben hin.
Der Indikator misst bis Ende 2004 alle Empfängerinnen und Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt. In Zukunft werden die Daten durch die Zusammenlegung der Sozialhilfe und der Arbeitslosenhilfe anders dargestellt.
Der Indikator ist auf Landesebene wichtig zur Darstellung der sozial-ökonomischen Strukturen und Herausforderungen, die analog zur Erwerbstätigenquote langfristig mitbeeinflusst werden können.

Verlauf: Die Anzahl der Empfängerinnen und Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt hat bis 1990 beständig zu- und dann abgenommen.



Bewertung: Der Anstieg der Empfängerinnen und Empfänger von Sozialhilfe bis 1990 ist auch ein Ergebnis der Sozialpolitik: Die bedürftigen Menschen konnten immer mehr aufgefangen werden. Auch heute ist es das Ziel, Menschen auf dem Weg zu einer eigenständigen Existenzsicherung zu unterstützen. Die derzeitige Arbeitsmarktlage erschwert aber dieses Vorhaben; der Arbeitsmarktpolitik insbesondere auf Bundesebene kommt daher auch zukünftig eine wesentliche Bedeutung zu.

Bei der weiteren Interpretation des Indikatorenverlaufs sind zwei wichtige Punkte zu beachten:

- Im November 1993 ist das **Asylbewerberleistungsgesetz** in Kraft getreten: Die Sicherstellung des Lebensunterhalts von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern und abgelehnten Bewerberinnen und Bewerber, die zur Ausreise verpflichtet sind, sowie von geduldeten Ausländerinnen und Ausländern richtet sich seitdem nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Angaben über die Leistungen an diesen Personenkreis werden daher nicht mehr in der Sozialhilfestatistik, sondern seit dem Jahr 1994 in der "Asylbewerberleistungsstatistik" erfasst.
- Zum 1. Januar 2003 trat das **Gesetz über eine bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung** (GSiG) in Kraft. Menschen, die über 65 Jahre alt oder dauerhaft voll erwerbsgemindert waren und deren Einkommen nicht ausreichte, um ihren Lebensunterhalt zu finanzieren, erhielten eine eigenständige soziale Leistung, die den grundlegenden Bedarf für den Lebensunterhalt sicherstellte. Die Grundsicherung war keine Sozialhilfeleistung und wurde bis zu ihrer Aufnahme in das Zwölfte Buch Sozialgesetzbuch zum 1. Januar 2005 als Leistung der Sozialhilfe für die Jahre 2003 und 2004 in der "Statistik der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung" erfasst.

Beispiele und Vorhaben:

Einzelprojekte zur Erwerbstätigkeit:

Von der Landesregierung werden Einzelprojekte zur Erwerbstätigkeit gefördert. Dazu gehören:

- die Informationsstelle „Innovative Arbeitszeitmodelle“
- das Arbeitsmarktpolitische Programm zur Wiedereingliederung von Frauen in das Erwerbsleben
- Beratungsstellen wie z. B. „Frau & Beruf“ in Bad Neuenahr-Ahrweiler, Altenkirchen, Idar-Oberstein und Neustadt a.d.W.

Partner: MBFJ

www.mbfj.rlp.de; www.zeitzeichen-rlp.de

Studie „Familienbewusste Gestaltung der Arbeitswelt in Rheinland-Pfalz – Gegenwart und Zukunft“:

Die Studie zum Stand und zu den Perspektiven einer familienfreundlichen Arbeitswelt in Rheinland-Pfalz wurde durchgeführt, um bestehende Barrieren zu erkennen und Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber bei deren Abbau zu beraten und zu unterstützen. Diese sowie eine weitere ergänzende Studie basieren auf einer detaillierten Befragung von privaten und öffentlichen Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern. Aus den Ergebnissen soll ein Ratgeber mit Best-Practice-Beispielen für Betriebe und Verwaltungen erstellt werden.

Partner: MASFG

www.vivafamilia.de

Arbeitsmarktinitiative „Neue Chancen: 6000 plus für Jung und Alt“:

Es geht vor allem um arbeitslose junge Menschen und ältere Arbeitslose, für die neue Felder für reguläre Beschäftigung erschlossen werden sollen, wie z. B. hauswirtschaftliche Dienstleistungen im Privathaushalt oder Dienstleistungen im Bereich der häuslichen Pflege. Weiterhin wird auf eine aktive Arbeitsmarktpolitik gesetzt, um die Integration in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen und mit beruflicher Qualifikation und Weiterbildung neue Berufsperspektiven zu schaffen.

Partner: MASFG, MWVLW, MWVFK, Arbeitsmarktakteure

www.masfg.rlp.de

Viva Familia, Säule „Familienbewusste Arbeitswelt fördern“:

Im Rahmen der Initiative „Viva Familia“ setzt sich die Landesregierung auch für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein. So sollen u.a. Unternehmen bei der Schaffung einer familienbewussten Arbeitswelt mit verschiedenen Maßnahmen unterstützt werden, zum Beispiel bei der Einführung neuer familienfreundlicher Arbeitszeit- und Arbeitsorganisationsmodelle.

Partner: MASFG

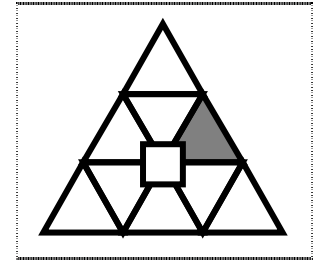
www.vivafamilia.de

Handlungsfeld:

D.c Handlungsfähigkeit des Staates

Bedeutung: Aus den staatlichen Budgets werden wichtige staatliche Leistungen und Entwicklungen finanziert. So wird die öffentliche Infrastruktur in Bereichen der Versorgung, der Mobilität, Bildungseinrichtungen etc. sichergestellt. Außerdem tragen entsprechende Förderungen sowie Ausgleichs- und Sozialleistungen zur gesellschaftlichen Entwicklung bei.

Die Wahrung der Handlungsspielräume nachfolgender Generationen ist eine sehr bedeutende Forderung der Nachhaltigen Entwicklung. Dies schließt die langfristigen finanziellen Lasten des Landes und der Kommunen mit ein.



Dieses Handlungsfeld ist für Rheinland-Pfalz bedeutend, da es innerhalb der landespolitischen Gestaltungsmöglichkeiten eine entscheidende Stellung für die Bewältigung der wirtschaftlichen, sozialen und demografischen Herausforderungen einnimmt.

Partner: FM mit allen Ressorts der Landesregierung

Ziel: Stabile und gesicherte öffentliche Finanzen sind ein zentrales Element der Generationengerechtigkeit. Eine verantwortliche Politik gestaltet deshalb Ausgaben effizient, bildet politische Schwerpunkte und zielt mittel- bis langfristig auf einen ausgeglichenen Finanzierungssaldo ab. In den nächsten Jahren ist die Ausgabenlinie durch Ausgabenbegrenzung und weitere Konsolidierungsmaßnahmen an die Einnahmenlinie heranzuführen. In diesem Zusammenhang soll der Einsatz von Vermögenserlösen in den folgenden Jahren nicht mehr notwendig sein.

Durch eine Prioritätensetzung im Haushalt müssen die erforderlichen Mittel insbesondere für die Bereiche Bildung, Wissenschaft und Forschung, Verkehr sowie Sicherheit zur Verfügung gestellt werden.

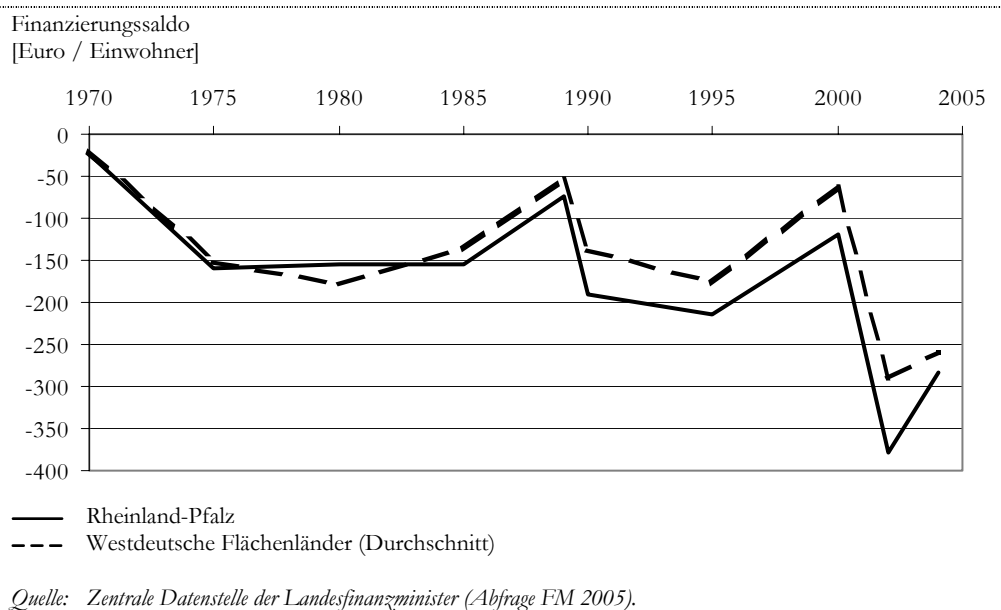
Das Land gibt den Kommunen und auch anderen Akteuren – soweit dies unter finanziellen Aspekten möglich ist – eine gesicherte Planungsperspektive. Der Beistandspakt des Landes mit den Kommunen wird als Stabilisierungsfonds weitergeführt, um die Planung der Kommunen zu sichern. Es wird Maßnahmen der Verwaltungsmodernisierung nutzen, um eine weitere Kostensenkung zu realisieren.

Indikator 1: Finanzierungssaldo

Referenz: ähnlich: NNS, TA, LA21

Beschreibung: Das Finanzierungssaldo stellt die Differenz zwischen bereinigten Einnahmen und bereinigten Ausgaben dar. Der Bezug pro Einwohner erlaubt Vergleiche mit anderen Bundesländern. Ein negativer Finanzierungssaldo kann nur durch die Aufnahme von Krediten gedeckt werden. Der Staat muss sich aber langfristig den finanziellen Gestaltungsfreiraum erhalten und sollte möglichst keine Schuldenlast auf spätere Generationen abwälzen. Dies gilt sowohl für den Bund, das Land als auch für die Kommunen. Dabei gilt zu beachten, dass die Einnahmesituation auf Landesebene stark an die auf der Bundesebene gesetzten Rahmenbedingungen gekoppelt ist. Die Ausgaben hingegen können oftmals nur im begrenzten Rahmen oder langfristig gestaltet werden.

Verlauf: Das Finanzierungssaldo von Rheinland-Pfalz folgt in etwa dem Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer. Dabei spiegeln sich vor allem die Steuereinnahmeverluste der letzten Jahre wider.



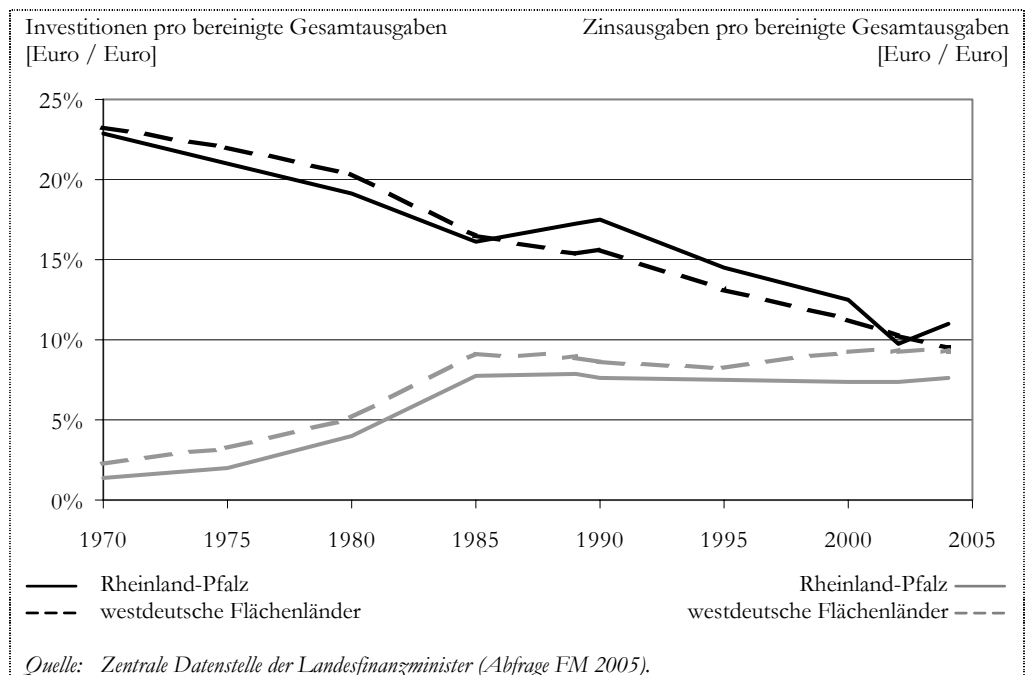
Bewertung: Rheinland-Pfalz hängt wie die anderen Länder von der Steuereinnahmesituation und von einer nicht kurzfristig zu beeinflussenden Ausgabenverpflichtung ab. Diese Situation hat Rheinland-Pfalz relativ gut bewältigt. Dennoch muss das Haushaltsdefizit mittel- bis langfristig weiter zurückgeführt werden.

Indikator 2: Ausgewählte Ausgabenquoten

Referenz: ähnlich: FEST

Beschreibung: Das Land übt mit der Budgetplanung einen wesentlichen Gestaltungseinfluss auf alle Bereiche aus. Dabei sollen die Mittel effizient eingesetzt werden.
 Die Zinsausgabenquote gibt die Ausgaben für Kreditmarktschulden im Verhältnis zu den bereinigten Gesamtausgaben an. Damit wird die Bindung von Haushaltsmitteln für die Zinsen der aufgenommenen Kredite abgebildet.
 Die Investitionsquote bildet den Anteil der öffentlichen Investitionsausgaben an den bereinigten Gesamtausgaben ab. Investitionen sind notwendig, um etwa die Infrastruktur aufrecht zu erhalten.

Verlauf: Die Investitionsquote sinkt seit 1970 kontinuierlich, wobei das Niveau in Rheinland-Pfalz seit ca. 20 Jahren über dem Durchschnitt aller westdeutschen Flächenländer liegt. Gegenwärtig werden fast 11 % der öffentlichen Ausgaben für Investitionen verwendet.
 Die anteiligen Ausgaben für Zinsen nahmen von 1970 bis 1985 stetig zu und verharren seitdem auf diesem Niveau. In Rheinland-Pfalz fallen etwas mehr als 9 % aller Ausgaben für Zinsen an, etwas mehr als es dem Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer insgesamt entspricht.



Bewertung: Die Investitionsquote ist im Ländervergleich positiv zu werten. Allerdings sollte ein weiteres Absinken der Investitionen möglichst vermieden werden, um den aufgebauten Vermögensbestand und die produktiven Effekte dieser Ausgaben nicht zu gefährden.
 Die Finanzpolitik des Landes drückt sich in der noch vergleichsweise niedrigen Zinsausgabenquote aus. Diese Quote ist in den letzten Jahren weitgehend stabil geblieben und braucht den Vergleich mit anderen Ländern nicht zu scheuen. Dennoch muss es das Ziel sein, die Zinsausgabenquote langfristig zu senken. Die beiden ausgewählten Ausgaben verlaufen analog zu den anderen vergleichbaren Flächenländern. Zukünftig sind aber noch Potenziale auszuschöpfen, indem etwa die Investitionsausgaben stabilisiert und möglichst erhöht sowie langfristig die Zinslast vermindert werden.
 Ein Hinweis für die Ausgabendisziplin ist das niedrige Finanzhilfenvolumen je Einwohner: Mit 557 Euro je Einwohner lagen diese Ausgaben in 2004 wie auch schon die Jahre zuvor unter dem Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer (2004: 607 Euro/ Einwohner).

Beispiele und Vorhaben:

Verbesserung der Steuerungsinstrumente:

- Subventionsbericht
- Leistungsaufträge
- Kosten- und Leistungsrechnung
- Kreditcontrolling

Partner: FM mit den anderen Ressorts

Flexibilisierung und wirtschaftliche Gestaltung des Haushaltsrechts bei Wahrung der Parlamentsrechte:

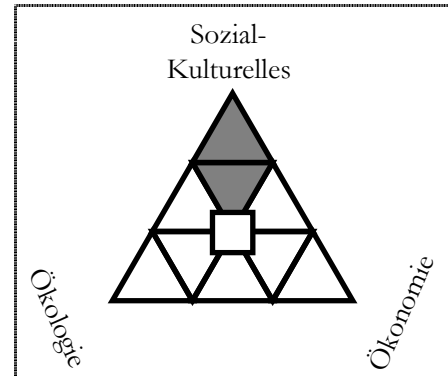
- Budgetierung
- Entwicklung neuer Steuerungsinstrumente

Partner: FM

Nachhaltigkeitsbereich:

E Lebenswerte Gesellschaft weiterentwickeln

Leitbild: Die dauerhafte Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger in und mit der Gesellschaft ist ein Kernanliegen menschlichen Daseins. Dazu ist ein gemeinsames Grundverständnis notwendig, das den einzelnen Menschen als wertvolle und integrale Ressource der Gesellschaft betrachtet. Er hat hierbei nicht nur das Recht auf die Befriedigung seiner Grundbedürfnisse, sondern auch auf materielle und immaterielle Entfaltung. Er soll im Gegenzug seinen Beitrag zur Gemeinschaft leisten und sich frei einbringen dürfen.



Leitziel: Das Land strebt die gelebte Zivilgesellschaft mit einem gerechten Ausgleich zwischen Rechten und Pflichten an. In dieser Gesellschaft soll ein Klima der Zufriedenheit und des Engagements herrschen. Der Staat unterstützt die freien Handlungs- und Entwicklungsmöglichkeiten der Individuen, die ihrerseits ihre Lebensaufgaben selbst in die Hand nehmen. Das Land bringt dabei der demografischen Entwicklung, die viele Regionen und Sektoren vor große Umbrüche stellt, größte Aufmerksamkeit entgegen. Bei der strukturellen Ausgestaltung gesellschaftlicher Prozesse werden Genderaspekte, Generationensolidarität und Barrierefreiheit, die Integration benachteiligter Menschen berücksichtigt sowie die Menschen eingebunden⁷⁹. Dazu gehört auch die gleichberechtigte Partizipation von Frauen und Männern insbesondere in Führungs- und Entscheidungspositionen.

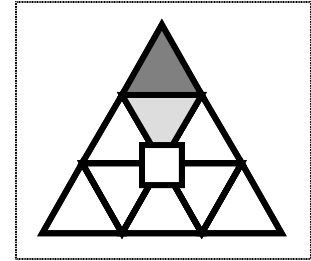
Handlungsfelder: - Kulturland Rheinland-Pfalz
- Sicheres Zusammenleben
- Bürgerengagement

⁷⁹ Diese Querschnittsaufgaben sind in Abschnitt 4.2, S. 66ff. eigens dargestellt und werden in den drei nachfolgenden Handlungsfeldern mit eingebunden.

Handlungsfeld:

E.a Kulturland Rheinland-Pfalz

Bedeutung: Die Weltkonferenz über Kulturpolitik stellte 1982 in Mexiko-Stadt die Bedeutung der Kultur heraus und definierte: „Die Kultur kann in ihrem weitesten Sinne als die Gesamtheit der einzigartigen geistigen, materiellen, intellektuellen und emotionalen Aspekte angesehen werden, die eine Gesellschaft oder eine soziale Gruppe kennzeichnen. Dies schließt nicht nur Kunst und Literatur ein, sondern auch verschiedene Lebensformen, die Grundrechte des Menschen, Wertsysteme, Traditionen und Glaubensrichtungen.“ Damit ist die Kultur ein wichtiger Bestandteil der Gesellschaft und des gesellschaftlichen Zusammenhalts.



Dieses Handlungsfeld ist für Rheinland-Pfalz bedeutend, da die Kulturpolitik ganz wesentlich vom Land bestimmt und vor Ort in den Kommunen umgesetzt wird.

Partner: MWVFK, MBFJ, MWVLW

Ziel: Das Land will mit seiner Kulturpolitik identitätsstiftend wirken, Spitzenkultur auch im ländlichen Raum anbieten und möglichst vielen Menschen Zugang zur Welt der Kunst verschaffen.

www.rlp-info.de
www.kulturland.rlp.de
www.kultursommer.de

Das Land bekennt sich zur Kulturförderung als klassische Aufgabe der Daseinsvorsorge und wird diese mit langfristiger Perspektive sichern. Die Bürgergesellschaft soll ihrerseits einen wichtigen Beitrag zum Kulturgesehen leisten. Der „Kultursommer“ soll als dezentrales Kulturprojekt im Sinne einer kulturellen Bürgerbewegung auf hohem Niveau fortgesetzt werden.

Rheinland-Pfalz ist ein Kulturland im Zentrum Europas mit einem außerordentlichen historischen Erbe, das heute noch in hochwertigen Denkmälern, Kunstwerken und anhand von Traditionen sichtbar ist. Daher sind bauliche und archäologische Denkmäler als Zeichen des kulturellen Erbes zu erhalten, zu pflegen und zu präsentieren und mit ihrem Wert ins Bewusstsein der Menschen zu bringen.

Die kulturelle Attraktivität des Landes zeichnet sich im Besucherstrom ab. Daher soll Rheinland-Pfalz mit seinen reizvollen Landschaften (u.a. Weltkulturerbe Mittelrheintal) zu einem Besucherziel ersten Ranges, v.a. für Kurzurlauber werden. Die radtouristischen und ländlichen Angebote (Bauern-/Winzerhöfe) werden weiter ausgebaut. Die Besucher erhalten attraktive Information, wofür auch der Flughafen Frankfurt-Hahn als eines der Eingangstore nach Rheinland-Pfalz genutzt wird.

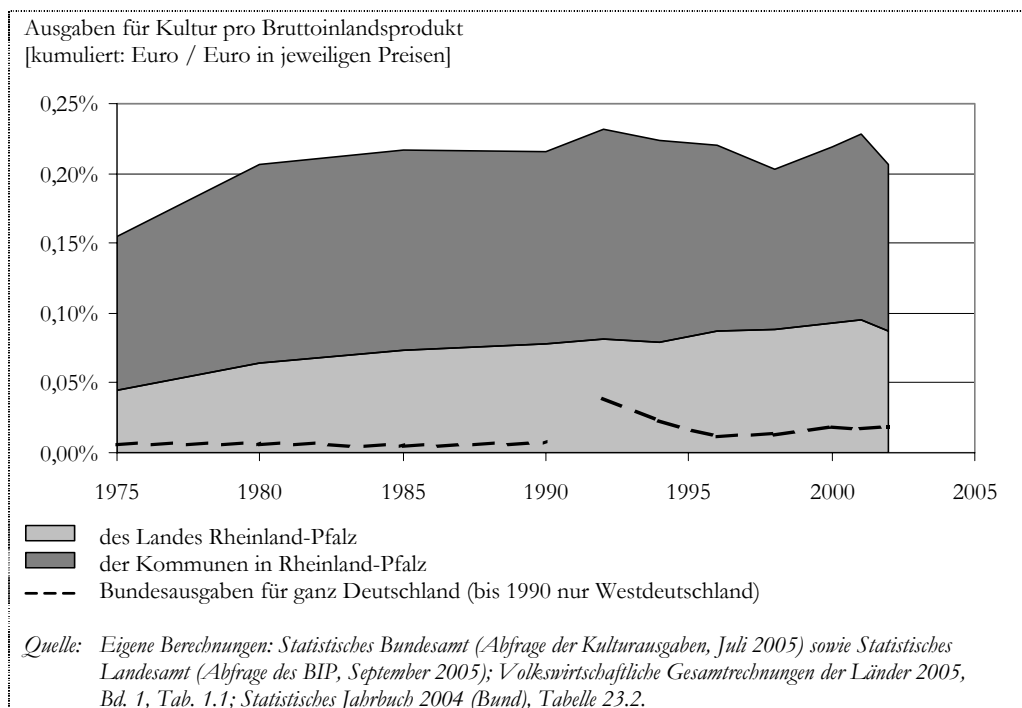
Die kulturellen und touristischen Angebote werden möglichst barrierefrei gestaltet.

Indikator: Ausgabenquote für Kultur

Referenz: –

Beschreibung: „Kultur“ ist schwer quantitativ zu erfassen. So können Ausgaben für Kultur weder die Zufriedenheit mit kulturellen Angeboten noch deren Qualität oder Eigenwert genügend abbilden. Da aber nur ein geringer Anteil der Kulturausgaben durch Einnahmen gedeckt werden kann, benötigt Kultur größtenteils öffentliche Gelder. Der Zuschussbedarf spiegelt die finanzielle Unterstützung von Kultur wider. Gemessen werden die Grundmittel für Einrichtungen und Einzelmaßnahmen. Die Kultureinrichtungen umfassen Theater, Einrichtungen der Musikpflege, Museen, Sammlungen und Ausstellungen, zoologische und botanische Gärten, Musikschulen, nichtwissenschaftliche Bibliotheken sowie sonstige Kultureinrichtungen und die Verwaltung. Die geförderten Einzelmaßnahmen kommen u.a. aus den Bereichen Theater und Musikpflege, Literatur und bildende Kunst, Museen und Ausstellung sowie Denkmalschutz / -pflege.

Verlauf: Die Ausgaben für Kultur in Rheinland-Pfalz bewegen sich seit 20 über Jahren auf einem konstanten Niveau, bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt. Der Anteil des Landes hat stetig zugenommen und beträgt ein Vielfaches der Ausgabenquote des Bundes, dessen Ausgaben nach der Wiedervereinigung sprunghaft gestiegen waren und dann wieder abfielen.



Bewertung: Infolge der Situation der Haushalte des Landes und der Kommunen ist die zukünftige Entwicklung der Kulturausgaben aufmerksam zu verfolgen, alternative Finanzierungsinstrumente sind kritisch zu überdenken. Die Kulturausgaben sollten sich aber in einem angemessenen Korridor bewegen, damit das Land auch in Zukunft der hohen gesellschaftlichen Bedeutung der Kultur gerecht wird.

Beispiele und Vorhaben:

Kultursommer Rheinland-Pfalz:

1992 startete der Kultursommer als eine Initiative der Landesregierung Rheinland-Pfalz, angesiedelt in dem dafür zuständigen Ministerium. Im Juli 1994 wurde aus der Initiative schließlich ein eingetragener Verein. Unter dem gemeinsamen Dach des Kultursommers präsentieren sich mittlerweile über 1.600 Veranstaltungen im ganzen Land. Der Kultursommer bündelt das riesige Angebot an Veranstaltungen, vernetzt und ergänzt die Arbeit der Initiativen und stützt sie durch eine umfassende Öffentlichkeitsarbeit.

Partner: MWWFK; Kultursommer Rheinland-Pfalz e.V.

www.kultursommer.de

Kulturland Rheinland-Pfalz:

Rheinland-Pfalz ist ein Land mit über 500 Burgen und Schlösser, des Weltkulturerbes Mittelrheintal mit dem weltberühmten Loreley-Felsen, der antiken römischen Bauten in Trier, der Dome in Mainz, Speyer, Worms und Trier, der historischen Orgeln in zahlreichen Dorfkirchen – das ist das Kulturland Rheinland-Pfalz.

Rheinland-Pfalz ist ebenso das Land zahlloser Kulturinitiativen der so genannten freien Szene, der städtischen und der freien Theater, der bildenden Kunst, rund 400 Museen und der Musik. Im Internet-Angebot des Kulturlandes Rheinland-Pfalz sind alle Kulturbereiche übersichtlich nach Sparten, Regionen und aktuellen Veranstaltungsterminen dargestellt.

Partner: MWWFK

www.kulturland.rlp.de

Kulturtourismus Rheinland-Pfalz:

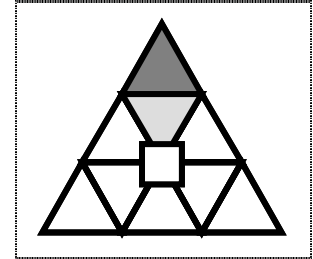
Das Potenzial des Kulturtourismus wird allgemein als ausbaufähig und als Wachstumsmarkt gewertet.

Rheinland-Pfalz verfügt über ein enormes kulturelles Potenzial, und bietet eine Kulturlandschaft mit mehr als 2000-jähriger Vergangenheit. Dazu kommen eine abwechslungsreiche Museenlandschaft, Festivals, Weinkultur und zahlreiche regionale Bräuche und Traditionen, so dass alle Angebotsfelder des Kulturtourismus bedient werden können. Durch die gemeinsame Initiative „Kultur und Tourismus“ des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau sowie des Ministeriums für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur wurde eine gemeinsame Strategie entwickelt, die auf die Vermarktung des kulturellen Potenzials in Rheinland-Pfalz ausgerichtet ist. Akteure aus Tourismus und Kultur konzipierten eine landesweite Dachmarke „Römer, Ritter und Romantiker“ zur effektiven Vermarktung kulturtouristischer Angebote. Nach der Auswahl geeigneter kultureller Projekte und der Entwicklung von touristischen buchbaren Pauschalen wurde 2005 erstmals die Broschüre „Kulturwege“ aufgelegt, 2006 erscheint eine aktualisierte Fassung.

Handlungsfeld:

E.b Sicheres Zusammenleben

Bedeutung: In Sicherheit zu leben, ist ein Grundbedürfnis des Menschen. Die gefühlte Sicherheit prägt maßgeblich die Lebensqualität. Ständige Sorge um die eigene Sicherheit schränken sie erheblich ein. Straftaten beeinträchtigen die Sicherheit und das Vertrauen der Menschen in Staat und Gesellschaft.



Dieses Handlungsfeld ist für Rheinland-Pfalz bedeutend, da das Land die polizeilichen Aufgaben hoheitlich steuert und damit das Sicherheitsniveau innerhalb der Gesellschaft beeinflusst.

Partner: ISM, Polizei, MBFJ

Ziel: Auch zukünftig sind wesentliche Aufgaben des Staates, Gefahren möglichst abzuwehren, die Menschen vor Straftaten zu schützen, die Straftäter konsequent zu ermitteln und ihrer Bestrafung zuzuführen. Die Annahme, Kriminalität könne auf Null reduziert werden, ist aber unrealistisch. Deshalb gilt es, die im Bundesvergleich in Rheinland-Pfalz günstige Sicherheitslage zu erhalten und weiter auszubauen. Hierzu soll die Verbrechensbekämpfung weiter optimiert werden, die Polizeipräsenz soll gesichert werden sowie die Kriminalprävention weiter ausgebaut werden. Die Orientierung des polizeilichen Handelns an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger soll ihr Vertrauen in die Polizei weiter stärken. Der polizeiliche Opferschutz soll intensiviert werden. Besonders Frauen und Kinder sollen vor Gewalt in engen sozialen Beziehungen und vor sexueller Gewalt geschützt werden. Dafür ist die Zusammenarbeit von Polizei, Justiz und Nichtregierungsorganisationen wie Frauenhäusern, Notrufen und Interventionsstellen weiter auszubauen. Prävention und Verfolgung der Kriminalität junger Menschen sollen aufbauend auf dem Erreichten weiter optimiert werden. Hierzu soll die Einrichtung weiterer Häuser des Jugendrechts im Land gefördert werden. Insbesondere junge Menschen sind zu einem gewaltfreien Leben zu ermuntern, wozu die Zusammenarbeit mit den gesellschaftlichen Gruppen im Jugendbereich fortgesetzt wird. Eine realistische Einschätzung der von Kriminalität ausgehenden Gefahren durch die Menschen setzt eine sachliche Medienberichterstattung voraus. Die Polizei wird sie fördern, indem sie die Öffentlichkeit auch weiterhin objektiv über die Kriminalitätsentwicklung und -gefahren aufklärt.

Indikator: Gemeldete und aufgeklärte Straftaten

Beschreibung: Die Polizei erfasst die ihr bekannt gewordenen Straftaten und Vergehen einschließlich der mit Strafe bedrohten Versuche (das so genannte „Hellfeld“) sowie die ermittelten Tatverdächtigen bundesweit einheitlich in der Polizeilichen Kriminalitätsstatistik (PKS). In die PKS fließen sowohl die schweren Straftaten, als auch alle Fälle der Bagatel- und Kleinkriminalität, die den weitaus größten Teil aller registrierten Straftaten ausmachen, ohne Gewichtung ein.

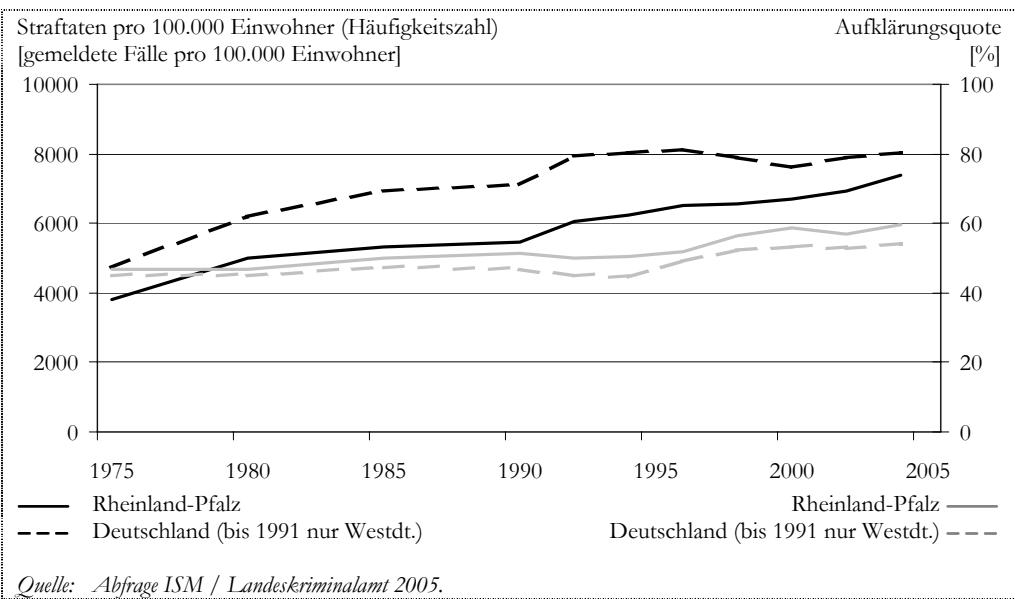
Die Kriminalitätsslage und ihre Veränderung werden mit der Häufigkeitszahl gemessen. Diese entspricht der Zahl der bekannt gewordenen Fälle bezogen auf 100.000 Einwohner. Je kleiner die Häufigkeitszahl ist, desto geringer ist die statistische Wahrscheinlichkeit im betreffenden Jahr Opfer einer Straftat zu werden.

Die Aufklärungsquote misst den Anteil der aufgeklärten an den registrierten Fällen. Je höher die Aufklärungsquote, desto höher ist das Risiko für Straftäter, ermittelt zu werden.

Referenz: SH, LA21 (ähnlich: NNS)

Verlauf: In Rheinland-Pfalz wie auch in Deutschland erhöhte sich die Häufigkeitszahl kontinuierlich bis auf 7.405 Fälle je 100.000 gemeldete Einwohner im Jahr 2004. Die Häufigkeitszahl für Deutschland, die stets über den Werten für Rheinland-Pfalz lag, betrug im gleichen Jahr 8.037. Der weitaus überwiegende Teil aller Straftaten in Rheinland-Pfalz ist der Klein- oder Bagatellkriminalität zuzurechnen. Hingegen liegt der Anteil der schweren Gewaltdelikte seit 15 Jahren etwa bei rund 3 %, die Häufigkeitsziffer der Gewaltkriminalität liegt beispielsweise bei 252 (größtenteils gefährliche und schwere Körperverletzungen).

Bis in die 90er Jahre stagnierte die Aufklärungsquote in Rheinland-Pfalz bei etwa 50 %, danach stieg sie bis 2004 kontinuierlich auf fast 60 %. In Rheinland-Pfalz wurden stets mehr Straftaten aufgeklärt als im Bundesdurchschnitt. Bei Straftaten gegen das Leben liegt die Aufklärungsquote permanent deutlich über 90 %. Delikte gegen die sexuelle Selbstbestimmung werden seit 1994 zu deutlich über 70 % aufgeklärt. Die Aufklärungsquoten bei Rohheitsdelikten und Straftaten gegen die persönliche Freiheit liegen seit 15 Jahren über 85 %.



Bewertung: Trotz des Anstiegs der Häufigkeitszahl ist das statistische Risiko, in Rheinland-Pfalz Opfer einer Straftat zu werden, seit Jahren geringer als im Bundesdurchschnitt. In vielen Deliktbereichen ist die Steigerung der registrierten Straftaten auch auf ein geändertes Anzeigeverhalten zurückzuführen: Entgegen aller Vermutungen hat sich beispielsweise die Sensibilität gegenüber Gewaltausübung stark verändert. Körperverletzung wird heute stärker geächtet als vor zwanzig Jahren. Hinzu kommt, dass die Gewaltanwendung im privaten Bereich zunehmend enttabuisiert wird. Die veränderte Bewertung von Gewalt unter Kindern und Jugendlichen durch Erwachsene führt ebenfalls zu mehr Anzeigen. Insgesamt gab es in Rheinland-Pfalz eine gewollte und willkommene Entwicklung, die aber mit höheren Zahlen in der Polizeilichen Kriminalitätsstatistik verbunden ist.

Ausgehend von der Gewissheit, dass Kriminalität nicht auf Null reduziert werden kann, gilt es, das statistische Risiko, in Rheinland-Pfalz Opfer einer Straftat zu werden, auch zukünftig möglichst geringer als im Bundesdurchschnitt zu halten. Die Gesamtzahl der Straftaten sollte deshalb nicht weiter ansteigen. Die Aufklärungsquote sollte möglichst hoch sein, auch um potenziellen Straftätern zu signalisieren, dass ihr Entdeckungsrisiko bei Begehung einer Straftat groß ist.

Beispiele und Vorhaben:

Projekt zur Gewaltprävention durch „locker bleiben – ohne Gewalt gewinnen“

(Okt. 2004 bis zur Fußball-WM 2006, dann permanente Initiative):

Der Landessportbund Rheinland-Pfalz und seine Mitgliedsorganisationen machen sich gemeinsam stark für gewaltfreies Sporttreiben. In den Sportvereinen – einem Ort, wo Sozialkompetenz, Handlungskompetenz und Regelakzeptanz gelehrt und gelernt werden – sind die Übungsleitenden, Trainerinnen und Trainer etc. Vorbilder im friedlichen Miteinander. Durch Aus- und Fortbildungsmaßnahmen werden die ÜbungsleiterInnen geschult und Sportvereinen werden kostenlose Materialien wie Banner, DVDs und T-Shirts zur Verfügung gestellt.

Partner: LSB

www.lsb-rlp.de

Wege aus der Gewalt:

Das Projekt „Wege aus der Gewalt“ beschäftigt sich mit der so genannten Alltagsgewalt, wie etwa Gewalt in der Familie, Gewalt auf der Straße, Gewalt am Arbeitsplatz, etc. Es werden Vorträge und praxisorientierte Trainings angeboten, die durch Kirchengemeinden in der Erwachsenenbildung, bei Gemeindeveranstaltungen, Elternabenden in Kindergärten, in Schulen und in Strafanstalten in Anspruch genommen werden. Es wurden mehrere Medien- und Material-Koffer „Pfeil auf Gewalt“ zusammengestellt, die bei den entsprechenden Stellen zur Verfügung stehen.

Partner: ev. Kirche

www.frieden-umwelt-pfalz.de

Jugend und Gewalt – Handreichung für Lehrer zur Gewaltproblematik an Schulen (Oktober / November 2006):

Unter dem Titel „Gewalt tut weh“ hat der Landespräventionsrat Rheinland-Pfalz eine Handreichung entwickelt, die praktische Empfehlungen für die Bearbeitung von Konflikten, schnelle Hilfen und Ansprechpartner in Notsituationen, aber auch Ratschläge und Kontakte für Präventionsmaßnahmen gibt.

Partner: Arbeitsgruppe „Jugend und Gewalt“ des Landespräventionsrates (ISM)

www.ism.rlp.de

RIGG – Rheinland-pfälzisches Interventionsprojekt gegen Gewalt in engen sozialen Beziehungen (seit 2000):

Mit dem umfassenden ressortübergreifenden und interdisziplinären Interventionskonzept RIGG beschreitet Rheinland-Pfalz seit 2004 einen neuen Weg wider die Gewalt gegen Frauen. Er geht von der Prämisse aus, dass Gewalt in engen sozialen Beziehungen keine Privatsache ist, sondern dass sich Staat und Gesellschaft zum Schutz der überwiegend davon betroffenen Frauen einmischen müssen. Das ineinander greifende vernetzte Konzept, beginnt mit den Maßnahmen der Polizei, bietet den Opfern über nicht staatliche Interventionsstellen und Beratungsstellen schnelle und wirksame Hilfe an, ermöglicht, ihnen bei Gericht Schutzanordnungen nach dem Gewaltschutzgesetz zu beantragen und umfasst auch ein Therapieangebot für Täter, um künftige Gewaltausübung möglichst zu vermeiden.

Partner: MBFJ, ISM, Polizei, Notrufe, Frauenhäuser, Gleichstellungsbeauftragte, Jugendämter, Gesundheitsinstitutionen

www.rigg-rlp.de

Wir im Verein mit Dir (Schuljahr 2005/2006: 6 Veranstaltungen vorgesehen):

Ziel des Vereins ist es, allen Kindern und Jugendlichen Felder sozialen Lernens außerhalb der Familie möglich zu machen, die pädagogische Kompetenz derjenigen zu stärken, die in unserer Gesellschaft erzieherisch tätig sind und Hilfe zur bzw. bei der Erziehung anzubieten.

Partner: Landespräventionsrat, ISM, LSB, Schulen

www.wir-im-verein-mit-dir.de

Wer nichts tut macht mit (Januar/Februar 2006 Wiederholungskampagne):

Seit 2000 wirbt die Polizei gemeinsam mit ihren Kooperationspartnern, wie z. B. der Bundespolizei, den kriminalpräventiven Gremien und dem Weissen Ring, alljährlich mit der Kampagne „Wer nichts tut, macht mit“ für mehr Zivilcourage in der Bevölkerung. Mit einem anspruchsvollen und abwechslungsreichen Programm soll möglichst vielen Bürger nahe gebracht werden, dass jeder, unabhängig von Alter und Geschlecht, in Not geratenen Menschen helfen kann, ohne sich selbst in Gefahr zu bringen.

Partner: ISM, Polizei

www.polizei.rlp.de

easi:

„easi – Erlebnis, Aktion, Spaß und Information“ ist ein Angebot des Landeskriminalamtes Rheinland-Pfalz (LKA) an Kommunen, Institutionen und Organisationen des Landes. Es liefert mit seinen Maßnahmen einen Beitrag zur Gewalt- und Suchtprävention und kann individuell auf die Bedürfnisse innerhalb der Kommune abgestimmt werden.

Partner: ISM, LKA

www.polizei.rlp.de

Prävention im Team (PIT):

PIT ist ein abgestimmtes und aufeinander aufbauendes Unterrichtsprogramm, das Schule und Polizei gemeinsam im Team mit Schülerinnen und Schülern der 6.-8. Schulklassen durchführen. Das Projekt unterstützt die Auseinandersetzung mit jugendtypischem Fehlverhalten von Achtlosigkeit über Rücksichtslosigkeit bis hin zur Kriminalität in den Bereichen Sucht, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit. Als wesentliche Zielsetzung steht die Stärkung der Persönlichkeit und der Auf- und Ausbau sozialer Kompetenzen bei jungen Menschen im Vordergrund.

Partner: ISM, LKA

www.polizei.rlp.de

Initiativen der Landesregierung:

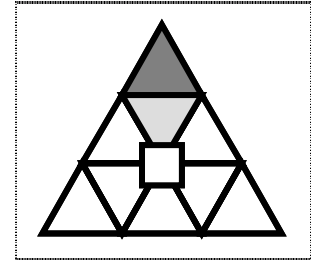
- Kampagne: Jugend für Respekt
- Landeswettbewerb: Sicherheit in rheinland-pfälzischen Städten und Gemeinden
- Broschüre: Mit Sicherheit Geld sparen
- Preis für Zivilcourage
- Forum Innere Sicherheit, Thema: Kriminalitätsempfinden und Kriminalitätswirklichkeit im Widerspruch?

Partner: ISM

Handlungsfeld:

E.c Bürgerengagement

Bedeutung: Bürgerschaftliches Engagement und ehrenamtliche Tätigkeit werden in unserer Gesellschaft zunehmend wichtiger. Viele Aufgaben können nur gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern erledigt werden. Im Gegenzug trägt jeder Mensch durch sein Engagement zum sozialen Zusammenhalt bei, indem Vertrauen und Solidarität gefördert werden. Außerdem trägt das freiwillige Engagement durch persönlichen Austausch und sinnvolle Freizeitgestaltung zur individuellen Lebenszufriedenheit bei.



Seit der Jahrtausendwende wird die Rolle des bürgerschaftlichen Engagements noch stärker wahrgenommen: Die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ (2000–2002) und der erste bundesweite Freiwilligensurvey (1999) lenkten die Aufmerksamkeit auf die modernen Formen des Engagements mit veränderten Motivations- und Zeitstrukturen. Diese ergänzen das traditionelle „Ehrenamt“, das stark durch eine formale Mitgliedschaft und feste Strukturen geprägt ist, um eine Vielzahl von eher spontanen und zielgerichteten Beteiligungsformen.

Dieses Handlungsfeld ist für Rheinland-Pfalz bedeutend, da das Land zusammen mit den Kommunen und den Freiwilligenagenturen und Ehrenamtsbörsen die Förderung des Engagements weiter gezielt intensivieren und ausbauen wird.

Partner: ISM, StK, MASFG, Sozialverbände, Kommunen, Bürgerinnen und Bürger

www.wir-tun-was.de
www.frauenetz-aktiv.de
www.umdenken.de
www.b-b-e.de

Ziel: Ziel der Landesregierung ist eine Bürgergesellschaft, in der sich alle Menschen mit ihren Fähigkeiten und Interessen einbringen können. Die politische Willensbildung soll noch weiter durch das Wissen der Bürgerinnen und Bürger angereichert werden, was sowohl die Gestaltung landespolitischer Themen, als auch die Förderung der kommunalen Beteiligung betrifft. Die Beteiligung muss aber stets den freiwilligen Charakter behalten und soll nicht instrumentalisiert werden. Dafür unterstützt die Landesregierung als Gründungsmitglied des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE) die Entwicklung einer lebendigen Bürgergesellschaft auf Landes- und Bundesebene.

Es ist von besonderer Bedeutung, die Menschen in das gesellschaftliche Leben einzubeziehen und sie an der Weiterentwicklung der kommunalen Infrastruktur zu beteiligen. Die Politik wird daher die Bürgerinnen und Bürger durch den Ausbau der Infrastruktur sowie der Anreiz- und Anerkennungskultur weiter befähigen und ermuntern.

Besonders im städtischen Bereich sind moderne Formen der projektbezogenen, abgegrenzten Freiwilligenarbeit verstärkt zu berücksichtigen. Aber auch die Arbeitswelt ist mit der Bürgergesellschaft weiter zu verbinden, indem etwa verstärkt Freiräume für das Engagement geschaffen werden.

Gerade für ältere Menschen sind die Beteiligungsmöglichkeiten zu verbessern und weiterzuentwickeln. Günstige Rahmenbedingungen für Selbstorganisation und Selbsthilfe sowie neue Formen des bürgerschaftlichen Engagements und der Nachbarschaftshilfe sind zu unterstützen.

Kinder und Jugendliche sollen an Planungs- und Gestaltungsprozessen beteiligt werden. Daher wird das Engagement über den Lernort Schule weiter ausgebaut.

Traditionelle Rollenverteilungen von Frauen und Männern im Bürgerengagement sollen abgebaut werden; dazu gehört insbesondere die stärkere Partizipation von Frauen auf allen Entscheidungsebenen. Der Frauenanteil in Gremien ist also durch geeignete Maßnahmen zu steigern.

Die LOKALE AGENDA 21 soll als kommunales Engagement, das besonders auf die Nachhaltige Entwicklung ausgerichtet ist, weiter intensiviert und etabliert werden.

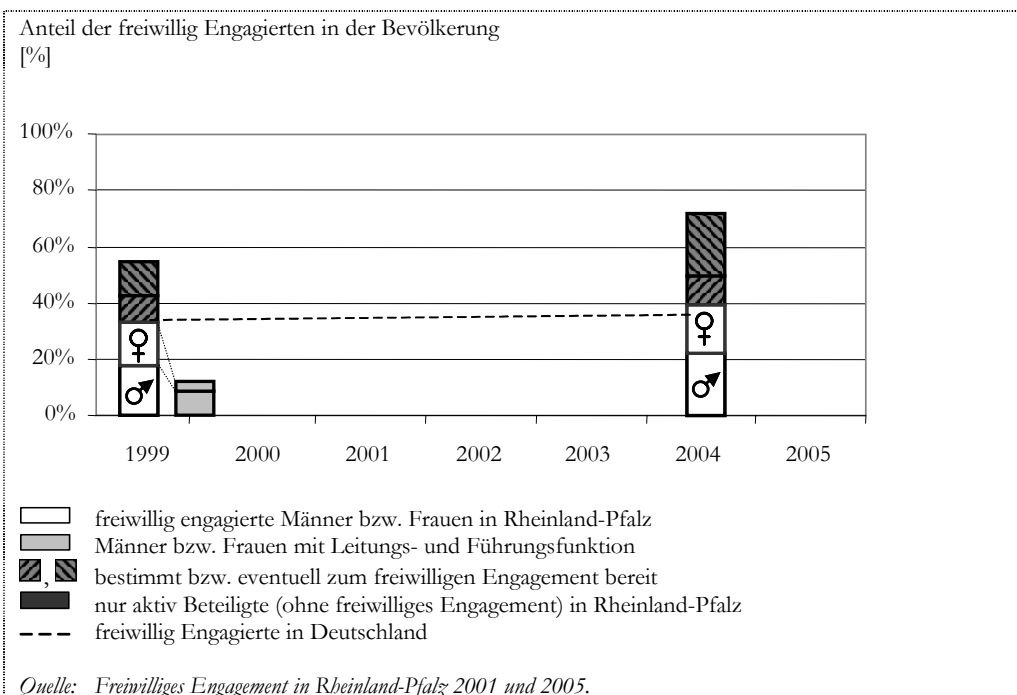
Indikator: Freiwillig engagierte Menschen

Referenz: –

Beschreibung: Das freiwillige Engagement ist ein Grundbaustein der Bürgergesellschaft. Die Bürgerinnen und Bürger übernehmen in Vereinen, Gruppen, Initiativen oder Organisationen Aufgaben, die von der Öffentlichen Hand nicht getragen werden können und nicht getragen werden sollten. Gleichzeitig ist das Engagement mit einer sinnvollen und erfüllenden Verwendung der Freizeit verbunden.

Das freiwillige Engagement ist bisher nur sporadisch erfasst worden. Die Studien „Freiwilligensurvey“ stellen daher eine wichtige, erste Datenbasis dar. Gemessen wird die Zahl der Menschen über 15 Jahren, die besondere freiwillige oder ehrenamtliche Tätigkeiten übernehmen. Das Freiwillige Engagement verfolgt keinen Erwerbszweck und dient nicht lediglich der Erholung oder Unterhaltung.

Verlauf: Das Bürgerengagement in Rheinland-Pfalz liegt deutlich über dem Niveau des Bundesdurchschnitts und hat sich von 1999 bis 2004 positiv entwickelt. Mehr als ein Drittel der Bevölkerung engagiert sich freiwillig. Im Jahr 2004 ist darüber hinaus ein Drittel der Bevölkerung bereit sich zu engagieren, wobei die eventuelle Bereitschaft zum Engagement innerhalb von fünf Jahren stark stieg. Es engagieren sich etwas mehr Männer freiwillig als Frauen, jedoch übernehmen beinahe doppelt so viele Männer wie Frauen Leitungs- und Vorsitzfunktionen.



Bewertung: Rheinland-Pfalz hat im Bundesvergleich ein vergleichsweise hohes Bürgerengagement, was u.a. auf die starke Beteiligung in den eher ländlich geprägten Strukturen zurückzuführen ist. Die Entwicklung des Engagements und der Bereitschaft ist positiv, selbst das Engagementpotenzial wächst noch im Unterschied zum Bundesdurchschnitt. Größere zu erschließende Potenziale bestehen bei älteren Menschen, in Städten sowie bei Migrantinnen und Migranten. Frauen sind noch zu wenig in höheren Positionen mit Gestaltungsmacht vertreten.

Beispiele und Vorhaben:

Wir tun was (aktuell):

Unterstützung, Anerkennung ehrenamtlicher Tätiger, Informations- und Erfahrungsaustausch durch Angebote und Schritte zur Vernetzung erleichtern dynamische Informationsaustausch zum Thema Ehrenamt. Organisationen können sich vorstellen, für ihre Projekte, Veranstaltungen und Wettbewerbe werben, Stellen anbieten, zur Diskussion anregen und sonstige Informationen veröffentlichen. Wichtige Eckpunkte sind:

- Ehrenamtsbörse
- Ehrenamtszeitung „wir-tun-was“
- Versicherungsschutz im Ehrenamt
- Verbesserung der Freistellungsregelungen im Zuständigkeitsbereich der Landesregierung
- Ehrenamtstag für alle ehrenamtlich Aktiven in Rheinland-Pfalz
- Bürgerkongress 2005, mit dem Ziel, die Bürgerbeteiligung in den Kommunen auszubauen
- Wettbewerb „Herausragende kommunale Ehrenamtsprojekte“
- Fachveranstaltungen zu bestimmten Themenschwerpunkten
- Gala „Ehrensache“ im SWR – Auszeichnung von Ehrenamtlichen mit besonderem Engagement
- Auszeichnung von verdienten Ehrenamtlichen mit dem Landesverdienstorden und Landesverdienstmedaille
- Ausbau der Bürgerbeteiligung auf der kommunalen Ebene

Partner: StK, MBFJ, ISM

www.wir-tun-was.de

Bürgerkongresse (März bis November 2005):

Die Staatskanzlei Rheinland Pfalz lädt Bürgerinnen und Bürger ein, die sich als Experten zu zentralen Politikfeldern der Landesregierung äußern und sich bürgerschaftlich engagieren, womit die Bedeutung ihres Engagements unterstrichen wird. Daher münden die Bürgerkongresse in einem Bürgermanifest, das auf der abschließenden Konferenz „Zukunft braucht Beteiligung – Sozialer Wandel und die Potentiale der Bürgergesellschaft“ der Landesregierung überreicht wird.

Die Kongressreihe befasste sich mit vier Zukunftsbereichen der Bürgergesellschaft:

- Zusammenleben gestalten: Freiwilliges Engagement von zu- und eingewanderten Menschen
- Engagement verbindet: Schule und Kindertagesstätte als Lern- und Lebensraum
- Bürgerkompetenz und freiwilliges Engagement nutzen: Chancen für eine lebendige Kommune
- Unternehmen engagieren sich: Gesellschaftliche Verantwortung, die allen zugute kommt

Partner: StK

www.buergerkongress.rlp.de

Freiwilligensurvey:

Das ISM ließ den ersten deutschen Freiwilligensurvey 1999 speziell für das Land Rheinland-Pfalz auswerten. Damit beabsichtigte das ISM, erstmalig einen differenzierten Überblick zur Strukturen, Zielgruppen, Wertorientierungen und Motivlagen, Problemlagen und Verbesserungswünsche der Engagierten zu gewinnen. Schließlich sollten auch die Potenziale und Möglichkeiten zur Verbesserung des bürgerschaftlichen Engagement aufgedeckt werden. Die Studie „Freiwilliges Engagement in Rheinland-Pfalz“ konnte 2001 erstmals veröffentlicht und vier Jahre später mit der Studie „Freiwilliges Engagement in Rheinland-Pfalz – 1999–2005 im Trend“ auf Basis der Freiwilligensurvey 2004 fortgeführt werden.

Partner: ISM

Bürgergutachten „Miteinander der Generationen in einer älter werdenden Gesellschaft“:

An dem im Auftrag des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit erarbeiteten Bürgergutachten waren 162 Bürgerinnen und Bürger stellvertretend für alle Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer beteiligt. Sie haben vier Tage engagiert und fundiert Empfehlungen erarbeitet, wie das Miteinander der Generationen zum Nutzen und mit dem Einverständnis aller gestaltet werden kann.

Partner: MASFG

www.masfg.rlp.de

Beispiele für das Engagement von und mit älteren Menschen:

- Gründung von kommunalen Seniorenbeiräten
- Ausbildung von Senior-Trainerinnen und Senior-Trainern
- Qualifizierung von älteren Menschen zu selbstverantwortlichem Engagement für Projekte und Initiativen
- Ausbildung von Heimtutoren
- Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements in der Pflege

Partner: MASFG

Generationennetzwerk Umwelt:

Das Generationennetzwerk Umwelt wendet sich an Einrichtungen und Personen, die in umweltbezogenen Handlungsfeldern oder im Rahmen der Umsetzung der AGENDA 21 generationenübergreifend und seniorenbezogen tätig sind oder dies beabsichtigen. Es unterstützt acht ausgewählte Einrichtungen dabei, als Lernwerkstätten in der Projektlaufzeit neue Ansätze für Jung und Alt zu entwickeln und zu erproben. Das Netzwerk sammelt, vermittelt und dokumentiert. Informationen und Erfahrungen sollen gleichermaßen für Einrichtungen mit vielen und für solche mit wenigen Erfahrungen und Kenntnissen eine interessante Plattform darstellen.

Partner: NABU

www.generationennetzwerk.de

Stadtmarketing und LOKALE AGENDA 21 der Stadt Trier:

Das Konzept „Zukunft Trier 2020“ ist ein langfristiges, ziel- und umsetzungsorientiertes Handlungskonzept, das ganzheitlich ausgerichtet ist und alle kommunalpolitischen Handlungsfelder umfasst. Es ist ein zukunftsorientiertes Führungskonzept, das lokale Akteure und Bürger mit einbezieht.

LZU-Angebote für LOKALE AGENDA 21:

Auch in Rheinland-Pfalz beschäftigen sich die Kommunen mit dem wichtigen Zukunftsthema LOKALE AGENDA 21. Die Landeszentrale für Umweltaufklärung möchte die Öffentlichkeit über die aktuelle Situation der Umwelt aufklären und die Bereitschaft der Bevölkerung zu umweltgerechtem Verhalten und zur Mitwirkung an den Aufgaben des Umweltschutzes wecken. Dies wird u.a. mit Hilfe von Prozessberatungen, Moderatorenschulungen, Einstiegspaketen, Bausteinen, Video-filmen, Bürgerbroschüren, Medienpaketen, Projekt- und Umfragedatenbanken getan. Um den Informationsaustausch und die Vernetzung zu fördern, wurden Erfahrungen von aktiven Gemeinden zusammengetragen und in einer Datenbank recherchierbar gemacht. Die Angaben aller Kreise und Kommunen mit AGENDA 21 Aktivitäten stehen als pdf-Datei zum Downloaden, Ansehen und Ausdrucken zur Verfügung und sollen kontinuierlich ergänzt und erneuert werden.

Partner: LZU

www.umdenken.de

Fördermittel für LOKALE AGENDA 21:

Neben den eigenen Aktivitäten und Publikationen fördert und unterstützt die Landeszentrale für Umweltaufklärung auch Projekte und Initiativen Dritter in Rheinland-Pfalz. Wenn Gruppen, Initiativen, Vereine oder Verbände für ihre Projekte zuwenig Geld zur Verfügung haben, kann die Landeszentrale für Umweltaufklärung unter gewissen Voraussetzungen und im Rahmen ihres dafür zur Verfügung stehenden Budgets einen Zuschuss gewähren. Um Aussicht auf Unterstützung zu haben, muss aus der Projektbeschreibung ein deutlicher Umweltbezug, der Modellcharakter und/oder die landesweite Bedeutung des Vorhabens deutlich werden. Besonders gute Aussichten hat ein Antrag, wenn er sich im Themenkreis „Nachhaltige Entwicklung“ bewegt.

Partner: LZU

www.umdenken.de

Nachhaltigkeitsbereich:

F Gesellschaft und Umwelt integrieren

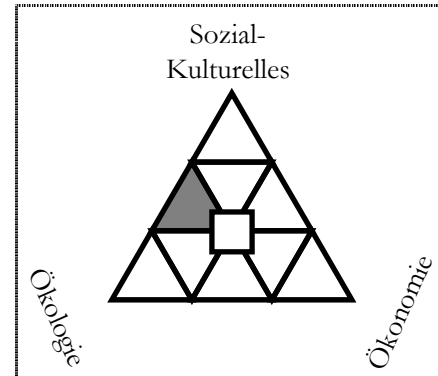
Leitbild: Die Bürgerinnen und Bürger sind durch ihre Konsummuster, Freizeitgestaltung sowie bürgerschaftliches Engagement Hauptakteure zur Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen. Gleichzeitig gewinnt die Gesellschaft Nutzen und Identifikation durch die Integration der natürlichen Umwelt.

Leitziel: Das individuelle Handeln soll mit den ökologischen Anforderungen verträglich sein. Ebenfalls sollen sich die Bürgerinnen und Bürger in ihrer natürlichen Umwelt wohl fühlen.

Das Land wird darauf hinwirken, dass

- der naturnahe und umweltverträgliche Tourismus ausgebaut,
- das Naturerlebnis und das Verständnis von Natur und Umwelt gestärkt sowie
- das Wohn-, Arbeits- und Freizeitumfeld attraktiv gestaltet wird
- Hochwasservorsorge und Hochwasserschutzmaßnahmen durchgeführt werden.

Handlungsfelder: - Attraktives Lebensumfeld
- Naturereignisse bewältigen



Handlungsfeld:

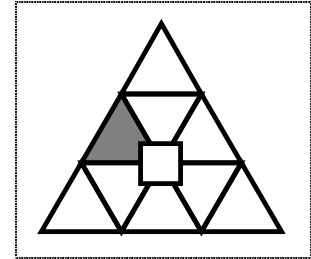
F.a Attraktives Lebensumfeld

Bedeutung: Naturnähe ist ein wichtiger Faktor für ein attraktives Lebensumfeld, weil sie die Bedürfnisse nach Erholung und spielerischer Betätigung befriedigt sowie das ästhetische Empfinden positiv beeinflusst. Ferner hält ein angenehmes Lebensumfeld störende und gesundheitsschädliche Einflüsse fern. Damit steigert das naturnahe Lebensumfeld die Standortattraktivität.

Gerade Kinder erfahren die Natur mit allen Sinnen und lernen sozusagen spielend von ihr. Jungen und Mädchen brauchen Räume, in denen

sie sich bewegen können und die zugleich leicht zugänglich und gefahrlos zu erreichen sind. Jugendliche benötigen ebenso attraktive Außenräume als Treffs mit Gleichaltrigen: Plätze, Brachen oder Grünflächen, die spontanes Spiel, Kommunikation und Bewegung ermöglichen.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung kommt dem Wald in Rheinland-Pfalz als Erholungsraum eine sehr hohe Bedeutung und eine steigende Wertschätzung durch die Gesellschaft zu. Menschen brauchen die Naturbegegnung umso mehr, je stärker moderne Arbeits-, Konsum- und Medienansprüche sie in Anspruch nehmen. Die zunehmende Technisierung in nahezu allen Bereichen des Alltags erzeugt bei vielen Menschen den starken Wunsch nach seelischer und körperlicher Erholung in naturnahen Landschaften.



Dieses Handlungsfeld ist für Rheinland-Pfalz bedeutend, da das Land zusammen mit den Kommunen und den Bürgerinnen und Bürgern entsprechende Räume schaffen kann.

Partner: ISM, MUF, FM

Ziel: Die Siedlungsentwicklung fordert gerade vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung kinder- und altersgerechte Angebote. Daher wird die rheinland-pfälzische Landesregierung die Gemeinden und Städte weiterhin bei der Schaffung qualitativ ansprechender Spiel- und Erholungsräume unterstützen. Diese sollen barrierefrei und sicher erreichbar sein.

Störungen durch Lärm sind zu vermeiden, da sie eine bedeutende Beeinträchtigung des menschlichen Wohlbefindens und der Gesundheit bedeuten. Daher wird das Land die hauptsächlich durch Verkehr verursachte Belästigung im innerstädtischen Bereich und an Hauptverkehrswegen (Straße, Schiene, Luft) weiter verringern. Dazu sind bauliche, technische und verkehrsbeeinflussende Maßnahmen zu ergreifen, ebenso wie die langfristige Verkehrsplanung zu gestalten.

Mit dem attraktiven Lebensumfeld verfolgt das Land auch die siedlungspolitische Zielsetzung, die Städte bzw. den Baubestand aufzuwerten. Diese sollen eine kinderfreundliche Umwelt und barrierefreien Zugang bieten. Wohnraum soll auch in Zukunft gut und preiswert sein.

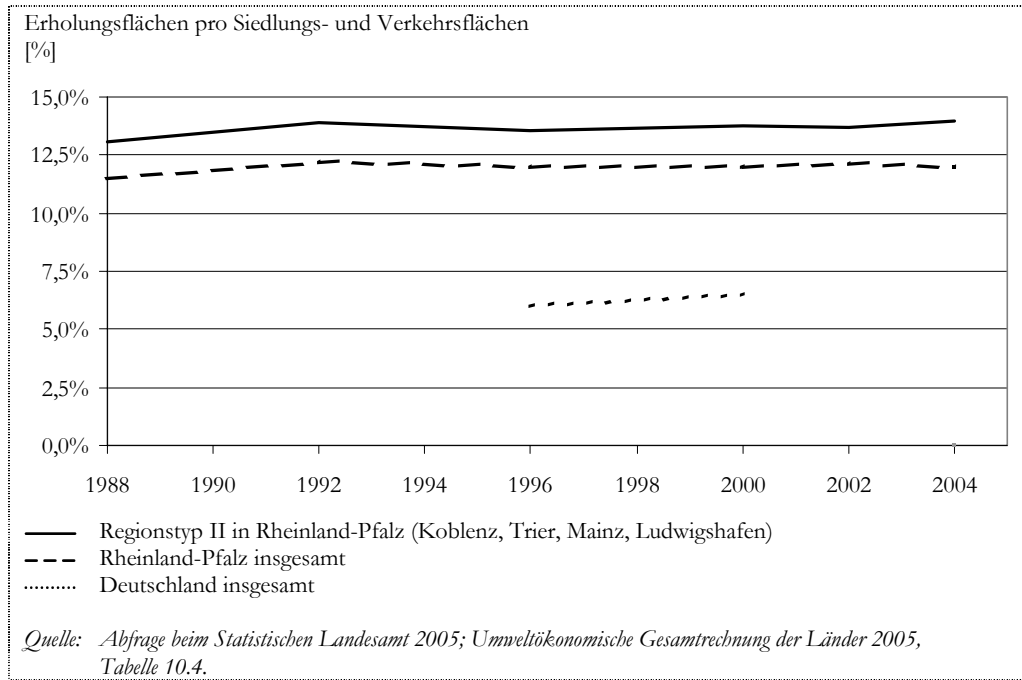
Die Konflikte der Ansprüche von Sporttreibenden mit Belangen der Ökologie und der Nachbarschaft sind auch zukünftig zu vereinen. Dafür werden die Leitlinien und Projekte mit dem Landessportbund fortgeführt.

Indikator 1: Erholungsflächen in verdichteten Räumen

Referenz: UMK

Beschreibung: Die Erholungsflächen haben wichtige sozial-ökologische Bedeutungen: Zum einen sind sie für die Grundwasserbildung und das Kleinklima bedeutend. Zum anderen tragen sie zur Rekreation und zu angenehmem Wohnumfeld bei. Besonders in verdichteten Strukturen bestehen weit weniger „grüne Lücken“. Der Indikator misst die unbebaute Fläche einschließlich Grün- und Friedhofsflächen von Städten mit mehr als 100.000 Einwohnern und bezieht sie auf die Siedlungs- und Verkehrsfläche. Aufgrund von methodischen Änderungen in der Statistik kann der Indikator erst ab 1988 dargestellt werden.

Verlauf: Der Anteil der Erholungsflächen liegt in Rheinland-Pfalz seit gut 15 Jahren im Vergleich zum Bundesdurchschnitt auf einem gleich bleibenden, unverändert hohen Niveau.



Bewertung: Der hohe Standard sollte erhalten werden, weil die Städte in Rheinland-Pfalz sich dadurch als besonders attraktive Lebensräume auszeichnen.

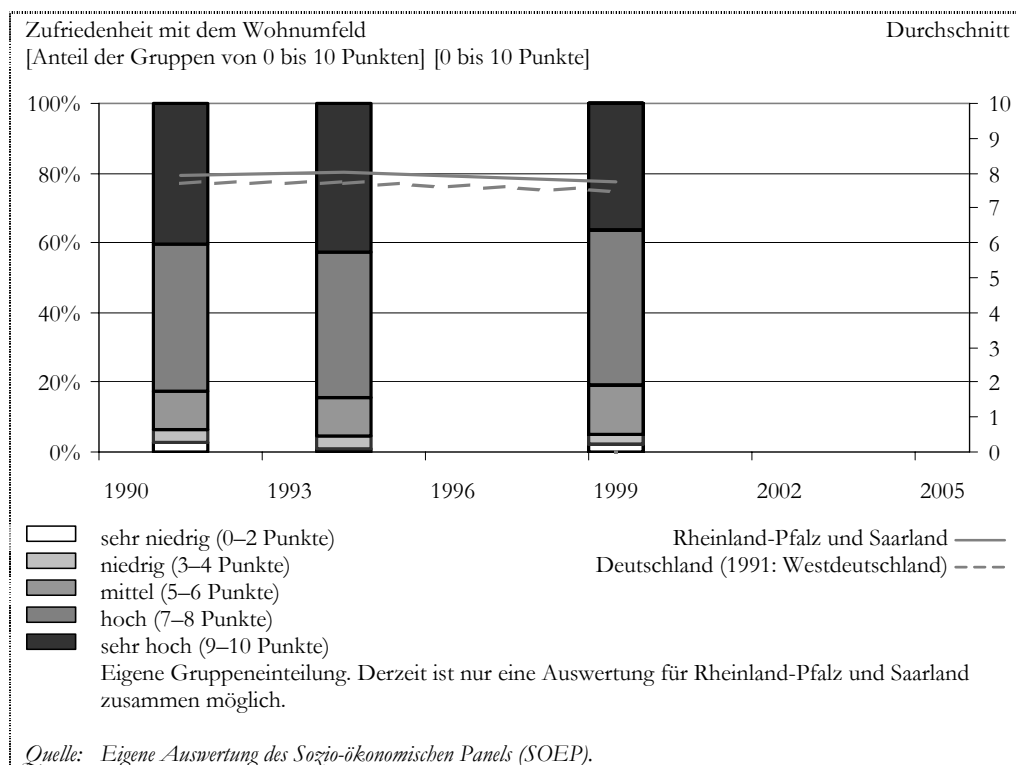
Indikator 2: Zufriedenheit mit dem Wohnumfeld

Referenz: –

Beschreibung: Das Wohnumfeld bestimmt das Wohlbefinden des Menschen sehr wesentlich, sodass hier ein wichtiger Ansatzpunkt für die Lebensqualität besteht. Das Lebensumfeld setzt sich aus verschiedenen Faktoren wie soziale Struktur, baulicher Zustand, Verkehrsströme, Mikroklima, Sicherheitsempfinden und anderem mehr zusammen.

Der Indikator misst die Zufriedenheit der Menschen mit ihrem Wohnumfeld auf einer Skala von 0 (sehr niedrig) bis 10 (sehr hoch). Die subjektive Bewertung ist allerdings ein recht allgemeiner Anhaltspunkt und daher im Detail bzw. vor Ort näher zu bestimmen.

Verlauf: Die Zufriedenheit mit dem Umfeld befindet sich in Rheinland-Pfalz auf hohem Niveau. Weniger als jeder Fünfte ist nur mittelmäßig oder weniger zufrieden. Die meisten Menschen geben eine hohe bis sehr hohe Zufriedenheit an. Die durchschnittliche Zufriedenheit ist ähnlich hoch wie auf Bundesebene.



Bewertung: Rheinland-Pfalz wie auch Deutschland bieten insgesamt ein attraktives Lebensumfeld, da sich die Zufriedenheit auf hohem Niveau befindet. Die Bewertung ist aber unter Berücksichtigung der konkreten Situation vor Ort weiterzuführen, um das allgemeine Stimmungsbild „Zufriedenheit“ weiter zu konkretisieren. Insgesamt weisen die Ergebnisse auf eine gute Ausgangsbasis hin; es existieren vermutlich keine flächendeckende Probleme.

Beispiele und Vorhaben:

Modellvorhaben „Kinderfreundliche Umwelt“ (seit 1995):

Das Umweltministerium führt seit 1995 das Modellvorhaben „Kinderfreundliche Umwelt“ durch. Hierbei ging es zunächst um die Einrichtung naturnaher Spiel- und Erlebnisräume für Kinder und Jugendliche als Teil einer zukunftsorientierten Umwelt- und Kommunalpolitik nach dem Leitbild der AGENDA 21. Nach erfolgreicher Modellphase werden seit 1997 kindgerechte Spiel- und Erlebnisraumprojekte in Kindergärten, Schulen und auf öffentlichen Flächen gefördert. Mit deren Hilfe konnten bisher fast 250 Erlebnisspielräume geschaffen werden.

Partner: MUF

www.wasser.rlp.de

Kooperation von Naturschützern und Sportlern zur Konfliktbewältigung und Beratung (seit 1999, wird fortgeführt):

Natursportfachverbände und anerkannte Naturschutzverbände sind in Arbeitsgruppen organisiert, in denen konkrete Erkenntnisse gewonnen und formuliert werden. Es werden aber auch konkrete Konfliktsituationen mit dem Ziel einvernehmlicher Lösungen diskutiert. Die Entscheidungen der Arbeitsgruppen wirken dabei lediglich als Empfehlung für Politik und/oder Verwaltung.

Partner: LSB, MUF, ISM, Naturschutzverbände, Natursportverbände

www.lsb-rlp.de

Umweltnetzwerk Kirche Rhein-Mosel:

Stärkung des Umweltdenkens in den kirchlichen Einrichtungen und den Gemeinden.

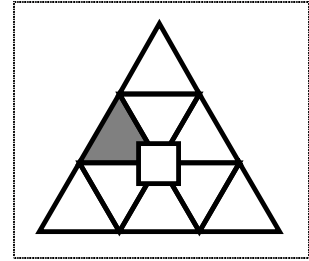
Partner: Kirchen, RHK

www.umweltnetzwerkkircherheinmosel.de

Handlungsfeld:

F.b Naturereignisse bewältigen

Bedeutung: Der Mensch ist Teil der natürlichen Umwelt und hängt existenziell von ihr ab. Der Mensch kann natürliche Systeme aber auch beeinflussen und gestalten sowie sein eigenes Verhalten den natürlichen Standortbedingungen anpassen.
Hochwasser sind als Teil des Wasserkreislaufes unvermeidlich und immer wiederkehrende Naturereignisse. An großen Flüssen sind insbesondere lang anhaltende Niederschläge, auch mit Schneeschmelze, für die Hochwasser verantwortlich. An kleinen Flüssen und Bächen entstehen Hochwasser auch durch örtliche Starkregen.



Dieses Handlungsfeld ist für Rheinland-Pfalz bedeutend, da Raumplanung und Siedlungsentwicklung entsprechende Gestaltungsmöglichkeiten bieten. Die Regional- und Kommunalplanung kann insbesondere Maßnahmen zur Hochwasservorsorge und zur Vermeidung von Hochwasserschäden ergreifen.

Partner: MUF, LUWG, SGD-Süd, SGD-Nord, ISM, GStB, IKSR

Ziel: Die Menschen sollen darin unterstützt werden, die Auswirkungen von Naturereignissen auf Ihr Leben und ihr Vermögen besser einzuschätzen und entsprechend zu handeln. Die Menschen sollen die Risiken von Naturereignissen sowie die technischen, organisatorischen und verhaltensbezogenen Reaktionen besser abschätzen können. Das heißt, dass unterschätzte Risiken angemessen ins Bewusstsein gebracht werden sollen.

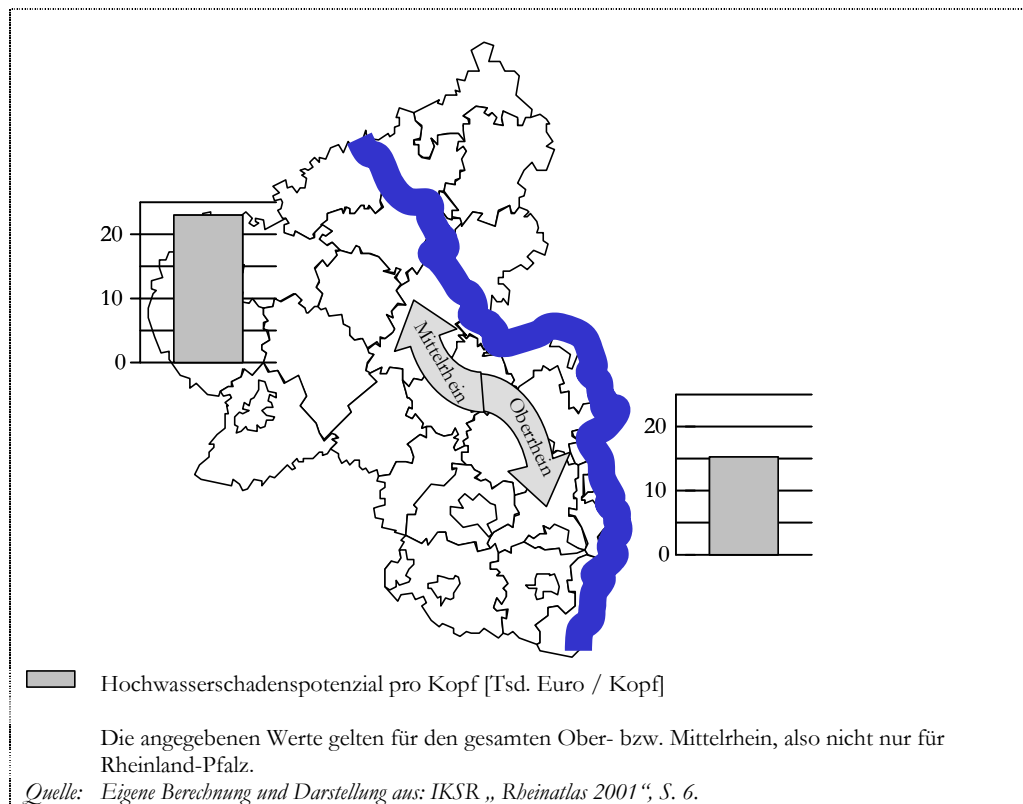
Der Schlüssel zur Begrenzung von Hochwasserschäden liegt im Zusammenwirken von staatlicher Vorsorge und eigenverantwortlichem Handeln der Verantwortlichen in den Kommunen, in den Gewerbe- und Industriebetrieben, aber insbesondere auch von jedem Einzelnen. In den Einzugsgebieten der Gewässer soll für den natürlichen Wasserrückhalt ausreichend Raum zur Verfügung stehen. Gleichzeitig soll der Gefährdung von Mensch und Vermögen durch technischen Hochwasserschutz, Hochwasservorsorge, Hochwasserwarndienste und siedlungspolitische Maßnahmen entgegengewirkt werden.

Indikator: Hochwasserschadenspotenzial

Referenz: –

Beschreibung: Hochwasser ist ein Naturereignis, das den Menschen und seine Vermögenswerte gefährden kann. Der Mensch kann durch seine Handlungen aber auch selbst die Gefährdungslage beeinflussen. So hängt das Schadenspotenzial stark von der Intensität der Flächennutzung und dem Umfang der Bebauung in den Tälern von Flüssen und Bächen sowie den natürlichen Überschwemmungsgebieten ab. Geschätzt wird die Summe der möglichen Sachschäden gemäß ihrem Zeitwert durch Hochwasser; Betriebsausfall wird bisher nicht berücksichtigt. Das errechnete Schadenspotenzial ist ein fiktiver Wert, um den gesamten Vermögensbestand im hochwassergefährdeten Bereich abzuschätzen. Das Hochwasserschadenspotenzial wird hier auf die Anzahl der möglicherweise betroffenen Personen bezogen. Exemplarisch wird der Indikator hier nur für den Rhein dargestellt, es ist keine Zeitreihe verfügbar. Das Hochwasserschadenspotenzial soll zukünftig weiterentwickelt und durch das „Hochwasserrisikopotenzial“ ersetzt werden, um die tatsächlich zu erwartenden Schäden besser abschätzen zu können.

Verlauf: Das durchschnittliche Schadenspotenzial der Betroffenen am Oberrhein liegt bei ca. 15.000 Euro pro betroffene Person und am Mittelrhein bei knapp 23.000 Euro pro betroffene Person.



Bewertung: Am Mittelrhein ist das spezifische Schadenspotenzial höher, da Städte nahe dem Fluss und in einem relativ engen Tal gebaut wurden. Die Siedlungsdichte in den hochwassergefährdeten Gebieten ist hier also besonders hoch.

Das Land vermindert durch Hochwasservorsorge-Maßnahmen die Gefährdung der Bevölkerung und des Vermögens. Die Internationale Kommission zum Schutz des Rheins (IKSR) hat das Ziel gesetzt, das Hochwasserrisiko am Rhein bis 2020 um 25 % bezogen auf 1995 zu senken. Der vorgesehene Indikator „Hochwasserrisikopotenzial“ wird dies mit abbilden können.

Beispiele und Vorhaben:

Aktionspläne Hochwasser an Rhein, Mosel, Saar, Nahe und Sieg:

Die Aktionspläne zielen – unabhängig von der gesetzlichen Verpflichtung bestehende Defizite auszugleichen (z. B. Retentionsraumausgleich) – auf die Vorsorge bei allen Hochwassersituationen ab, nicht nur auf die Vorsorge bei Extremereignissen. Dabei führt nur ein integriertes Denken und Handeln der Fachbereiche Wasserwirtschaft, Raumordnung und Siedlungsentwicklung sowie Land- und Forstwirtschaft auf lokaler, regionaler und überregionaler Ebene langfristig zu einem wirksamem Hochwasserschutz und so zu einer Verringerung der Schadensrisiken. Als Handlungsziele werden dabei die Verringerung des Schadensrisikos, die Erhöhung des Wasserrückhalts, die Optimierung des Hochwassermelbewesens und der Vorhersagezeiträume sowie die Verstärkung des Hochwasserbewusstseins definiert.

Partner: MUF

www.wasser.rlp.de

Hochwassermeldedienst:

Während der Hochwasserzeiten werden umfangreiche Informationen zur Lage, Vorhersage, Wasserstände etc. der Flüsse Rhein, Mosel, Nahe/Glan und Sieg zur Verfügung gestellt. Die Hochwassermeldungen werden über die Informationswege Videotext, Internet, Mobilfunk (WAP), per Telefonabfrage und Rundfunk verbreitet.

Partner: MUF; LUWG, SGD-Süd, SGD-Nord

www.hochwasser.rlp.de

Internet-Plattform Hochwasserschutz

Die Internet-Plattform Hochwasserschutz Rheinland-Pfalz ist eine gemeinsame Initiative des Gemeinde- und Städtebundes Rheinland-Pfalz und der Wasserwirtschaftsverwaltung des Landes. Sie bietet allen am Hochwasserschutz Beteiligten, insbesondere den Kommunen, die Möglichkeit, ihre Projekte und Hochwasserschutzmaßnahmen der interessierten Öffentlichkeit vorzustellen.

Partner: MUF

www.wasser.rlp.de

Hochwasserhandbuch:

Der Schlüssel zur Begrenzung von Hochwasserschäden liegt im Zusammenwirken von staatlicher Vorsorge und eigenverantwortlichem Handeln des Einzelnen. Hinweise für Vorsorge des Einzelnen enthält das Hochwasserhandbuch.

www.wasser.rlp.de

Nachhaltigkeitsbereich:

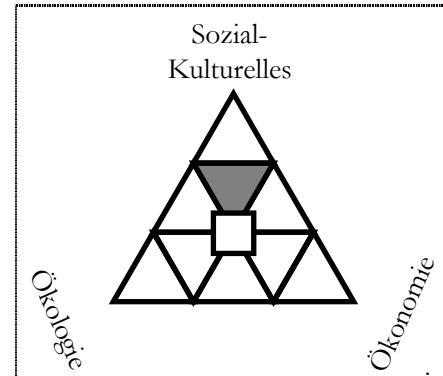
G Internationale Verantwortung tragen

Leitbild: Die internationale Verantwortung ist ein Hauptbestandteil der Nachhaltigen Entwicklung. Dabei steht der „Ausgleich zwischen Nord und Süd“ im Vordergrund, um weltweit existenzielle Grundbedürfnisse zu befriedigen und ungerechte Verteilungen zu verringern.

Leitziel: Das Land wird im Rahmen eigener Möglichkeiten die internationalen Entwicklungsziele voranbringen sowie fairen Handel fördern. Der eigene Wohlstand darf nicht in falscher Sparsamkeit enden.

Ziel der Zusammenarbeit ist, Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten sowie Kompetenzen auszutauschen. Frauen sind als entscheidende Multiplikatoren der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung auf lokaler Ebene besonders zu stärken. Darüber hinaus sollen Frauen an den politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen eines Landes gleichberechtigt teilhaben. Die Zusammenarbeit fördert ebenfalls die Erhaltung des natürlichen Lebensumfelds, von dem gerade arme Menschen existenziell abhängig sind.

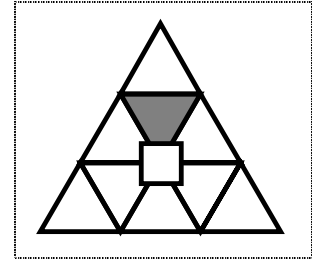
Handlungsfeld: Internationale Partnerschaften



Handlungsfeld:

G.a Internationale Partnerschaften

Bedeutung: Die Nachhaltige Entwicklung auf globaler Ebene benötigt ein partnerschaftliches Verständnis. Damit kann nicht nur ein gemeinsames Bewusstsein für die Herausforderungen im Rahmen der internationalen Verantwortung geschaffen werden, sondern es können auch konkrete Hilfestellungen gegeben werden. Die Unterstützung der Partnerländer ist notwendig, weil bei ihnen immense Defizite an einfachsten und besonders an höherwertigen Ressourcen und Kompetenzen bestehen. Umfassendere Projekte der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit sind nur auf Bundesebene möglich.



Im Rahmen der geschlechtergerechten Entwicklung wird insbesondere die Notwendigkeit einer Beteiligung von Frauen an der Bewirtschaftung von Ökosystemen, die Erhöhung des Frauenanteils bei politischen Entscheidungsträgern sowie die Partizipation von Frauen bei der Auswertung, Prüfung- und Überarbeitung von Lehrplänen oder Unterrichtsmaterialien hervorgehoben.

Dieses Handlungsfeld ist für Rheinland-Pfalz bedeutend, da mit einfachen Mitteln eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit aufgebaut werden kann. Dies zeigt die bundesweit einmalige Schwerpunkt-Partnerschaft mit Ruanda.

Partner: ISM, StK, MBFJ, MWVFK, ELAN, Kirchen, Bundeswehr

Ziel: Rheinland-Pfalz legt den Fokus auch zukünftig auf eine intensive Partnerschaft mit Ruanda. Dies ist ein wichtiger Ausschnitt aus dem gesamten Spektrum der internationalen Verantwortung. Das Land kann am besten mit ganz konkreten Beiträgen helfen. Die Partnerschaft konzentriert sich auf Entwicklungs-, Bildungs- und Umweltprojekte. Im Jahr 2001 haben die Regierungen beider Partnerländer vereinbart, verstärkt Partnerschaften zwischen rheinland-pfälzischen und ruandischen Frauenorganisationen zu fördern.

Über die Hochschul- und Wissenschaftspartnerschaften zu verschiedenen Ländern der Erde wird ebenso die Weitergabe von wissenschaftlichen Erkenntnissen wie auch die Schulung des wissenschaftlichen Nachwuchses gefördert. In Entwicklungsländern kann hierdurch gemeinsam an länderspezifischen ressourcenschonenden und umweltschützenden Methoden gearbeitet werden. Mit Industriestaaten können durch Bündelung der Kompetenz beispielsweise ökonomische Produktionsverfahren und ökologische Anforderungen gemeinsam erforscht werden.

Über die Partnerschaft mit Ruanda hinaus soll die internationale Verantwortung auch im Alltag der Menschen verwirklicht werden. Dazu können die Bürgerinnen und Bürger mit bewussten Konsumentscheidungen beitragen.

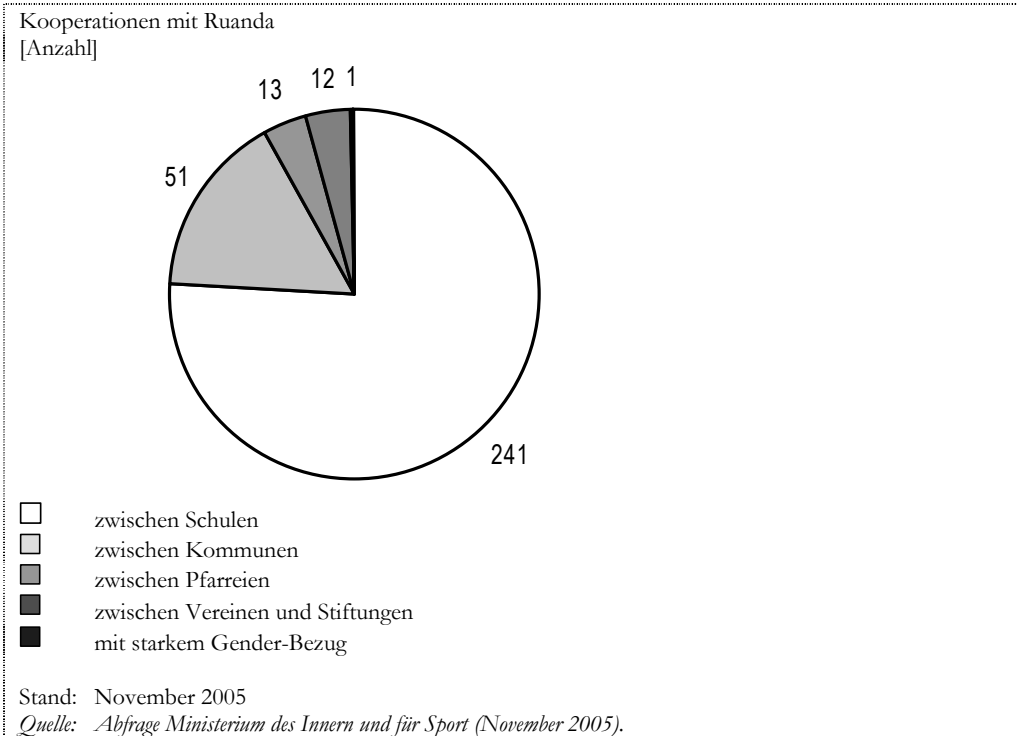
Indikator: Kooperationen mit Ruanda

Referenz: SH

Beschreibung: Die internationale Verantwortung der Industrieländer ist gemäß AGENDA 21 ein Grundelement der Nachhaltigen Entwicklung. Deshalb ist ein angemessener Beitrag zur Entwicklung der Wirtschaft und des Gemeinwohls in Entwicklungsländern zu leisten. Hierbei ist die Kooperation eine Form, die gerade auf kommunaler und Landesebene gut anknüpfen kann. Rheinland-Pfalz konzentriert seine Kooperationen auf die Partnerschaft mit Ruanda.

Gemessen wird die Anzahl der Kooperationen mit ruandischen Partnern. Das Projekt und die Hilfsgelder werden über das ISM abgewickelt.

Verlauf: Der Schwerpunkt liegt gegenwärtig auf Partnerschaften zwischen Schulen, gefolgt von Partnerschaften zwischen Kommunen.



Bewertung: Die langjährige und kontinuierliche Zusammenarbeit mit dem Partnerland Ruanda ist ein auch bundesweit beachtetes Modell und als vorbildhaft einzustufen.

www.rlp-ruanda.de

Beispiele und Vorhaben:

Know-how-Transferprojekt (Beginn: April 2001; 2. Phase: April 2004 bis März 2007):

Durch die Zusammenarbeit in Partnerschaftsprojekten sollen durch den Wissenstransfer die handwerksspezifischen Dienstleistungsangebote verbessert werden. Neu geschaffene Kooperationen untereinander unterstützen die Mittelstandsorganisationen in ihrer Funktion als politische Interessenvertretung des Handwerks in der gesamten Region. Die verbesserte, berufliche Qualifizierung unterstützt die Betriebe und ihre Organisationen bei der Anpassung und Vorbereitung auf den EU-Binnenmarkt.

Partner: HWK Koblenz

www.hwk-koblenz.de

Internationale Partnerschaften des Landessportbundes Rheinland-Pfalz (seit 1962):

Internationale Zusammenarbeit hat im rheinland-pfälzischen Sport Tradition; die erste Partnerschaft wurde 1962 mit Burgund geschlossen. Mit einer Vielzahl von Projekten unterstützt der Landessportbund Rheinland Pfalz u.a. interregionale, grenzüberschreitenden Austausch. Die Zusammenarbeit mit Partnerverbänden in Ungarn sind ein Beispiel für eine Entwicklungspartnerschaft für Demokratie. Aber auch außerhalb Europas, in Ruanda, setzt der rheinland-pfälzische Sportbund Akzente für die Versöhnung der verfeindeten Bevölkerungsgruppen.

Partner: LSB

www.lsb-rlp.de

Die Rheinische Affaire (Dezember 2004 bis voraussichtlich Mai 2007):

Im Rahmen der Kampagne wurden in Rheinland-Pfalz verschiedene fair gehandelte „Agenda-Cafés“ eingeführt. Mit individuellem Verpackungsdesign und ortsbezogenem Namen wird versucht, Kaffeetrinker für das qualitativ hochwertige Produkt zu gewinnen. Die Mittelrheinischen Verkehrsbetriebe stellen einen Bus als Werbeträger für zwei Jahre zur Verfügung. Dieser von ELAN gestaltete „Kaffee-Bus“ rollt bis Ende 2006 über die Straßen von Neuwied. Die Idee dieses Pilotprojekts wurde bereits in anderen Gemeinden aufgegriffen.

Partner: ELAN

www.elan-rlp.de

Entwicklungsland D (seit 2002 alljährlich im September/Oktober):

Im Jahr 2002 präsentierte ELAN erstmals die Ausstellung „Entwicklungsland D“ in Rheinland-Pfalz. Begleitend erstellte das Landesnetzwerk eine 8-seitige Zeitung mit einer Auflage von 33.000 Stück. Aufgrund des Erfolges dieser Zeitung, die insbesondere von Schulen angefragt wurde, erschien anschließend jährlich eine Ausgabe zu entwicklungspolitischen Themen mit Landesbezug. Es folgten Ausgaben zu den Themen „Fairer Handel“ (2003) und „Wie im Süden, so im Norden“ (2004). Titel der Zeitung im Herbst 2005: „Fairness macht mobil“. Die Ausgabe 2005 wird als Begleitzeitung zum ELAN-Mobil erscheinen.

Partner: ELAN

www.elan-rlp.de

Fairness macht mobil: Das ELAN-Mobil tourt durch Rheinland-Pfalz (Dezember 2004 bis Dezember 2006; Anschluss geplant):

Um entwicklungspolitische Themen an Schulen und in die Öffentlichkeit zu transportieren, ist das ELAN-Mobil konzipiert. Es enthält eine Ausstellung, Informationen und Aktionen zu fünf entwicklungspolitischen Themen. Es steht bereit, um von Schulen, entwicklungspolitischen Organisationen oder Jugendgruppen aus Rheinland-Pfalz ausgeliehen zu werden, die einen Aktionstag planen.

Partner: ELAN

www.elan-rlp.de

Wasserfonds Ruanda:

Initiative für eine bessere Versorgung mit sauberem Trinkwasser im rheinland-pfälzischen Partnerland Ruanda. Sauberes Wasser ist eine der wichtigsten Maßnahmen zur Gesundheitsvorsorge. Der Wasserfonds ermöglicht hier konkrete Hilfsmaßnahmen, von denen die Menschen in Ruanda profitieren.

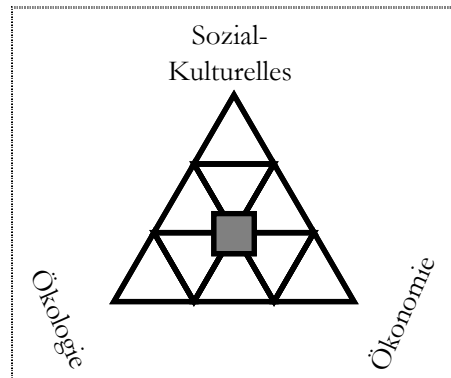
Partner: MUF, GStB, Partnerschaftsverein Ruanda

www.wasserfonds-ruanda.de

Nachhaltigkeitsbereich:

H Nachhaltiges Leben führen

Leitbild: Die menschlichen Bedürfnisse, aber auch die Wahrnehmung von Verantwortung durch den Menschen sind zentrale Elemente der Nachhaltigkeitsstrategie. So sind gerade die Bedürfnisse der Menschen auf eine Weise zu befriedigen, die den Zielen der Nachhaltigen Entwicklung gerecht werden. Das „Nachhaltige Leben“ verknüpft also die ökologischen, ökonomischen und sozialen Teilziele. Hierbei nehmen die Menschen, Unternehmen und alle anderen Akteure in Rheinland-Pfalz großen Einfluss durch die Lebens- und Produktionsweisen.



Leitziel: Die Bürgerinnen und Bürger sollen dazu befähigt und ermuntert werden, nachhaltigkeitskonforme Entscheidungen zu treffen. Eine zentrale Aufgabe muss dabei sein, die Nachhaltigkeit mit der Alltagserfahrung zu verbinden. Das Land wird daher diese zentrale Aufgabe koordinieren, um lebensnahe Vorschläge für angemessene Konsum- und Produktionsmuster in Rheinland-Pfalz zu erarbeiten, sowie in den Dialog mit der Bürgergesellschaft treten.

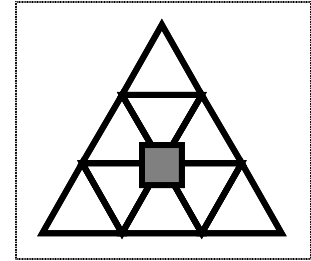
Handlungsfelder:

- Gesundheit
- Mobilität
- Siedlungsentwicklung und Wohnen
- Verantwortungsvoll Konsumieren und Produzieren
- Bildung für Nachhaltige Entwicklung

Handlungsfeld:

H.a Gesundheit

Bedeutung: Gesundheit ist ein existenzielles menschliches Gut. Der Gesundheitszustand und das Gesundheitsempfinden einer Bevölkerung hängen von vielen internen und externen Faktoren ab. Zum einen beeinflussen Umwelteinflüsse wie Schadstoffe, Stress, Unfälle etc., aber auch individuelle Variablen und Gewohnheiten die Gesundheit. Zum anderen nimmt die Gesundheitsvorsorge und Gesundheitsversorgung eine entscheidende Rolle ein.



Der Gesundheitszustand der Bevölkerung hat nicht nur Einfluss auf die individuelle Situation der Bürgerinnen und Bürger und damit insbesondere deren Lebensqualität, sondern auch eine erhebliche Bedeutung für die volkswirtschaftliche Entwicklung eines Landes. Hohe Ausgaben für die Bekämpfung von Krankheiten und fehlende wirtschaftliche Leistungsfähigkeit durch einen hohen Anteil krankheitsbedingt nicht erwerbsfähiger Bevölkerung stellen eine erhebliche Belastung für die Volkswirtschaft eines Landes dar.

Dieses Handlungsfeld ist für Rheinland-Pfalz bedeutend, da das Land es über Schulen, Gesundheitsförderung und Themen wie Mobilität, Ernährung und Sport mitverantwortet. Ebenso gestaltet das Land die flächendeckende Gesundheitsversorgung mit.

Partner: MASFG, MUF, MBFJ, LSB, LZG, Organisationen und Verbände der Anbieter von Gesundheitsleistungen, Selbsthilfegruppen

Ziel: Die Schwerpunkte müssen auf der Schaffung von Rahmenbedingungen für eine gesunde Lebensweise durch Aufklärung und Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger liegen. Hierbei gilt es, geschlechtergerechte Präventionsansätze zu berücksichtigen. Ein wichtiges Augenmerk muss auch auf die Begrenzung gesundheitsschädlicher Umwelteinflüsse gelegt werden. Ebenfalls wichtig ist die Schaffung bedarfsgerechter Therapiemöglichkeiten. Damit sollen Auswirkungen von Erkrankungen auf die Lebensqualität der Menschen, deren Mobilität und Selbstbestimmung sowie ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit begrenzt werden.

Eine gesunde Lebensführung, insbesondere Ernährung, ist nicht nur eine Aufgabe der Erzeuger und der staatlichen Kontrolle, sondern auch gerade der Bürgerinnen und Bürger durch eigenes Verhalten. Das Land wird in Kindertagesstätten, im schulischen Bereich und in der Erwachsenenbildung die Gesundheitsförderung weiter verankern. Der Schule kommt eine besondere Bedeutung zu, da hier auch ansonsten schwer erreichbare Personengruppen angesprochen werden können. Eltern und Angehörige sind in die Bemühungen ebenfalls einbezogen, um ihrerseits einen Beitrag für das gesunde Aufwachsen der Kinder zu leisten. Für Menschen mit erhöhtem Krankheitsrisiko (z. B. Arbeitslose, Menschen mit Migrationshintergrund) sollen gezielt Maßnahmen der Gesundheitsförderung implementiert werden, um die Chancengleichheit für Gesundheit in der Bevölkerung zu verbessern.

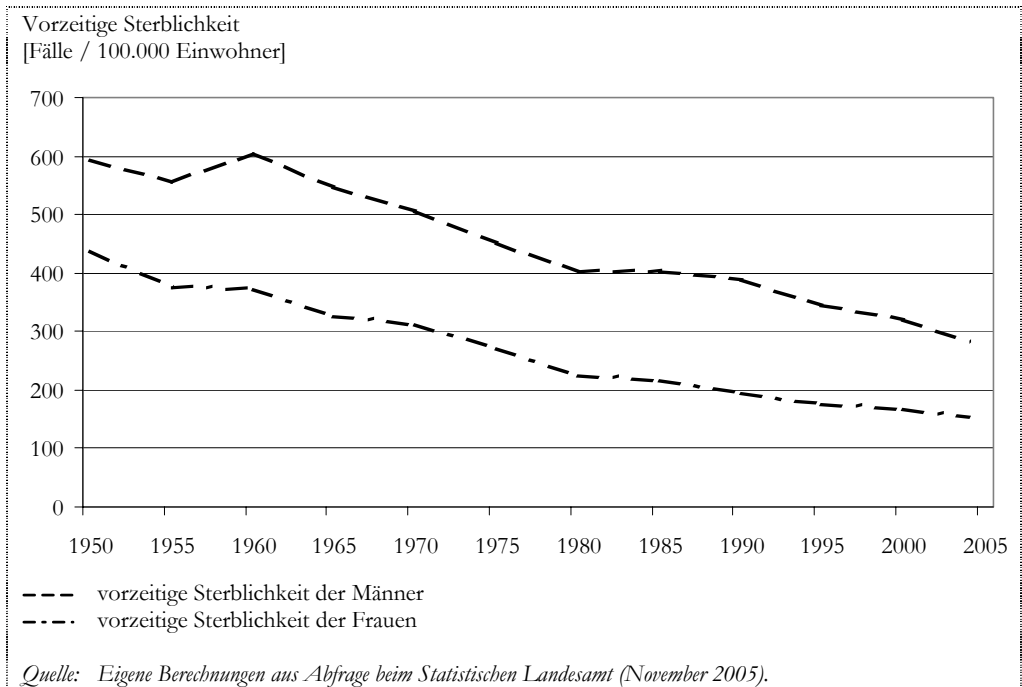
Ebenso sind die Menschen im Arbeitsumfeld und Alltag vor Gefahren zu schützen, wofür die Arbeitssicherheit und die Chemikaliensicherheit auf hohem Niveau weiter verfolgt werden soll. Die betriebliche Gesundheitsförderung wird als weiterer wichtiger Settingbereich der Prävention und Gesundheitsförderung ausgebaut.

Indikator 1: Vorzeitige Sterblichkeit

Referenz: NNS, SH

Beschreibung: Der Anteil der Personen, die vor ihrem 65. Lebensjahr sterben, zeigt eine Vielzahl gesundheitsbezogener Aspekte an. Die vorzeitige Sterblichkeit kann ihre Ursache in Unfällen, Erkrankungen, Umweltbelastungen, gesundheitlich belastenden Arbeitsbedingungen, aber auch im persönlichen risikobehafteten und in wenig gesundheitsförderlichem Verhalten haben.
Die vorzeitige Sterblichkeit ist ein langfristiger Indikator für die existenzielle Gesundheit der Menschen im mittleren Alter. An diesem Indikator lässt sich ebenso die Gesundheitsversorgung bzw. der medizinische Fortschritt ablesen. Dargestellt wird der Anteil der Frauen und Männer, die im angegebenen Jahr vor ihrem 65. Lebensjahr sterben.

Verlauf: Der Trend ist für beide Geschlechter seit Jahrzehnten rückläufig, allerdings sterben Männer weitaus häufiger vorzeitig als Frauen.



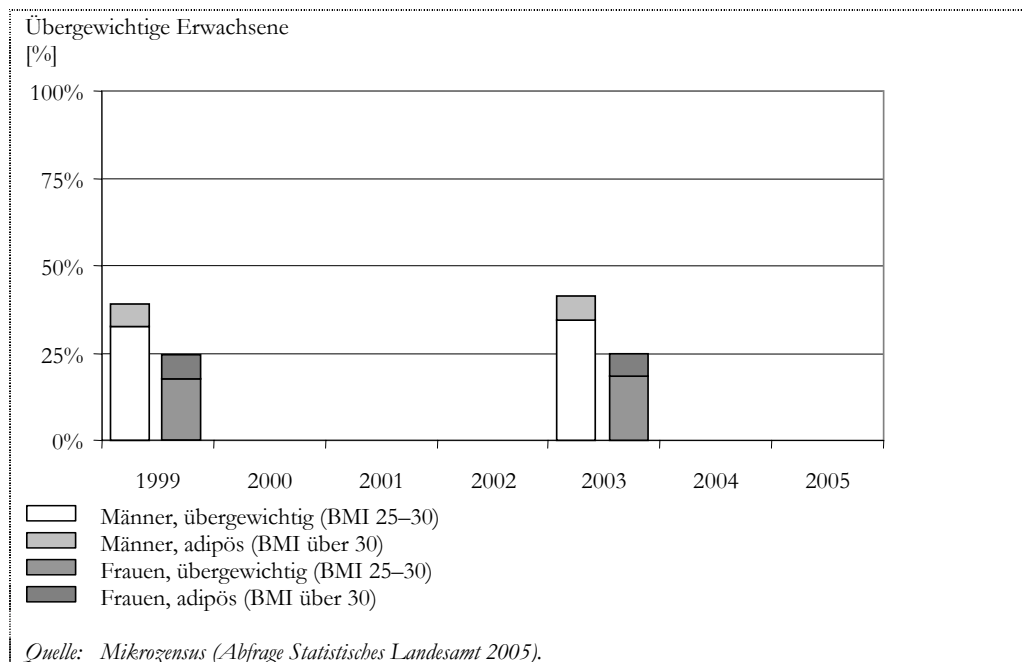
Bewertung: Für die Zukunft ist weiterhin eine Abnahme der Zahl vorzeitiger Sterbefälle durch den medizinischen Fortschritt, die flächendeckende Gesundheitsversorgung und die Gesundheitsvorsorge zu erwarten. Allerdings sind die Maßnahmen im Bereich der Ernährung, der Gesundheitsvorsorge, des Tabakkonsums und des riskanten Verhaltens langfristig fortzusetzen. Hierfür sind gezielte, geschlechtsdifferenzierte Präventionsmaßnahmen zu ergreifen. Damit ist das Niveau der vorzeitigen Sterblichkeit – besonders bei Männern – noch weiter zu senken. Es wird aber auch zu beobachten sein, inwiefern sich die Angleichung der Lebensverhältnisse der Geschlechter auf die zukünftige Entwicklung der vorzeitigen Sterblichkeit von Frauen auswirken wird.

Indikator 2: Übergewichtige Kinder und junge Erwachsene

Referenz: ähnlich: SH

Beschreibung: Gesundheit hängt stark mit Ernährungs- und Bewegungsweisen zusammen. Die Verhaltensweisen von Kindern werden im Elternhaus und dem weiteren persönlichen Umfeld geprägt. Erwachsene orientieren sich ebenfalls an den erlernten und angebotenen Ernährungs- und Aktivitätsmustern. Übermäßiges Gewicht (Adipositas) ist eine bedeutende Gesundheitsstörung, die mit zahlreichen Krankheiten (u.a. im Bereich von Herz-Kreislauf) und sozialen Effekten (u.a. Ausgrenzung und Rückzug) zusammenhängt. Das Übergewicht lässt Rückschlüsse über gesundheitsrelevante Gewohnheiten der Menschen und speziell bei Kindern über die Erziehungsleistungen in den Familien zu. Gemessen wird der Body Mass Index (BMI) als Verhältnis von Körpergewicht (in kg) zur quadrierten Körpergröße (in m). Dieser Wert wird für Erwachsene ab 18 Jahren im Mikrozensus erhoben. Ein individueller Wert zwischen 18,5 und 25 gilt bei Erwachsenen als normalgewichtig, wobei der Bevölkerungsdurchschnitt einen BMI zwischen 21 und 23 haben soll. Gemäß Klassifikation der WHO gilt ein Mensch mit einem BMI von 25 bis unter 30 als übergewichtig und mit einem BMI ab 30 als adipös (stark übergewichtig). Hier werden nur die 18- bis 40-Jährigen dargestellt.

Verlauf: Etwa 40 % aller Männer zwischen 18–40 Jahren haben einen BMI von über 25, sind also nicht mehr normalgewichtig, während nur jede vierte Frau im gleichen Alter nicht mehr normalgewichtig ist. Bei beiden Geschlechtern ist mehr als jeder Zehnte adipös, hat also einen BMI von über 30. Daten für Kinder liegen erst ab Ende 2005 für das Schuljahr 2005/06 vor. Experten gehen aber davon aus, dass in Deutschland zwischen 10 und 12 % der Kinder übergewichtig sind.



Bewertung: Viele Menschen sind übergewichtig, was ein Zeichen für den materiellen Wohlstand, aber auch für eine Reihe gesundheitlich negativer Verhaltensweisen ist. Besonders der Anteil stärker übergewichtiger Menschen ist viel zu hoch. Prävention und Gesundheitsförderung bei Übergewicht und Adipositas können nur durch integrative, langfristige und nachhaltige Maßnahmen und Programme – welche die Bausteine Bewegungsförderung, gesunde Ernährung sowie zusätzliche medizinische Maßnahmen beinhalten – erfolgreich umgesetzt werden.

Aufgrund des hohen Niveaus an Übergewicht ist die Bewertung bisher nicht zufriedenstellend. Es gibt aber keine einfache Zuschreibung der Verantwortung hierfür. Daher sind weitere Maßnahmen in Zusammenarbeit mit den Partnern im Sport, Gesundheits- und Bildungswesen wie auch in anderen Verbänden und Organisationen zu ergreifen.

Beispiele und Vorhaben:

| |
|---|
| <p>Elternschule – für eine gesunde Familie (Januar 2005 – Dezember 2005; Fortführungsabsicht 2006):</p> <p>Die Elternschule unterstützt Eltern durch Schulungen und Veranstaltungen, günstige Verhaltensmodelle für eine gelebte Gesundheit in der Familie zu finden. Durch Ideen- und Gedankenaustausch zwischen Eltern und pädagogischen Fachkräften können gesundheitliche Fehlentwicklungen der Kinder vermieden und die erzieherische Handlungsfähigkeit der Eltern erhöht werden. Damit werden in einer erweiterten Definition des Nachhaltigkeitsbegriffes, der einen potenzialorientierten Ansatz verfolgt, die immateriellen Ressourcen Wissen und Vertrauen gefördert.</p> <p>Partner: LZG www.lzg-rlp.de</p> |
| <p>„Gesund Leben Lernen“ im Netzwerk Schulen für Gesundheit 21 (Mai 2003 – Mai 2006):</p> <p>Durch das Projekt „Gesund Leben Lernen“ wird Gesundheit an Schulen thematisiert und ein Umfeld des gesunden Lernen geschaffen. Die umfassende Gesundheitsförderung bezieht die gesamte Schulkultur mit ein und führt damit zur Entwicklung praxistauglicher Modelle zur Gesundheitsförderung und zur Qualifizierung der Lehrkräfte. Dank der Kooperation mit gesetzlichen Krankenkassen und der Landeszentrale für Gesundheitsförderung und Bildungsministerium ist eine fachliche Begleitung aller teilnehmenden Schulen sichergestellt.</p> <p>Partner: LZG www.lzg-rlp.de</p> |
| <p>Klasse 2000 – Schulungen für Gesundheitsförderer (seit 1991):</p> <p>Lehrkräften in Grundschulen werden Unterrichtsmaterialien und Beratung bei der Gesundheitsförderung und Suchtprävention zur Verfügung gestellt. Des Weiteren werden Grundschulen durch Veranstaltungsteile, Verbindungen zu Ministerien und Werbung in ihrem Vorhaben unterstützt, die Gesundheits- und Lebenskompetenz der Kinder zu fördern. Die Gesundheitsförderer sind Fachleute aus Medizin oder Pädagogik, die ihre Arbeit mit dem Lehrkräften eng abstimmen.</p> <p>Partner: LZG www.lzg-rlp.de</p> |
| <p>Projekt zur Qualitätsbegleitung vor Ort für Sportvereine im Rahmen der Zertifizierung des bundesweiten Qualitätssiegels „Sport pro Gesundheit“ (permanente Maßnahme, seit Juni 2004):</p> <p>Das bundesweite Qualitätssiegel für Sportvereine „Sport pro Gesundheit“ garantiert Sportangebote auf hohem Niveau. Bereits zertifizierte Vereine werden im letzten halben Jahr des Gültigkeitszeitraumes des Qualitätssiegels von Mitarbeitern des Landessportbundes bei der Neubewertung begleitet, wobei auch eine Selbstbewertung der Übungsleiter vorgenommen werden kann. Das Ergebnis wird den Vereinen mitgeteilt und diese können bei einer positiven Bewertung eine Verlängerung des Qualitätssiegels beantragen.</p> <p>Partner: LSB, Sportbünde, LÄK www.lsb-rlp.de</p> |
| <p>Verbundprojekt „Unternehmensgewinn durch betriebliche Gesundheitspolitik“ (Aug. 2004 – Juli 2007):</p> <p>Das Modellvorhaben fokussiert die Gesundheitspolitik und deren wachsende Bedeutung für die Wirtschaftlichkeit von Unternehmen. Der Unternehmensgewinn kann wesentlich gesteigert werden, wenn die Motivation der Mitarbeiter erhöht und somit Fehlzeiten reduziert werden. Es sollen praxistaugliche Lösungen entwickelt werden, um in Unternehmen die Bereitschaft zu fördern, sich mit dem Thema der Gesundheitspolitik zu befassen.</p> <p>Partner: ZUA www.ubeg.net</p> |
| <p>Aufklärung von Kindern und Jugendlichen zur richtigen Ernährung:</p> <p>Die Verbraucherzentrale bietet Informationen in Form von Veranstaltungen und persönlicher Beratung für alle Lebenslagen an. Dem großen Informationsbedarf junger Eltern trägt die Verbraucherzentrale durch speziell auf sie zugeschnittene Angebote Rechnung. Beispielhaft seien hier die Fortbildungsveranstaltungen für Erzieherinnen „FitKid“ (KiTaS) und einem „Parcours der Sinne“ für Schülerinnen und Schüler genannt.</p> <p>Partner: VZ www.verbraucherzentrale-rlp.de</p> |
| <p>Lebensmittel des Monats:</p> <p>Den mündigen und interessierten Verbraucherinnen und Verbrauchern sollen für die Auswahl gesunder Lebensmittel aus erster Hand kompetente Informationen zur Verfügung gestellt werden. Dabei stehen gesunde, umweltverträgliche und nach Möglichkeit regional bezogene Produkte im Vordergrund. In den Veröffentlichungen wird die Bedeutung des Lebensmittels für eine gesunde Ernährung herausgestellt und Auskunft über seine Herkunft gegeben. Es werden die Qualitätskriterien und die Untersuchungsschwerpunkte mit aktuellen Ergebnissen der Lebensmittelüberwachung benannt sowie Tipps und Hinweise z. B. zur Lagerung, Säuberung und Zubereitung gegeben. Schließlich werden die Informationen durch eine Rezeptempfehlung zu dem jeweiligen Lebensmittel des Monats abgerundet.</p> <p>Partner: VZ www.verbraucherzentrale-rlp.de</p> |

Aktivitäten der Landesregierung:

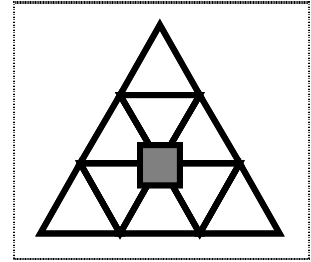
Durch entsprechende Maßnahmen der Aufklärung ist es in den vergangenen Jahren gelungen, den Handlungsfeldern „gesunde Ernährung“, „Bewegung“ und „gesunde Lebensweise insgesamt“ (zum Beispiel Rauchen, Alkoholkonsum) wachsende Bedeutung zu verleihen. Die Ausweitung von und das Werben für Vorsorgeuntersuchungen und Früherkennungsmaßnahmen haben dazu beigetragen, Krankheiten früher zu erkennen und den Behandlungserfolg damit deutlich zu verbessern. Der spezifische Ausbau von Therapiemöglichkeiten (z. B. zur Bekämpfung von Brustkrebs, Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Schlaganfällen) konnte ebenfalls einen Beitrag zur Vermeidung von Folgeerkrankungen und zur Steigerung der Lebensqualität leisten. Auch die Anstrengungen zur verbesserten Umwelt, wie zum Beispiel Reinhaltung der Luft, trugen zur Verbesserung der gesundheitlichen Situation der Bürgerinnen und Bürger bei.

Partner: MASFG, LZG, MUF

Handlungsfeld:

H.b Mobilität

Bedeutung: Die Mobilität befähigt die Gesellschaft zu vielfältigem Austausch und ermöglicht den heutigen Lebensstandard: Soziale Kontakte werden gepflegt, lebensnotwendige Besorgungen erledigt, Kompetenzen erlernt, Güter ausgetauscht und bereitgestellt, Arbeitswege zurückgelegt usw. Ferner hat die Mobilität auch eine soziale Geltungsfunktion. Die gegenwärtige Mobilitätsstruktur wirkt allerdings vielfach auf Mensch und Natur ein: Landschaften werden zerschnitten, Umwelt und Menschen durch Emissionen (Schadstoffe, Lärm) belastet, große Energiemengen benötigt, andere Verkehrsteilnehmer geschädigt, Entfernungen / Zersiedelungen vergrößert. Aus diesen Gründen ist die Mobilität ein zentrales Nachhaltigkeits-Thema, in dem verschiedenste Ansprüche zu vereinbaren sind.



Dieses Handlungsfeld ist für Rheinland-Pfalz bedeutend, da das Land die Infrastruktur und die Angebote zur Mobilität wesentlich mitgestaltet. Im ländlich geprägten Rheinland-Pfalz spielt der Individualverkehr und der zunehmende Flugverkehr eine große Rolle. Auch ist Rheinland-Pfalz eine wichtige Verkehrsachse, v.a. für den Güterverkehr.

Partner: MWVLW

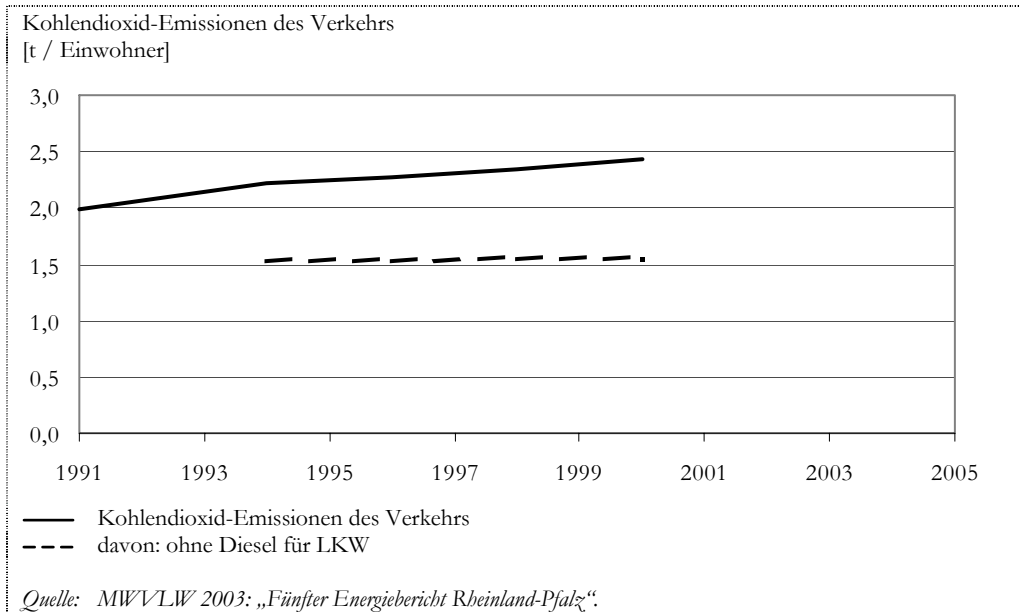
Ziel: Die notwendige Mobilität ist so umweltverträglich wie möglich zu sichern. Ziel der Verkehrspolitik ist es, den Mobilitätsbedürfnissen von Menschen und Wirtschaft gerecht zu werden. Im Vordergrund steht eine höhere Energieeffizienz der Transportmittel (insbesondere im Straßenverkehr) in Verbindung mit Verkehrslenkung und -vermeidung. Verfahren für günstige und ressourceneffiziente Treibstoffe auf regenerativer Basis (Biomasse, Abfall) sollen aufgrund der großen Potenziale für die Erzeuger (Landwirte, Produktionsabfälle etc.) langfristig verfolgt werden. Der Personennahverkehr setzt als Alternative zum Individualverkehr weiterhin auf attraktive Busangebote und den Rheinland-Pfalz-Takt. Das Radwegenetz soll ausgebaut werden; außerdem sollen rationelle Maßnahmen zur Steigerung der Radnutzung in Siedlungsgebieten ergriffen werden. Den Bedürfnissen behinderter und anderer mobilitätseingeschränkter Menschen ist durch eine barrierefreie Gestaltung der Verkehrswege und -mittel ausreichend Rechnung zu tragen.

Indikator 1: Kohlendioxid-Emissionen des Verkehrs

Referenz: UMK

Beschreibung: Der Bereich Mobilität und Transport benötigt einen großen Teil der insgesamt verbrauchten Mineralöle. Die damit verbundenen Emissionen des Verkehrs sind problematisch. Insbesondere im Straßenverkehr besteht hoher Handlungsbedarf – aber auch der Luftverkehr wird stets bedeutender. Die Kohlendioxidemissionen bilden nicht nur die treibhauswirksamen Einwirkungen des Verkehrs ab. Dieser Indikator zeigt auch langfristig die Verbrauchsminderung und den Umstieg auf umweltschonende Energieträger an.

Verlauf: Die Kohlendioxid-Emissionen, die durch den Verkehr verursacht werden, steigen seit 1991. Trotz des gesunkenen Durchschnittsverbrauchs stagnieren die Emissionen durch private Kraftfahrzeuge. Der Ausstoß durch LKW (vorwiegend von Unternehmen gebrauchte Fahrzeuge) steigt seit 1991 jedoch leicht.



Bewertung: Die Datenlage reicht noch nicht aus, um einen verlässlichen Trend aufzuzeigen. Es ist aber zu erwarten, dass in den nächsten Jahren keine Verbesserung eintreten wird. Der Verkehr wird auch in den nächsten Jahren einen Großteil der Kohlendioxid-Emissionen verursachen. Die Hauptgründe liegen in der kaum veränderten Wahl der Transportmittel sowie in der Kompensation der technischen Effizienzverbesserungen durch höhere Fahrleistungen. Weiterhin wird der Flugverkehr zunehmend zu den Kohlendioxid-Emissionen beitragen, was noch differenzierter zu beobachten ist. Insgesamt sind noch sehr große Anstrengungen nötig, wenn die klimarelevanten Ziele erreicht werden sollen.

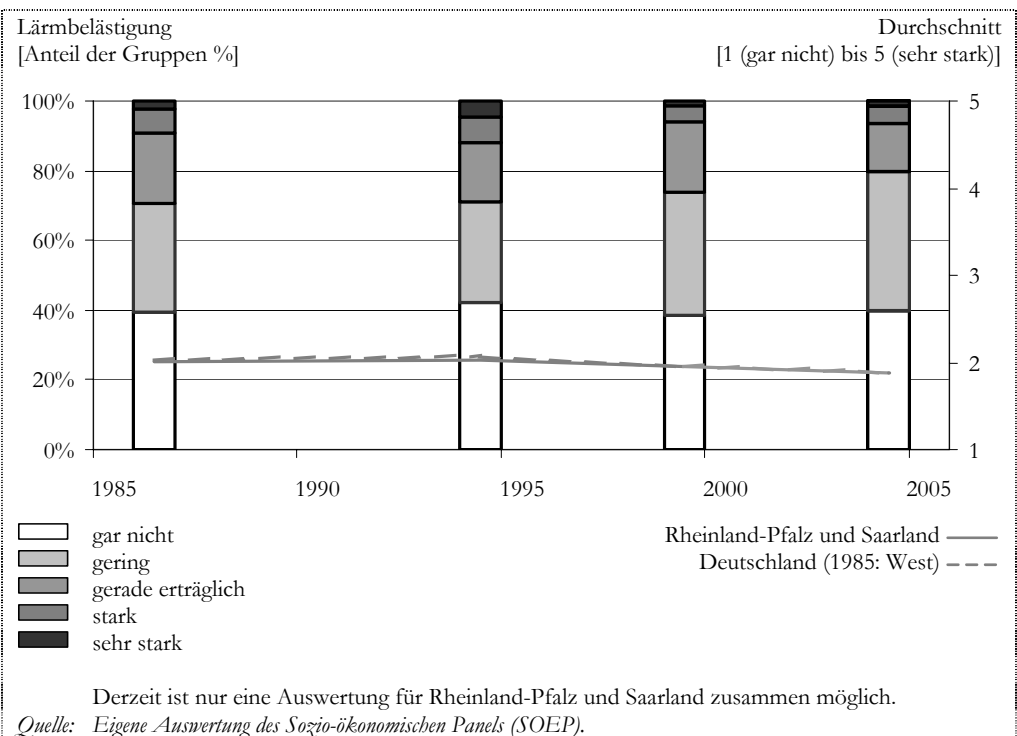
Indikator 2: Lärmbelästigung

Referenz: TA, (in Entwicklung: UMK)

Beschreibung: Lärm ist Schall, der als unerwünscht und als störend wahrgenommen wird. Lärm fördert Stress und schadet langfristig der Gesundheit (v.a. Herz-Kreislauf-Erkrankungen). Straßenverkehr ist die primäre und eine sehr verbreitete Lärmquelle. Punktuell werden der Fluglärm und an manchen Schienenstrecken der Güterverkehr als stark störend empfunden.

Eine Verminderung der Lärmbelästigung geht mit einem geringeren Verkehrsaufkommen und/oder gemäßigten Geschwindigkeiten einher, sodass der Verkehr allgemein weniger das Lebensumfeld beeinträchtigt. Gemessen wird die subjektive Belästigung durch Lärm. Der derzeit verfügbare Indikator bildet zwar die allgemeine Lärmbelästigung ab, es ist aber bekannt, dass der Verkehr gegenwärtig die Hauptlärmquelle ist.

Verlauf: Die Lärmbelästigung hat in den letzten Jahren leicht abgenommen und bewegt sich auf dem niedrigen Niveau des Bundesdurchschnitts: Etwa 40 % der in Rheinland-Pfalz Befragten fühlen sich gar nicht und weitere 40 % nur gering von Lärm belästigt. Es gibt kaum noch sehr stark belästigte Personen.



Bewertung: Die Entwicklung ist insgesamt positiv und deutet auf ein zunehmend angenehmes Lebensumfeld ohne eine starke Lärmbelästigung hin. Dafür wird die weitere Differenzierung der Daten nach städtischen und ländlichen Gebieten überprüft, da in der Stadt mit einer höheren Lärmbelästigung zu rechnen ist. Diese Annahme wird zukünftig kritisch geprüft.

Beispiele und Vorhaben:

„Einsteigen – naturfreundlich unterwegs“:

Tagesgäste und Urlauber in den Häusern der Naturfreunde sollen zum Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel motiviert werden. Bei Anreise mit Bus oder Bahn gibt es z. B. einen Rabatt. Des Weiteren werden Wanderer/-gruppen über Plakate und Faltblätter über die Nutzung des ÖPNV informiert.

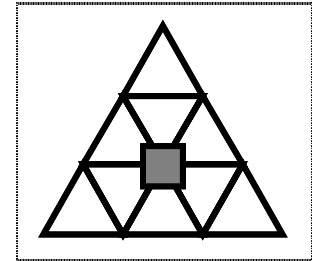
Partner: NaturFreunde www.naturfreunde-rlp.de

Handlungsfeld:

H.c Siedlungsentwicklung und Wohnen

Bedeutung: Die Entwicklung von Siedlungsstrukturen wirkt auf alle Dimensionen der Nachhaltigen Entwicklung ein:

- Im **Sozial-Kulturellen** besteht das Bedürfnis nach Teilhabe am familiären und gesellschaftlichen Leben. Dieser Wunsch steht aber der zunehmenden Individualisierung, Zersiedelung und Segregation gegenüber.
- **Ökonomie:** Einerseits ist die Bauwirtschaft ein bedeutender Wirtschaftsbereich, der stark von den öffentlichen und privaten Investitionen abhängig ist. Andererseits sind die Infrastrukturkosten eine hohe Belastung für die Öffentliche Hand und die Bürgerinnen und Bürger. Zukünftig fordert die demografische Entwicklung die Vereinbarung der sozial-kulturellen und ökonomischen Effekte, da die Einwohnerzahl von Rheinland-Pfalz ganz erheblich zurückgehen wird. Schließlich ist die Zersiedelung mit einem zumeist unwiederbringlich vollständigen Verlust an Bodenfunktionen durch die Flächeninanspruchnahme sowie die erhöhte Mobilität ökologisch problematisch.
- Durch die Entscheidung über konkurrierende Raumnutzungsansprüche kommt der Raumordnung eine besondere Bedeutung für die **Freiraumsicherung** zu. Die kommunale Bauleitplanung ist dabei die Ebene, auf der zukunfts-fähige Siedlungsentwicklung umgesetzt wird. Als Vorgabe werden auf Landesebene übergeordnete Ziele und Grundsätze formuliert und durch die Regionalplanung konkretisiert.



Dieses Handlungsfeld ist für Rheinland-Pfalz bedeutend, da das Land großen Einfluss auf die Raumplanung und die Bauvorhaben nehmen kann.

Partner: ISM, MUF, MWVLW

Ziel: Im Rahmen einer integrativen Vorsorgeplanung werden wirtschaftliche Entwicklungen und soziale Sicherheit mit der langfristigen Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen in Einklang gebracht. Daher sind in den Siedlungen energiesparendes, flächensparendes Bauen sowie sozial ausgewogene, durchmischte Bevölkerungsstrukturen zu verwirklichen:

- Die Begrenzung der weiteren Siedlungsentwicklung stellt ein zentrales Ziel einer Raumentwicklung, die sich an den Zielen einer Nachhaltigen Entwicklung orientiert, dar. Vorrangig ist die Flächennutzung im Bestand durch Flächenrecycling, Innenentwicklung und Nachverdichtung zu forcieren. Ebenfalls soll die Energieeinsparung für den Bestand verstärkt werden.
- Strukturelle Ungleichgewichte sollen ausgewogen und gleichwertige Lebensverhältnisse unter Förderung der kulturellen sowie ökonomischen Vielfalt geschaffen werden. Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf sind weiter aufzuwerten. Aufgrund des ausgeglichenen Wohnungsmarktes bezieht sich die Förderung des (sozialen) Wohnungsbaus nun vielmehr auf die Pflege des Bestands, d.h. vorhandene Wohnungen sollen eher erhalten/nachgerüstet als neu gebaut werden.
- Die Freiraumfunktion (z. B. durch Flächensicherung ökologisch bedeutender Standorte) sowie die Koordinierung der konkurrierenden Raumannsprüche und ihre Abstimmung mit sozio-ökonomischen Erfordernissen stehen im Vordergrund.

Indikator 1: Flächeninanspruchnahme für Siedlung und Verkehr

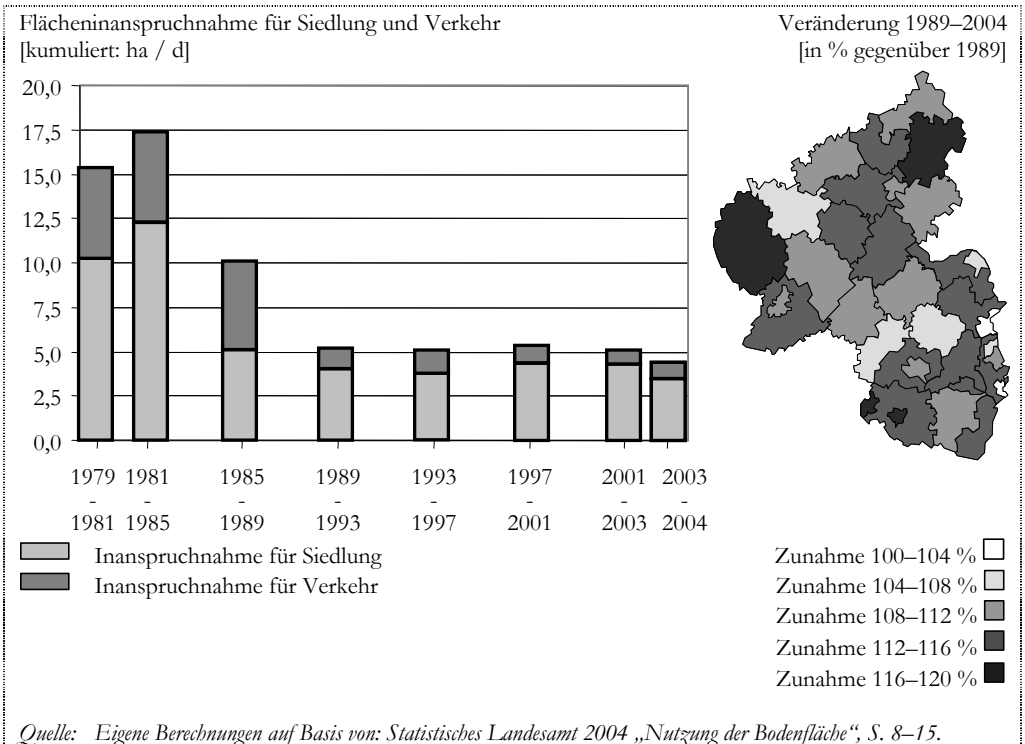
Referenz: NNS, UMK, SH, TA, LA21

Beschreibung: Die Flächeninanspruchnahme durch Siedlung und Verkehr ist ein Schlüsselindikator für die Siedlungsentwicklung und die Entwicklung der Verkehrsfläche: Die Inanspruchnahme ist zunächst ein Maß für die ökologische Degradation der Ressource Boden durch die jährliche Flächenneunutzung. Allerdings ist zu beachten, dass durchschnittlich etwas weniger als die Hälfte der Fläche für Siedlung und Verkehr tatsächlich versiegelt ist.

Der Indikator kann auch als wichtiges Maß für die Zersiedelung herangezogen werden. Dies ist mit hohen Infrastruktur- und Umweltkosten sowie Verkehrsströmen und einer Entwertung des bestehenden, städtischen Raums verbunden. Der demografische Wandel wird diese Aspekte noch verstärken.

Gemessen wird die durchschnittliche Zunahme der Inanspruchnahme von Bodenfläche für die beiden Nutzungsarten Siedlung (Gebäude- und Freifläche, Betriebsfläche ohne Abbauland, Erholungsfläche und Friedhofsfläche) sowie Verkehrsfläche (v.a. Straße, Wege, Plätze).

Verlauf: Die tägliche Inanspruchnahme von Fläche für Siedlung und Verkehr fiel ab Mitte der 80er Jahre stark ab. Seitdem stagniert die Inanspruchnahme bei über 5 Hektar pro Tag, fiel dann aber wieder leicht auf derzeit ca. 4,4 Hektar pro Tag.



Bewertung: Rheinland-Pfalz ist ein Land, das in einigen Regionen mit einer weiteren Ausdünnung der Bevölkerung und in manchen Regionen mit einer weiteren Siedlungszunahme rechnen muss. Auch zukünftig wird es Neubauten geben und damit wird auch zusätzliche Siedlungsfläche beansprucht, da die Menschen ihre Wünsche zum „eigenen Heim“ umsetzen wollen. Daher ist die weitere Entwicklung in Rheinland-Pfalz intensiv und regional differenziert zu diskutieren.⁸⁰

⁸⁰ Siehe u. a. Landtags Drucksache 14/3066.

Indikator 2: Infrastrukturelle Versorgung

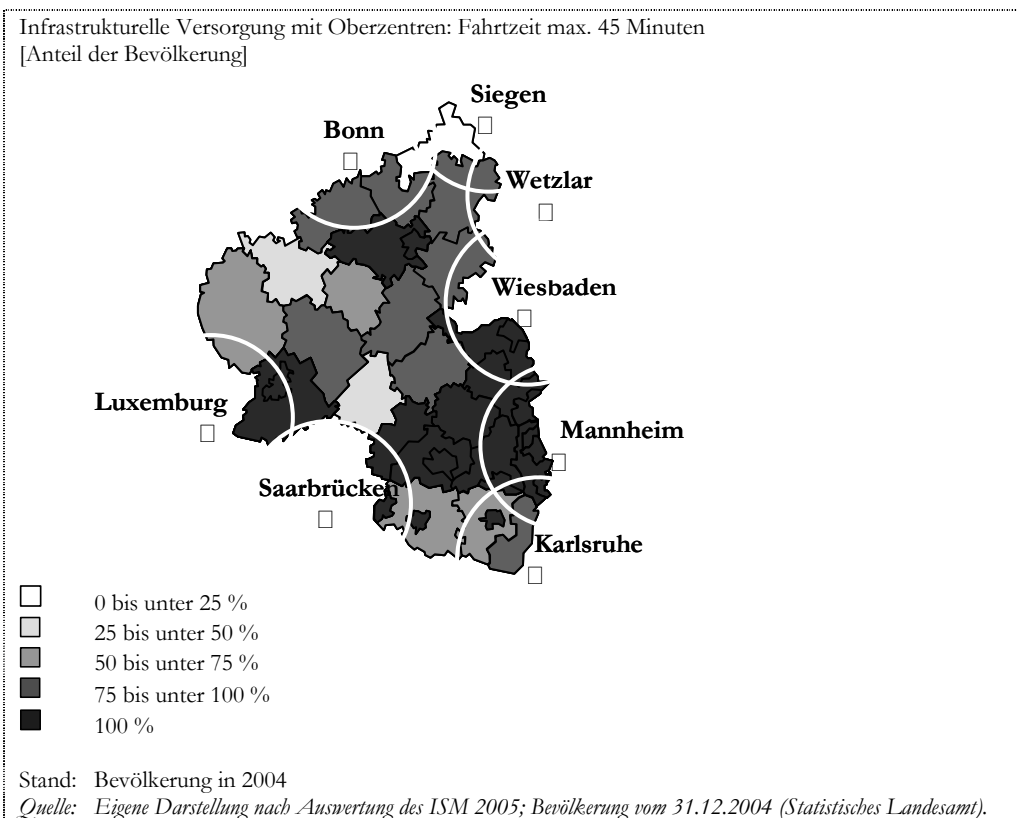
Referenz: –

Beschreibung: Gleichwertige Lebensbedingungen in allen Teilräumen des Landes sind ein wesentliches Prinzip einer Raumentwicklung, die sich an den Zielen der Nachhaltigen Entwicklung orientiert. Dabei ist das Ziel einer flächendeckend angemessenen Versorgung mit zentralen Einrichtungen in zumutbarer Erreichbarkeit ein wesentlicher Beitrag zum Abbau regionaler Disparitäten der Daseinsvorsorge.

Der Indikator misst, welcher Anteil der Bevölkerung ausgewählte Einrichtungen in zumutbarer Zeit per Individualverkehr erreichen kann. Für die Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln liegen derzeit keine Daten vor. Die Landesplanung benennt beispielhaft öffentliche und private Versorgungseinrichtungen mit unterschiedlicher "zentralörtlicher" Bedeutung; sie unterscheidet zwischen Einrichtungen mit ober-, mittel- und grundzentraler Bedeutung. Als zumutbare Zeit gelten 30 Minuten zu Einrichtungen mit mittelzentraler Bedeutung und 45 Minuten für Einrichtungen mit oberzentraler Bedeutung. Einrichtungen mit grundzentraler Bedeutung dienen der Nahversorgung und sollen fußläufig erreichbar sein.

Einrichtungen mit mittelzentraler Bedeutung sind beispielsweise Krankenhäuser der Grundversorgung, Allgemein- und Berufsbildende Schulen sowie Behörden oder ein Anschluss im Schienen- oder Busverkehr. Oberzentrale Bedeutung haben z. B. Einrichtungen wie Krankenhäuser mit Schwerpunktversorgung, Theater, Hochschulen, größere Veranstaltungsstätten, ein Landgericht oder ein Bahnhof im Fernverkehr.

Verlauf: Im Jahre 2004 erreichen 100 % der Bevölkerung ein ausreichendes Angebot der mittelzentralen Versorgung innerhalb von 30 Minuten. Oberzentrale Einrichtungen können für einen Großteil der Bevölkerung innerhalb von 45 Minuten erreicht werden.



Bewertung: Es kann von einem flächendeckenden Versorgungsgrad hinsichtlich mittelzentraler Einrichtungen gesprochen werden. Aufgrund der sehr guten Zentrenreichbarkeit rund um die Verdichtungsgebiete Koblenz, Rhein-Main und Rhein-Neckar besteht hier eine vielfältige Wahlmöglichkeit hinsichtlich der mittelzentralen Versorgung.

Bei der Erreichbarkeit der Oberzentren innerhalb von 45 Minuten besteht jedoch ein Defizit, insbesondere in der Nordwesteifel sowie in Teilen des Hunsrücks und des Pfälzerwaldes. Gemessen an der Gesamtbevölkerung ergibt sich dennoch ein Versorgungsgrad von 87 %, sodass insgesamt von einem hohen Zielerfüllungsgrad gesprochen werden kann. Es ist damit zu rechnen, dass die Erreichbarkeit oberzentraler Einrichtungen mit öffentlichen Verkehrsmitteln einen höheren Zeitaufwand erfordert. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung ist besonderen Wert auf die Gebiete mit schwacher Versorgung zu legen, um die gleichwertigen Lebensverhältnisse der dort lebenden Bevölkerung zu sichern.

Beispiele und Vorhaben:

Energetische Sanierung des Brunck-Viertels in Ludwigshafen:

In Ludwigshafen wurden 150 Häuser mit circa 800 Wohnungen vorbildhaft energetisch saniert. Das 3–Liter-Haus im Bestand ist hier keine Utopie, sondern Realität. Bewertet wurde mit Hilfe der Ökoeffizienz-Analyse.

Partner: LUWOG, BASF

Kompetenznetzwerk Solararchitektur und regenerative Energien (Oktober 2003 bis August/Oktober 2005):

Ein wesentliches Anliegen des Kompetenznetzwerks Solararchitektur und regenerative Energien ist, eine noch größere Öffentlichkeit zu erreichen und den Umweltschutzgedanken (Gesundheitsschutz, Klimaschutz und Ressourcenschonung) auf einer breiteren Ebene zu kommunizieren. Die Internetplattform soll Zugriff auf Informationen, Argumentesammlung, Beispiele und Lösungen zu bekannten Brennpunkten in der Sanierung bereithalten sowie Kontakte zu regionalen Aktivitäten und Ansprechpartnern ermöglichen. Zielgruppe dieses Angebots sind neben Architekten und Planern auch Städte und Kommunen in Rheinland-Pfalz sowie bau-, sanierungs- und renovierungswillige Bauherren. Kompetente Bauherren fordern das Können der Architekten und Planer ein und ein funktionierender Informationspool für Planer, Handwerker und Baubeteiligte unterstützt die Vielseitigkeit der Ergebnisse.

Partner: AK, MUF

Kompetenzzentrum für nachhaltiges Renovieren und Sanieren – Komzet (Juli 2002 bis Dez. 2005):

Bildung einer regionalen Plattform zur Information, Beratung, Förderung und Entwicklung von Qualifikationen zum nachhaltigen Renovieren und Sanieren. Bauherren sollen sich über die Möglichkeiten des nachhaltigen Renovierens und Sanierens informieren können. Für Handwerker, Architekten und Planer stehen Qualifizierungsangebote zur Verfügung, um die notwendigen Kenntnisse zu erwerben.

Partner: UdH

www.umweltzentrum-trier.de

Vernetzung der Akteure ländlicher Entwicklung in der Großregion:

In der Großregion Lothringen, Wallonie, Luxemburg, Saarland und Rheinland-Pfalz habe sich die Projektpartner zusammengeschlossen und ein EU-Projekt unter Interreg IIIc, ebird entwickelt. Sie haben sich zum Ziel gesetzt, den Austausch von Erfahrungen zwischen Akteuren ländlicher Entwicklung in der Großregion zu fördern. Als Bausteine können beispielhaft genannt werden: eine zweisprachige Webseite, eine Austauschbörse und Exkursionen in den unterschiedlichen Projektregionen.

Partner: Landfrauen

www.e-grade.net

Dialog Baukultur (seit 2003):

Die Einrichtung eines runden Tisches Baukultur betont die gesellschaftliche, die soziale, die ökonomische und die ökologische Bedeutung der Baukultur, gibt aber auch Anreize im Bausektor sowie der Förderung von Innovationen. Dabei sollen alle Bereiche des Bauens einbezogen werden (Wohnungsbau, Städtebau, öffentlicher Bau, Freiraumplanung, Gewerbe-, Industrie- und Verkehrsbau). Es soll die breite Diskussion angestoßen werden, hinaus über die Fachebene zu den Bürgerinnen und Bürgern. Die große Chance dieser landesweiten Initiative liegt im Bauen selbst, was neben dem Neubau besonders den Umbau und die Modernisierung der Städte und Gemeinden, der Dörfer und Häuser betrifft. Hier liegen erhebliche Potentiale und Zukunftschancen für Planer, Handwerker und die Bauwirtschaft. Ein geeignetes Instrument für Baukultur und Bauqualität muss regionale Besonderheiten hervorheben und die baukulturelle Identität von Rheinland-Pfalz bestärken. Ein Beispiel hierfür ist die städtebauliche und immer auch architektonische Beratung der Städte und Kommunen im „Weltkulturerbe Mittelrheintal“ hinsichtlich ihres Sanierungs- und Modernisierungsbedarfs durch Städteplaner, Architekten und Architekturbeiräte.

Partner: AK, FM

www.baukultur.rlp.de

Benchmarking Wasserwirtschaft (zunächst 5 Jahre):

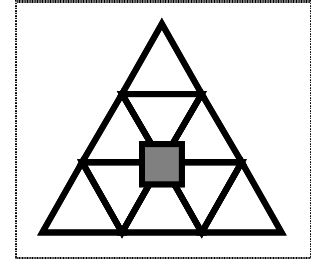
Der demografische Wandel wird in Deutschland und in Rheinland-Pfalz ab 2015 zu deutlichen Herausforderungen führen und insbesondere für die Kommunen eine enorme Herausforderung sein. Die Versorgung mit Trinkwasser und eine geordnete Abwasserbeseitigung gehören zu den kommunalen Basisdienstleistungen, die auch in Zukunft erhalten bleiben. Bei gleich bleibenden Fixkosten werden die Einnahmen der Städte und Gemeinden aus Gebühren aufgrund der sinkenden Bevölkerungszahlen zunächst zurückgehen. Die Kommunen stehen dann vor der Aufgabe, die Versorgung weiterhin flächendeckend und kostengünstig zu gewährleisten. Das Ministerium für Umwelt und Forsten Rheinland-Pfalz hat eine Kooperationsvereinbarung mit den kommunalen Spitzenverbänden und den wasserwirtschaftlichen Fachverbänden abgeschlossen (28.09.2005), um mit der Initiierung eines Benchmarkingprojektes die kommunalen Unternehmen durch ein modernes betriebswirtschaftliches Instrument zu unterstützen. Durch das „Lernen vom Besten“ soll eine Optimierung der technischen und wirtschaftlichen Leistung und Effizienz der kommunalen Unternehmen erreicht werden.

www.wasser.rlp.de

Handlungsfeld:

H.d Verantwortungsvoll Konsumieren und Produzieren

Bedeutung: Das Zusammenspiel von Produktion und Konsum ist ein zentraler Hebel für die Nachhaltige Entwicklung, da es den gesamten Fluss an Gütern und Dienstleistungen umfasst. Damit hängen neben den wirtschaftlichen Bedürfnissen unzählige ökologische und sozial-kulturelle Effekte zusammen. Gerade ein funktionierender Markt kann dazu beitragen, dass Informationen über Knappheit und Bedarfsmuster sich schnell verbreiten und so einen Beitrag zur Nachhaltigen Entwicklung leisten.



Dieses Handlungsfeld ist für Rheinland-Pfalz bedeutend, da die Unternehmen und Verbraucher über Aktivitäten auf Landes- und kommunaler Ebene erreicht und motiviert werden können.

Partner: MUF, Kirchen, VZ, Landfrauen, SNU, VHS, LPB, LZG

Ziel: Das Land wird Information und Bildung stärken sowie Kontrollen verbessern. Dabei sollen die richtigen Anreize und ein Markt für Produkte und Dienstleistungen, welche die Ziele der Nachhaltigkeitsstrategie unterstützen, geschaffen werden. Dazu möchte das Land aufklären, Bündnisse knüpfen und herausragende Produkte / Dienstleistungen modellhaft unterstützen. Ein wichtiges Ziel besteht darin, das Vertrauen der Verbraucher zu stärken. Dabei setzt das Land auf Qualitätsorientierung, Gesundheitsschutz und Umweltverträglichkeit. Die Verbraucher sollen ermuntert und unterstützt werden, ihren Konsum im Sinne der Nachhaltigen Entwicklung zu gestalten. Ebenfalls sollen die Unternehmen darin bestärkt werden, dass ihre Mitwirkung an den verantwortungsvollen Produktionsmustern vorteilhaft ist. Die Landesregierung verfolgt daher das Ziel, Kleinbetrieben – sowohl im Handwerk als auch im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe – Hilfen an die Hand zu geben. Mit dieser Unterstützung sollen die Unternehmen selbst, also ohne Einschaltung externen Sachverständigen, eine Arbeitsschutz- und Umweltbetriebsprüfung durchführen können. Dies soll freiwillig sein, und nur auf Wunsch des Unternehmers soll eine Beratung durch die Gewerbeaufsicht oder die Kammern erfolgen. Unternehmen sollen ihre Produktverantwortung wahrnehmen, indem sie etwa ökologische Kriterien im Produkt-Design zugrundelegen. Das Land nutzt Zertifikate, um die Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklung in der Waldwirtschaft sicherzustellen.

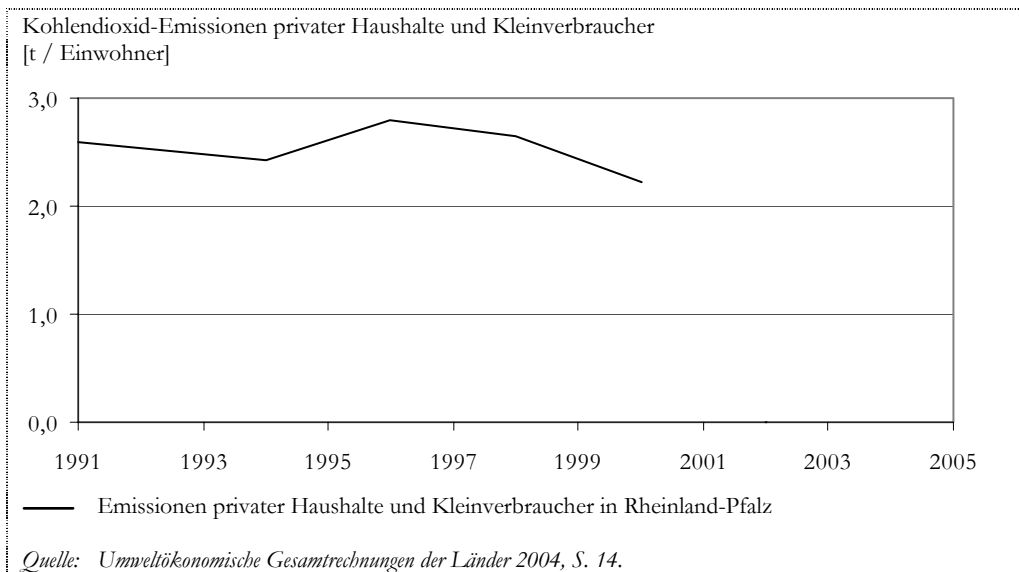
www.energiebig.de

Indikator 1: Kohlendioxid-Emissionen privater Haushalte und Kleinverbraucher pro Einwohner

Referenz: (ähnlich: UMK)

Beschreibung: In Haushalten fällt durch Raumwärme (insbesondere im Bestand) und durch elektrische Anwendungen ein großer Teil des gesamten Energieverbrauchs an. In der Heizungsmodernisierung und Gebäudesanierung liegen große Potenziale, auf die das Land besonders gut hinwirken kann. Dazu geben die Kohlendioxid-Emissionen die Reduktions- und Substitutionsbemühungen für fossile Energieträger wieder. Die Emissionen werden auf den Einwohner bezogen, um den Beitrag der Bürgerinnen und Bürger darzustellen. Der Indikator misst, wie viel Kohlendioxid die privaten Haushalte und Kleinverbraucher (Handwerk, kleine Gewerbebetriebe) durch den Einsatz von Energieträgern ausstoßen.

Verlauf: Die Kohlendioxid-Emissionen privater Haushalte und Kleinverbraucher befinden sich mit Schwankungen auf einem Niveau, das ca. ein Drittel des insgesamt in Rheinland-Pfalz emittierten Kohlendioxids beträgt.



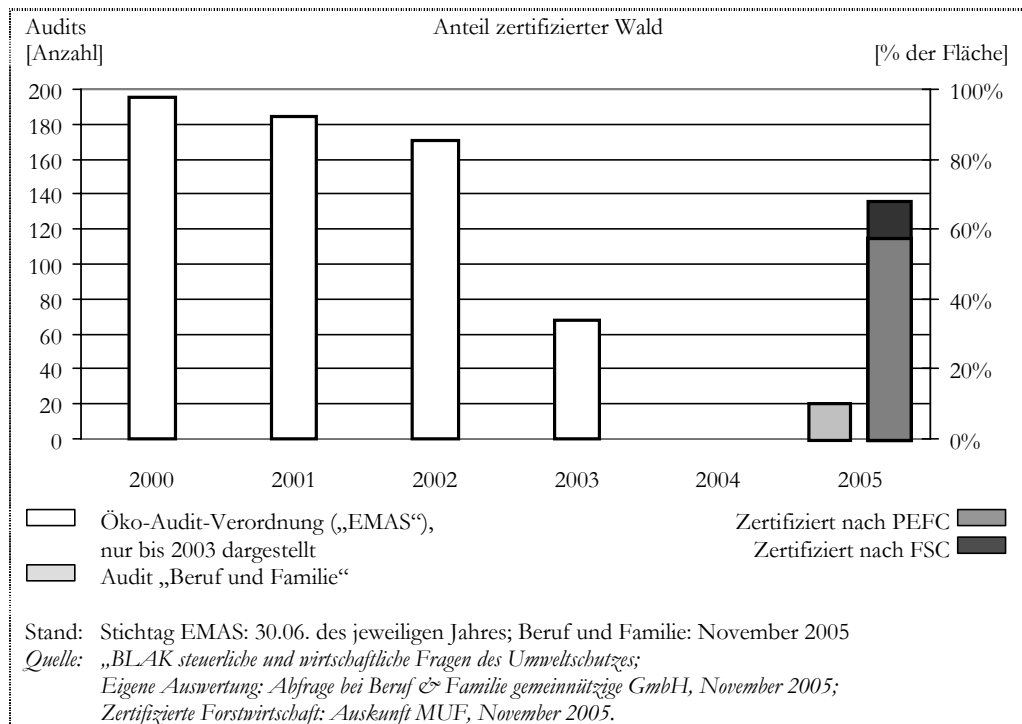
Bewertung: Die abgebildeten Kohlendioxid-Emissionen stammen zum großen Teil aus der Erzeugung von Heizwärme. Deswegen schwanken die Emissionen abhängig vom Winterklima eines Jahres. Für die nächsten Jahre ist durch den zunehmenden Bestand besser gedämmter Neu- und Altbauten, durch die Heizungsmodernisierung oder alternative Heizkonzepte sowie durch Verhaltensänderungen eine Reduktion des Kohlendioxid-Ausstoßes zu erwarten. Allerdings kompensieren die höheren Anforderungen an den Wohnkomfort (mehr Wohnraum, mehr freistehende Häuser) zum Teil die Reduktionen. Zusammen mit dem Individualverkehr tragen private Haushalte somit einen großen Teil zu den gesamten Emissionen in Rheinland-Pfalz bei. Zukünftig sollten auch die indirekten Kohlendioxid-Emissionen, v.a. bedingt durch den Stromverbrauch, berücksichtigt werden. Der Stromverbrauch privater Haushalte wird aufgrund der weiteren Ausstattung mit Elektrogeräten und des höheren Wohnkomforts zukünftig eher noch steigen, wodurch wiederum das Handlungsfeld „Ressourcennutzung und Klimaschutz“ zu beachten ist.

Indikator 2: Unternehmen und Körperschaften mit Audit

Referenz: ähnlich: Blak-NE

Beschreibung: Die Politik und Führung von Unternehmen und anderen Körperschaften bestimmen das nachhaltigkeitsrelevante Handeln maßgeblich. Mit Audits werden die besonderen Leistungen der Unternehmen – meist im Rahmen eines Managementsystems – kontrolliert. Daher zeigen Audits das notwendige Bekenntnis sowie die Umsetzung für verantwortungsvolle und zugleich wettbewerbsfähige Produktionsmuster auf. Gemessen werden sollen alle Unternehmen mit Audits in den Bereichen Umwelt-, Sozial- und Qualitätsmanagement.

Verlauf: Nach dem Start des europäischen Umweltmanagementsystems (EMAS) in der Mitte der 90er Jahre waren fast 200 Unternehmen auditiert, deren Zahl aber wieder rückläufig ist und mittlerweile stagniert. Das Audit „Beruf und Familie“ wird erst in der jüngeren Zeit umgesetzt, im Jahr 2005 gibt es in Rheinland-Pfalz 21 Unternehmen. Über die Hälfte des Waldes in Rheinland-Pfalz ist mit dem PEFC-Zertifikat und weitere 10 % nach FSC ausgezeichnet.



Bewertung: Die Anzahl der nach EMAS auditierten Unternehmen stieg anfangs, konnte dann aber nicht weiter ausgebaut werden. Viele Unternehmen lassen sich mittlerweile nicht revalidieren, sodass die Anzahl der Unternehmen mit EMAS wieder sinkt. Daher wird in Expertenkreisen derzeit intensiv diskutiert, inwiefern EMAS weiterentwickelt oder durch Alternativen ergänzt werden kann. Das relativ junge Audit Beruf und Familie wird in Rheinland-Pfalz zunehmend umgesetzt, wozu sich auch die Landesregierung für ihre Ressorts entschlossen hat. Damit zeigt sich die Vorbildfunktion, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch in anderen Institutionen und Unternehmen umzusetzen. Eine Vorbildfunktion nimmt auch die Waldwirtschaft ein, da inzwischen mehr als zwei Drittel des Waldes in Rheinland-Pfalz nach PEFC oder FSC zertifiziert ist.

Beispiele und Vorhaben:

Audit Beruf und Familie in Rheinland-Pfalz:

Das Audit Beruf & Familie® – entwickelt auf Initiative und im Auftrag der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung – ist ein Managementinstrument zur Förderung der familienbewussten Personalpolitik, bei dem nicht nur bereits umgesetzte Maßnahmen begutachtet, sondern auch das betriebsindividuelle Entwicklungspotenzial aufgezeigt und weiterführende Zielvorgaben festgelegt werden.

Partner: MASFG

www.beruf-und-familie.de

Regionalmarke EIFEL (seit August 2002; Fortführung nach Dezember 2005 geplant):

Unter Einbeziehung aller Eifel-Landkreise werden im Rahmen des Modellprojektes „Regionen aktiv“ Qualitätskriterien für die Regionalmarke EIFEL definiert und festgeschrieben. Mit dem Marken-Logo EIFEL wird für den Verbraucher ein Zeichen geschaffen, dass für die hochwertigen Eifler Produkte und Dienstleistungen steht. Durch das Projekt wird die Wirtschaft in der Eifelregion, v.a. die kleinbäuerlichen und mittelständischen Strukturen, gestärkt, die Kaufkraft gebunden und damit Arbeitsplätze gesichert und geschaffen.

www.regionalmarke-eifel.de

Informations-Forum Abfallwirtschaft im Gesundheitswesen Rheinland-Pfalz (IFAG)

Zahlreiche Krankenhäusern, Arztpraxen und anderen Einrichtungen des Gesundheitswesens werden in einem Forum für den Austausch von Informationen und Erfahrungen im Bereich Umweltschutz zusammengeführt. Zunächst stehen Fragestellungen der Abfallwirtschaft im Vordergrund. Die Ausweitung auf „Nachbarthemen“ wie Energie, Wasser, Abwasser ist vorgesehen.

SGU-Leitfaden (Sicherheit, Gesundheits- und Umweltschutz):

Ziel des SGU Leitfadens ist es, Unternehmen mit bis zu 50 Beschäftigten bei der Selbstüberprüfung im Umwelt- und Arbeitsschutz zu helfen. Es werden geführte Checklisten verwendet, die ein nachhaltiges Verbessern des betrieblichen Umwelt- und Arbeitsschutzes fördern. Damit werden die Maßnahmen erfassung und -verfolgung ermöglicht. Mittels eines Stichwortverzeichnis kann der Leitfaden auch als Nachschlagewerk genutzt werden. Branchenorientiert kann auf spezielle Probleme eingegangen und es können Mitarbeiter einbezogen werden.

Partner: LUWG, SAM

www.sgu-rlp.de

Ökoeinkaufsführer:

Der Einkaufsführer zu den Betrieben des ökologischen Landbaus in Rheinland-Pfalz bietet Verbraucherinnen und Verbrauchern eine schnelle und direkte Orientierungshilfe für den Einkauf ökologisch erzeugter Lebensmittel. Die in Rheinland-Pfalz direktvermarktenden Öko-Betriebe sowie landwirtschaftliche Betriebe, Weinbaubetriebe als auch Betriebe des Lebensmittelhandwerks (Bäckereien, Konditoreien und Metzgereien, Tofuhersteller) sind mit Adresse, Produktliste und weiteren Informationen aufgeführt.

Zertifizierte Waldwirtschaft:

Als „Gütesiegel“ im Staats-, Kommunal- und Privatwald von Rheinland-Pfalz werden überwiegend die Zertifizierungssysteme nach „PEFC“ (Programme for the Endorsement of Forest Certification Schemes), „FSC“ (Forest Stewardship Council) und in seltenen Fällen auch „Naturland“ eingesetzt. Vorrangiges Ziel der Zertifizierung ist die Dokumentation und Verbesserung der nachhaltigen Waldbewirtschaftung im Hinblick auf ökonomische, ökologische sowie soziale Standards. Ferner stellt die Zertifizierung ein zeitgemäßes Marketinginstrument für den nachwachsenden Rohstoff Holz dar, das zur Verbesserung des Images der rheinland-pfälzischen Forstwirtschaft und ihrer Marktpartner beiträgt.

Durch die Zertifizierung ergeben sich folgende Vorteile.

- Sicherung des Holzabsatzes
- Eröffnung neuer Marktchancen
- Schaffung von Allianzen mit Marktpartnern
- Förderung der Verwendung des Roh- und Werkstoffes Holz
- Sicherung von Arbeitsplätzen in der heimischen Forst- und Holzwirtschaft

Zertifikate haben sich inzwischen zu modernen Marketinginstrumenten entwickelt, mit denen das Thema „Nachhaltigkeit“ dem Verbraucher kommuniziert werden kann. Darüber hinaus gestaltet sich der Holzabsatz in der heutigen Zeit ohne Gütesiegel zunehmend schwieriger (Vorreiter war die Papierindustrie), wobei aber keine Mehrerlöse zu erwarten sind.

Partner: MUF, Landesforsten

Nachhaltige, multifunktionale Waldbewirtschaftung in Rheinland-Pfalz:

Holz ist eine nachwachsende, CO₂-neutrale Rohstoffquelle mit vielfältigen Verwendungsmöglichkeiten und vielen ökologischen Vorteilen. In Rheinland-Pfalz wächst mehr Holz nach als wir derzeit nutzen. Dieses natürliche Potenzial soll im Rahmen einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung stärker erschlossen werden. Deshalb ist die Forstpolitik des Landes darauf ausgerichtet

- nebeneinander und auf derselben Fläche Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktionen zu erfüllen (multifunktionale Forstwirtschaft, naturnaher Waldbau),
- durch die laufende Strukturreform die Holzbereitstellung effizienter auf die Bedürfnisse der Kunden auszurichten,
- die Bewirtschaftung des Privatwaldes durch die Leistungen des Gemeinschaftsforstamtes und durch Stärkung der forstwirtschaftlichen Zusammenschlüsse zu verbessern,
- auf der Basis der Bundeswaldinventur die Holznutzungsmöglichkeiten im Land eingehend zu analysieren sowie
- die vielfältigen Möglichkeiten der stofflichen und energetischen Verwendung von Holz und Holzprodukten generell zu beflügeln.

Damit steht die Forstpolitik des Landes im Einklang mit dem nationalen Waldprogramm und der Charta für Holz der Bundesregierung, die eine stärkere Holzverwendung initiieren will und nun umgesetzt werden soll.

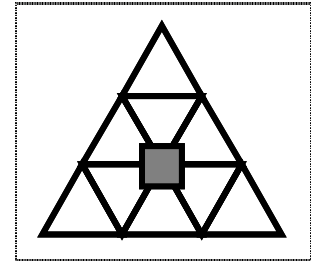
Partner: MUF, Landesforsten

www.wald-rlp.de

Handlungsfeld:

H.e Bildung für Nachhaltige Entwicklung

Bedeutung: Vernetztes Wissen und weit reichendes Bewusstsein für die Herausforderungen der Nachhaltigen Entwicklung sind notwendige Voraussetzungen für ein adäquates Handeln. Dies betrifft die ökologischen Aspekte ebenso wie die sozial-kulturellen und ökonomischen. Die Aufgaben zur Einbindung der Nachhaltigen Entwicklung kann nur durch einen entsprechend gestalteten Bildungsauftrag umgesetzt werden. So haben die Vereinten Nationen 2005 bis 2014 zur Dekade „Bildung für eine Nachhaltige Entwicklung“ ausgerufen.



Dieses Handlungsfeld ist für Rheinland-Pfalz bedeutend, da es als Land den Bildungsauftrag wahrnimmt und diesen konkret an die Gemeinden und Verbände herantragen kann.

Partner: MBFJ, MWVFK, MUF, LZU, LZG, Eine-Welt-Organisationen, Umweltverbände

Ziel: In allen Bereichen des Bildungswesens sind Maßnahmen zur Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) zu ergreifen. In den rheinland-pfälzischen Schulen ist BNE ein wichtiges Querschnittsthema, das sowohl im Unterricht als auch in außerunterrichtlichen Maßnahmen umgesetzt wird. Die Umweltaufklärung als wesentlicher Bestandteil der BNE ist politische Öffentlichkeitsarbeit. Gleichfalls sind die sozial-kulturellen und ökonomischen Effekte individuellen Handelns aufzuzeigen, um die Bürgerinnen und Bürger zur mündigen und zukunftsfähigen Lebenspraxis zu befähigen. Damit soll die BNE im Rahmen der heutigen Anforderungen alltäglich und allgemein bilden.

„Bildung für eine nachhaltige Entwicklung am Beispiel des Waldes“ ist eine der wichtigsten aktuellen Fragen und ein besonderes Anliegen der Forstpolitik. Es gilt, alle materiellen wie ideellen Güter, die die jetzige Generation empfangen hat, mindestens im selben Umfang und derselben Qualität an die nächste Generation weiterzugeben.

Die erweiterten sozialen Kompetenzen von Jungen und Mädchen sollen auch zum Abbau von Geschlechterrollen-Stereotypen beitragen. Dazu sollen Genderaspekte verstärkt in pädagogischen Konzepten an Schulen und Hochschulen berücksichtigt werden.

Die Hochschulen werden ermuntert, die Bildung für Nachhaltige Entwicklung als festen Bestandteil von Forschung und Lehre aufzunehmen.

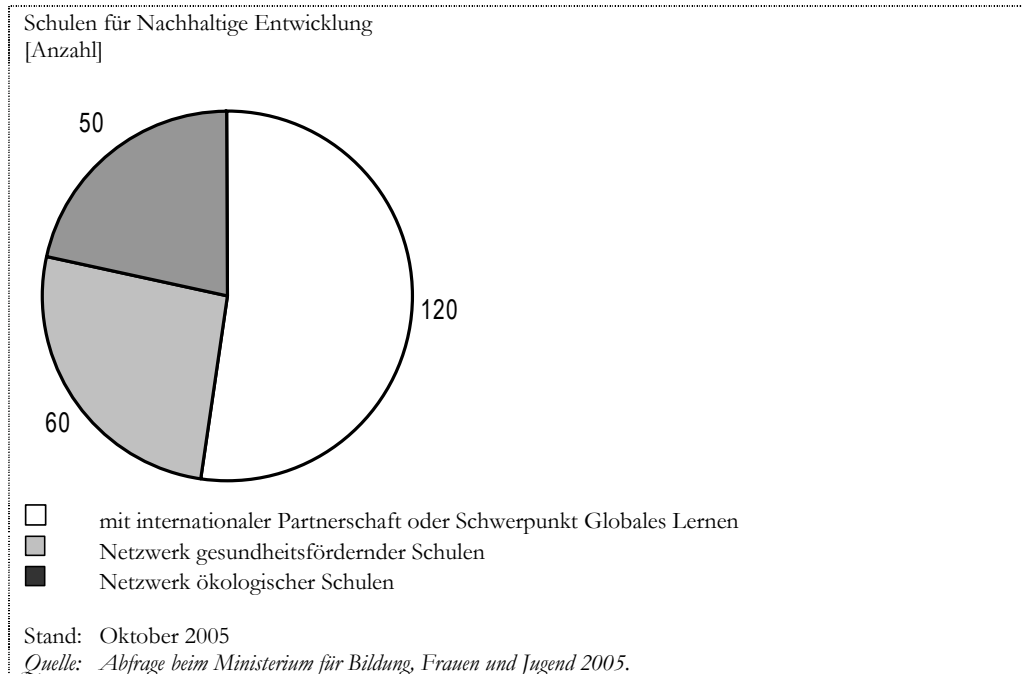
Indikator: Schulen für Nachhaltige Entwicklung

Referenz: –

Beschreibung: Die frühzeitige Hinführung zu nachhaltigkeitsrelevanten Themen ist eine wichtige bildungspolitische Aufgabe. Dies kann in Schulen in Unterricht, in der Schulorganisation und in außerschulischen Maßnahmen umgesetzt werden. Die Anzahl von Schulen mit entsprechender Profilbildung können als herausragende Beispiele gezählt werden. Hier werden Themen wie Ökologie, Agenda, Eine-Welt, Energieeinsparung und Gesundheitsförderung behandelt sowie entsprechende methodische Konzepte umgesetzt. Eine besondere Bedeutung kommt dem partizipativen Lernen zu, das mit der Einbindung außerschulischer Partner in den schulischen Kontext einhergeht. In Schulnahen Umwelterziehungseinrichtungen (SchUR-Stationen), die mit ihren Bildungsangeboten gleichermaßen Schulklassen, Familien und Erwachsene ansprechen, ist ein entsprechender institutioneller Verbund entwickelt. Für die Anerkennung durch das MBFJ bestehen seit 1997 Kriterien.

www.nachhaltigkeit.bildung-rp.de
www.umweltbildung.de

Verlauf: Zeitreihen liegen noch nicht vor. Es engagieren sich gegenwärtig ca. 230 Schulen in unterschiedlicher Intensität und in besonderer Weise für eine Nachhaltige Entwicklung. Daneben verfügt Rheinland-Pfalz über ein Netzwerk von 33 SchUR-Stationen.



Bewertung: Es ist von einem leicht positiven Trend zur BNE-Profilbildung auszugehen, denn das bildungspolitische Instrumentarium der Profilbildung von Schulen in Rheinland-Pfalz korrespondiert mit den Qualitätsprogrammen der Schulen. Dadurch wird einerseits die BNE-Profilbildung als Möglichkeit zur Qualitätsentwicklung verstärkt wahrgenommen. Andererseits wird diese Profilbildung häufig in Konkurrenz zu anderen Schwerpunktsetzungen gesehen, obwohl die BNE-Profilbildung ein schulisches Querschnittsthema ist. Verstärkt wird dieser Trend, wenn mit der BNE als schulischem Querschnittsthema gleichzeitig die andere Schwerpunktsetzung einer Schule in den Blick genommen werden können. Insbesondere soll mit der Profilbildung für Nachhaltige Entwicklung aufgrund vorliegender ähnlicher Schulprofile eine Weiterentwicklung der ökologischen Profilbildung an Schulen durch inhaltliche und systemische Zusammenführung von Themen und Schulen mit Schwerpunkt im Globalen Lernen, im Bereich der Gesundheitsförderung und im Bereich der ökonomischen Bildung erfolgen. Es gilt, die schulische BNE in ihrer inhaltlichen und systemischen Breite zu entwickeln, ohne sie in Beliebigkeit aufzulösen.

Beispiele und Vorhaben:

Handbuch Umweltbildung:

Um interessierten Bürgern, Aktiven im Bereich des Umwelt- und Naturschutzes sowie Lehr und Erziehungskräften einen Überblick über das breite Angebot der Umweltbildungseinrichtungen zu geben, hat die Landeszentrale für Umweltaufklärung jetzt das „Handbuch Umweltbildung“ herausgegeben. Weit mehr als 100 Einrichtungen sind mit einem Steckbrief, Angaben zu Arbeitsschwerpunkten und Projekten sowie Ansprechpartnern aufgeführt. Das Handbuch soll dazu beitragen, die Position der vielen Aktiven zu stärken, den Dialog weiter zu fördern und die Vernetzung der Einrichtungen zu intensivieren. Vor allem aber soll es die Bürgerinnen und Bürger über das erfreulich breite und pädagogisch anspruchsvolle Angebot in unserem Bundesland informieren.

Partner: LZU

www.umdenken.de

Programm 21 (BLK):

Es soll die schulische Bildung am Konzept der Nachhaltigkeit orientieren. Zentrales Ziel dieses Programms ist es, Schülerinnen und Schülern Gestaltungskompetenz für die Zukunft näher zu bringen. Ausgangspunkte sind politische Weichenstellungen, die auf der AGENDA 21 basieren. Das Grundkonzept des Programms sieht vor, Bildung für nachhaltige Entwicklung durch drei zentrale Unterrichts- und Organisationsprinzipien – interdisziplinäres Lernen, partizipatives Lernen und innovative Strukturen – in Schulen zu integrieren. Diese Unterrichts- und Organisationsprinzipien tragen dazu bei, die Qualität der Schule zu verbessern und den Entwicklungsprozess positiv zu beeinflussen.

Partner: MBFJ

www.transfer-21.de

ANU – Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung Rheinland-Pfalz

Förderung der Zusammenarbeit und des Informationsaustausches der Umweltbildungseinrichtungen, Unterstützung bei der Neugründung von Umwelteinrichtungen, Beratung von Entscheidungsgremien in Politik, Wirtschaft und Verwaltung in Fragen der Umweltbildung gehören zu den Aufgaben der ANU. Des Weiteren werden Tagungen und Seminare zum Erfahrungsaustausch durchgeführt, die Mitwirkung und Beratung bei der Entwicklung von Wegen zur Ausbildung und Qualifizierung von Fachkräften der Umweltbildung und die Unterstützung von Initiativen zur Entwicklung und Erprobung neuer Modelle des Lehrens und Lernens im Natur und Umweltbereich.

Die ANU unterstützt das MUF bei der Durchführung des Forums Umweltbildung Rheinland-Pfalz

Partner: ANU, MUF

www.umweltbildung.de

Erlebnisschule Wald und Wild (seit 2000):

Die Erlebnisschulen Wald und Wild bestehen aus fünf PKW-Anhänger, die jeweils mit einer umfangreichen Sammlung an Tierpräparaten, Holzobjekten und diversen waldpädagogischen Materialien ausgestattet sind. Sie stehen allen Jägerinnen, Jägern sowie Forstleuten, die zuvor an einem dafür vorgesehenen Seminar teilgenommen haben, kostenfrei zur Verfügung. Die Anhänger sollen dabei jedoch nicht als fahrendes Museum dienen, sondern als Anregung zum Mitmachen und zum Anfassen, als Türöffner zu vielfältigen Naturerfahrungen.

Partner: LJV; MUF; Landesforsten

www.ljv-rlp.de

Grüne Berufe als außerschulische Partner in der Ganztagschule:

Praktikerinnen und Praktiker vermitteln Wissen zu den Themengebieten Ernährung, Umwelt und Landwirtschaft im Nachmittagsunterricht in Ganztagschulen. Eingesetzt sind Menschen aus der Landwirtschaft, Weinbau oder Hauswirtschaft, die sich als Meisterinnen oder Meister für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen interessieren, sowie aus den Bereichen Ingenieurwesen und Technik der jeweiligen Fachrichtungen. Die Fortbildungsmaßnahmen für die Praktikerinnen und Praktiker führen die Landfrauen und die Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz in Zusammenarbeit mit dem Pädagogischem Zentrum und dem Staatlichen Institut für Lehrerfortbildung durch.

Partner: Landfrauen

www.e-grade.net

Literaturempfehlungen "Kühe sind nicht lila!":

Eine Leseempfehlung mit Namen „Kühe sind nicht lila!“ zu den Themen Natur und Umwelt, die sich an Leser zwischen zwei und zwölf Jahren richtet und herausgegeben wurde von der Stiftung Lesen und der rheinland-pfälzischen Landeszentrale für Umweltaufklärung. Die Kinder sollen das Buch gerne aufschlagen, davon profitieren und beim Lesen und Schauen ihr Bewusstsein für ökologische Zusammenhänge schärfen. In Kurzbeschreibungen stellt die Leseempfehlung fast 200 Bücher vor. Es geht um „Feder, Muschel, Löwenzahn“, wie ein Titel heißt, oder um den „Bioplanet Erde“, das Wetter oder die besten Nachschlagewerke.

Partner: LZU

www.umdenken.de

Natureerlebnis „Alte Ziegelei“ in Mainz-Bretzenheim (seit 1985):

Auf dem 18 ha großen Gelände der „Alten Ziegelei“ in Mainz-Bretzenheim hat sich nach der Stilllegung des Betriebs ein Mosaik aus verschiedensten Lebensräumen für Pflanzen und Tiere entwickelt, die auf einem Naturlehrpfad erkundet werden können. Der Naturlehrpfad umfasst neun Stationen, die verschiedene interessante Lebensräume in der Alten Ziegelei aufzeigen. Er ist allgemein zugänglich und beschildert und kann unter Zuhilfenahme der Broschüre „Der Naturlehrpfad auf dem Gelände der Alten Ziegelei“ erkundet werden.

Partner: BUND

www.alteziegelei-mainz.de

Haus der Nachhaltigkeit, Johanniskreuz:

Das „Haus der Nachhaltigkeit“ ist ein Informations-, Service- und Besucherzentrum in Johanniskreuz. Im Nachhaltigkeitsnetzwerk geht es darum, die abstrakten Begriffe Nachhaltigkeit und Biosphärenreservat in eine allgemein verständliche Sprache zu übersetzen.

Partner: Landesforsten, MUF

www.hdn-pfalz.de

Wald macht Schule

Landesforsten hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten zu einem stabilen Partner der außerschulischen Umweltbildung in Rheinland-Pfalz entwickelt und ist an einer Reihe von Schlüsselprojekten des Landes (Stichwort „Kinderfreundliches Rheinland-Pfalz“) engagiert beteiligt. Die seit beinahe 15 Jahren gelebte Kooperation „Schule und Forstamt“ wird derzeit unter dem Dach des Projektes „Wald macht Schule“ weiterentwickelt.

Partner: Landesforsten

Waldjugendspiele (einmal im Jahr, seit 1982):

Bei den Wald-Jugendspielen geht es darum, dass Kinder und Jugendliche in spielerischem Wettbewerb ihr Wissen um Wald und Natur darlegen und vertiefen. Sie richten sich an Schülerinnen und Schüler der dritten und siebten Klassen aller Schularten. Jede Klasse wird dabei auf ihrem Weg durch den Wald von einem Patenförster begleitet. Parallel zu den Wald-Jugendspielen findet jedes Jahr ein Malwettbewerb statt. Die schönsten Zeichnungen werden ausgestellt und prämiert.

Die Waldjugendspielen erfreuen sich von Jahr zu Jahr steigender Beliebtheit: Waren es im Auftaktjahr 1982 etwa 1.800 Schülerinnen und Schüler, die landesweit an den Spielen teilnahmen, konnte man im Jahr 2005 einen neuen Teilnehmerrekord mit 21.400 Schülerinnen und Schülern verzeichnen.

Partner: SDW, Landesforsten, MUF

Waldjugendheime und Waldjugendherbergen:

Der bisher erreichte hohe Standard der Nutzung der landesweit bestehenden drei Waldjugendheime und zwei Waldjugendherbergen durch Zielgruppen der forstlichen Umweltbildung soll beibehalten und nach Möglichkeit ausgebaut werden:

Im Jahr 2005 verzeichneten die Waldjugendheime insgesamt ca. 2.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die Waldjugendherbergen konnten im gleichen Jahr etwa 3.600 Gäste beherbergen.

Partner: SDW, DJH, Landesforsten

Abkürzungen

Die nachfolgend aufgeführten Einrichtungen wurden im Agenda-Programm namentlich erwähnt. Sofern nicht anders angegeben, handelt es sich um Institutionen aus Rheinland-Pfalz:

- AK: Architektenkammer www.akrp.de
- ANU: Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung e.V. www.anu-rlp.de
- BASF: Badische Anilin- und Soda-Fabriken (BASF AG) www.basf.de
- BUND: Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland www.bund-rlp.de
- BWV: Bauern- und Winzerverbände www.bwv-rlp.de; www.bwv-net.de
- DKSB: Deutscher Kinderschutzbund www.kinderschutzbund-rlp.de
- DLR: Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum www.dlr-rlp.de
- ELAN: Entwicklungspolitisches Landesetzwerk www.elan-rlp.de
- EOR: EffizienzOffensive Energie Rheinland-Pfalz www.eor.de
- FM: Finanzministerium www.fm-rlp.de
- GStB: Gemeinde- und Städtebund www.gstbrp.de
- HWK: Handwerkskammern www.hwk.trier.de; www.hwk-koblenz.de; www.hwk.de; www.hwk-pfalz.de
- IfaS: Institut für angewandtes Stoffstrommanagement www.ifas.umwelt-campus.de
- IHK: Industrie- und Handelskammern www.ihk-trier.de; www.rheinessen.ihk24.de; www.pfalz.ihk24.de; www.ihk-koblenz.de
- ISB: Investitions- und Strukturbank www.isb-rlp.de
- ISM: Ministerium des Inneren und für Sport www.ism-rlp.de
- LAG: Länderarbeitsgemeinschaft Gleichstellung www.gleichstellungsbeauftragte-rlp.de
- LÄK: Landesärztekammer www.laek-rlp.de
- LBB: Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung www.lbbnet.de
- LGB: Landesamt für Geologie und Bergbau www.lgb-rlp.de
- LIGA: Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Rheinland-Pfalz www.liga-rlp.de
- LJV: Landesjagdverband www.ljv-rlp.de
- LKA: Landeskriminalamt www.polizei-rlp.de
- LPB: Landeszentrale für politische Bildung www.politische-bildung-rlp.de
- LSB: Landessportbund www.lsb-rlp.de
- LSJV: Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung www.lsjv.de
- LUWG: Landesamt für Umwelt, Wasserwirtschaft und Gewerbeaufsicht www.luwg-rlp.de
- LUWOG: Wohnungsunternehmen der BASF www.luwoqe.de
- LWK: Landwirtschaftskammer www.lwk-rlp.de
- LZG: Landeszentrale für Gesundheitsförderung www.lzg-rlp.de
- LZU: Landeszentrale für Umweltaufklärung www.lzu-rlp.de
- MASFG: Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit www.masfg-rlp.de
- MBFJ: Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend www.mbfj-rlp.de
- MUF: Ministerium für Umwelt und Forsten www.muf-rlp.de

- MWVLW: Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau www.mwvlw.rlp.de
- MWVFK: Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur www.mwvfk.rlp.de
- NABU: Naturschutzbund www.nabu-rlp.de
- RHK: Rhein-Hunsrück-Kreis www.kreis-sim.de
- SAM: Sonderabfall-Management-Gesellschaft www.sam-rlp.de
- SDW: Schutzgemeinschaft Deutscher Wald www.sdw-rlp.de
- SGD: Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord / Süd www.sgd-nord.rlp.de; www.sgd-sued.rlp.de
- SJ: Sportjugend www.sportjugende.de
- SNU: Stiftung Natur und Umwelt www.umweltstiftung.rlp.de
- StK: Staatskanzlei www.stk.rlp.de
- TSB: Transferstelle Bingen www.tsb.fh-bingen.de
- UdH: Umweltzentrum des Handwerks, HWK Trier www.umweltzentrum-trier.de
- VHS: Verband der Volkshochschulen www.vhs-verband-rp.de
- VZ: Verbraucherzentrale www.verbraucherzentrale-rlp.de
- ZIRP: Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz www.zirp.de
- ZUA: Zentrum für Umwelt und Arbeitssicherheit, HWK Koblenz www.zua.hwk-koblenz.de